A 20940 F

Mieczyslaw Rakowski und Lech Walesa

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw — 13

Polen: Interviews mit

Kultur und Parteiarbeit

ISSN 0170-4613 7,70 DM 4. Jahrgang — Dezember 1981

spw

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Harsewinkel), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:
Burchard Bösche (Wiesbaden), Arno Brandt (Hannover), Dieter Dehm (Frankfurt), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Joachim Günther (Berlin-West), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Clausthal-Zellerfeld), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Redaktion: Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Gerald Mackenthun, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Andreas Westphal.

Sekretariat: Joachim Pieczkowski
Redaktion und Vertrieb: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 34 29
Verlag: *spw*-Verlag/Redaktion GmbH, Königsweg 310, 1000 Berlin 39, HRB 13699.
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz.

Copyright © *spw*-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin (West).
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter; Foto: Werner Herminghaus (MV des SPD-OV Essen-Steele). Auflage: 1.-3. Tausend Dezember 1981

Die *spw* erscheint in 4 Heften jährlich mit einem Gesamtumfang von mindestens 420 S. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 7,70 DM, in der Republik Österreich 60,— ÖS, in der Schweiz 8,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 5,— DM (ab 1982: 7,—) zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 6,— DM (45,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 35 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 18 Manuskriptseiten umfassen.
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)
Postscheckamt Berlin West 109 974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält eine Abo-Rechnung für 1982 sowie — in Teilauflage — den Prospekt des *spw*-Verlages, Berlin (West).

Inhalt

Verlagsmitteilungen 3
Editorial 5

Aktuelle Kommentare

Eva-Margarete Bittner
»Victory is possible« — oder die Legende von der Abrüstung 7

Kurt Neumann: Wende — wohin? 10

Diskussionsschwerpunkt: Kultur und Parteiarbeit

Karin Priester: Kultur und Politik im Denken Antonio Gramscis 13

Alfred G. Frei: Kulturpolitik im Austromarxismus 21

Michael Häupl und Manfred Matzka: Mit uns zieht die neue Zeit? 27

Dieter Kramer: Die Provokation Heimat 32

Erwin Seyfried: Rock & Punk und Politik 41

Rundgespräch der *spw*-Kulturkommission über Kultur und Kulturpolitik in den »Herforder Thesen« 51

Interviews

Interview mit dem Nürnberger Kulturdezernenten Hermann Glaser (SPD): Über soziokulturelle Stadtteilarbeit 63

Polen: Kooperation oder Konfrontation?
Interview mit Mieczyslaw Rakowski 71

Interview mit Lech Walesa 80

Außerhalb des Schwerpunktes:

Monty Johnstone und Andreas B. Westphal
Polen — zwischen historischem Kompromiß und Autoritarismus 84

Klaus Peter Kisker und Axel Zerdick
Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung — eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik 95

Berichte

Christiane Rix-Mackenthun: Der 80. Parteitag der britischen Labour Party 100

Hannes Schwenger und Jochen Zimmer: Arbeiter — Kultur — Heute 103

Lars Vikström: Die diesjährigen Konferenzen der schwedischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften 105

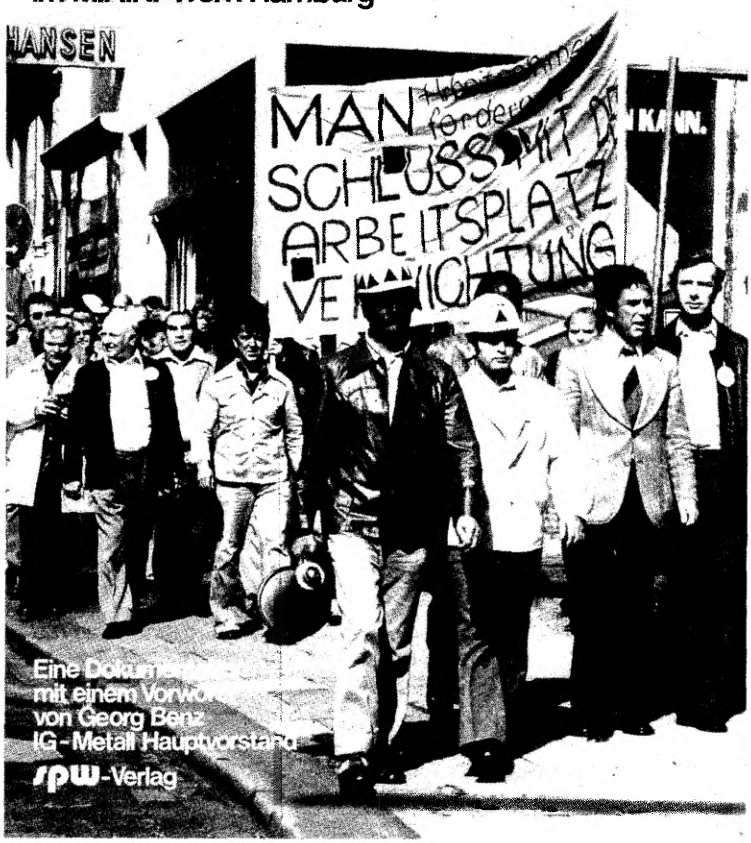
Besprechungen 111

soeben erschienen

Gudrun Schmidt

»Wenn wir uns nicht rühren, rührt sich überhaupt nichts!«

Der Kampf gegen die Schließung des Kesselbaus im M.A.N.-Werk Hamburg



ISBN 3-922489-02-8

Bestellungen über spw-Vertrieb, Libellenstr. 6a in
D-1000 Berlin (West) 38
Tel.: (ab 15.12.1981): 030/8033429

208 S., 9,— DM (incl. Versand);
Sonderpreis für spw-Abonnenten: 7,— DM (incl. Versand)

Verlagsmitteilungen

1. Die erste Monographie im *spw*-Verlag

Im November erschien als Buch *Gudrun Schmidt: **Wenn wir uns nicht rühren, rührt sich überhaupt nichts.** Der Kampf gegen die Schließung des Kesselbaus im M.A.N.-Werk Hamburg. Eine Dokumentation,* 208 Seiten (siehe auch die nebenstehende Anzeige). Der Band dokumentiert mit zahlreichen faksimilierten Flugblättern, Briefen sowie 13 Fotographien die Auseinandersetzungen um die Arbeitsplatzvernichtung bei der Hamburger M.A.N. Vorangestellt ist ein Vorwort des geschäftsführenden Hauptvorstandsmitglieds der IG Metall Georg Benz.

Das Buch kostet im Buchhandel 8,— DM, bei Bestellungen direkt über den Verlag 9,— DM (incl. 1,— DM Versand). Den Abonnenten der *spw* und des *Hannoveraner Kreisblatts* räumen wir für eine Einzelbestellung einen Vorzugspreis von 7, DM (incl. Versand) ein.

2. Erweiterter Heftumfang ab spw 14

Im kommenden Jahrgang 1982 wird die Zeitschrift 128 Seiten stark sein, also 16 Seiten mehr umfassen als bisher. Das angekündigte Register haben wir aus Kostengründen auf Heft 14 (Diskussionsschwerpunkt »Perspektiven der Sozialdemokratie«) verschoben. Es wird alle in spw (Hefte 1 bis 13, SH 1 und 3) erschienenen Beiträge alphabetisch und systematisch verzeichnen.

Die Umfangserweiterung wird ab spw 15 mit einer Veränderung der Heftkonzeption verknüpft sein. Die Service-Funktionen der Zeitschrift werden verstärkt, d.h. nicht dem Diskussionsschwerpunkt oder den anderen Aufsätzen wird weiterer Raum verschafft werden, sondern den Rubriken »Berichte«, »Archiv« und »Besprechnungen«. Jedes Heft wird dann bis zu drei »aktuelle Kommentare« enthalten.

3. Bilanz 1980

1979 und 1980 hat der Verlag mit geringen Verlusten gearbeitet. Betrug der Bilanzverlust 1979 763,97 DM — das sind ca. 1,5% des Jahresumsatzes —, so wies die Bilanz für 1980 einen Neuverlust von 1.660,53 DM aus. Auf der Basis von rund 79.000,— DM Jahresumsatz entspricht dies einer Verlustquote von 2,1%. Mit dem Umfang der Geschäftstätigkeit (1980 durch die Sonderhefte 1 und 2 wertmäßig um 36,7% gestiegen) wuchs auch unser Defizit, der Verlag wirtschaftet also knapp unter der Kostendeckung. Das wird sich auch in diesem Jahr noch nicht ändern. Der Hauptgrund: Die laufende Zeitschrift ist im Verhältnis zur Auflagenhöhe auf Verlust kalkuliert.

4. Neue Preise 1982

In den Verlagsmitteilungen von spw 11 kündigten wir Preiserhöhungen an. Ihren Umfang wollten wir von der Entwicklung der verkauften Auflage abhängig machen, und die ist seit Anfang des Jahres um nicht mehr als 5% gestiegen. Da eine Finanzierung der Verluste bei der Zeitschrift durch andere Verlagsprojekte gegenwärtig nicht realisierbar ist, der Verlag sich aber selbst tragen muß, führt der Weg zu einer »Verbesserung der Ertragslage« nur über eine Anhebung der Preise.

Aber nicht nur Verluste gilt es aufzufangen, auch unsere Kosten werden 1982 im wesentlichen aus drei Gründen steigen:

1) Die Erweiterung des Umfangs bedeutet höhere Herstellungskosten von ca. 10%.

2) Preissteigerungen bei Druck, Papier (1981 bereits um 6%) und Filmmaterial werden sich 1982 fortsetzen.
3) Am 1.1.1982 tritt die neue Gebührenordnung der Deutschen Bundespost für den Postzeitungsdienst in Kraft. Der Versand eines spw-Hefts als Streifbandzeitung kostet dann —,70 DM statt bisher —,60 DM. Zum 1.7.1982 erhöhen sich mit allen übrigen Gebühren auch die Portokosten für Päckchen (von 2,30 DM auf 3,— DM) und für Pakete. Schon jetzt liegt der den Abonnenten berechnete Versandkostenanteil von —,75 DM unter dem realen Aufwand.

Ab 1.1.1982 (bzw. mit Heft 14) gelten für die Zeitschrift folgende Preise:

Einzelverkauf

a) Buchhandelspreis	
Einzelpreis beim Verlag (incl. Versand)	9,80 DM/ÖS 80,—/9,— sfr
b) Vorzugspreis über sozialdemokratische Organisationen	7,- DM/ÖS 60,—

Jahresabonnement (4 Hefte á 128 Seiten)

Einzelheft im Abo: 7,— DM	
a) Inland (incl. 4,— DM Versand)	32,— DM
b) Ausland (incl. 7,— DM Versand)	35,— DM
Geschenkabo (1 Jahr)	wie Jahresabo
Förderabo (1 Jahr)	50,— DM oder 100,— DM

Diese notwendige Preiserhöhung muß und wird sich positiv in unseren Büchern niederschlagen. Die meisten werden sie akzeptieren (können), einige werden sie zum Anlaß nehmen, die Zeitschrift nicht länger zu kaufen oder abzubestellen. Aber die Entscheidung war zu treffen: *spw* im 5. Jahrgang, finanziell unabhängig und teurer (auch umfangreicher und hoffentlich besser) *oder* Zerstörung der ökonomischen Grundlage.

Für die ständigen Bezieher ist diesem Heft eine Jahres-Abo-Rechnung '82 beigelegt. Bitte die anhängende Zahlkarte abtrennen und bis zum 21.12.1981 32,— DM (oder 50,—/100,— DM als Förderabo)überweisen!

Achtung! Bitte sofort notieren!

Wir sind umgezogen! Die neue Anschrift von Verlag, Redaktion, Vertrieb und Anzeigenabteilung der *spw* lautet:

Libellenstraße 6a
D-1000 Berlin 38
Tel. (ab 15.12.81): 030/8033429

Bitte Anfragen und Korrespondenz ab sofort an diese Adresse richten!

Editorial

Politik und Wirtschaft sind die Themen der *spw*. Dieses Heft scheint nicht ins Programm zu passen: Kultur — was soll das? Wird über die Fortschritte auf dem Weg zum Sozialismus nicht doch allein in den Betrieben entscheiden? Die Zerstörung der Partei als Lebensraum ist auch von der SPD-Linken (die sich nach 1968 mehr aus der Intellektuellenbewegung als aus der traditionellen Basis der Sozialdemokratie rekrutierte) nicht als ein wichtiges Handlungsfeld begriffen worden. Daß die Diskussion in unseren Reihen noch recht neu ist, belegen nicht zuletzt die offenen Fragen dieses Schwerpunkts. Sie ist nicht allein notwendig, um den Aspekt der Persönlichkeitsentwicklung des einzelnen stärker ins Auge zu fassen, sondern auch, um einer ökonomistisch verengten Konzeption linker Politik zu begegnen. In der marxistischen Tradition war es vor allem Antonio Gramsci, der die Bedeutung des kulturellen Kampfes der Arbeiterklasse hervorhob. Eine Einführung in sein Denken des strategischen Zusammenhangs von Kultur und Politik gibt Karin Priester.

Wir wissen um den Zustand der sozialdemokratischen Parteikultur heute. Anders war es in der Geschichte der Arbeiterbewegung, etwa im »Roten Wien«. Worin bestand das »andere«? Alfred G. Frei untersucht die kulturpolitischen Perspektiven des Austromarxismus sowie die Leistungen und Schwächen der österreichischen Sozialdemokratie als einer kulturrellen Bewegung. Vor diesem historischen Hintergrund verdeutlichen Michael Häupl und Manfred Matzka den Niedergang und die Entpolitisierung der organisierten Arbeiterkultur in Österreich nach 1945. Provozierender als das Wissen um die weitgehende Auflösung einer oppositionellen sozialdemokratischen Kulturbewegung durch Faschismus und antisozialistische Hegemonie in der Zeit des Kalten Kriegs ist das Ausgreifen einer demokratischen und alternativen Kultur in den letzten Jahren. Der Erfolg der kulturellen Bewegungen — etwa der Frauenbewegung — kontrastiert scharf mit der politischen Stagnation der Linken. Während die einen die Fassaden ihrer besetzten Häuser bunt malen, ist das Kulturelle in den Aktionen linker Sozialdemokraten unterentwickelt. Erst kommt die Politik, und wenn dann noch Zeit ist, die — Kultuuur.

Auch in *spw* kam die Kultur bisher gerademal als Frage nach der Titelblattgestaltung vor. Doch während wir Titelblätter gestalten, setzen bemalte Fassaden einer ganzen Stadt nicht nur Farbtupfer auf. Dieter Kramer zeigt in seinem Aufsatz, wie wir ein verwittertes Haus, die Heimat, instandbesetzen könnten, ohne sie zur »Neuen Heimat« zu machen. Auch der Bereich der Rockmusik gleicht einem besetzten Haus. Allerdings ist umkämpft, wer drin wohnen darf. Die politische Bedeutung dieses »Hauses«, die Chancen unseres Einzugs und die persönlichen Konsequenzen erörtert Erwin Seyfried in seinem Beitrag.

Trotzdem: Wozu das? Weil jeder von uns, auch wenn die Kultur in seinem Zeitplan (anscheinend) nicht vorkommt, sich doch kulturell betätigt. Jeder muß essen, trinken, für seine Ernährung und Gesundheit sorgen, jeder hört oder macht Musik, fährt Auto, treibt Sport... Die gesellschaftliche Organisierung dieser Tätigkeiten überlassen wir kampflos den Alternativen oder den traditionellen Institutionen mit bürgerlicher Interessensausrichtung. Relikte sind wohl noch vorhanden: coop — der früher mal die Konsumgenossenschaft war, der Arbeitersamariterbund, der ACE, die Büchergilde. In den Gewerkschaften gibt es sie noch, die Ansätze einer eigenständigen Organisation des Lebens in der Arbeiterbewegung. Das Fehlen von Beiträgen zur gewerkschaftlichen Kulturarbeit und ihren neuen Initiativen ist sicher der schwerwiegendste Mangel des Hefts. Die Redaktion wird dies nachzuholen suchen.

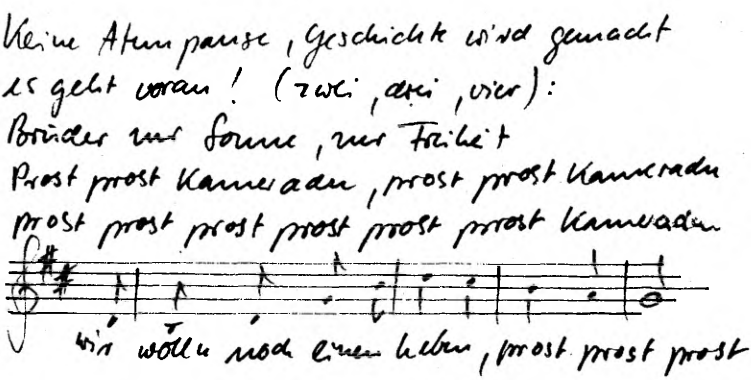
Ignoranz bezeichnet den einen Fehler im Umgang mit Kultur. Ihre Instrumentalisierung

für die unmittelbare politische Aktion ist ein anderer. In der offiziellen Parteipolitik kommt sie vor allem zu Wahlkampfzeiten vor. Kultur, damit der Saal voll wird...!? Eine neue Form der Funktionalisierung des Kulturellen hat von rechtssozialdemokratischer Seite Bruno Friedrichs im Auge, wenn er die Ausrichtung der Parteiarbeit allein auf Wahlkämpfe und Parteitage kritisiert (vgl. FAZ, 2.10.81, S. 3). »Freude an der Begegnung« heißt hier die Parole, die emphatische Betonung der »Gemeinschaft« der Mitglieder in Verbindung mit der Forderung nach einem neuen (rechteren) Parteiprogramm dient als Mittel zum Zweck der Befriedung der innerparteilichen Gegensätze. »Demokratischer Sozialismus ist auch eine Ethik der Ästhetik im Dienste des Volkes.« Wertorientierung, nicht die kulturelle Handlungsfähigkeit und Selbsttätigkeit der Mitglieder. Dienen statt Kämpfen ist hier die Botschaft. Dagegen diskutierte die *spw*-Kulturkommission die kulturellen Verhältnisse in der Partei und ihre Veränderung in sozialistischer Perspektive. Die Kriterien einer sozialistischen Kulturpolitik bildeten einen weiteren Diskussionsgegenstand. Fragen kommunaler Kulturpolitik standen auch im Zentrum des Interviews mit Hermann Glaser. Unter dem Begriff der soziokulturellen Stadtteilarbeit sucht Glaser Vorschläge für die Praxis sozialdemokratischer Kulturpolitiker zu machen.

Aus Platzgründen mußten wir mehrere Beiträge auf die nächsten Hefte verschieben. In *spw 14* veröffentlichen wir einen Artikel von Jochen Zimmer zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterjugendbewegung. Drei Beiträge zur Schulungsarbeit und Arbeiterbildung sehen wir für Heft 15 vor.

Polen bildet den »Schwerpunkt« außerhalb des Schwerpunkts. Wir führten Gespräche mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR Polen, Mieczyslaw Rakowski, und dem Vorsitzenden der Gewerkschaft »Solidarität«, Lech Walesa. Die Interviewer, Monty Johnstone und Andreas Westphal, beleuchten in ihrem Artikel die Entwicklung in Polen vor allem im letzten Jahr. Über Parteikonferenzen zweier Mitgliedsorganisationen der Sozialistischen Internationale berichten Christiane Rix-Mackenthun (Labour Party) und Lars Vikström (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens). Klaus Peter Kisker und Axel Zerdick untersuchen im einzelnen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung. Wichtig für die aktuellen Auseinandersetzungen um die Entwicklung der Friedensbewegung und in der Sozialdemokratie erscheinen uns die Kommentare von Eva-Margarete Bittner und Kurt Neumann.

Die Redaktion



Aktuelle Kommentare

Eva-Margarete Bittner

»Victory is possible« oder die Legende von der Abrüstung

Nicht erst seit der Veröffentlichung der NATO-Verhandlungsstrategie sind Zweifel an dem Abrüstungswillen der USA gerechtfertigt. Die Äußerungen Reagans auf die Frage, ob er sich einen begrenzten Atomkrieg zwischen uns und der Sowjetunion vorstellen könne oder ob die Eskalation einfach unvermeidlich wäre, hat in Europa für helle Aufregung gesorgt:

»... ich könnte mir vorstellen, daß man einen Abtausch von taktischen Waffen gegen Truppen im Schlachtfeld hätte, ohne daß eine der Großmächte den Knopf drückt.«

Doch die Aufregung kommt zu spät. Was an dieser Aussage Reagans neu ist, ist einzig und allein, daß sie von einem Politiker dieses Rangs öffentlich gemacht wurde. Ein begrenzter und möglicherweise gewinnbarer Atomkrieg ist seit langem die tatsächliche nukleare Einsatzplanung der USA für den Konfliktfall. Bis Ende der 50er Jahre wurde die Doktrin der »massiven Vergeltung« noch für glaubwürdige Abschreckung gehalten. Anfang der 60er Jahre setzte sich die Politik der »flexible response« durch, d.h. für jede Bedrohung die glaubwürdige Erwiderung bereitzuhalten, wobei die Einsatzoption für strategische Waffen bereits vorrangig Angriffe auf militärische Ziele vorsah. In der Öffentlichkeit wurde jedoch der Eindruck aufrechterhalfen, die USA hielte an der gegenseitigen gesicherten Vernichtungsfähigkeit fest. In der Zwischenzeit wurden die strategischen Atomwaffen der Strategie der »flexible response« angepaßt. In den 70er Jahren wurde die Öffentlichkeit langsam an den Gedanken gewöhnt, daß die »massive Vergeltung« nicht unbedingt die wirksamste Abschreckung wäre. Sie sei nur dann glaubwürdig, wenn die Existenz der USA absolut bedroht wäre. Erst 1974 wurde durch den damaligen US-Verteidigungsminister Schlesinger die reale nukleare Einsatzdoktrin der USA bekannt. 1976 ordnete Carter eine Überprüfung der militärischen Optionen an, die daraufhin erheblich erweitert und differenziert wurden. Die Sowjetunion sollte im Falle eines Konfliktes nicht nur militärisch und politisch, sondern auch wirtschaftlich so geschädigt werden, daß sie sich nur mühsam erholen könnte. Mit dem vorhandenen Potential war dieses jedoch nicht möglich. Die Waffen zur Verwirklichung der amerikanischen Militärstrategie mußten präzise, treffsicher, besonders schnell und möglichst unverwundbar sein.

Durch die Stationierung solcher Waffen (Pershing II und Cruise Missiles) soll nun Westeuropa in die Strategie des begrenzten Nuklearkrieges eingebunden werden, wobei die Bundesrepublik am meisten gefährdet wäre. In den 60er Jahren schrieb *Helmut Schmidt*:

»Jene, die glauben, daß Europa durch solche Waffen verteidigt werden kann, werden Europa nicht verteidigen, sondern zerstören.«

Die UdSSR hat nach Bekanntwerden der Präsidenten-Direktive (PD 59) eindeutig darauf hingewiesen, daß ein auf Europa begrenzter Atomkrieg ausgeschlossen sei, denn jede Nuklearwaffe, die von europäischem Gebiet das Territorium der Sowjetunion erreicht, wird von ihr als strategische Waffe eingestuft, d.h. im Falle eines europäischen Konfliktes bliebe das Potential der USA nicht ausgespart. Trotzdem besteht weiterhin die Sorge, die US-Regierung könnte naiv genug sein zu glauben, daß ein Atomkrieg auf Europa be-

grenzbar sei. Die Bereitschaft, eine atomare Auseinandersetzung einzukalkulieren, ist größer geworden. Selbst wenn es zu einer Eskalation kommen sollte, wird diese in den USA noch nicht als unerträglich angesehen. Noch zynischer als Haig stellt dies der ehem. US-General Daniel O. Graham klar:

»Schließlich sind die tatsächlichen Folgen eines Atomkrieges wissenschaftlich exakt berechenbar. Die Verluste an Menschen und Maschinen würden die USA im Falle einer solchen Auseinandersetzung auf die Bevölkerungszahl von 1925 zurückwerfen. Das bedeutet doch nicht das Ende der Welt? Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, daß ein Atomkrieg uns alle umbringt.«

Darüber hinaus liefert Reagan in dem anfangs erwähnten Gespräch mit Chefredakteuren noch eine andere Begründung für berechtigte Zweifel am Rüstungskontroll- und Abrüstungswillen der USA:

»Sie (die SU) können ihre militärische Produktion nicht riesenhaft vergrößern, weil sie ihr Volk schon auf eine Hungerdiät aus Sägemehl gesetzt haben, und was Verbrauchsgüter anbetrifft, ihnen ist unsere mögliche Industriekapazität bekannt und sie können nicht mithalten. Da haben wir die besseren Karten.«

Das heißt mit anderen Worten, selbst wenn die USA beabsichtigt, »auf allen Ebenen von einem Krieg abzuhalten« (Eagleburger), gibt es für die USA noch einen anderen möglichen Sieg: das Totrüsten.

Nichtsdestoweniger hält die Bundesregierung nach wie vor am NATO-Doppelbeschluß fest. Schmidt und andere führende Sozialdemokraten versuchen, die SPD und nun verstärkt auch die Friedensbewegung von dieser »Notwendigkeit« zu überzeugen. Nach ihrer Meinung ist der »Nach«-Rüstungsbeschluß die einzige Möglichkeit für die Bundesrepublik, Einfluß auf die beiden Großmächte zu nehmen. Würde die Bundesregierung diesen Beschluß aufkündigen, gäbe es kaum Aussichten, die USA und die UdSSR an den Verhandlungstisch zu bringen. Selbst wenn die Einschätzung richtig wäre, daß es überwiegend der Bundesregierung zu verdanken ist, daß jetzt — Ende November 1981 — (23 Monate nach dem NATO-Doppelbeschluß) endlich die Verhandlungen beginnen, sollte sie ihren Einfluß nicht überschätzen. Wie sehr sich die Reagan-Administration von der Bundesregierung und anderen NATO-Partnern beeindruckt zeigt, hat sich spätestens bei der Produktionsentscheidung über die Neutronenwaffe gezeigt. Da wurde eine eindeutige Entscheidung gefällt, ohne vorher die Bündnispartner zu konsultieren oder auch nur zu informieren. Außerdem kommt es nicht allein darauf an, ob verhandelt wird, sondern auch mit welchen Forderungen man in die Verhandlungen geht, und ob diese so angelegt sind, daß man in absehbarer Zeit mit Ergebnissen rechnen kann. Hier gingen die Vorstellungen der SPD-Führung und der US-Administration bisher immer noch auseinander.

Als Ziel der gerade begonnenen Verhandlungen wird die Nullösung angestrebt. Doch was heißt das? — Für die SPD hieß das bisher, durch Verhandlungen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen eventuell überflüssig zu machen oder zumindest ein möglichst niedriges Niveau anzustreben, wobei der Sowjetunion ein »gewisses Sicherheitsbedürfnis« zugestanden wird. Die Sowjetunion müßte entweder ihre Raketen verschrotten oder wenigstens soweit zurückziehen, daß sie Westeuropa nicht mehr erreichen können. Die amerikanischen Raketen würden in diesem Fall in den USA verbleiben. Im Krisenfall benötigten beide Seiten die gleiche Zeit, ihre Mittelstreckenraketen wieder in eine relevante Stellung zu bringen. Interessant ist, daß die Bundesregierung der Sowjetunion zugesteht, ihre Grenzen nach China hin durch die SS 20 zu schützen, eine Sicherung nach Westen aber für absolut überflüssig hält. Die französischen und britischen Mittelstreckensysteme können nicht Gegenstand dieser Verhandlungen sein, müßten aber bei

der Feststellung des Gleichgewichts berücksichtigt werden. Helmut Schmidt hat Ende Juni 1980 zum Ärger der Reagan-Administration in Moskau erklärt, daß es für ihn selbstverständlich sei, daß auch die *Forward Based Systems* (FBS)in die Verhandlungen einbezogen werden müßten. Davon ist heute allerdings nicht mehr die Rede. Vor allem die dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa (SACEUR) unterstellten Atom-U-Boote blieben bisher unberücksichtigt.

In den Vorberatungen für den abzustimmenden Kurs für die Genfer Rüstungskontrollverhandlungen am 30.11.1981 haben die USA im Einvernehmen mit den NATO-Partnern — also auch der Bundesrepublik — den Beschluß gefaßt, daß die Sowjetunion *sämtliche* SS-20-Raketen und ihre SS-4- und SS-5-Raketen verschrotten müssen. Wie die Sowjetunion sich gegen China schütze, sei ihr Problem. In diesem Falle würde sich die »Nachrüstung« für den Westen erübrigen. Das ist Nullösung aus der Sicht der USA. Konkret: Die Sowjetunion verschrottet ihre eurostrategischen Waffen, und die USA verzichten dafür auf die *Stationierung* ihrer (noch nicht) vorhandenen Systeme, behalten aber die eurostrategischen Systeme, die sie schon haben — nämlich die FBS, die dem sowjetischen Mittelstreckenpotential schon jetzt ebenbürtig sind, künftig aber wesentlich verbessert werden. Blanker Zynismus ist, wenn noch von Verhandlungen gesprochen wird, obwohl die NATO schon jetzt davon ausgeht, daß die UdSSR auf diese Vorstellungen nicht eingehen wird. Doch damit wäre dann bewiesen, wer die Abrüstung wirklich blockiere. Wenn die Sowjetunion nicht bereit ist, alle Raketen zu vernichten, würden soviel amerikanische Mittelstreckenraketen stationiert werden, daß ein Gegengewicht geschaffen wäre.

Breschnew hat erst jüngst erklärt, daß die UdSSR sich bereit erklären wird, die Gesamtzahl der sowjetischen Raketen zu reduzieren, wenn die NATO ihre Pläne für neue Raketenwaffen fallen ließe, und schlägt erneut ein Moratorium über die Stationierung neuer Raketenwaffen mittlerer Reichweite der NATO und der UdSSR in Europa bereits zu Beginn der Verhandlungen vor. Allerdings gehören dazu aus der Sicht der Sowjetunion auch die vorgeschobenen amerikanischen Nuklearsysteme. Und diese werden gerade modernisiert. Daran wird das Moratorium wohl scheitern.

Egon Bahr hat auf dem Forum Frieden der SPD in Bonn von einem möglichen Moratorium gesprochen, sobald man sich über die Grundlinien eines europäischen Rahmenabkommens einigen könnte. Für diese Rahmenverhandlungen kalkuliert man inzwischen ungefähr zwei Jahre ein. Bis dahin wird weiter vor- und nachgerüstet und die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen hier in Westeuropa und besonders in der Bundesrepublik vorbereitet.

Die SPD-Führung beabsichtigt gegenwärtig, auf dem Parteitag im März 1982 über den NATO-Doppelbeschluß nicht abstimmen zu lassen. Es soll bestenfalls einen schwammigen Beschluß über den Wunsch nach ergebnisreichen Verhandlungen und ein Hinauszögern des Stationierungsbeschlusses geben. Spätestens das würde die SPD in die Opposition bringen. Ob sie dann allerdings noch politisch handlungsfähig ist, daran sind Zweifel erlaubt.

Kurt Neumann

Wende — wohin?

Die Diskussionen zwischen den beiden Regierungsparteien SPD und FDP über den Bundeshaushalt für das Jahr 1982 sind wieder einmal endgültig abgeschlossen. Wie lange, weiß niemand. Für den Monat Oktober 1981 wurde ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf über 1,3 Millionen festgestellt. Eine weitere negative Entwicklung in einem bisher in der Bundesrepublik noch nicht dagewesenene Ausmaß gilt als sicher. Das wird auch für den Bundeshaushalt zu neuen Problemen führen: Auf der einen Seite muß mit Einnahmeverlusten aufgrund des Ausfalls von Lohn- und Einkommensteuern gerechnet werden, auf der anderen Seite werden die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit stärker steigen, als in den Haushaltsentwürfen vorgesehen.

Diese Lage wird zu neuen Haushaltsdebatten führen. Für die SPD wird die Frage nicht mehr zu umgehen sein, die der FDP-Vorsitzende Genscher aufgeworfen hat: Befindet sich *auch die Sozialdemokratische Partei in einer grundlegenden Wende ihrer Politik*? Wenn dies der Fall ist, wohin soll diese Wende gehen? — Wenn die Führungen von Bundesregierung und SPD-Fraktion dabei bleiben, die *Regierungsbeteiligung um jeden Preis* zu verteidigen und damit im Ergebnis den Forderungen der FDP nach einer »Wende« à la Lambsdorff nachgeben, dann wird es eine soziale Demontage der Bundesrepublik geben, die in der Nachkriegsgeschichte einzigartig ist. Die Situation in Großbritannien zeigt uns die Richtung an, in die eine solche Entwicklung gehen kann. Der Unterschied zur britischen Situation wäre aber, daß an einer solchen unsozialen Wende die Sozialdemokraten verantwortlich beteiligt wären. Und das hätte Konsequenzen: Zum einen wäre ein weiterer Verlust von ehemaligen Stammwählern die Folge; die Niederlage bei den Bundestagswahlen 1984 würde mit Sicherheit auf uns zukommen. Zum anderen aber würde die SPD in einer Situation in die Opposition geraten, in der sie *aufgrund ihres eigenen politischen Identifikationsverlustes praktisch auch noch oppositionsunfähig* geworden wäre.

Demgegenüber brauchen wir eine andere Wende in der sozialdemokratischen Regierungspolitik, als sie uns von der FDP vorgeschrieben wird. Es muß eine Wende sein zu mehr Eigenständigkeit und mehr Selbstbewußtsein sozialdemokratischer Politik. Es muß im Ergebnis eine Wende hin zu einer anti-kapitalistischen Politik sein. Dies kann zum Zerbrechen der Koalition führen, wenn nicht die FDP noch zu guter letzt Angst vor ihrer eigenen Courage bekommt. Ein solcher *»aufrechter Gang« in die Opposition* würde es aber ermöglichen, später glaubwürdige Oppositionspolitik zu entwickeln, um dann auch wieder das Ringen um parlamentarische Mehrheiten erfolgreich aufnehmen zu können.

Die kurz umrissene Problematik kann aber nicht nur unter Gesichtspunkten von parlamentarischer Tätigkeit und von Wahlen gesehen werden. Als zweiter Gesichtspunkt ist zu beachten, daß die Verschärfung der jetzigen Regierungspolitik in der Krise zu *inneren Zerreißproben innerhalb der SPD* führen muß. Niemand sollte unterschätzen, daß die Tendenzen zum Abbau von Sozialleistungen politische Sprengkraft besitzen. Hier sind Abspaltungs- oder auch nur Absplitterungstendenzen durchaus möglich. Das mindeste, was erwartet werden kann, ist ein noch weitergehender, ganz erheblicher Verlust von Parteimitgliedern.

Als dritte Folge einer FDP-dominierten sozialdemokratischen Regierungspolitik wäre eine weitere *Entfremdung zwischen sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften* zu erwarten. Glaubt jemand, glaubt Helmut Schmidt wirklich, daß die Gewerkschaften auf

Dauer gegenüber einer Politik der Sozialdemokratie, wie sie gegenwärtig betrieben wird, loyal schweigen können? Selbst wenn einzelne Gewerkschaftsführer dies wollten, müßten sie doch damit rechnen, daß sie ihre Massenbasis in den Betrieben und Verwaltungen verlieren.

Innere Zerrüttungs- und Zersplitterungserscheinungen der SPD auf der einen und mögliche Absetzbewegungen der Gewerkschaften von der SPD auf der anderen Seite könnten — und dies wäre eine vierte Folge — den *Raum für eine neue linke politische Kraft* in einem Maße bieten, wie ihn sich Grüne und Alternative gegenwärtig nur erträumen können. Das gilt nicht nur für die Besetzung politischer und sozialer Themen, sondern auch für die mitgliedermäßige Rekrutierung dieser vierten Kraft aus SPD und DGB-Gewerkschaften.

Die dargelegten Gefahren für die Handlungsfähigkeit und den einheitlichen Bestand der SPD werden ganz erheblich verstärkt und bekräftigt durch die *Diskussion um Frieden und Abrüstung*. Hier handelt es sich schon lange nicht mehr um eine Diskussion von »Spezialisten«. Eine breite politische Bewegung ist entstanden, die quer durch die politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen geht und die an Stärke noch zunehmen wird. Welches auch immer die konkreten Forderungen der verschiedenen Teile der Friedensbewegung sein mögen, ihnen gemeinsam ist, daß sie ein weiteres Aufrüsten unter dem Gesichtspunkt, daß die Bündnissysteme die Kapazitäten haben, sich wechselseitig mehrfach zu vernichten, als »Wahnsinn« begreifen. Die Verhinderung der Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen insbesondere in der Bundesrepublik ist konsequent die aktuelle Forderung. Daran ändern auch Versuche von Rudolf Bahro und Rudi Steinke nichts, die Bertrand-Russell-Stiftung zu funktionalisieren, über gutmeinende Unterstützergruppen von dieser vordringlichen Problematik abzulenken und dadurch die Friedensbewegung zu spalten. Solche Versuche werden ohne Erfolg sein.

In neueren Diskussionen der Friedensbewegung wird zunehmend ein Gesichtspunkt betont, der längerfristig mehrheitsstiftend sein kann. Ganz entscheidend beruht die Kritik an der NATO-Aufrüstung auf der Einsicht, daß von der gegenwärtigen US-Administration ein begrenzter Atomkrieg für möglich gehalten wird und Europa als das Schlachtfeld, das entscheidende Bereiche der Sowjetunion miteinbezieht, das Staatsgebiet der Vereinigten Staaten aber unberührt läßt, auserkoren ist. Hier wird ein Interessengegensatz zwischen der Bevölkerung der Bundesrepublik und der Regierung der USA sichtbar, der häufig nur negativ als »blinder Anti-Amerikanismus« diffamiert wird. Dabei stellt sich die Frage, ob hier nicht *eine neue, durchaus positive und zum Teil klassen- und gruppenübergreifende Identität* sich anbahnt, die als *Patriotismus* bezeichnet werden könnte.

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen über Sicherheits-, Abrüstungs- und Friedenspolitik, die mit den Unionsparteien geführt werden, spielen sich allzuoft nach dem Schema ab, daß von CDU- oder CSU-Politikern Sozialdemokraten vorgeworfen wird, sie seien nicht bündnistreu. Das wird dann häufig mit einem angeblich festgestellten Mißtrauen höherer Regierungsbeamter in Washington belegt. Auf solcherlei Bösartigkeiten reagieren viele SPD-Politiker moralisch empört. Sie weisen den Ruch der Unzuverlässigkeit entschieden zurück und nehmen für sich *ein besonders hohes Maß an Bündnistreue und »Pro-Amerikanismus«* in Anspruch. Dabei bleibt indes fraglich, ob dies überhaupt von Erfolg gekrönt sein kann, ob Sozialdemokraten sich stärker als die CDU den außenpolitischen Interessen der gegenwärtigen US-Regierung unterordnen können.

Einer solchen Politik der Defensive und Unterwürfigkeit soll hier die These entgegengestellt werden, daß das offensive Formulieren und Verdeutlichen einer *patriotischen Friedens- und Sicherheitspolitik* zum einen zu einer Identität der SPD auf diesem politi-

schen Sektor führen kann und daß sie mit einer solchen Politik nicht nur die jetzt erkennbare Friedensbewegung, sondern darüber hinaus die breite Mehrheit der Bevölkerung für sich gewinnen kann.

Die Fragen der zukünftigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf der einen und diejenigen der Friedens- und Sicherheitspolitik auf der anderen Seite sind für die weitere Entwicklung der SPD geschichtlich entscheidend. Als besonders gefährlich muß der vielfach zu beobachtende Versuch zurückgewiesen werden, die traditionellen Arbeitnehmer gegen diejenigen auszuspielen, die sich in und um die Friedensbewegung betätigen. Wenn etwa die Kanalarbeiterriege innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion darauf verweist, daß man auf die wenigen links von der SPD stehenden Bevölkerungsteile verzichten könne und sich mehr den Arbeitnehmern zuzuwenden habe, gehen sie am eigentlichen Problem vorbei: Arbeitnehmer werden nicht dauerhaft dadurch für die Sozialdemokratie gewonnen, daß Sozialdemokraten auf die Friedensbewegung oder auch auf die Ökologiebewegung oder auf sonstige Gruppierungen Aggressionen lenken bzw. bestehende Vorurteile bestätigen. Diese Politik kann allenfalls dazu führen, daß sowohl links als auch im Kernbereich der Arbeitnehmer Wähler verlorengehen. Wir brauchen eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Arbeitnehmer die Vertretung ihrer Interessen erkennen, *und* wir brauchen eine Sicherheits- und Friedenspolitik, die über diesen Bereich in der gesamten Bevölkerung überzeugt und Mehrheiten stiftet.

Die Wende in der Politik der SPD, die sie auch im Eigenverständnis ihrer Mitglieder wieder zu einer unzweifelhaft sozialen und friedenssichernden Partei macht, muß in den Untergliederungen im Rahmen der *Vorbereitung des nächsten Parteitages* stattfinden. Der Parteitag selbst wird hier als Ergebnis eines breiten Diskussions- und Willensbildungsprozesses die Wende nach außen markieren müssen. Hierzu haben die Linken in der SPD, insbesondere auch die Marxisten, ihren Beitrag zu leisten. Angesichts der bestehenden Situation darf es da keine Ängstlichkeiten geben. Etwaige Drohungen mit dem Rücktritt des Bundeskanzlers und einer sich dann anschließenden angeblichen Regierungsunfähigkeit der SPD dürfen nicht ein weiteres Mal an dem Beschreiten des richtigen politischen Weges hindern. *Es geht um mehr als um die Regierungsfähigkeit der Partei, es geht auch um ihre Oppositionsfähigkeit. Insgesamt geht es um ihre Identität, ihre politische Einheit und ihre Rolle als mögliche fortschrittliche mehrheitsfähige und mehrheitsstiftende politische Kraft.*

SHB **frontal** **Das sozialistische Studentenmagazin · Verbandsorgan des SHB**

Nichts leichter als das! Ein frontal-Abo kostet 12 Mark im Jahr – für 6 Hefte einschließlich Versandkosten. Bestellschein ausfüllen, ausschneiden und einsenden an frontal, Postfach 17 02 03, 5300 Bonn 1.

☐ Ja – ich möchte frontal zu den angegebenen Bedingungen abonnieren.

☐ Ich bin an frontal interessiert, bitte aber zunächst um ein kostenloses Probeheft

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Datum, Unterschrift: _____

Karin Priester

Kultur und Politik im Denken Antonio Gramscis

Zu einer Theorie der Revolution im Westen*

Im Jahre 1932 schrieb Gramsci, damals seit fast sechs Jahren Häftling in Mussolinis Kerkern, einen zunächst ganz privat anmutenden Brief an seine Schwägerin Tatjana Schucht, in dem er auf die psychische Erkrankung seiner Frau Julia und auf die Anwendbarkeit der Psychoanalyse als Heilmethode einging. Dort heißt es:

»Dies ist mein Standpunkt: Ich glaube, das, was man an Realem und Konkretem aus der psychoanalytischen 'Aufgeladenheit' bewahren kann, läßt sich auf Folgendes zusammenfassen: Auf die Beobachtung der Verwüstungen, die im Bewußtsein vieler der Widerspruch anrichtet zwischen dem, was ganz kategorisch als Pflicht erscheint und den realen Verhaltenstendenzen, die auf Ablagerungen alter Gewohnheiten und alter Denkarten beruhen. Dieser Widerspruch zeigt sich auf vielfache Art und Weise und nimmt in jedem Individuum einen höchst eigentümlichen Charakter an. In jedem historischen Augenblick ist nicht nur das moralische Ideal, sondern der vom öffentlichen Recht festgelegte 'Typus' des Staatsbürgers dem Durchschnitt der Menschen, die in einem bestimmten Staat leben, überlegen. Dieser Abstand wird noch offenkundiger in Krisenzeiten wie nach dem 1. Weltkrieg, entweder, weil das Niveau der 'Moralität' sinkt oder weil das zu erreichende Ziel höher gesteckt wird und in einem neuen Gesetz und einer neuen Moralität zum Ausdruck kommt.

Im einen wie im anderen Fall wächst der staatliche Zwang über die Individuen, wächst der Druck und die Kontrolle eines Teils über das Ganze und des Ganzen auf jedes seiner molekularen Komponenten. Viele lösen das Problem leicht, indem sie den Widerspruch durch gewöhnlichen Skeptizismus überwinden. Andere wiederum halten sich äußerlich an den Buchstaben der Gesetze. Für viele aber kann das Problem nur auf eine katastrophale Art und Weise gelöst werden, weil es bei ihnen eine krankhafte Entfesselung unterdrückter Leidenschaftlichkeit hervorruft, die durch die notwendige soziale 'Heuchelei' nur vertieft und verschlimmert wird.

Dies ist der Kern meiner Überlegungen, die ich noch für sehr abstrakt und ungenau halte, wenn man sie wörtlich nimmt: Es handelt sich aber nur um ein Schema, eine allgemeine Leitlinie, und wenn man es so auffaßt, erscheint es mir klar und deutlich. Wie ich schon gesagt habe, muß man bei den einzelnen Individuen und den verschiedenen kulturellen Schichten zahlreiche und sehr komplexe Abstufungen unterscheiden. Was in den Romanen Dostojewskis mit dem Terminus 'Erniedrigte und Beleidigte' benannt wird, ist die unterste Stufe, das eigentliche und grundlegende Verhältnis in einer Gesellschaft, in der der staatliche und soziale Druck ganz mechanisch und äußerlich ist und der Gegensatz zwischen staatlichem Recht und 'Naturrecht' (um einmal diesen mehrdeutigen Terminus zu gebrauchen) äußerst tief ist, denn es gibt keine Vermittlung zur staatlichen Abhängigkeit, wie sie beispielsweise im Westen von den Intellektuellen geleistet wurde. Dostojewski z.B. vermittelte keineswegs zwischen den Massen und dem staatlichen Recht, sondern war selbst ein durch dieses Recht 'Erniedrigter und Beleidigter'.

Unter diesem Gesichtspunkt mußt Du verstehen, was ich sagen will, wenn ich vorhin auf 'falsche Probleme' anspielte. Ich glaube, auch ohne in gewöhnlichen Skeptizismus zu verfallen oder ohne sich in einer bequemen 'Heuchelei' einzurichten, kann man innere Ausgeglichenheit und Heiterkeit auch unter dem Druck der unerbittlichsten Notwendigkeit und in den absurdesten Widersprüchen finden, wenn es einem gelingt, 'historisch' und das heißt: dialektisch zu denken und wenn es einem weiterhin gelingt, mit intellektueller Redlichkeit die eigene Aufgabe oder eine genau definierte und begrenzte Aufgabe zu bestimmen. In diesem Sinne kann und *muß* man bei dieser Art von psychischen Erkrankungen 'sein eigener Arzt sein'.« *(Gramsci* 1965, S.584).

* Die folgenden Bemerkungen beruhen auf einem bei der Volksuni 1981 gehaltenen Vortrag.

Gramsci geht aus von einem scheinbar rein individuellen Problem, der Erkrankung seiner Frau. Er behandelt aber im ganzen Zitat fast ausschließlich Fragen, die mit Gesellschaft, Staat, Intellektuellen und Kultur zu tun haben. Erst zum Schluß kehrt er zum Ausgangsproblem zurück, zum Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Gramsci stellt zunächst bei vielen Menschen einen gesellschaftlich wirksamen Widerspruch fest zwischen dem, was aktuell kategorisch als Pflicht erscheint, was von ihnen gefordert und ihnen als Norm des Handelns auferlegt wird und den realen Tendenzen ihres Handelns, die noch stark geprägt sind von Ablagerungen und Restbeständen alter Gewohnheiten und älterer 'Arten zu denken'.

1. Zwischenergebnis:

Gramsci konstatiert, daß es gesellschaftlich bedingte historische *Ungleichzeitigkeiten* gibt, die wirksam werden bei der Aufnahme und Verarbeitung gesellschaftlicher Realität im Bewußtsein. Im Marxismus wird üblicherweise der Bereich der Normen, Ideen, Werthaltungen, der individuellen und kollektiven Vorstellungen und der Instanzen, die für ihre Verbreitung zuständig sind, als *Überbau* bezeichnet. Dieser Überbau nun, so Gramsci, ist nicht etwa in einem mechanischen Sinne spiegelbildlicher *Ausdruck* der realen Produktions-, Besitz- und Machtverhältnisse, sondern steht in einem sehr viel komplizierteren Verhältnis zu den materiellen gesellschaftlichen Gegebenheiten. In dieser Sphäre spielen sich eigenständige Prozesse ab und sind Widersprüche wirksam, so z.B. der hier erwähnte Widerspruch zwischen alten Denk- und Verhaltensgewohnheiten und der aktuell geforderten Norm.

Hier stellt sich nun die Frage, wer denn diese Normen festlegt, wer das »moralische Ideal« definiert und bestimmt, wie der aktuell geforderte »Typus« des Staatsbürgers auszusehen hat. Gramscis Antwort: Der Staat. Der Staat übt auf die Mitglieder der Gesellschaft Druck aus, er kontrolliert, fordert und straft Zuwiderhandelnde durch die ihm zur Verfügung stehenden repressiven Mittel wie Justiz, Polizei etc. Neben dieser repressiven Funktion des Zwangs übt der Staat — und hier müssen wir im Sinne Gramscis schon genauer eingrenzen: der Staat in den politisch hochentwickelten westlichen Gesellschaften — aber auch eine *erzieherische,* eine pädagogische Funktion aus, indem er den von ihm definierten »Typus« des Staatsbürgers heranbildet in Institutionen und Einrichtungen wie Schulen, Massenmedien, Kirchen, Gewerkschaften etc., die Gramsci die 'Hegemonieapparate' nennt.

Nun führt Gramsci in dem vorangestellten Zitat aus: Schon in Normalzeiten bestehe immer eine Diskrepanz zwischen der staatlich definierten und geforderten Norm und den realen Verhaltenstendenzen, in Krisenzeiten steigere sie sich aber und führe zu drei Verhaltensstrategien:

a) zu dem, was Gramsci *'Skeptizismus'* nennt. Darunter kann man Formen von privatistischem Rückzug verstehen, von 'Ohne-mich-Haltung', von politischer Passivität und gesellschaftlicher *Unter-Angepaßtheit.*
b) zu dem, was Gramsci *'äußerliche Gesetzestreue'* nennt. Darunter ist eine rein äußerlich bleibende Form gesellschaftlicher Angepaßtheit ohne tiefergehende Identifikation zu verstehen, die sich politisch ebenfalls in Passivität äußert.
c) bei vielen aber steigert sich diese Diskrepanz zu einer individuellen Katastrophe. Es kommt, so Gramsci, zu einer »krankhaften Entfesselung unterdrückter Leidenschaftlichkeit«, zu einer nicht mehr erträglichen Spannung zwischen staatlichem Druck und individuellem 'Naturrecht'. Als Marxist setzt Gramsci diesen Begriff in Anführungszei-

chen, weil er natürlich weiß, daß es eine unhistorische, anthropologisch invariante 'Natur' des Menschen nicht gibt.

Hier wird deutlich, daß Gramsci den Begriff »Staat« in einem weiteren Sinne versteht und verwendet, als wir es gemeinhin gewohnt sind. In einer vielzitierten Textstelle heißt es:

> »Diese Untersuchung führt auch zu gewissen Bestimmungen des Staatsbegriffs, unter dem man üblicherweise die politische Gesellschaft *(società politica)* versteht (bzw. Diktatur oder Zwangsapparat, um die Volksmassen an den Produktionstyp und die Ökonomie eines gegebenen Zeitpunkts anzupassen) und nicht ein Gleichgewicht der politischen Gesellschaft mit der bürgerlichen Gesellschaft (bzw. Hegemonie einer sozialen Gruppe über die gesamte nationale Gesellschaft, die durch die sogenannten privaten Organisationen wie Kirche, Gewerkschaften, Schulen etc. ausgeübt wird): eben in der bürgerlichen Gesellschaft *(società civile)* arbeiten nun im besonderen die Intellektuellen ...« (Q, 481).

Ich habe an anderer Stelle ausführlicher dargelegt, was Gramsci unter dem für uns etwas ungewöhnlichen Begriff der »bürgerlichen Gesellschaft« versteht (vgl. *Priester* 1977). Kurz gesagt, handelt es sich um den zwischen der ökonomischen Basis und dem Staatsapparat im engeren Sinne zwischengeschalteten Bereich der 'Zivilgesellschaft', in der die bereits genannten nicht-staatlichen, konsensstiftenden Institutionen und Organisationen tätig sind.

2. Zwischenergebnis:

Gramsci versteht unter 'Staat' nicht nur den Regierungsapparat im engeren und nicht nur einen Zwangsapparat im negativen Sinne, sondern eine Überbauinstanz, die sowohl Repression, Kontrolle und Zwang ausübt als auch — positiv gewendet — erzieherisch tätig ist, Konsens und Zustimmung hervorbringt und auf diese Weise neben den repressiven auch hegemoniale Funktionen ausübt. Die französische Marxistin und Gramsci-Forscherin Buci-Glucksmann spricht daher bei Gramsci von einem »erweiterten« Staatsbegriff. Diese erweiterte Staatstätigkeit ist aber nur in bestimmten Gesellschaften gegeben. Bevor wir diesen Aspekt näher ausführen, kommen wir noch einmal auf das Zitat zurück. Gramsci erwähnt dort den russischen Schriftsteller Dostojewski und sagt etwas zu seiner gesellschaftlichen Funktion als Intellektueller.

Schon anhand dieser kleinen Textstelle wird deutlich, daß Gramsci unterscheidet zwischen Gesellschaften, in denen der Staat ganz »mechanisch und äußerlich« Druck ausübt — und zwar *nur* Druck ausübt. Hier ist der Gegensatz zwischen dem staatlichen Recht und dem 'Naturrecht' der Gesellschaftsmitglieder äußerst groß, denn es findet keine Vermittlung zwischen beiden Ebenen statt. Die Funktion Dostojewskis — hier stellvertretend für die Intellektuellen insgesamt — ist in dieser Gesellschaft, also im zaristischen, autokratischen Rußland, nicht die eines Vermittlers, sondern er selbst ist dem staatlichen Repressionsmechanismus unterworfen, ist selbst ein 'Erniedrigter und Beleidigter'. Im Unterschied zu solchen Gesellschaften, wo der Staat die Macht der herrschenden Klasse nur über äußeren Druck und despotische Zwangsmaßnahmen aufrechterhält, besteht in den politisch höher entwickelten westlichen Gesellschaften aufgrund älterer bürgerlich-demokratischer Traditionen idealtypisch gesehen ein Gleichgewicht zwischen Zwang und Konsens, zwischen Repression und Erziehung. Idealtypisch ist diese Vorstellung insofern, als auch in den westlichen Gesellschaften Gradabstufungen vorhanden sind, unterschiedliche nationale Traditionen und geschichtliche Prozesse z.B. im Vergleich zwischen Frankreich, dem Land der klassischen bürgerlichen Revolution, und Italien, einem Land ohne bürgerliche Revolution, zu beachten sind. Und schließlich ist dieser Gleichgewichtszustand als

Ausdruck der *Hegemonie* der herrschenden Klasse nicht statisch, sondern muß immer wieder *vor allem im kulturellen Bereich* hergestellt werden.

3. Zwischenergebnis

Gramsci unterscheidet zwischen Gesellschaften des »Ostens«, in denen sich eine 'bürgerliche Gesellschaft' im oben angesprochenen Sinne nicht oder erst in ganz rudimentären Ansätzen herausgebildet hat und der Staat daher *nur* als Zwangsapparat in Erscheinung tritt, und Gesellschaften des »Westens«, in denen die Staatstätigkeit weiter gefaßt ist, und in der Doppelkomponente von Zwang und Konsens, von Herrschaft und intellektuell-moralischer Führung zum Ausdruck kommt.

Diese Erkenntnis, zu der Gramsci gelangte, nachdem er selbst Zeuge des Scheiterns der mit so vielen Hoffnungen erwarteten Revolution in Deutschland geworden war, ist nun für die Arbeiterbewegung in den westlichen Ländern von großer *strategischer* Bedeutung. Denn eine andere strukturelle und nicht nur konjunkturelle Ausgangslage als in Rußland erfordert auch eine andere Strategie. Der kurze und heftige Frontalangriff oder, wie Gramsic sagt, der »Bewegungskrieg«, der zum Erfolg der Oktoberrevolution geführt hat, ist in den westlichen Ländern nicht anwendbar. Hier muß eine gesellschaftsverändernde Strategie zunächst die Hegemonie der herrschenden Klasse in der 'bürgerlichen Gesellschaft' untergraben, muß also zunächst an der »Front des kulturellen Kampfes« Erfolge erzielen, bevor sie die Eroberung des Staates im engeren Sinne in Angriff nehmen kann. So schrieb Gramsci schon 1926:

> »... in den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus besitzt die herrschende Klasse politische und organisatorische Reserven, die sie beispielsweise in Rußland nicht besaß. Das bedeutet, daß auch die schlimmsten Wirtschaftskrisen keine unmittelbaren Rückwirkungen auf politischem Gebiet haben. Die Politik ist immer und sehr weit zurück hinter der Ökonomie. Der Staatsapparat ist sehr viel widerstandsfähiger als man oft meinen könnte, und in Zeiten der Krise gelingt es ihm, Kräfte zu organisieren, die dem Regime treuer ergeben sind, als die Tiefe der Krise vermuten ließe.« (zit. n. *Priester* 1981, S.34)

Doch gehen wir zunächst noch einmal zu dem Eingangszitat zurück. Nachdem Gramsci, ausgehend von einem privaten Problem, einen weiten Bogen geschlagen und uns schon erste Einblicke in seine Gesellschafts- und Staatstheorie vermittelt hat, kommt er abschließend zum Ausgangspunkt seines Briefes zurück: zu den krankmachenden gesellschaftlichen Faktoren. Hier nun schlägt er eine Art Therapie vor, er unterbreitet eine Lösung, und in dieser Lösung kommt Gramscis Philosophie, seine Weltanschauung brennpunktartig zum Ausdruck. Ich wiederhole kurz: Seiner Meinung nach braucht man auch unter dem Druck der unerbittlichsten Notwendigkeit und verstrickt in die absurdesten Widersprüche weder 'Skeptiker' noch 'Heuchler' zu werden, sondern kann »innere Ausgeglichenheit und Heiterkeit« finden, wenn es einem gelingt, »historisch«, d.h. »dialektisch« zu denken und wenn es einem weiterhin gelingt, mit intellektueller Redlichkeit die eigene Aufgabe genau zu bestimmen. In diesem Sinne könne und müsse man »sein eigener Arzt« sein.

Auf den ersten Blick scheint dies eine rein individual-psychologische Aussage zu sein. Ich-Stärke, Ich-Identität kann gefunden werden, wenn man als Dialektiker versucht, in Widersprüchen zu denken, sich selbst als Teil einer widersprüchlichen Realität begreift, seinen gesellschaftlichen Standort bestimmt und in dieses Geflecht gesellschaftlicher Widersprüche praktisch handelnd eingreift. Auch hier argumentiert Gramsci als Marxist, für den ein Individuum immer das »ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse« ist, und so muß

dieser Passus gleichzeitig auch als *soziologische* Aussage gelesen und interpretiert werden. Denn so, wie es für ein Individuum notwendig und möglich ist, Ich-Identität durch Einsicht in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge auszubilden, so können und müssen auch gesellschaftliche Gruppen und Klassen ihre historische Identität ausbilden, indem sie ihre Stellung und Funktion in einem historischen Prozeß bestimmen und ihre Aufgabe darin übernehmen.

Dies aber ist ein *kultureller* Vorgang, und auch hier muß betont werden, daß Gramsci den Begriff »Kultur« in einem weiten Sinne versteht als »Konstitution der konkreten Subjekthaftigkeit des Menschen« *(Metscher,* in: Holz/Sandkühler 1980, S.259). Diese »Subjekthaftigkeit« ist, wie Metscher richtig hervorhebt, nicht von Natur vorgegeben, sondern Resultat eines Erziehungs- und Bildungsprozesses, ist Resultat eines kulturellen Lernprozesses, der die Menschen aus dem Status des Objekts, des gesellschaftlichen Mechanismen Unterworfenen oder — wie Gramsci sagt — des 'Subalternen' herausführt und ihn zu einem historisch handlungsfähigen Subjekt macht. Diese Konstitution von Subjekthaftigkeit wird aber in einer Klassengesellschaft der Mehrheit der Bevölkerung verweigert. Aufgabe der »Philosophie der Praxis«, des Marxismus, ist es daher, einen kulturellen Lernprozeß zu initiieren, eine »intellektuelle und moralische Reform« einzuleiten, in der sich die subalternen, handlungsunfähigen Objekte zu Subjekten der Geschichte entwickeln.

Die in der 'bürgerlichen Gesellschaft' verorteten Hegemonieapparate vollziehen einen permanenten ideologischen, den Konsens über das Bestehende absichernden Anpassungsprozeß. Das ideologische Selbstverständnis der herrschenden Klasse, ihre 'Philosophie', wird so zum 'Alltagsverstand' der Massen und nimmt die gleiche, das Alltagsleben durchdringende weltanschauliche Festigkeit an wie Religionen, die in ähnlicher Weise 'Kultur' werden, eine kohärente, einheitliche Auffassung vom Leben und vom Menschen darstellen und eine Ethik, eine bestimmte Art zu leben, ein ziviles und individuelles Verhalten hervorbringen.

Kultur, schrieb Gramsci schon in seinen Jugendschriften, habe nichts zu tun mit enzyklopädischer Wissensanhäufung. Ziel von Kultur sei es vielmehr — und hier knüpft er an Novalis' Begriff des »inneren Ich« an —, die Konstitution von Ich-Bewußtsein zu ermöglichen.

> »Die Kultur ist etwas sehr unterschiedliches. Es ist die Organisation, die Disziplin des eigenen Ich, ist die Inbesitznahme der eigenen Persönlichkeit, die Eroberung eines höheren Bewußtseins, durch das man erst den eigenen historischen Wert, die eigene Funktion im Leben, die eigenen Rechte und Pflichten verstehen kann.« (zit. n. *Priester* 1981, S.91f.)

Kultur ist die in der gesellschaftlichen Praxis zum Ausdruck kommende, organisatorisch wirksam gewordene Philosophie einer Klasse. Daher müsse auch der Marxismus zur *Massenkultur* werden und seine Richtigkeit als gesellschaftsverändernde Kraft in der Praxis erweisen. Für Gramsci kann es daher strategisch *keine Nachordnung* geben zwischen einer politischen Revolution und einer späteren Kulturrevolution. Beide Aspekte sind aufs engste miteinander verbunden und machen die Originalität seines Revolutionskonzepts aus. Schon *vor* der Eroberung des Staates im engeren Sinne müsse die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Hegemonie im gesellschaftlichen Bereich erkämpft haben. Hegemonial aber ist eine gesellschaftliche Klasse nur dann, wenn sie fähig ist, als historisches Subjekt zu handeln.

4. Zwischenergebnis:

Gramsci denkt als *Dialektiker*. Für ihn ist der Marxismus eine Weltanschauung, eine »neue Art zu denken«, und zwar *historisch* zu denken. So wie sich Individuen aus einer ihnen unerträglich erscheinenden, weil *unbegriffenen* Situation der Unterworfenheit unter äußeren Zwang herausarbeiten müssen, um Ich-Stärke auszubilden, so können und müssen sich auch einer bisher fremden Hegemonie unterworfene gesellschaftliche Klassen und Gruppen aus ihrer Subalternität herausarbeiten, indem sie lernen *und* praktisch erfahren, daß gesellschaftliche Tatbestände kein naturhaftes Schicksal sind, denen man willenlos ausgeliefert ist. Gramsci unterscheidet verschiedene Entwicklungsstufen historisch-kulturellen und politischen Bewußtseins (vgl. auch *Schreiber* 1980, S.82ff.). In einer ersten Phase auf dem Wege der Konstitution von Subjekthaftigkeit und historischer Identität bildet sich ein berufsständisch-begrenztes Bewußtsein auf der Basis gleicher ökonomischer Interessen heraus. Gramsci nennt dies 'ökonomisch-korporatives' Bewußtsein. In dieser Phase wird die Hegemonie der herrschenden Klasse noch nicht in Frage gestellt, politische Aktivitäten beschränken sich auf Reformforderung zur Verbesserung der eigenen Lage innnerhalb des bestehenden Systems. Erst wenn es einer bisher subalternen Klasse gelingt, über den berufsständischen Rahmen hinaus gesamtgesellschaftlich zu denken — Gramsci sagt: universal zu denken —, wird eine höhere Bewußtseinsebene erreicht, die er »ethisch-politisch« nennt. Erst jetzt wird die Machtfrage als Frage der Hegemonie im Staate aufgeworfen. — Was bedeutet dies aber unter dem Aspekt einer Kulturtheorie, die ja, wie ich versucht habe zu zeigen, für Gramsci untrennbar verbunden ist mit seiner politischen Theorie?

Mit besonderer Aufmerksamkeit hat Gramsci als m.W. einziger Marxist seiner Zeit den Zusammenhang zwischen 'hoher' Philosophie und dem Alltagsverstand der Massen untersucht. Angesichts der eingeschränkten Arbeitsbedingungen im Gefängnis konnte er nur skizzenhaft arbeiten, er hat uns zwar eine Fülle von Notizen, theoretischen Elementen und Überlegungen hinterlassen, aber keine ausgearbeitete systematische Theorie. Mit großem Interesse hat er alle kulturtragenden und -verbreitenden Institutionen, den Journalismus, die Schule, die Trivialliteratur seiner Zeit etc. untersucht, um seine Hegemonietheorie empirisch abzusichern und gleichzeitig — unter strategischem Gesichtspunkt — die praktischen Eingriffsmöglichkeiten in diesen politisch-kulturellen Mechanismus der Hegemonieabsicherung aufzuspüren. Denn konsensuelle Zustimmung aller in einem historischen Block vereinigten Gruppen, Klassen und Schichten ist nur dann gegeben, wenn die Weltanschauung der hegemonialen Führungsklasse unhinterfragter Bestandteil der spontanen »Jedermannsphilosophie« geworden ist, wenn sie mit einer nur Religionen vergleichbaren Festigkeit zur praxisanleitenden, politisch wirksamen *Norm* kollektiven Handelns geworden ist und dadurch Theorie und Praxis im konkreten geschichtlichen Akt zur Einheit gelangen.

Das ideologische Selbstverständnis einer hegemonialen Klasse muß die Ebene des Alltagsverstandes der Massen erreichen, jene Ebene, wo der »diffuse Charakter allgemeinen Denkens einer bestimmten Epoche in einem bestimmten Milieu des Volkes« (Q, S.1382) verbreitet ist.

> »Aber jede Philosophie tendiert dahin ..., Alltagsverstand zu werden. Deswegen muß eine Philosophie erarbeitet werden, die — weil sie bereits verbreitet ist, oder wegen ihrer Verbindung mit dem praktischen ... Leben eine Tendenz zur Verbreitung hat — ein erneuerter Alltagsverstand wird mit der Kohärenz und der Kraft der individuellen Philosophien: das kann nicht eintreten, wenn man nicht ständig die Notwendigkeit des kulturellen Kontaktes mit den 'Einfachen' verspürt.« (Q, S.1382f.)

Mit dem, was Gramsci die »intellektuelle und moralische Reform« nennt, ist also eine Revolutionsstrategie gemeint, die in Form eines langfristigen »Stellungskrieges« die politische und die kulturelle Dimension in einem kollektiven Lernprozeß aufs Engste miteinander verbindet. Dabei geht es primär um die Überwindung früherer, dem gesellschaftlichen — auch dem ökonomischen — Entwicklungsstand nicht mehr angemessener Denkweisen und um die Überwindung des konkretistischen, naiv-materalistischen Denkens, das die Massen in einer passiven, fatalistischen Haltung läßt. — Was aber versteht Gramsci unter Alltagsverstand und wie kann auf ihn eingewirkt werden?

Die Merkmale des Alltagsverstandes sind für ihn enthalten: »1. in der Sprache selbst, die ein Ensemble von bestimmten Kenntnissen und Begriffen und nicht nur von grammatikalisch inhaltsleeren Worten ist, 2. im Alltagsverstand und *bon sens*, 3, in der Volksreligion und folglich im gesamten System von Glaubensäußerungen, Aberglauben, Meinungen, Anschauungs- und Handlungsweisen, das allgemein 'Folklore' genannt wird.« (Q, S.1375)

Ist die Alltagsphilosophie unbearbeitet und spontan, so ist sie in der Regel nicht kritisch und zusammenhängend,

> »sondern zufällig, dann gehört man gleichzeitig einer Vielzahl von Massenmenschen an, die eigene Persönlichkeit ist auf bizarre Weise zusammengesetzt: Man findet in ihr Elemente des Höhlenmenschen und Prinzipien der modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft, lokale Vorurteile aller vergangenen geschichtlichen Phasen und zugleich Intuitionen einer zukünftigen Philosophie, die dem in der ganzen Welt geeinten Menschengeschlecht eigen sein wird« (Q, S.1376).

Mir scheint wichtig, hervorzuheben, daß der spontane Alltagsverstand nicht schlechthin 'falsches' Bewußtsein ist. Aus der Sicht Gramscis besteht sein spezifisches Merkmal vielmehr in seiner Inkohärenz, in seiner bruchstückhaft und 'bizarr' zusammengebastelten Art. Neben richtigen, z.T. durchaus auch kritischen Einsichten stehen Restbestände älterer Denktraditionen, abgesunkenes Kulturgut, Vorurteile etc. Um ein Beispiel zu geben: Ein und dieselbe Person kann davon überzeugt sein, daß Fabrikbesitzer Ausbeuter sind, daß die Frau ins Haus gehört, kann an Horoskope glauben und Gewerkschaftsmitglied sein etc. Ein anderes Beispiel: Schon vor etlichen Jahren ist von Popitz u.a. eine Untersuchung über das Bewußtsein von Arbeitern gemacht worden. Als Ergebnis formulierten diese Forscher, westdeutsche Arbeiter hätten ein 'dichotomisches Bewußtsein', sie denken in den Kategorien 'oben' und 'unten' (»Wir hier unten, die da oben«), wobei diese Zweiteilung als unabänderliche Gegebenheit vorgestellt wird. Es soll hier gar nicht zur Diskussion gestellt werden, ob dieses Ergebnis heute noch stimmt, vielmehr möchte ich daran nur verdeutlichen, daß es zu einer Zeit, als in der offiziellen und herrschenden Ideologie die These von der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« vertreten wurde, bei vielen Arbeitern durchaus die richtige, auf alltäglicher praktischer, konkreter Erfahrung beruhende Erkenntnis vorhanden war, daß diese Gesellschaft keineswegs so nivelliert ist, wie man es propagierte. Andererseits waren diese Arbeiter offenbar nicht in der Lage, historisch-kritisch zu denken, vielmehr haben sie diese Zweiteilung politisch resignativ verarbeitet und gewissermaßen als überhistorische Naturgegebenheit angesehen.

Oskar Negt hat in einem seinerzeit besonders in Gewerkschaftskreisen vielbeachteten Buch über »Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen« derartige Denkmuster untersucht und zum Ansatzpunkt für soziologisch-historische Lernprozese gemacht. Lange vor Negt hat auch schon Gramsci erkannt, daß zwischen der Denktätigkeit des Alltagsverstandes und »kritischem Denken« kein absoluter Gegensatz besteht, sondern daß auch im Alltagsverstand kritische Elemente enthalten sind oder sein können, die aber unver-

bunden und unverarbeitet, eben 'bizarr' neben anderen Elementen stehen. Daher kommt es bei der erzieherischen Tätigkeit vor allem darauf an, *eine bereits vorhandene* Denktätigkeit auf eine neue, kritische Stufe zu heben. Es handelt sich also für Gramsci nicht darum, »*ex novo* eine Wissenschaft in das individuelle Leben 'aller' einzuführen, sondern darum, eine bereits vorhandene Tätigkeit zu erneuern und 'kritisch' zu machen.« (Q, S.1383). Gramsci spricht daher von einer Dialektik zwischen Spontaneität und bewußter Führung und mißt den Intellektuellen als Organisatoren von Kultur eine außerordentlich wichtige Funktion zu. Auch hier gilt es aber, Mißverständnissen vorzubeugen: Er bestimmt den Begriff des Intellektuellen nicht auf der Grundlage äußerer Tätigkeits- und Qualifikationsmerkmale; Intellektuelle in Gramscis Sinne sind nicht notwendigerweise und ausschließlich Kopfarbeiter und Schreibtischtäter. Auch ein Arbeiter kann gesellschaftlich die Funktion eines Intellektuellen ausüben, wenn er kulturell-organisatorisch tätig ist, wenn er als Parteimitglied, als Gewerkschaftsvertreter etc. meinungsbildend wirkt, Lernprozesse anregt, organisatorische Aufgaben übernimmt.

Wenn ich abschließend Gramscis Position in dieser Frage zusammenfassen sollte, so würde ich ihn von zwei Positionen abgrenzen wollen, die in der Arbeiterbewegung eine lange Tradition haben.

1) Eine Linie, die, in den romanischen Ländern meist aus der anarcho-syndikalistischen Tradition stammend, die absolute Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse betont, Intellektuellen gegenüber äußerst mißtrauisch ist, da sie durch sie die Infiltration der Arbeiterklasse mit kleinbürgerlichem Bewußtsein befürchtet und, im Glauben an die spontane, selbsttätige Entwicklung von Klassenbewußtsein bewußte erzieherische Prozesse als 'Bevormundung' ablehnt.
2) Eine Linie, die von Kautsky und später von Lenin vertreten, den Arbeitern nur ein »trade-unionistisches« Bewußtsein zubilligt, das daher von außen, durch Berufsrevolutionäre und die Partei auf die Stufe von revolutionärem Klassenbewußtsein gehoben werden müsse. Eine fertige Doktrin, der Marxismus oder genauer: der Marxismus-Leninismus als feststehendes Lehrgebäude wird hier als 'richtige' Weltanschauung 'falschem' Bewußtsein gegenübergestellt.

Gramsci ist von beiden Positionen gleich weit entfernt. Sein Name steht für die Wiederbelebung dialektischen Denkens, für die unauflösliche Einheit von Theorie und Praxis, die er selbst in seiner Person als Theoretiker und Parteiführer verkörpert hat.

Literaturverzeichnis

Anderson, Perry, 1979: Antonio Gramsci, Eine kritische Würdigung, Berlin

Gramsci, Antonio, 1965: Lettere dal carcere, hrsg. von S. Caprioglio und E. Fubini, Turin

Gramsci, Antonio, 1975: Quaderni del carcere. Kritische Ausgabe des Gramsci-Instituts, hrsg. v. V. Gerratana, 4 Bde., durchpaginiert, Turin (mit Q abgekürzt)

Holz, Hans Heinz/Sandkühler, Hans Jörg (Hrsg.), 1980: Betr.: Gramsci, Philosophie und revolutionäre Politik in Italien, Köln

Kebir, Sabine, 1980: Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis, Auf dem Wege zur antifaschistischen Volksfront, München

Priester, Karin, 1977: Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci, in: Das Argument 104, Berlin/W.

Priester, Karin, 1981: Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus: Gramsci und Della Volpe, Frankfurt/M.-New York

Schreiber, Ulrich, 1980: Die politische Theorie Antonio Gramscis — unter besonderer Berücksichtigung seiner Analyse von Staat und Gesellschaft (Staatsexamensarbeit FU Berlin/W. — unveröffentlicht.

Würzberg, Gerd, 1978: Kultur und Politik. Der Beitrag Antonio Gramscis zur theoretischen Grundlegung der politischen und kulturellen Transformation Italiens, Frankfurt/M.

Alfred Georg Frei

Kulturpolitik im Austromarxismus

»Proletarisch gelebt, proletarisch gestorben, und dem Kulturfortschritt entsprechend eingeäschert«

Fast schien alles vergessen. Selbst eingefleischte Linke dachten bei Wien nur noch an Walzer und Heurigen. Ein Erfolg der in den fünfziger und sechziger Jahren erfolgten politisch-kulturellen Restauration: Die wiedererrichtete und verstärkte bürgerlich-konservative Hegemonie verdrängte die historische Erinnerung der Arbeiterbewegung. Obwohl noch Zeitzeugen gelebt haben, waren besonders die zwanziger Jahre von dieser Verdrängung betroffen. Keiner wollte mehr über die ungeheure Kultur- und Organisationsleistung reden, die die Arbeiterbewegung in der Zwischenkriegszeit vollbracht hatte: In praktisch jeder Stadt, auch in Kleinstädten, hatten die Sozialdemokraten, vielerorts auch die Kommunisten, ein Netz von politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen aufgebaut, die eine politisierte und politisch ausgerichtete Lebenswelt der Arbeiterklasse schufen, in der ansatzweise Alternativen zur politisch-kulturellen Hegemonie des Bürgertums entwickelt wurden.

Die organisierte Arbeiter(bewegungs-)kultur, also sozialdemokratische Vereine, Arbeiterbildung, Arbeitersport, Genossenschaftsbewegung usw., sind aber weitaus nicht der einzige Bestandteil von *Arbeiterkultur*, die wir umfassend als Lebensweise des Arbeiters definieren. Auf deren weitere Kernbereiche wie Arbeit, Wohnen usw. kann an dieser Stelle allerdings nicht eingegangen werden.

In der heutigen Diskussion über Parteiarbeit und Kultur, die bezeichnenderweise von den in der Alternativbewegung sichtbar gewordenen gegenkulturellen Tendenzen wiederangestoßen wurde, ist es notwendig und nützlich, sich historischer Erfahrungen, wie sie beispielsweise die Geschichte der Wiener Arbeiterbewegung bietet, zu vergewissern. Der notwendige historische Rückblick darf jedoch nicht nostalgisch ausfallen, sondern muß auf Leistungen *und* Defizite der alten Arbeiterbewegungskultur eingehen. Nostalgie droht, wenn wir die »Goldenen zwanziger Jahre« des Bürgertums einfach in die »Roten zwanziger Jahre« der Arbeiterbewegung umdeuten.

Obwohl es in letzter Zeit einige wichtige Ansätze gibt, die Erinnerung der Arbeiterbewegung wiederzubeleben (Beispiel: Ausstellung 'Arbeiterkultur in Österreich 1918-1934' in Wien-Meidling 1981), herrschen doch noch in weiten Bereichen Unkenntnis und Unverstand. Deshalb möchte ich, bevor ich auf einige zentrale praktische und theoretische Aspekte der austromarxistischen Kulturpolitik eingehe, zunächst ein paar historische Grunddaten voranstellen.

1. Der Austromarxismus und das Rote Wien

Nach dem 1. Weltkrieg fand in Österreich wie in Deutschland keine soziale Revolution statt. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Jahre von 1918 bis 1920 in Österreich einen anderen Verlauf nahmen als in Deutschland und auch andere Ergebnisse hervorbrachten. Der Unterschied besteht — kurz gesagt — darin, daß es der österreichischen Arbeiterbewegung gelang, ihre Machtpositionen wesentlich weiter auszubauen. Das Heerwesen wurde demokratisiert, zahlreiche soziale Rechte wurden verfassungsmäßig verankert, die Arbeiter erreichten allgemeine Vertretungskörperschaften in Form der Kammern.

In der Revolutionsphase stützte sich die österreichische Sozialdemokratie nicht auf die Militärorgane des alten Staates, sondern baute eine aus Arbeitern zusammengesetzte Volkswehr auf. Der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) gelang es, die organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung weitgehend aufrechtzuerhalten, die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) spielte in der ganzen demokratischen Phase der »Ersten Republik« (1918-1934) eine nur untergeordnete Rolle. Dadurch umfaßte die SDAP ein breites politisches Spektrum. Die Linke und das linke Zentrum in der Partei waren in der Mehrheit. Der starke Einfluß der Linken führte zu einer deutlich radikalen Ausrichtung der SDAP im Vergleich zu den anderen sozialdemokratischen Parteien.

Das kirchlich-bürgerliche Lager versuchte in den Jahren nach 1920 die Arbeiterbewegung aus ihren Machtpositionen zu verdrängen. Die SDAP reagierte auf diese Versuche defensiv. Gegen die Sparpolitik der bürgerlichen Regierungen mobilisierten die Sozialdemokraten, seit 1920 in der Opposition, keine außerparlamentarische Bewegung. Aufgrund der defensiven Haltung der SDAP erreichte die Rechte nach 1927 auch eine außerparlamentarische Überlegenheit. 1933/34 gelang es einer konzertierten Aktion aus Regierung und paramilitärischen Rechtsgruppen (Heimwehr), die demokratische Verfassung auszuhöhlen und die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Allerdings leisteten die österreichischen Arbeiter, trotz der abwartenden Haltung der SDAP-Führung, dem Austrofaschismus im Februar 1934 bewaffneten Widerstand.

Zentrum dieses Widerstands war Wien, das seit 1919 von den Sozialdemokraten regierte »*Rote Wien*«, das Hauptstadt und Bundesland zugleich war. In dieser Stadt hatten die Sozialdemokraten und die ihnen angeschlossenen Vereinigungen einen unglaublichen Organisationsgrad erreicht.[1] Die Gemeindeverwaltung Wiens ging neue Wege im Bereich der Finanzpolitik, der Sozialpolitik und insbesondere der Wohnungspolitik. Durch konsequenten Mieterschutz und kommunale Bautätigkeit — teilweise durch Luxussteuern finanziert — versuchte das Rote Wien, trotz schwierigster Ausgangsbedingungen, Marktgesetze zu durchbrechen und eine neue ökonomische Logik zu praktizieren.[2]

Theoretischer Hintergrund dieser sozialistischen Kommunalpolitik war der *Austromarxismus*. 'Austromarxisten' nannte man vor dem 1. Weltkrieg eine Gruppe junger Intellektueller an der Universität Wien. Nach dem Krieg errang die von Otto Bauer (1882-1938) repräsentierte austromarxistische Hauptströmung die Mehrheit in der Partei. Die SDAP suchte einen dritten Weg zwischen der deutschen Sozialdemokratie, die ihre gesellschaftsverändernde Zielsetzung kaum noch politisch umsetzte, und den russischen Kommunisten, deren Revolutionsmodell sie als ungeeignet für Mittel- und Westeuropa ansah.

Die Austromarxisten gingen von der Marx'schen Gesellschaftsanalyse aus. Diese wollten sie für sozialdemokratische Politik schöpferisch weiterentwickeln, um sie — ähnlich wie Antonio Gramsci in der kommunistischen Weltbewegung — in eine Veränderungsstrategie für die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften umzusetzen. Kernpunkt dieser Strategie war der Versuch, durch gezielte Reformpolitik die Grundlagen für eine revolutionäre Gesellschaftsveränderung zu schaffen. Diesen demokratischen und gewaltfreien Weg zum Sozialismus haben die österreichischen Sozialdemokraten in ihrem Linzer Programm von 1926 niedergelegt.[3]

Diese Vorschläge und Problemstellungen sind heute noch oder vielleicht gerade wieder aktuell. Allerdings darf man nicht übersehen, daß besonders Otto Bauer in vielen seiner politischen Schriften dazu neigte, den staatlich-parlamentarischen Bereich überzubewerten und die Geschichte als gesetzmäßig ablaufende, nur ökonomisch bedingte Entwicklung anzusehen.

In der austromarxistischen Veränderungsstrategie spielte die Kulturarbeit eine zentrale Rolle. Organisation und Bewußtseinsbildung sollten die Errichtung einer neuen politisch-kulturellen Hegemonie der Arbeiterklasse ermöglichen. Durch Kultur und Bildung sollten, nach dem Wort von Max Adler (1873-1937) »neue Menschen« geschaffen werden — bereit, aus freien Stücken eine neue, sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

2. Die austromarxistische Kulturpolitik

Wie sah nun die von den Austromarxisten als zentral angesehene Kulturpolitik praktisch aus? — Es fällt zunächst die außerordentliche Vielfalt und Breite der Kulturorganisationen auf. Die Palette reichte von den Kinderfreunden über die Arbeiterfilmer und Naturfreunde bis hin zum Arbeiterbestattungsverein »Die Flamme«, dessen Leitsatz »Proletarisch gelebt, proletarisch gestorben, ...« diesem Artikel vorangestellt ist. Allein der Arbeiterbund für Sport und Körperkultur hatte 1932 über 240.000 Mitglieder; »Die Flamme« hatte 167.315. Nach eigener Einschätzung zählten sich vierzig Vereinigungen zu den sozialdemokratischen Kulturorganisationen, zusammen hatten sie einige hunderttausend Mitglieder.[4]

Die österreichische Sozialdemokratie wollte nach den Worten Max Adlers »nicht bloß die größte Massenbewegung des arbeitenden Volkes, sondern zugleich die größte Kulturbewegung, die bisher irgendein Zeitalter hat lebendig werden lassen«, sein.[5] Aus politischen und finanziellen Gründen befaßte sich vor allem die Partei mit der Kulturpolitik. Es war für die Gemeinde Wien unmöglich, »größere Mittel für Kunstzwecke aufzuwenden, solange man jeden Groschen für Wohnbau und Fürsorge braucht«.[6]

Was vermittelten die zahlreichen sozialdemokratischen Kulturorganisationen? — Die Vereine wollten eine Alternative zur bürgerlichen Kultur und Bildung schaffen. So gingen die Arbeitersportler davon aus, daß beim bürgerlichen Sport die Ausrichtung auf individuelle Spitzenleistungen und die Jagd nach Rekorden das bürgerliche Individualitätsprinzip reproduzierten:

> »So wie in der Gesellschaftsordnung des Kapitalismus der Stärkere über den Schwächeren siegt und zu Ehre, Ruhm und Reichtum aufsteigt, ist es auch im bürgerlichen Sportleben. Jeder kämpft für sich und gegen alle.«[7]

Die Sozialdemokraten wollten hingegen »den Arbeiter nicht allein politisch, sondern auch geistig, kulturell und gesellschaftlich von der Welt des Bürgertums« lösen. Sie kritisierten am bürgerlichen Sport die Trennung in Aktive und Zuschauer, d.h. die Entwicklung des Sports zu einem kommerziellen Showgeschäft, als »Sündenfall des bürgerlichen Sports«.[8]

Die neue, sozialistische Festkultur beruhte auf der »Heranziehung der künstlerischen Möglichkeiten aus der Arbeiterklasse selbst«.[9] Die Einbeziehung aller Teilnehmer, das Aufstellen von »Sprechchören«, Theatergruppen usw., an denen sich auch Leute ohne 'kulturelle' Vorbildung beteiligen konnten, sollte die Entwicklung von kollektivem Bewußtsein unterstützen. Daneben förderten die Sozialdemokraten Theater- und Konzertbesuche. Die sozialdemokratische Kunststelle verkaufte in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens 1,4 Millionen Schauspielkarten, darunter 107.000 für moderne Stücke. Für die Klassenzugehörigkeit der Besucher gibt es nur einzelne Anhaltspunkte. So hattten z.B. die Arbeiter-Sinfoniekonzerte in dem Arbeiterviertel Wien-Floridsdorf ihre größte Abonnentenzahl, 95% dieser Abonnenten waren Handarbeiter.[10] In den zahlreichen Arbeiterbibliotheken bemühten sich »Arbeiterbibliothekare«, den überwiegend proletarischen Le-

sern sozialistische Sachbücher und fortschrittliche Romanliteratur (Traven, H. Mann usw.) zu verleihen. Dabei hatten sie mit den Romanen mehr Erfolg.[11]

Bei der Kulturarbeit wollte man an den besten Leistungen der klassisch-bürgerlichen Kultur anknüpfen und diese weiterentwickeln. Allerdings ging die Übernahme der bürgerlichen Normen oft ziemlich weit. So sollten sich auch die Arbeiter zum Konzertbesuch in feines Tuch hüllen; denn man müsse »wissen, was sich gehört, daß man klassische Kunst in Festkleidern genießt«, wie die Zeitschrift der sozialistischen Kunststelle 1928 kategorisch feststellte. Auch im Sport waren der so hart gebrandmarkte individuelle Wettbewerb und die Show nicht auf Dauer vom Platz verwiesen: Die Arbeiter-Zeitung konnte sich durchaus auch über Erfolge der (»bürgerlichen«) Nationalmannschaft begeistern und bei der 2. Arbeiterolympiade 1931 in Wien gab es Siegestabellen und Bestenlisten. In der sozialdemokratischen Literaturproduktion feierten bürgerliche und religiöse Allegorien (Bilder) fröhliche Urständ': Da wurden die »Degen ... für das Proletariat« gekreuzt und das Proletariat als »Erlöser« beschworen.[12] Der sozialdemokratische Kulturpapst Josef Luitpold Stern reimte im Psalmenstil Seligpreisungen mit Erinnerungen an die »Urväter«, die seines Erachtens

»gefahrenumstellt,
in Kraal und Lager,
in Dolmen und Höhlen,
in schwankem Zelt aus Rohr und Farnkraut,
in Hütten auf Pfählen,
über Sumpf«

gelebt und gewohnt hätten.[13]

Hinderlich bei der Errichtung einer sozialistischen Gegenkultur waren auch die Ende der zwanziger Jahre stärker aufkommenden neuen Medien Radio und Film. Die Sozialdemokraten konterten zwar mit der Bildung entsprechender proletarischer Vereinigungen, kamen aber über die Herausgabe von kritischen Programmzeitschriften nicht hinaus.

Was leistete nun die austromarxistische Kulturpolitik? — Wie Dieter Langewiesche am Ende seiner gründlichen Studie zur »Freizeit des (österreichischen) Arbeiters« feststellt, gelang den Austromarxisten im Bereich der Kultur- und Bildungsarbeit, zumindest in Wien, eine eigenständige kulturelle Sozialisation innerhalb der Arbeiterbewegung. Auch in der Freizeitgestaltung der meisten Arbeiter spielten die sozialistischen Kulturorganisationen eine dominierende Rolle.

3. Kultur für's Wirtshaus oder für's feine Kaffeehaus? Leistungen und Defizite der austromarxistischen Kulturpolitik

»Aus jedem Planschbad, das sie mit Bürgergeld errichten«, schrieb ein anonymer Kritiker der Sozialdemokraten 1929, »machen sie eine revolutionäre Tat, aus jeder Windel, die sie gratis an Arme verleihen, eine welterlösende Aktion.«[14] Dieser rechte Kritiker der Austromarxisten erkennt und glossiert die gesellschaftsverändernde Zielrichtung der austromarxistischen Kommunal- und Kulturpolitik. Joseph Buttinger, der die austromarxistische Politik von links kritisiert, gesteht der SDAP zu, daß sie es fertiggebracht habe, »Interessen und Ideale, Alltagsbedürfnisse und Leidenschaften gleichermaßen zu befriedigen ... Weit über die Politik hinaus gestaltete sie das Leben und Denken ihrer aktiven Mitglieder.«[15]

Allerdings blieben die Defizite der austromarxistischen Kulturpolitik vielen Zeitgenossen nicht verborgen. Neben Karl Kraus setzten sich auch linke Sozialisten kritisch mit den

Halbheiten der sozialdemokratischen Kulturarbeit auseinander. So kritisierte Walter Fischer 1926 im sozialdemokratischen 'Kampf', daß die kulturelle Bildungsarbeit vielfach versuche, »den Arbeiter zu einer mißglückten Photographie des Bürgers zu machen«. Er forderte den Bruch mit der bürgerlichen Ästhetik und legte den Akzent auf den politischen Charakter der Kunst: »Politische Kunst ist es, deren eine Klasse bedarf, der die Demonstration der Maifeier mehr bedeutet als eine Vorlesung von Goethes Gedichten, das 'Lied der Arbeit' mehr als eine Sonate von Mozart.«[16] In die gleiche Richtung geht die Kritik des linken Sozialdemokraten Oscar Pollak. Er sieht den Hauptfehler der austromarxistischen Kulturpolitik in ihrem Wetteifern mit dem bürgerlich-klerikalen Lager:

> »Sie hat vieles, was sie schrieb und tat, getan nicht mit dem Blick auf die Wirtshäuser von Favoriten, in denen das Proletariat heute noch Erholung, Zerstreuung, Unterhaltung sucht und findet, sondern auf die Kaffeehäuser der Inneren Stadt, in denen die Fachmänner und Feinschmecker sich wundern sollen.«[17]

Mit den Worten der politischen Theorie Antonio Gramscis ausgedrückt, heißt dies, daß es die austromarxistische Kulturpolitik nicht vermochte, am »Alltagsverstand« der Massen anzuknüpfen, um diesen »schöpferisch« zu überwinden.[18]

Diese notwendige Kritik kann die positiven Aspekte der aktiven austromarxistischen Kulturpolitik aber nicht vergessen machen — zumal jetzt, wo die sozialdemokratischen »Volksparteien« auch aufgrund ihres weitgehenden Verzichts auf eine politisch orientierte Arbeiterkultur zunehmend in Krisen geraten. In Deutschland schien der Verlust an politisierter Arbeiterkultur, an Arbeiterbewegungskultur, die es vor 1933 auch hier gegeben hatte, vom kurzfristigen Organisationsinteresse her zunächst längere Zeit ohne negative Folgen zu bleiben. Vor allem in der Wachstumsphase der sechziger Jahre gelang es der deutschen Sozialdemokratie durch die Umverteilung von Zuwächsen bzw. durch die Hoffnung darauf, Wählermehrheiten und mehr Mitglieder zu gewinnen und so als »Volkspartei« erfolgreich zu sein.[19] Nach dem Ende der Wachstumsphase wird dies problematischer. Inzwischen häufen sich auch für die westdeutsche Sozialdemokratie die Probleme. Immer mehr »Hochburgen«, d.h. auch frühere Zentren der Arbeiterbewegungskultur, gehen verloren; seit einigen Jahren muß die SPD, wie die »bürgerlichen« Parteien, ihre Plakate zum Teil von kommerziellen Agenturen kleben lassen.

Zusätzlich sieht sich die Arbeiterbewegung in einigen kapitalistischen Ländern vor ein völlig neues Problem gestellt: die neuen sozialen Bewegungen, die in der BRD vor allem als »Alternative« auftreten.[20] Plötzlich kommt in diesem Bereich wieder in Schwung, was in der Arbeiterbewegung seit langem, d.h. genauer seit der völligen Durchsetzung einer staatsfixierten Veränderungstrategie bzw. bloß noch parlamentarischen Politik, als überholter Schnickschnak angesehen wird:

- genossenschaftliche Betriebe, die sich alternativ organisieren und auch entsprechend produzieren;
- die Suche nach neuen Lebensformen (Wohnen, Familie usw.);
- neue Freizeitaktivitäten (gemeinsames Radfahren, nicht leistungs- und konsumorientierter Sport usw.).

Eine Erneuerung von »Arbeiterkultur«, die kritisch an den Erfahrungen der zwanziger Jahre anknüpft[21] und die Anstöße der Alternativbewegung aufnimmt, ohne sie administrativ vereinnahmen zu wollen, könnte und müßte zur »Rettung« der SPD und zu ihrer Umwandlung in eine gesellschaftsverändernde Kraft beitragen. Ohne eine derartige Umwandlung droht die SPD »'Opfer ihrer selbst', d.h. ihres Verzichts auf politische Hegemonieansprüche und auf die konkrete Formulierung der politisch-kulturellen Basis einer sol-

chen Hegemonie« zu werden, wie Volker Gransow und Claus Offe eindringlich gezeigt haben.[22] Bis zu dieser Rettung durch Veränderung ist allerdings ein schwieriger Weg. Sicherlich haben wirtschaftliche und soziale Veränderungen nach dem 2. Weltkrieg den Verzicht auf »Arbeiterkultur« begünstigt. Sicherlich hat auch die alte Arbeiterkultur den Sieg des Faschismus nicht verhindern können (in Österreich wurden allerdings die ersten Schüsse gegen den Faschismus abgegeben). Aber die Erfahrungen der zwanziger Jahre, deren kritische Aufarbeitung noch aussteht, zeigen, daß »die« Arbeiter nicht naturnotwendig »konsumorientiert« und »unkritisch« sind, wie sie von der Rechten (auch innerhalb der SPD) gerne dargestellt werden. Werfen wir dazu mit Joseph Buttinger abschließend einen Blick auf die sozialdemokratisch orientierten Arbeiter in den zwanziger Jahren. Die Arbeiter waren

> »Freidenker und Naturfreunde, Sportler und Abstinenzler, Anhänger der Psychoanalyse und Verteidiger aller Arten moderner Kunst. Für alles Neue waren sie voreingenommen 'aus Prinzip'. Als ihren schlimmsten Feind denunzierten sie in einem vielgesungenen Lied den 'Unverstand der Massen'. Noch im Tode führten sie gegen den 'kulturfeindlichen Klerikalismus' den letzten Schlag — indem sie durch ihre Mitgliedschaft beim Arbeiterbestattungsverein 'Die Flamme' schon zu Lebzeiten für die von der katholischen Kirche und der christlich-sozialen Partei bekämpfte Einäscherung ihres Körpers im Krematorium der Gemeinde Wien Vorsorge getroffen hatten.«[23]

Anmerkungen

1 Einige Zahlen dazu hat *Michael Krätke* zusammengestellt: Die Vernichtung des Austromarxismus. Der jüngste Akt eines alten Trauerspiels, *spw 7* (3.Jg., 1980), S.73-87; hier: S.81f.

2 Dazu *Klaus Novy*, Sozialisierung von unten — Überlegungen zur vergessenen Gemeinwirtschaft im »Roten Wien« *1918-1934*. Mehrwert. Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie 19 (1979), S.45-90.

3 *Detlev Albers* nennt das Linzer Programm die »Geburtsurkunde des dritten Weges«: Gedanken über den 'dritten Weg zum Sozialismus' *in Westeuropa*. In: *D. Albers/J. Cap/P. Ingrao/D. Motchane (Hrsg.)*, Perspektiven der Eurolinken, Frankfurt-M./New York 1981. Weitere einführende Beiträge zum Austromarxismus in *D. Albers/J. Hindels/L. Lombardo Radice (Hrsg.)*, Otto Bauer und der »dritte« Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linkssozialisten und Eurokommunisten, Frankfurt-M./New York 1979.

4 *Dieter Langewiesche*, Zur Freizeit des Arbeiters. Bildungsbestrebungen und Freizeitgestaltung österreichischer Arbeiter im Kaiserreich und in der Ersten Republik, Stuttgart 1980, S.388f.

5 Zit. nach ebd., S.369f.

6 Zit. *Oscar Pollak*, Warum haben wir keine sozialdemokratische Kunstpolitik? Der Kampf, 22.Jg. (1919), S.83-86; hier: S.84f.

7 Zit. nach *Langewiesche*, a.a.O., S.380.

8 Zit. *Jacques Hannak*, Die neue Großmacht: Sport. Der Kampf, 19.Jg. (1926), S.273-280; hier: S.276.

9 Zit. *David Josef Bach*, Warum haben wir keine sozialdemokratische Kunstpolitik? Der Kampf, 22.Jg. (1929), S.139-148; hier: S.147.

10 Ebd., S.143.

11 Vgl. *Alfred Pfoser*, Literatur und Austromarxismus, Wien 1980.

12 Zit. nach *Langewiesche, a.a.O., S.368 und 377f.*

13 *Zit. nach Karl Kraus*, Die Wohnbaukantate. Die Fackel Nr. 820-26, Oktober 1929, S.57-64; hier: S.61.

14 Zit. nach *Novy*, a.a.O., S.78.

15 Zit. *Joseph Buttinger*, Das Ende der Massenpartei. Am Beispiel Österreichs, Frankfurt/M. 1972 (Neuaufl.), S.29.

16 Zit. *Walter Fischer*, Aesthetische Dogmatik und proletarische Kunstpolitik. Der Kampf, 19.Jg. (1926), S.338-344; hier: S.339.

17 Zit. *Pollak*, a.a.O., S.86.

18 Gramsci verlangt die Schaffung »eines neuen Alltagsverstandes und folglich einer neuen Kultur und einer neuen Philosophie, die im Volksbewußtsein ... fest Wurzeln schlagen« soll: *Antonio Gramsci*, Philosophie der Praxis, Frankfurt/M. *1967*, S.209.

19 Zum Begriff vgl. *H. Kaste/J. Raschke*, Zur Politik der Volkspartei. In: W.D. Narr (Hrsg.), Auf dem Weg zum Einparteienstaat, Opladen 1977.

20 Zum politökonomischen Entstehungshintergrund der »Alternativen«: *Josef Esser/Wolfgang Fach*, Internationale Konkurrenz und selektiver Korporatismus, in: *U.v. Alemann, (Hrsg.)*, Neokorporatismus, Frankfurt-M./New York 1981.

21 Eine erste, allerdings unzureichende Pauschalkritik an den proletarischen 'Lagern' der Zwischenkriegszeit haben vorgelegt: *Oskar Negt/Alexander Kluge*, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt/M. ^{2}1973.

22 Zit. *Volker Gransow/Claus Offe*, Politische Kultur und Sozialdemokratische Regierungspolitik. Das Argument 128 (23.Jg., 1981), S.551-564; hier: S.558.

23 Zit. *Buttinger*, a.a.O., S.130.

Michael Häupl und Manfred Matzka

Mit uns zieht die neue Zeit?

Zum Wandel der politischen Kultur in der österreichischen Sozialdemokratie

»'Mit uns zieht die neue Zeit' — Arbeiterkultur in Österreich 1918-1934«, heißt eine Ausstellung der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik und des Meidlinger Kulturkreises in der ehemaligen Straßenbahnremise in Wien-Meidling.[1] Weit über 100.000 Menschen haben bisher diese Ausstellung besucht, die versucht, das Lebensgefühl jener Generation zu vermitteln, die sich den ungeheuren ökonomischen, sozialen und politischen Problemen der zwanziger und dreißiger Jahre gegenübersah. Aber diese Zeit der 1. Republik war nicht nur eine Zeit der Not, des Massenelends, der Arbeitslosigkeit und der politischen Unterdrückung, sie war auch eine Zeit des politischen und kulturellen Aufbruchs der arbeitenden Menschen in Österreich und, insbesondere in Wien, die Zeit des *Austromarxismus.*

Zu den Grundüberlegungen des Austromarxismus gehörte die Überzeugung, daß nur über die Bildung und Erziehung der arbeitenden Menschen, über die umfassende Veränderung ihres Alltagslebens der Weg zum Sozialismus beschritten werden kann. In Umsetzung der bekannten Theorie von Max Adler: »Aller Klassenkampf ist Kulturkampf, ist Geistesbewegung«[2], schuf die österreichische Sozialdemokratie ein außerordentlich dichtes Netzwerk von Kultur- und Freizeitorganisationen, die versuchten, proletarische Gegenmacht und Gegenpositionen im *nichtbetrieblichen* Bereich zu verwirklichen.

Der Sinn dieser »proletarischen Gegenmacht« oder »Gegenkultur« war nun nicht nur ein rein kultureller. Die eigentliche Kulturarbeit in der österreichischen Sozialdemokratie war — wie nahezu alle politischen Fragen — Gegenstand ausführlicher Diskussionen und heftiger Kritik, die insbesondere im »Kampf«, der sozialdemokratischen Theoriezeitung, ausgetragen wurden. Die über die eigentliche Kulturarbeit hinausweisende Perspektive der gesamten austromarxistischen Erziehungs-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitarbeit war der Versuch der geistigen und emotionellen Trennung der Arbeiter von der Welt des Bürgertums sowie die geistige und emotionelle Bindung der Arbeiterschaft an die Partei. So sehr diese Integration des »gesamten« Menschen nun *auch* durch eine Kultur der »proletarischen Feste«, auch durch Bildungs- und Erziehungsarbeit wünschenswert erscheint, so verdeutlicht doch die Position von Kanitz zumindest das Problem: »Nein, es kommt aufs erste gar nicht darauf an, daß die Kinder die sozialistische Bewegung, daß sie das sozialistische Ziel 'verstehen', sie sollen sich in diese Bewegung einfühlen, sie sollen diese Bewegung liebgewinnen, sollen ihr mit allen Fasern anhängen.«[4] Letztendlich liegt darin die gesamte Problematik der politischen Kultur des Austromarxismus, die bei aller Widersprüchlichkeit und Unzulänglichkeit versucht, der Logik der bürgerlichen Hegemonie in diesem Bereich die »proletarische Antithese« entgegenzustellen.

Wie sehr diese Bildungs- und Erziehungsarbeit gelungen ist, macht ein Zitat von Buttinger deutlich, das allerdings fast mehr Gegenwarts- als Vergangenheitsbezug hat:

> »Was in den von der Partei herausgegebenen Büchern und Broschüren stand, hielt Frau Meier ungelesen für wahr und recht. Ihre Aufgabe war nicht, die Parteiliteratur zu lesen, sondern sie zu verbreiten. (...) Im Wirken für die Partei hatte Frau Meier ein höheres Lebensziel gefunden. Was war ihr Leben ohne Partei? Ein ewiger Kampf um die Sicherung einer spärlichen, von immer neuen wirtschaftlichen Gefahren bedrohten Existenz. Für andere arbeiten, vor ihnen kriechen,

Tabelle: Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung[3]

Organisationen		Mitglieder 1927	Mitglieder 1932
I. Politische, berufliche und wirtschaftliche Interessenvertretung			
1. Sozialdemokratische Partei		669.586	648.497
2. Freie Gewerkschaften		772.762	520.162
3. Konsumvereine (1)		255.171	267.669
4. Verband der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute		20.272	19.600
5. Vereinigung sozialdemokratischer Rechtsanwälte und Juristen		153	642
6. dasselbe, Ärzte		ca. 800	ca. 1.100
7. dasselbe, Tierärzte		86	
8. Kleinbauernbewegung	1925:	6.150	
9. Verband der Fürsorgevereine Societas		10.760	10.361
10. Mietervereinigung		231.195	214.733
II. Kulturorganisationen — *a) Jugend-, Eltern-, Pädagogenverbände*			
11. Arbeiterjugend		28.152	28.036
12. Freie Schule-Kinderfreunde		95.308	91.385
13. Mittelschüler		1.650	2.526
14. Mittelschullehrer			480
15. Studenten		2.797	1.576
16. Schulpolitische Arbeitsgemeinschaft			
17. Verein für sozialistische Hochschulpolitik; Wirtschaftshilfe für Arbeiterstudenten			
18. Zentralstelle für Jugend- und Erziehungsarbeit; Arbeitskreis sozialistischer Pädagogen			
b) sonstige Kultur-und Sportorganisationen			
19. Abstinentenbund	1926:	ca. 4.500	
20. Arbeiterfilmer			
21. Arbeiter-, Alpine-, Gebirgstrachten-, Erhaltungs- und Volkstänzervereine			ca. 1.000
22. Briefmarkensammlerverein			1.091
23. Esperantobund		1.197	1.829
24. Feuerbestattungsverein »Die Flamme«		102.495	167.315
25. Freidenkerbund		41.705	30.406
26. Kleingärtner-, Siedler- und Kleintierzüchterverband		25.603	34.887
27. Kunststelle Wien		15.200	16.840
28. Musikvereine-Zentralverband		1.632	ca. 2.000
29. Politisches Kabarett			
30. Radiobund		3.150	18.865
31. Religiöse Sozialisten			
32. Rote Spieler (Theatergruppe)			
33. Sängerbund		15.106	11.624
34. Schachbund		1.932	1.862
35. Stenographenbund		2.869	1.232
36. Tierfreunde und Tierschützer (1)			2.000
37. Arbeiterbund für Sport und Körperkultur (Askö) (2)		206.490	240.216
38. Fischervereine (3)		1.132	ca. 6.500
39. Flugsportverband	1926 gegründet		372
40. Fußballvereine		ca. 10.000	23.775
41. Handballvereine		1.147	1.086
42. Jäger- und Schützenbund		6.654	ca. 6.500
43. Jiu-Jitsuvereine		490	
44. Kraftsportvereine		1.196	1.378
45. Naturfreunde		69.000	75.048
46. Radfahrvereine (4)		17.069	ca. 20.000
47. Samariterbund	1927 gegründet		523
48. Schwimmvereine (5)		6.778	6.415
49. Tennis- und Eissportvereine (1)		454	ca. 1.000
50. Turn- und Sportbund (6)		57.557	27.624

(1) = Zahlen für 1931 statt für 1932; (2) = Einschließlich der Kinder (ca. 16.000). Der Askö war ein Dachverband, dem auch der Republikanische Schutzbund angehörte, der hier unberücksichtigt blieb; (3) = 1927: Zahlen nur für Wien; (4) = Zahlen für 1930 statt für 1932; (5) = Nur Jahresmitglieder; Zahlen für 1928 statt für 1927; (6) = Ohne Kinder; Zahlen für 1931 statt für 1932

auf alles verzichten müssen, wonach es sie verlangte — der Öde und Entwürdigung ihres Schicksals entkam sie täglich durch ihre Teilnahme am Leben der sozialistischen Bewegung. In der Partei fand ihr unbändiger Tätigkeitstrieb und ihr Mitteilungsbedürfnis, ihr Drang zur Bevormundung Schwächerer, ihre Sehnsucht nach gesellschaftlichem Verkehr glückliche Befriedigung, und selbst ihre Tadelsucht, die sie mit ihrem unerschöpflichen Vorrat an mütterlichen Neigungen und unverbrauchter Liebe verband, erhielten einen würdigen, ihrer Kraft und der Weite ihres Gemütes angemessenen Gegenstand. Indem sie sich mit der Partei identifizierte, fühlte sie sich bedeutend, geachtet und mächtig wie die Partei. Der Wiener Bürgermeister war *ihr* Bürgermeister, die Wohnhausanlagen, Fürsorgeeinrichtung und das große Stadion der Gemeinde Wien auch *ihr* Werk. (...) Wer gegen die Sozialdemokratie auftrat, erwies ihr die Ehre einer persönlichen Feindschaft, wer hingegen versuchte, den Sozialismus zu widerlegen, war bloß ein armer Kerl. Für Frau Meier war der Sozialismus unwiderlegbar; er war für sie keine fragwürdige Zukunft, sondern ihr gegenwärtiges Leben in der Partei.«[5]

Dennoch: Diese umfassende und mit allen Einschränkungen proletarische Gegenkultur bildete die organisatorische Gesamtstruktur der österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit: politische und kulturelle Selbstverwirklichung, vielfach Willensbildung von der Basis nach oben, politisch aktuelle Informationen, Vermittlung von sozialistischer Theorie und die unmittelbare Aktion im konkreten Lebenszusammenhang — das *versuchten* die Sektionen und Nebenorganisationen zu sein.

Während diese Struktur den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Rolle der Sozialdemokratie als Kampforganisation gegen den Kapitalismus und seinen Staat adäquat war, wurde sie nach 1945 von der Entwicklung überrannt: Die Ausbreitung von Funk und Fernsehen lieferte die Spitzenfunktionäre im Originalton ins Haus und machte damit die Informationsfunktion des Parteilebens obsolet; Demoskopie und Medienwirksamkeit traten an die Stelle direkter politischer Artikulation und Diskussion innerhalb der Partei; das prinzipielle Bekenntnis der SPÖ zum bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem brachten im Lauf der Jahre eine tiefgreifende Entideologisierung der SPÖ und trockneten so die Diskussionen in den Organisationen aus. Die jahrzehntelange Regierungsmitverantwortung in einer großen Koalition und die Beteiligung an der Sozialpartnerschaft integrierten nicht *nur* die Parteispitze in den bürgerlichen Staat und seine politische Kultur; Entscheidungen wurden von oben nach unten mitgeteilt, und die Basisorganisation verlor die politische Initiative.

So stellen sich heute die Sektionen und die als Anachronismen erhalten gebliebenen kulturellen Nebenorganisationen als kleine, meist überalterte Klubs dar, deren politische »Tätigkeit« sich weitgehend auf das Anhören von Referenten beschränkt und deren Hauptarbeit die Führung der Mitgliederlisten und deren Inkasso ist. Im Schnitt treffen sich 5 bis 20 Genoss(inn)en einmal wöchentlich, um etwas zu tun, was keinen unmittelbaren Bezug zu ihrer Wohn-, Lebens- oder politischen Umgebung hat.

Die Sozialdemokratie der Ersten Republik verstand es als Kulturbewegung, als umfassende Gegenmacht und als größte Basisinitiative des Landes durchaus auch, in ihren Basisorganisationen Politik zu machen: Die Wohnumgebung, die nächste Schule, der Verkehr, das kulturelle Freizeitangebot wurden selbst gestaltet. Es war dies Kultur und Politik »von unten« gegen die vom Klassengegner dominierte herrschende Kultur.

Die Formen dieser Bewegung, die Organisationshülsen blieben aufrechterhalten, ihr Inhalt aber ging weitgehend verloren: Die SPÖ war und ist nach 1945 nicht mehr Gegenbewegung, sondern Mitträger der Gesellschaft. Damit versandete die breite Bewegung von der Gegenkultur zu einem Teil der nunmehr geteilten herrschenden Kultur.

Einige der Ursachen dafür wurden bereits angedeutet — sie liegen in der Entwicklung

der bürgerlichen Demokratie bedingt. Dazu kommt noch die Entwicklung der Konsum- und Freizeitindustrie, die mühelos das »Freizeitangebot« der kleinen Zirkel niederkonkurrierte; dazu kommt die Änderung der Freizeitgewohnheiten, die wiederum auch den höheren Lebensstandard der Lohnabhängigen zur Ursache haben. Hinter all diesen Erscheinungen aber steht das Gesamtphänomen der — jedenfalls im Überbaubereich erfolgreich vollzogenen — Integration der Arbeiterbewegung in den Kapitalismus und seinen Staat. An diesem Verlust von Klassenbewußtsein trägt die SPÖ nicht nur aufgrund ihrer Regierungs- und Sozialpartnerschaftsbeteiligung Mitverantwortung, sondern auch deshalb, weil das Prinzip, die Genossen nach ihrer Wohnadresse in den Organisationen der Partei zusammenzufassen, nachteilige Folgen hatte: Die so zusammengefaßten Mitarbeiter einer Sektion haben keine gemeinsamen ökonomischen und sozialen Interessen, da sie einen Querschnitt durch nahezu alle Bevölkerungsteile darstellen; ihre unmittelbaren Umwelt- und Wohninteressen können sich mangels geeigneter basisnaher Selbstverwaltungseinrichtungen kaum umsetzen; bleibt als einzig Verbindendes das abstrakte Bekenntnis zur sozialistischen Idee — was auch immer darunter von jedem einzelnen verstanden werden mag. Dieses Element scheint aber für eine dauerhafte Organisationsstruktur zu schwach zu sein.

Nun gibt es in den letzten Jahren in der SPÖ immer wieder Stimmen, die überkommene Parteistruktur über Bord zu werfen, auf Basisorganisationen zu verzichten und dem Computer Kassierung und Informationsversand anzuvertrauen. Dieser Weg mag zwar konsequent erscheinen, ist aber sicher nicht gangbar (und wäre politisch verhängnisvoll): Die SPÖ ist mit ihren 720.000 Mitgliedern (das sind 10% aller Österreicher) eine »Massenpartei«; auch wenn dieser organisatorischen keine »politische Dichte« entspricht, hat sie immer noch reale Bedeutung: Die Partei vermag in Betrieben immer noch Hunderttausende zu mobilisieren und bringt am 1. Mai in Wien bloß aus traditionellen Gründen und ohne Kampfziel jährlich Dreißig- bis Vierzigtausend zur »Maidemonstration«. Und sie liefert aufgrund der großen Zahl der dem Sozialismus Aufgeschlossenen ein Arbeits- und Agitationsfeld, an dem niemand in Österreich, der marxistisches Gedankengut umsetzen will, vorbeigehen kann. Daher saugt die SPÖ auch nach wie vor viele linke Impulse auf, die immer wieder in Teilbereichen die alten Organisationsformen mit neuem linken politischen Leben erfüllen.

Doch zeigt gerade die Jugend- und Alternativenbewegung zunehmend auch in Österreich, daß trotz der Partei(en)dominanz Raum für andere politische Organisationsformen auch außerhalb ist. Er wird auch zunehmend genutzt, und zwar vor allem dort, wo die Organisationen der Arbeiterbewegung politische Aufgaben nicht erfüllt haben und ein Vakuum entstand — im Kulturbereich im engsten Sinn, in der konkreten Kommunalpolitik, in der Öko- und in der Jugendbewegung. Hier steigen viele Aktivisten aus der traditionellen politischen Kultur aus, weil sie ihnen für ihre konkreten Anliegen nichts mehr zu bieten hat und finden das Netzwerk oder das völlig organisationslose Ausleben ihrer Bedürfnisse als Gegenkultur zur herrschenden Kultur, die für sie durch die Organisationen der Arbeiterbewegung mitgetragen wird.

Realität ist es auch, daß diese Initiativen — wiewohl von ihren Trägern her durchaus »proletarisch« — aus einer sozialistisch ausgerichteten Bewegung »aussteigen« — oder gar nicht eingestiegen sind —, weil ihnen der Sozialismus zu wenig konkret erscheint, nichts heute sinnlich Erfahrbares bringt, ihre ungeheuren Probleme in dieser Gesellschaft nicht unmittelbar lösen kann. Hier wäre es Aufgabe all jener, die an eine Erneuerung der umfassenden sozialistischen Kulturbewegung denken, von den »Autonomen« zu lernen: Die Sektionen sind als Träger von Selbstverwaltung in kleinen kommunalen Einheiten auszu-

bauen; dazu brauchen sie Kompetenzen und Aktionsfreiheit. Die horizontale Organisationsform des Netzwerks vieler sozialistischer Initiativen muß an die Stelle des hierarchischen Weisungs- und Gratifikationszusammenhangs in der Partei treten. Sozialisten sollen die Freiheit haben, sich innerhalb ihrer Partei nach ihren unmittelbaren Lebensinteressen (zu Berufsgruppen, Wohnviertel- oder Projektgruppen) auf Dauer oder aber auch nur auf begrenzte Zeit zusammenzuschließen und dort den Klassenkampf führen, wo sie der Kapitalismus am härtesten trifft und in der Organisationsform, die ihnen am erfolgversprechendsten erscheint. Dies könnte in Verbindung mit einer tiefen Reideologisierung dem politischen Leben an der Basis der Partei jene Attraktivität wiedergeben, die es offenbar einmal hatte. Der Ausbau der Verantwortlichkeit der höheren Parteiebenen gegenüber der Basis, mehr Demokratie in der Partei und mehr Macht der Vertretenen gegenüber den Vertretern könnten ein übriges tun.

Heute hat niemand, der offenen Auges in der SPÖ arbeitet, das begeisternde Gefühl der Parole der Ersten Republik: »Mit uns zieht die neue Zeit.« Wenn es nicht gelingt, einem solchen Selbstverständnis wiederum reale Basis zu schaffen, steht zu fürchten, daß die »neue Zeit« nicht nur nicht mit der Sozialdemokratie, sondern schlichtweg über sie hinweg zieht.

Anmerkungen

1 *Katalog* der Ausstellung »'Mit uns zieht die neue Zeit', Arbeiterkultur in Österreich 1918-1934«.
2 *Grünbergs Archiv,* Bd.11, S.364.
3 *Alfred Georg Frei,* Austromarxismus und Arbeiterkultur, Veröff. d. Proj. Regionale Sozialgeschichte, hrsg. von R. Wirtz und G. Zang, Nr. 10, S.22f.
4 *Otto Felix Kanitz,* Kämpfer der Zukunft (1929), in ders., Kämpfer der Zukunft. Für eine sozialistische Erziehung, hrsg. von Lutz v. Werder, Frankfurt/M. 1970, S.143f.
5 *Josef Buttinger,* Das Ende der Massenpartei, Frankfurt/M. 1972, S.77f.

NEU! **Schulung**

Zur Kritik der Politischen Ökonomie

Herausgegeben von SOVEC-Göttingen

Bestellungen an:

SOVEC-Versand
Heckerstraße 38
3500 Kassel

DM 7,00 und DM 1,00 Porto

Dieter Kramer

Die Provokation Heimat[1]

1. Modische Nostalgie oder politisch aktuelle Realität?

»Noch vor zehn Jahren wäre eine derartige Renaissance des Heimatbegriffes und dessen, was er impliziert, von der Altstadtsanierung bis zum Mundartschlager, unvorstellbar gewesen, unvorstellbar auch, daß dieser Begriff unter dem Aspekt des Regionalismus und angesichts ökologischer Mißwirtschaft eine politische Kraft entwickeln würde.«[2] In der Tat ist das Engagement für die emotionale, wissenschaftliche und ästhetische Aneignung und Auseinandersetzung mit Geschichte und komplexer Lebenswirklichkeit der aktuellen Wohnumgebung in Städten und ländlichen Regionen der BRD eine im politischen Leben nicht mehr zu übersehende Kraft geworden. »Heimat« besitzt dabei heute eine ganz andere politische Bedeutung als etwa zur Zeit der Jahrhundertwende. Das hängt mit den spezifischen Ursachen für die heutige Heimatbewegung zusammen. Einige Überlegungen zu diesen Ursachen und zu ihrem Zusammenhang mit allgemeingesellschaftlichen Entwicklungsprozessen, mit Staatstätigkeit und Markt sollen im folgenden versuchen, diese aktuellen Erscheinungen zu analysieren und ihre politischen Perspektiven aufzuzeigen.

2. Die historischen Wandlungen des politisch bedeutungsvollen Heimat-Begriffes

Heimat wird heute nicht mehr wie in der vorhergehenden Etappe der Geschichte dieses Begriffes als der mythische, zwanghaft an einen einmal als Heimat empfundenen Raum gebundene Niederschlag von Territorialität im Gefühlsleben des Menschen empfunden, sondern als etwas sich Wandelndes, das in jeder geschichtlichen Phase neu bestimmt wird und heute auch aktiv geschaffen werden kann.

Es fällt ein seltsames Spannungsverhältnis auf: Die aktuelle Heimatbewegung, von allen konstatiert, nur noch gelegentlich kritisiert, manchmal distanziert betrachtet[3], bezieht sich zwar intensiv auf Geschichte, klammert aber ihre eigene aus. Eine Anknüpfung an historische Formen der Heimatbewegung findet allenfalls (und auch das noch selten) über Institutionen wie Museen statt, viel häufiger stehen Reste der traditionellen Heimatbewegung und neue sich verständnislos, gelegentlich sogar feindlich gegenüber — wenn sie überhaupt Kenntnis voneinander nehmen. Von der politisch suspekten früheren Nutzung des Heimatbegriffs setzt man sich ab. Dabei kommt es auch zu verzerrenden Interpretationen: Ein Blick auf die Geschichte der Heimatbewegung lehrt, daß der etwa dem Faschismus mit Recht vorgeworfene Mißbrauch von Heimatgefühlen zu imperialistischen Zwecken schon eine Verfälschung voraussetzte, mußte er doch die Bindung an die unmittelbare, kleinräumige »Heimat«, die früher im Vordergrund stand, ummünzen auf die größere Einheit »Vaterland«.[4]

Dadurch, daß die neue Heimatbewegung ihre eigene Geschichte ausklammert, wird gleichnishaft deutlich, wie intensiv der Bezug zur jeweils eigenen Gegenwart ist: Wenn die in irgendeiner Form, wie Ina Maria Greverus herausgearbeitet hat[5], immer vorhandene Territorialität, die emotionale Bindung an einen geographisch-sozialen Raum zum politischen Phänomen, zur politisch wirksamen, massenhaft auftretenden Erscheinung wird, dann muß dies besondere Ursachen haben. Die Geschichte bestätigt dies: Die historische deutsche Heimatbewegung entstand zu Beginn unseres Jahrhunderts, als im preußisch-deutschen Kaiserreich agrarkapitalistische und industriekapitalistische Interessen offen miteinander rivalisierten und agrarkapitalistische Interessen die emotionale Bindung an

die Heimat benutzten, um ihre Machtposition gegen die industriellen Agglomerationen und ihre Interessenvertreter zu stärken.[6]

Entscheidender Anstoß dafür war die innenpolitische Krise des deutschen Kaiserreiches im Jahre 1890: Bis dahin war das Reich gekennzeichnet durch das politische Bündnis von grundbesitzender, die Schaltstellen des Staates besetzender Aristokratie (mit dem ihr angehörenden Kaiser an der Spitze) und einer Bourgeoisie, die ihre ökonomischen und (in erster Linie antisozialdemokratischen) politischen Interessen mit den Machtinteressen des neuen Staates identifizierte.[7] Nach einer Phase des Schutzzolls für Industrie und Landwirtschaft 1879-1890 begann unter Reichskanzler Caprivi eine Freihandelspolitik, deren im Interesse der Industrie abgeschlossene Handelsverträge die Einfuhr ausländischer Agrarerzeugnisse begünstigten.[8] Die innenpolitische Situation des Reiches wurde von nun an lange Zeit von dem Gegensatz zwischen der ökonomisch ausschlaggebenden Bourgeoisie (die ihrerseits in zahlreiche Fraktionen zerfiel) und der großgrundbesitzenden Aristokratie beherrscht, wobei letztere die ohnehin schwache ökonomische Basis ihrer — aufgrund der besonderen Bedingungen der Monarchie in den Kapitalismus geretteten — politischen Macht abzusichern versuchte. Das konnte nur über eine Aufwertung der Landwirtschaft geschehen, und die wissenschaftspolitische und gesellschaftspolitische Debatte darüber, ob Deutschland ein Agrar- oder ein Industriestaat zu sein habe, ist Ausdruck dieser Bestrebungen.

Die gesellschaftliche Bedeutung der Heimatbewegung ergibt sich aus ihrer Stellung in diesem Kampf um die Vorherrschaft des agrarisch-konservativen Staatselementes. Die agrarische Position, die sich wegen ihrer Widersprüchlichkeit und offenen Interessengebundenheit rational nicht rechtfertigen ließ, forcierte, um die ideologische Position der Industrie zu schwächen, eine emotionale Großstadtfeindlichkeit. Der organisatorische Niederschlag des Kampfes der Agrarier war die Gründung des »Bundes der Landwirte« von 1893[9], dem es weitgehend gelang, auch die kleine Landwirtschaft zu organisieren, obwohl er nahezu ausschließlich die Interessen der Großagrarier verfolgte. Eine linksliberale oder gar sozialdemokratische Bauernpolitik hatte daneben keine Chance.[10] Stellte der »Bund der Landwirte« eine Interessenvertretung der Agrarier zur Bearbeitung der »öffentlichen und parlamentarischen Meinung« dar, so hatte sich der 1896 gegründete »Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande« das Ziel gesetzt, vor allem mit ideologischen Mitteln dafür zu sorgen, »als Gegengewicht gegen die großen Städte eine zahlreiche und gesunde Landbevölkerung zu erhalten«.[11] 1904 umbenannt in »Deutscher Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege«[12], dokumentierte er offen den Zusammenhang zwischen agrarischen Interessen und Heimatbewegung: »Die Heimat wurde als Gegenposition gegen die Großstadt verstanden und war daher eo ipso und per definitionem immer ländliche Heimat und Provinz.«[13] Weil die Bevölkerungsbewegung in erster Linie vom Land zur Stadt ging, bezog sich die emotionale Heimatbeziehung der von ihrer »Heimat« getrennten Bevölkerung in den meisten Fällen auf das Land. Gründer und wichtigster Vertreter dieses Vereins und der von ihm beeinflußten Heimatbewegung war Heinrich Sohnrey, der seit 1893 die Zeitschrift »Das Land« herausgab, Verfasser und Herausgeber zahlreicher anderer Heimatschriften war und die agrarische Heimatbewegung bruchlos in den Faschismus überführte.[14]

Der Heimatbewegung im engeren Sinne stand der Nationalsozialismus eher skeptisch gegenüber. Zwar sah Jörgen Hansen noch 1934 eine »Renaissance des Heimatsinnes« mit dem Nationalsozialismus verbunden.[15] In Wirklichkeit aber nahm der Nationalsozialismus die Heimatbewegung nur insoweit auf, als sie agrarromantische Bewegung war: Ge-

gen die zu starke Betonung der Heimat protestierte er, weil sie das Enge, Provinzielle zu stark in den Vordergrund stellte. Der NS-Historiker Klagges meinte: »In unserer nationalpolitischen Erziehung hat die Geschichte nur soweit Raum, wie sie deutsches Volksschicksal ist.«[16] Die konsequente Folgerung daraus ist für die Heimat: »Das von der Heimat aus aufgebaute und ausgerichtete Geschichtsbild kann der nationalpolitischen Aufgabe der Geschichte nicht dienen und ist daher zu verwerfen.«[17]

Gleichzeitig entwickelte der Faschismus seine besondere Form der Interpretation des Verhältnisses der Verkehrs- und Herrschaftsgemeinschaft »Nation« zu untergeordneten lokalen Einheiten der Heimat, angemessen dem imperialistischen autoritären Staat. Paul Bommersheim führt das »Erleiden« als ersten heimatgeschichtlichen Grundbegriff ein und meint: »Sie (die Heimat, d.Verf.) ist durch das Erleiden von der Weltgeschichte unterschieden und zugleich in sie verflochten.«[18] Zwar weiß auch Bommersheim: »Die politischen und militärischen Unternehmungen sind angewiesen auf das Erforderliche aus den Heimatgebieten«[19], aber von einer wechselseitigen Beziehung zwischen großer und kleiner Einheit ist nicht die Rede, geschweige denn von einem eigenständigen Beitrag der letzteren. Gegen eine weitgehend irrationale Verwurzelung in der Heimat wendet der Nationalsozialismus solange nichts ein, als die Identifikation mit der großen Einheit »Volk« (in der jene früher im Dorf scheinbar existierende Klassenharmonie nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung im nationalen Maßstab realisiert sein sollte) nicht gestört wurde.

So schlagen sich in der Geschichte der politischen Funktionalisierung von Heimat Sozial- und Gesellschaftsgeschichte nieder. »Heimat« kann auch heute noch für erzwungene Bescheidung und Unterdrückung stehen. Die südafrikanische Rassenpolitik nennt heute die winzigen Territorien, auf denen sie die dunkelhäutigen Afrikaner zusammenpreßt, »Homelands«.[20] »Soziale Diskriminierung soll durch die Wertorientierung kultureller Eigenständigkeit kompensiert werden.«[21] Und noch vor wenigen Jahren (1974) beschrieb Roland Narr am Beispiel württembergischer Kinderfeste das »Heimat-Gemeinschaft-Tradition-Syndrom (H-G-T-Syndrom)«[22] als den Versuch, »objektive Konflikte via Gemeinschaftsgefühl zu minimalisieren«.[23] Ähnliches ist vielen offiziellen Heimattagen und -festen (etwa den Hessentagen) nachzusagen.[24]

Aber diese Beschaulichkeit, dieses leicht für die Zwecke der Machtsicherung ausbeutbare, domestizierte Heimatgefühl, diese beliebigen Zwecken einpflanzbare emotionale Bindung an einen Raum beherrscht heute nicht mehr allein das Feld.

3. Heimat als Provokation: Der Aufstand der Provinz gegen die Metropolen

Die alte, längst domestiziert geglaubte Vokabel »Heimat«, behaftet mit dem Geruch der Fortschrittsfeindlichkeit, der Provinzialität, der Enge, ist in furchterregender neuer Gestalt wieder aufgetaucht. Es ist nicht mehr die vertraute, melancholisch-impotente Gemütsbewegungsformel der nostalgischen Regression. Nein, es ist ein tätiges, lebensorientiertes, ja aggressives eigensinniges Beharren: Mit »Heimat« als Panier trat die Provinz zum Aufstand gegen die Metropole an. Was waren die Ursachen dafür?

Die Initiatoren des in der BRD im vergangenen Winter durchgeführten Zeitungskollegs Heimat meinten, hinter der »neuen Heimatbewegung« verberge sich eine »sozialpsychologische Entwicklung, die auf einen Umwälzungsprozeß in der Gesellschaft hindeutet.«[25] Nun, wir können vermutlich auch materielle gesellschaftliche Aspekte mit dafür verantwortlich machen. Der Aufstand der Provinz ist Protest gegen die Unterwerfung unter die einseitigen Interessen der Zentralen: Das flache Land soll im Rahmen funktionaler Arbeitsteilung den notwendigen Planungs- und Dispositionsraum zur Verfügung stellen, soll

die Verkehrsströme ertragen (ohne davon zu profitieren), soll den Müll aufnehmen, soll Rohstoffe, frische Luft und Grundwasser liefern, soll Erholungsraum für die Bewohner der Metropolen sein — und all das möglichst preiswert und ohne Protest. Der Ministerpräsident eines Bundeslandes der BRD formulierte, als die Mittelgebirgler sich dagegen wehrten, den Grundwasserspiegel ihrer Region durch die Wasserentnahme für die Agglomeration absenken zu lassen: »Die ... Bauern müssen endlich begreifen, daß sie den Städtern nicht nur Kartoffeln verkaufen können, sondern auch das Wasser, mit dem man sie kocht, liefern müssen.«[26]

Die ländlichen Regionen werden auf eine doppelte Weise dem kapitalistischen Prozeß subsumiert: Ökonomisch werden sie (in ihren menschlichen, natürlichen und räumlichen Ressourcen) der ökonomisch-profitorientierten Ausbeutung zugänglich gemacht und »erschlossen«. Parallel dazu sorgen auf die Zentren bzw. Metropolen hin orientierte Strukturen der Kommunikation in Verwaltung, Medien und Verkehr gleich wie der Markt und die industrielle Produktion von Gütern des massenhaften alltäglichen Bedarfs einschließlich der Kulturindustrie für die Zerstörung regionaler Besonderheiten und autochthoner Kultur (Pier Paolo Pasolini spricht in diesem Zusammenhang sogar von »Ethnozid«).[27] Die Strukturen der Region werden »marktschlüpfig« gemacht, wie man die Außenhaut eines Fahr- oder Flugzeuges windschlüpfig macht: Nur noch die Marktdynamik interessiert, nichts sonst.

Die Planungswissenschaftler sind sich dabei der Kumulation besonderer Benachteiligungen im ländlichen Raum[28] durchaus bewußt. Vergeblich versuchen sie diese Nachteile etwa auf kulturellem Gebiet durch das Konzept der »kulturellen Mitversorgung« zu kompensieren. Es hängt mit dem System der punktaxialen Raumordnung[29] zusammen: »Gemäß dem der Landesplanung zugrundeliegenden zentralörtlichen Gliederungsprinzip ist es ... Aufgabe der Mittel- und Oberzentren, ihr jeweiliges Einzugsgebiet mit Angeboten der höherstufigen Daseinsvorsorge (Theater, Oper, Orchester, bestimmte Fachmuseen und Ausstellungen) zu versorgen.«[30] Das »Mitversorgungskonzept« bestätigt die in der Raumplanung festgeschriebene Geringerwertigkeit der Region gegenüber dem Zentrum. Nun ist sicher unbestritten, daß es eine ganze Anzahl von Einrichtungen gibt, bei denen eine Dezentralisierung unmöglich ist. Opernhäuser z.B. sind automatisch Einrichtungen hoher Zentralität. Aber das entscheidende kulturelle Problem besteht darin, daß der Region keine eigene Identität und Legitimation mehr zugebilligt wird, sondern sie nur eine von der Zuordnung auf die Zentren abgeleitete, von diesen gleichsam geliehene (oder verliehene) Identität besitzt. So wird die Lebensform auf dem Land nur an ihren Defiziten gegenüber derjenigen der Stadt gemessen, nicht an ihren eigenen spezifischen Problemen.[31] Pier Paolo Pasolini hat in seinen »Freibeuterschriften« dieser Entwicklung einen von vielen akzeptierten Ausdruck verliehen, als er von der »lautlosen Revolutionierung der Infrastrukturen« sprach.[32] Zentralistischer Konsumismus, Revolution in den Infrastrukturen und im Informationswesen sind für ihn Aspekte der gleichen Sache: »Ein Prozeß der Nivellierung wurde eingeleitet, der alles Authentische und Besondere vernichtet. Das Zentrum erhob seine Modelle zur Norm«. »Kein faschistischer Zentralismus hat das geschafft, was der Zentralismus der Konsumgesellschaft geschafft hat.«[33]

Die Bewohner des Landes, in hohen Prozentzahlen zur groß- und kleinräumigen Wanderung gezwungen und fremden Interessen untergeordnet, wehren sich gegen den drohenden Identitätsverlust, indem sie ihre Heimat neu aufwerten. Sie setzen ihre Lebensinteressen gegen die totale Unterordnung der Region unter Markt und Profit. Es entstehen regionale und lokale Protestbewegungen, gerichtet gegen die Unterwerfung unter die Planungs-

interessen von Industrie, Verkehr und Metropolen. Sie erwiesen sich in vielen Fällen als wertvolles Ferment der kulturellen Entwicklung. Beispiele dafür sind die Wiederbelebung der badischen und elsässischen Mundartdichtung im Zusammenhang mit Protesten gegen Kernkraftwerke und Industrieansiedlung im Dreiländereck oder die »Bundschuh«-Initiative, die sich gegen die Zerstörung fruchtbaren Ackerlandes durch die Teststrecke eines Automobilunternehmens auch mit kulturellen Ausdrucksformen zur Wehr setzt.[34] Zahlreiche andere Protestbewegungen wie diejenigen in Gorleben oder die gegen die Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens bedeuten ebenfalls kulturelle Impulse für die Bevölkerung der jeweiligen Region. All diese Bewegungen lassen sich theoretisch durchaus als Abwehrreaktion gegen kapitalistische Unterwerfung begreifen, denn:

> »In der sektoralen Höchstentwicklung der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Verelendung von Teilen des Territoriums drückt sich ein besonderer antagonistischer Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise aus.«[35]

In der Praxis aber waren diese Bewegungen nicht einfach in linke Strategien einzuordnen — im Gegenteil trugen sie zur Diversifizierung des fortschrittlichen Lagers in der Bundesrepublik bei. Die regionalen Protestbewegungen trafen zusammen mit dem Zerbrechen der klassischen Orientierungen vieler Protagonisten der Studentenbewegung, die sich in diesen regionalistischen Bewegungen engagierten, gleichzeitig aber auch im regressiven Rückzug auf das Land ihre eigenen, lang unterdrückten Wünsche nach Geborgenheit, Nestwärme und Satisfaktionsraum — einschließlich der vorhandenen, aber vorher nie eingestandenen Heimat-Gefühle — zu verwirklichen suchten.

Schon in den Jahren der Studentenbewegung brachte Martin Walser 1968 ausgerechnet in Suhrkamps Regenbogenreihe »Heimat« neu in die Diskussion.[36] Das Kursbuch von 1975 beschäftigte sich mit dem »Provinz«-Thema[37], im gleichen Jahr gab es ein Heft des »Kürbiskern« zum Thema Heimat[38], 1976 erschien Lars Gustavssons »Regionalismus«-Band.[39] Alle dokumentierten, daß »Heimat« nicht mehr nur Objekt distanzierter Ideologiekritik war, sondern Gegenstand eigener Betroffenheit. Und der 1980 bei Ästhetik und Kommunikation erschienene Band »Heimat — Sehnsucht nach Identität« [40] bezeugt, wie intensiv entsprechende Wünsche von Alt-Linken bis zu Vertretern der neuen Jugendbewegung Teil der eigenen Identität sind. »Heimat« war kein Privileg der Konservativen mehr.

Die Einbeziehung in diese regionalistischen Bewegungen hatte für die Linken bedeutende Lernprozesse zur Folge. Eine Konstanzer Projektgruppe weist darauf hin, daß

> »die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft insbesondere in der Krise nicht allein entlang der vermuteten Hauptkonfliktlinien, d.h. in großen industriellen Kämpfen ausbrachen, sondern (sie nahmen) vielmehr die Form von Widerstandsaktionen häufig eher konservativ ausgerichteter Bevölkerungsgruppen, wie die der Bauern von Wyhl gegen die Zerstörung der natürlichen Lebenswelt, an. Mit dieser Erfahrung und mit der gleichzeitig sich vollziehenden Besinnung auf subjektive Bedürfnisse in der neuen Linken, unter denen auch solche nach Wärme, Geborgenheit, Zugehörigkeit — eben Heimat in einem weiteren Sinne — einen großen Stellenwert einnahmen, wurde das Thema Heimat für die Linke zum Problem.«[41]

Gleichzeitig verlangten gängige politökonomische Interpretationen (auch im Zusammenhang mit Wachstums- und Ökologie-Problemen) eine Überprüfung. Für die spontaneistische Linke wiederum bedeutete es ein Schlüsselerlebnis, in den regionalen Protestbewegungen mit Personen »entgegengesetzter politischer Gesinnung« zusammenarbeiten zu können.[42] Und beim Stadt-Land-Dialog vom April 1980 mußten die »Stadtlinken« erkennen, daß die »Provinzlinken« das Recht auf eine eigene, autonome Entwicklung anmeldeten und sich nicht mit einer Umkehrung der früheren Bewegung der Linken von der Pro-

vinz in die Metropolen zufriedengaben: Die Hegemonie der Metropole über die Provinz soll sich nicht unter anderen Vorzeichen wiederholen.[43] Insgesamt bedeutet die Heimat-Bewegung eigentlich die Aktivierung von Kräften gegen den totalen Rückzug in die Subjektivität oder die Land-Flucht: Der Wunsch nach Beheimatet-Sein setzt auch in der Provinz politische Energie frei.

4. Die Heimat-Bewegung in den Metropolen: Stadtteilkultur und das Recht auf Leben

In der neuen Heimatbewegung wird stärker als je zuvor auch für die industrialisierten Regionen das Gefühl der Heimat artikulierbar. Bei dem bereits erwähnten Stadt-Land-Dialog gehörte die Erkenntnis, daß auch in der Stadt »Heimat« ist, zu den herausragenden Ergebnissen.[44] Die Suche nach Heimat hat auch in den Städten reiche kulturelle Früchte getragen. Was wurde nicht alles wieder neu entdeckt: Zechen- und Fabriksiedlungen (wie Eisenheim) waren plötzlich nicht mehr nur anachronistische idyllische Wohnformen, sondern Orte besonderer Wohnqualität, wie sie vom Hochhauswohnen trotz Wannenbad, Zentralheizung und Müllschlucker nicht erreicht wurden. Gleichzeitig entdeckte man die Werte der besonderen sozialen Kommunikation, ja sogar des politischen und soziokulturellen Handelns im »Kiez« und im Stadtteil: »Alternative Stadtrundfahrten« entwickelten neben den Tourismus-Klischees ein Bild vom Alltag der Menschen, vom sozialen und politischen Leben, von der jüngeren Geschichte, dem antifaschistischen Widerstand. Die Schülerwettbewerbe Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten (ins Leben gerufen von Bundespräsident Heinemann mit seiner Forderung, sich die demokratischen Traditionen des deutschen Volkes anzueignen) förderten auf breiter Ebene die ortsbezogene Auseinandersetzung mit jüngerer deutscher Geschichte und regten dank ihrer Formen des forschenden Lernens und des Arbeitsunterrichtes zahllose junge Menschen dazu an, sich mit ihrer historischen Umgebung zu beschäftigen (in Stadt und Land).[45] Die neue Blüte der Arbeitergeschichtsforschung, der Regionalgeschichte, der Alltagsgeschichte usw. sind in ihrer Breite nicht ohne das neu gewachsene Interesse am unmittelbaren Lebensraum, an Region und Wohnumgebung im Nahraum zu verstehen.

Auch in den Städten fehlen nicht die Momente des Protestes, des Widerstandes der peripheren Stadtteile gegen die Dominanz der Stadtzentren und des Protestes gegen die Zerstörung von Lebensqualität durch die Unterordnung des städtischen Lebens unter Verkehr und Profit oder der Auflehnung gegen repräsentativen Zentralismus (wie in der Züricher Jugendbewegung). Deutlicher vielleicht als in der provinziellen Bewegung wird in der Stadt ein verbindendes Gemeinsames der beiden Bewegungen: Der Anspruch auf Leben revoltiert gegen die Sachzwänge. Dies gilt letztlich auch für die neue Friedensbewegung und ihren Protest gegen selbstmörderische Formen der vorauseilenden Nachrüstung.

5. Perspektiven für die Heimat: Zwischen nostalgischer Regression und Zukunftsplanung

Die aktuellen Varianten der Heimatbewegung bestätigen uns mit ihrer aktiven Komponente einen Aspekt der neueren theoretischen Heimat-Diskussion: Heimat ist mit- und selbstgestaltete Umwelt, ist »Leistung des tätigen, sich Umwelt aneignenden Subjekts«.[46] Im Zusammenhang mit der Frage nach der Identität ländlicher Regionen erhebt sich die Frage, in welchem Rahmen denn eine solche aktive regionale Identität überhaupt möglich ist bei weiterbestehender ökonomischer Abhängigkeit von den Metropolen und Zentren (die ja auch für viele, die in der »Provinz« leben, Arbeitsstätte, Einkaufsstätte und Verwaltungsort sind)?

Dieses Problem wurde in der Bundesrepublik aufgegriffen von Wissenschaftlern, die

üblicherweise überhaupt nichts mit Heimat zu tun haben. Die aus Soziologen, Arbeitswissenschaftlern und Planern bestehende »Arbeitsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen« der Gesamthochschule Kassel hat in einer Untersuchung zu den »Arbeits- und Lebensbedingungen im Schwalm-Eder-Kreis« (einem nordhessischen ländlichen Großkreis mit beträchtlichen Strukturproblemen) eine detaillierte Studie und entsprechende Handlungsvorschläge erarbeitet — in Zusammenarbeit mit den Betroffenen und mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und in allen Vorschlägen betonend, daß Veränderungen nur in Zusammenarbeit mit den Betroffenen realisiert werden können.[47]

In diesem ländlichen Raum erfolgte nicht zuletzt durch Industrieansiedlung ein Abbau landwirtschaftlicher Arbeitsmöglichkeiten[48]; bei Neuansiedlungen von Betrieben handelte es sich aber meist um Zweigwerke: »Qualifizierte Arbeitsplätze (bleiben) am Stammsitz der Firma konzentriert.«[49] Ein Beispiel für die dortigen brisanten regionalen Probleme ist die Arbeitslosigkeit. Allgemein ist sie wegen der Konzentration der Wirtschaft in den Ballungsgebieten auf dem Lande besonders stark[50]; nur in Zeiten sehr großer Nachfrage nach Arbeitskräften gab es Betriebsansiedlungen im Schwalm-Eder-Kreis. Die aktuelle Modernisierung der Unternehmen setzt Arbeitskräfte wieder frei; die »Sortierpraxis« der Unternehmer bringt »olympiareife« oder »'Weltmeister'-Belegschaften« hervor (wie die Betriebsräte der betroffenen Betriebe sagen).[51] Übrig bleiben Arbeitslose mit oft eingeschränktem Arbeitsvermögen. Zwei Drittel der registrierten Arbeitslosen haben kaum eine Chance, vermittelt zu werden.[52]

Die Forschungsgruppe beläßt es aber nicht bei der Beschreibung: Konsequenz sind Vorschläge für eine ausgeweitete Strukturpolitik mit ausgeprägter sozialer Komponente[53], bei der das Planungsinstrumentarium in Bereiche hin erweitert wird, die man bisher im marktwirtschaftlichen System glaubte auslassen zu können (z.B. Ansätze zur Investitionskontrolle), wie sie aber in Ländern wie Schweden schon lange angewandt werden. Die Parole des okzitanischen Regionalismus »Wir wollen in unserem Land leben« setzt sich um in ein Planungsinstrumentarium, zu dem vor allem Formen der Investitionskontrolle, präzise Auflagen bei Förderungsmaßnahmen und Zuschüssen, öffentliche Investitionen sowie Förderung bzw. Sicherung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs gehören.

Durch die Kombination des Wunsches, eine Heimat zu besitzen, mit dem des entsprechenden planungspolitschen Fachwissens wird der Heimatbegriff aus dem resignativen mystischen Nebel herausgeholt in die offene Luft politischen Handelns. Wenn dem modernen Heimatbegriff eine aktive tätige Komponente innewohnt, dann ist Heimat nicht mehr nur »museale Volksbelustigung«[54], auch nicht mehr nur dem Konsum- und Freizeitbereich zugeordnet. »Heimat« wird bei den neueren Entwicklungen, wie Hermann Bausinger betont, »nicht länger als Kulisse verstanden, sondern als Lebenszusammenhang, als Element aktiver Auseinandersetzung, die nicht an äußeren Symbolen und Emblemen des Heimatlichen Halt macht.«[55] Dies kann leicht in die verschiedensten Formen der dezentralen politischen Aktivität umgesetzt werden.

Es bleibt ein anderes Moment der Spannung: Heimat wird so zwar nicht mehr nur durch Verlusterfahrungen als seelische Kategorie aktualisiert (wie in den gängigen früheren Verständnissen), sondern dem Handeln zugänglich. Allzugern aber wird statt des negativen Heimatbegriffes einer gesetzt, der — in Anlehnung an die Philosophie Ernst Blochs — Heimat nur als etwas noch zu schaffendes versteht. Damit kann man der angesichts von Jugendarbeitslosigkeit, weltweiter Wachstums- und Ökologieproblematik, Overkill und Nachrüstung verunsicherten jungen Generation nicht imponieren: Wenn auch die Punk-Parole »No future«, wie auf eine Zukunft hin geplante Instandbesetzungen, »grü-

ternative« Politik zeigen, nicht voll ernst gemeint ist, so erhebt man doch mit Recht den Anspruch, hier und jetzt bereits etwas von »Heimat« zu verspüren. Auch dies muß möglich sein, wenn es gelingt, nicht nur im Produkt, sondern auch im Tun bereits Identität zu gewinnen, mithin auch den Raum, in dem man gemeinsam mit anderen etwas *tut*, als Heimat zu empfinden — und oft genug hat bei Protestdörfern, Instandbesetzungen und Bürgerinitiativen die Wirklichkeit die Theorie bereits in diesem Sinne eingeholt. So läßt sich auch die Potenz des emotionalen Engagements für die Heimat mit der analytischen Schärfe der arbeitnehmerorientierten Planungswissenschaft verbinden.

Für jenen Teil der jungen Generation, der vom Hier und Jetzt die unmittelbare, voraussetzungslose Erfüllung aller Wünsche verlangt und der Planung nur als Agentur des Molochs Staat kennengelernt hat, wird es noch großer Lernprozesse bedürfen, bis sie erfahren, daß planvoll-strategisches politisches Handeln auch für so sensible Dinge wie das Schaffen von Heimat notwendig ist. Das Instrumentarium, das eine arbeitnehmerorientierte, im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung vorgehende Regionalplanung bereitstellt, wird dann für die Schaffung von »Heimat« unverzichtbar sein.

Anmerkungen

1 Überarbeitete und ergänzte Fassung eines Referates, gehalten bei der Tagung »Heimat und Kultur« der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik am 27./28. Juni 1981 in Mattersburg/Burgenland. Vgl. Kulturkontakte. Zeitschrift der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik (Wien) Nr. 9, Juni 1981.

2 Leander Petzoldt im Vorwort der Neuausgabe von Paul Walther, Schwäbische Volkskunde (Heidelberg 1929), Frankfurt/M. 1980 (Weidlich Reprints), S.V.

3 Vgl. z.B. Peter Rühmkorf, Heimat — ein Wort mit Tradition. Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 278 vom 29.11.1980, Wochenendbeilage und, als neueste Publikation, Wilfried von Bredow/Hans-Friedrich Foltin, Zwiespältige Zufluchten. Zur Renaissance des Heimatbegriffes. Berlin/Bonn 1981.

4 Zur Geschichte des Heimatbegriffes vgl. Vf., Die politische und ökonomische Funktionalisierung von 'Heimat' im deutschen Imperialismus und Faschismus. Diskurs (Köln) 6/7 (1973), S.3-22, und: Nostalgie und Politik in der Geschichte von Geschichtsvereinen. Büdinger Geschichtsblätter VIII/1974-75, S.49-65.

5 Vgl. Ina-Maria Greverus, Auf der Suche nach Heimat. München 1979 (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd.189) und dies., Der territoriale Mensch. Ein literatur-anthropologischer Versuch zum Heimatphänomen. Frankfurt/M. 1972.

6 Vgl. Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft. Meisenheim am Glan 1970, passim.

7 Das Deutsche Reich werde ein »Konsortium von Agrariern, Börsenleuten und Großindustriellen«, prophezeit Friedrich Engels 1877, vgl. Marx/Engels Werke, Bd.21, S.350.

8 Vgl. Hans Rosenberg, Wirtschaftskonjunktur, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa 1873 bis 1896. In Hans-Ulrich Wehler, Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln, Berlin 1970, S.225-253, S.251/252 sowie Fritz Klein, Deutschland 1892/93 — 1917. 3. Aufl., Berlin (DDR) 1972, S.49. Vgl. auch zu den innenpolitischen Krisen des Reiches die ausgezeichnete Studie Eckart Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1884-1901. Berlin 1930 (Historische Studien, H.197).

9 Vgl. Bergmann, a.a.O., S.88.

10 Ansätze dazu z.B. bei Adolf Korell, Dorf und Kultur. In: Patria. Jahrbuch der Hilfe, hrsg. v. Friedrich Naumann, Berlin-Schöneberg 1908.

11 Vgl. Bergmann, a.a.O., S.11.

12 A.a.O., S.88.

13 Ebd.

14 Vgl. Heinrich Sohnrey, Wegweiser für das Land zur Gestaltung und Bereicherung des dörflichen Lebens. Berlin 1939.

15 Jörgen Hansen, Der Neubau der Heimat- und Erdkunde auf nationaler Grundlage. 2.Aufl., Frankfurt 1934, S.3.

16 Dietrich Klagges, Geschichtsunterricht als nationalpolitische Erziehung. 2.Aufl., Frankfurt 1937, S.164.

17 A.a.O., S.166.

18 Paul Bommersheim, Heimat und All. Leipzig 1936, S.85.

19. A.a.O., S.86.

20 Greverus 1979, a.a.O., S.30.

21 A.a.O., S.102.

22 Roland Narr, Kinderfest. Eine pädagogische und gemeindesoziologische Studie. Darmstadt 1974, S.5.

23 A.a.O., S.16.

24 Vgl. z.B. Andreas C. Bimmer (Hrsg.), Hessentag: Ein Fest der Hessen? Marburg 1973.

25 Vgl. Zeitungskolleg »Heimat heute«, Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, Zeitungskolleg, Neckarhalde 55, D 74 Tübingen, Einführungsartikel.

26 Vgl. zum Problem der regionalen Arbeitsteilung in der BRD Klaus Brake, Zum Verhältnis von Stadt und Land, Köln 1980.

27 Pier Paolo Pasolini, Freibeuterschriften. Berlin (West) 1978, S.39.

28 Vgl. die in Anm. 49 angegebene Studie, Bd.12, S.113.

29 Vgl. Vf. Regionalplanung, Kultur und Volksleben. Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung NF Bd. 5/1977 (Volkskultur und Regionalplanung), S.6-25.
30 Ernst Pappermann, Grundzüge eines kommunalen Kulturverfassungsrechts. Deutsches Verwaltungsblatt 1980, S.701-711, S.704.
31 Vgl. den in Anm. 29 genannten Artikel, S.10.
32 Vgl. Pasolini, a.a.O., S.27.
33 A.a.O., S.29.
34 Vgl. Gerhard Wiese, Kulturelle Spontaneität im politischen Kampf. Das Beispiel Wyhl. In: Massen, Kultur, Politik. Berlin (West) 1978 (Argument-Sonderband 23), S.151-160 sowie den in Anm. 29 genannten Band. Vgl. auch Hans und Gerlinde Haid (Hrsg.), Politisches Lied. Am Beispiel Elsaß-Italien-Österreich. Wien 1980.
35 Brake, a.a.O., S.133.
36 Martin Walser, Heimatkunde. Aufsätze und Reden. Frankfurt/M. 1968 (edition suhrkamp).
37 Kursbuch 39 (April 1975), »Provinz«, Berlin (West) 1975.
38 Kürbiskern 3/1975: Heimat und Revolution. München 1975.
39 Lars Gustafsson (Hrsg.), Tintenfisch 10. Thema: Regionalismus. Berlin (West) 1976. Vgl. an weiteren Titeln Jochen Blaschke (Hrsg.), Handbuch der europäischen Regionalbewegungen, Frankfurt/M. 1981, und zum Thema Heimat: Vorgänge Nr. 47/48: Heimat und Identität. Wandervorschläge in Richtung Heimat, Land & Leute (Frankfurt/M. 1980), und: Hat Heimat Zukunft? Ein Beitrag zur Burgenländischen Kulturoffensive. Eisenstadt 1981.
40 Elisabeth Moosmann (Hrsg.), Heimat. Sehnsucht nach Identität. Berlin (West) 1980.
41 Neue Regionalgeschichte: Linke Heimattümelei oder kritische Gesellschaftsanalyse? (Arbeitsgruppe des Projekts »Regionale Sozialgeschichte«). Das Argument 126 (Berlin West 1981), S.239-252, S.240.
42 Heimat, a.a.O., S.111.
43 Vgl. Stadt-Land-Dialog Kongress. Die Tageszeitung (taz) Frankfurt/M., 22.4.1980, S.10 (Arbeitsgruppe: Projekt der Provinzlinken). — Vgl. auch die Zeitschrift Provinz-Rundbrief. Info-Blatt von und über Provinzprojekte, Hrsg. v. Albert Herrenknecht, Frühmesse 3, 6983 Kreuzwertheim (1981 ist Nr. 8 erschienen, die ausführlich auf das Thema »Heimat« eingeht). Das Thema »Landleben — eine Unruhestiftung« behandelt Freibeuter 6 (Berlin/West 1980). Mit Kulturarbeit in der Provinz beschäftigt sich Dorothea Kolland (Hrsg.), Nix los in der Provinz? Berlin/West 1981 (Elefanten Press).
44 Verlusterfahrungen. Die Tageszeitung (taz), Frankfurt/M. 25.4.1980, S.8.
45 Getragen werden diese »Schülerwettbewerbe Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten« von der Kurt A. Körber-Stiftung, Hamburg. — Vgl. auch Kolland/Pacho/Wolf: Stadtentdeckungsreise und Musikbaumgerassel. Regensburg 1981.
46 Greverus, a.a.O., S.17, vgl. S.33.
47 Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen (FPN), Gesamthochschule Kassel: Arbeits- und Lebensbedingungen im Schwalm-Eder-Kreis. Schwalm-Eder-Studie, 12 Bde., Bd.12: Kurzfassung, Kassel 1980; Bd.11: Forderungen für den Schwalm-Eder-Kreis, Kassel 1980. Vgl. auch K.H. Tjaden, Probleme einer arbeitsorientierten Regionalpolitik. Untersuchungen am Beispiel hessischer Förderräume. Mit einem Anhang: Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik. Erklärung zur Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, unterzeichnet von 100 Planern, Wissenschaftlern und Gewerkschaftern. FPN, Kassel 1978.
48 FPN Bd.12, S.29/30.
49 A.a.O., S.55.
50 A.a.O., S.98.
51 A.a.O., S.101.
52 A.a.O., S.102.
53 A.a.O., S.132, S.135; vgl. das Szenario in Bd.11, S.56ff. Vgl. auch Gerhard Brosius, Harald Mattfeldt, Wirtschaftspolitik im Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms. Das Argument 125 (1981), S.3-15, die am neuen DGB-Grundsatzprogramm-Entwurf die »Anerkenntnis wettbewerblich hervogebrachter erhöhter Mobilitätsanforderungen« kritisieren und sich wünschen, der DGB würde sich programmatisch stärker »gegen eine Umstrukturierung unserer Gesellschaft zu einer 'Wohnwagengesellschaft' zur Wehr setzen« und »positive Aussagen zu regionaler und beruflicher Bindung von Arbeitnehmern« gern gesehen hätten (S.12/13).
54 Neue Regionalgeschichte, a.a.O., S.139.
55 Hermann Bausinger, Heimat und Identität. In: Heimat, a.a.O., S.13-29, S.26.

Erwin Seyfried

Rock & Punk und Politik

»Geschichte wird gemacht —
Es geht voran«
(Fehlfarben)

»Dreh bloß den Kasten leiser. Du bringst uns noch alle in die Klapsmühle mit deiner Negermusik.« Um jeden Millimeter des Lautstärkereglers wurde bei mir zuhaus erbittert gefightet. Ähnlich lief's im Fußballverein, wo die Aufstellung nach der Haarlänge entschieden wurde, es unter Umständen aber ein vermittelndes Angebot gab: »Hier haste 'ne Mark, damit du zum Friseur gehen kannst.« Auch im Betrieb — als einziger Lehrling — war die Länge meiner Haare für mich der erste Ort des Widerstandes gegen Bevormundung von oben. Lange vor dem gewerkschaftlichen Engagement gegen die Notstandsgesetze verteidigte ich meine ganz persönlichen individuellen Freiheitsrechte. Die Lautstärke stellte die ländliche Friedhofsruhe in Frage, die langen Haare den spießbürgerlichen Zwang zum Einheitsgeschmack, die Neger symbolisierten die tiefe Bedrohung der eigenen Rasse-Kultur, die von dieser Musik ausging. Für mich war die Rockmusik und ihr Drumherum der Anfang des Infragestellens eben dieses kulturellen Zusammenhanges, und die Reaktionen der Erwachsenen auf meine Versuche, das zu leben, was *mir* gefiel, beschleunigten meine Politisierung.

»Ja, damals!« hör ich jetzt einige sagen. »Die Musik der Jugendlichen heute ist zum großen Teil reaktionär, weil unkommunikativ. Sie ist so laut, daß man sich dabei nicht mehr unterhalten kann,« erzählt mir neulich ein marxistischer Professor, »diese Musik ist Betäubung, und wenn die Jugendlichen aus ihrer Betäubung aufgewacht sind, sind sie zu Spießern geworden.« Der Punk, den ich frage, was er von dieser Einschätzung hält, winkt uninteressiert ab und murmelt etwas von »altlinken Hirnwichsereien« oder so ähnlich.

»Rock macht doof — Rock macht tot —
Rock macht bekloppt — wie groß die Not —
das ist der Juso-Rock«
(Salinos)

Kein Zweifel: Auch heute definieren Jugendliche ihre Identität eher durch ihren Bezug auf bestimmte musikalische Richtungen, als durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Richtung. Punks und Poppers, Teds und Skinheads — »es ist alles so schön bunt hier«.

Wie gehen wir als politisch organisiert arbeitende Menschen eigentlich um mit diesen über die Musik bestimmten Identitäten? Bekämpfen wir sie und setzen eine bewußte politische dagegen? Klären wir auf, über den »Betäubungscharakter« von Rockmusik? Nutzen wir sie, um an die Jugendlichen 'ranzukommen?

Rock — Formen und Farben

Die Geschichte des Rock und seines Vorläufers, des Jazz, ist eine Geschichte der Provokation und der versuchten Unterdrückung. Sie reicht zurück bis in die zwanziger Jahre, als in der Weimarer Zeit harte Kämpfe darum geführt wurden, ob Jazz im deutschen Rundfunk gespielt werden durfte. Dem folgte das Verdikt der Nazis gegen den Jazz: »Verboten sind: 1. Musik mit verzerrten Rhythmen, 2. Musik mit atonaler Melodienführung, 3. die Verwendung von gestopften Hörnern...« heißt es in einer Verordnung aus Goebbels' Ministe-

rium. In den fünfziger Jahren sind es die Halbstarken mit ihrer Rock'n Roll Musik (einer Verschmelzung von schwarzem Rhythm & Blues und weißer amerikanischer Country-Musik), die für Aufregung in der biederen Kulturlandschaft sorgen. Beim Konzert von Bill Haley geht die Waldbühne in Westberlin zum ersten Mal zu Bruch. Aus der Weiterentwicklung des Rock'n Roll entsteht anfangs der sechziger der Rock oder — wie man ihn zunächst nennt — der Beat. Dies geschieht durch die Integration weiterer Stilrichtungen der Musik, die Folk-Musik und durch die Wiederentdeckung des Blues. So unterschiedlich diese Musikformen sein mögen und je verschiedener ihr Gewicht bei der Herausbildung dessen gewesen sein mag, was sich als Rockmusik versteht, so ist all diesen musikalischen Richtungen doch eines gemeinsam: ihre *Authentizität*. In der offenen, direkten und einfachen Art, Geschichten des Alltags zu erzählen, liegt die ursprüngliche Kraft und Stärke dieser Musik. Rock, das ist die fortgesetze Suche nach solchen immer neuen, eigenen und ehrlichen musikalischen Ausdrucksformen, das ist Bemühung um Wahrhaftigkeit. Was die Sängerin Jean Ray über die Folk-Music sagt, das gilt auch für den Rock in seinen vorwärtsweisenden Aspekten:

»Die jungen Leute in den 60er Jahren, die ein Gefühl für die Folk Music hatten, konnten sich nicht mit den Äußerlichkeiten und Bewegungen anfreunden, mit denen Popsänger einen Song 'verkaufen', mit Gesten und so.« (zitiert nach Frith, S. 37)

Sicher gibt es eine reiche Gestik im Rock. Das entscheidende aber ist, ob Botschaft und Haltung übereinstimmen, oder mittels Pose überbrückt werden. Sicher ist diese Authentizität auch durch die gesamte Geschichte des Rock hindurch immer wieder überformt und gebrochen durch die Versuche der Plattenindustrie, der Kultur- und Medienkonzerne, die Rockmusik zu vermarkten und ihr ihren Stachel zu nehmen. Aber ebenso wie jeweils neue bahnbrechende musikalische Richtungen durch Vermarktung totgeritten wurden, wußte die Rockmusik auch eine Antwort darauf, entwickelte sie neue Ausdrucksformen. Sie war dazu in der Lage, weil ihre kulturellen Ursprünge aus je verschiedenen kulturellen Zusammenhängen, aber doch immer von unten stammen. Ihre Formen haben so tiefe Wurzeln in den einzelnen Kulturen und ihre Ursprünge sind so vielfältig, daß die Rockmusik immer wieder zu einer Regeneration fähig war. Man kann deshalb festhalten, daß das andere zentrale musikalische Charakteristikum des Rock sein *kultureller Eklektizismus* ist. »Rock hat keine einheitliche musikalische Form, sondern er ist das Ergebnis einer immer neuen Kombination von unabhängig voneinander entwickelten musikalischen Elementen«. (a.a.O., S. 21)

Rock und Revolution

»... *and the time is right*
for fighting in the street
boy«
(Rolling Stones)

Von ihrem Ursprung her steht die Rockmusik, als sie zu Beginn der sechziger Jahre einschlägt, in einem eindeutig linken, auf die Veränderung der bestehenden Gesellschaft zielenden Kontext. Im authentischen Ausdruck liegt stets eine Kritik an der Unzulänglichkeit der Verhältnisse. »I can't get no satisfaction« — *der* Titel der sechziger und ganz gewiß ein hochpolitischer Song, obwohl darin einzig und allein ein bestimmtes *Lebensgefühl* ausgedrückt wurde. Das Gefühl, daß die Ordnung, so wie sie war, keine Befriedigung ermöglichte, daß das Leben mehr sein könnte. In Songs wie diesen wurde die Wut artikuliert gegen die Unterdrückung der elementarsten Bedürfnisse auf Spaß, Lust, Lebensfreude, Sexualität, Freiheit...

»Spaß muß sein« (Neonbabies)

Der Rock schlug in die sechziger ein, weil er auf eine Lebenshaltung traf, die all das wenig zuließ. Der eindeutig sexuelle background der Bewegungen im Rock traf auf ein rigides gesellschaftliches Sexualtabu. Die offenen Formen des Rock trafen auf »den Muff von 1000 Jahren«, der nicht nur unter den Talaren steckte, sondern auch in alltäglichen Zwängen und Formalismen, in Anstandsregeln und allgegenwärtigen Konventionen: Selbst die frühen Beatles trugen noch brav ihre Krawatten, und auch die Revoluzzer der Studentenbewegung traten noch mit Schlips und Kragen vor die Massen.

»Obwohl er die Texte der Lieder nicht verstand, verstand er jedes Wort.« (Sous: Glasdreck — ein Roman, der die Identifikation eines Arbeiterjugendlichen mit John Lennon zum Thema hat, und in dem die Bedeutung, die dieser Vorgang für die politische Sozialisation dieses Jugendlichen hat, vermittelt wird). Allein von dem Gefühl, das er auslöste, war der Rock eingebunden in einen gesellschaftskritischen Zusammenhang, so unbestimmt die Richtung der Kritik auch gewesen sein mag. Für mich war diese »Negermusik« Ausdruck eines unbestimmten Wollens von etwas ganz anderem.

»Mit dem verdammten Highway 61
fing bei mir der ganze Ärger an
ich hab die Sprache von Dylan
und den Stones gehört«
(Ulrich Hundt & Schroeder)

Vielleicht wäre die 68er Revolte so nicht möglich gewesen ohne diese Musik und ihre Sprengkraft, ohne die Lieder von Bob Dylan. Der ist zwar nicht eindeutig zur Rockmusik zu zählen, brachte aber auch jenes Lebensgefühl zum Ausdruck, wenn auch vor allem *textlich*. Wenn er in seinen Songs bspw. das Mitmachen aufkündigte:
»I ain't gonna work on Maggie's farm no more«
oder die Sinnlosigkeit und den Unwillen besang, in den alten ausgetretenen Pfaden weiterzutrampeln, damit jene unbestimmte Sehnsucht weckend:
»... and the ancient empty street's too dead for dreaming« — (Mr. Tambourine Man).

Rock aktiv

»Ich törn lieber an« (Acapulco Gold)

Rock, das ist die ständige Produktion neuer Symbole zur Artikulation der Wirklichkeit. Einer landläufigen These nach *reaktiviert* die Rockmusik nur emotionale und physische Erfahrungen, die an den Kontext gebunden sind, in dem ich die musikalischen Topoi jeweils kennengelernt habe. Dem entgegen meine ich, daß die alltäglichen Probleme und Situationen im Rock jeweils *neu artikuliert* werden. Wegen dieser aktiven Funktion der ständigen Neuartikulation der Welt ist der Rock so bedeutungsvoll und so attraktiv für Jugendliche. Für die jeweils neue Generation stellt sich verschärft das Problem, sich die Welt anzueignen, d.h. sie nicht bloß zu übernehmen und sich ihr anzupassen, sondern sie entsprechend ihren Bedürfnissen umzuformen und zu verändern. Rock, das ist für die Jugendlichen eines der Mittel zur Auflösung der Symbole, mit denen bisher die Welt für sie definiert wurde. Rock ist ein Mittel zur Konstruktion der eigenen Welt. Wie im Rock die Welt konstruiert wird, ist deshalb mitentscheidend für die politische Entwicklung.

Im Lauf der sechziger Jahre griff der Rock mit dieser aktiven Funktion mehr und mehr in das unmittelbar politische Geschehen dieser Zeit ein. Gruppen wie Checkpoint Charlie, Floh de Cologne, Missus Beastly, Ton Steine Scherben und die Lok Kreuzberg entstanden. Vielleicht der Höhepunkt der Politisierung der Rockmusik in dieser Zeit: als und wie

Jimi Hendrix auf dem Festival von Woodstock die amerikanische Nationalhymne spielt. Musikalisch enthüllt er die brutale Fratze der Weltmacht USA, die in Vietnam einen mörderischen Krieg führte. Rockmusik gegen den Krieg, für die Befreiung Vietnams.

Rock — das große Geschäft

We only want your money« (Adam & the Ants)

Es ist klar, daß der Rock von allem Anfang an zugleich auch ein Geschäft war. Zu diesem Geschäft gehört auch die Massen-Geschmacksbildung von oben; d.h. nicht mehr von den unmittelbaren Produzenten, den Musikern aus, sondern von den Platten- und Medienkonzernen. Die Verpoppung und Verschmalzung beginnt schon in den sechzigern. Die Antwort der Rockmusiker heißt Rückgriff auf eines der Ursprungselemente, den Blues. Der wird allerdings nicht einfach übernommen und abgenudelt, sondern jetzt in der Regel schnell gespielt, von Gruppen wie Cream, Ten Years After oder eben Jimi Hendrix.

Anfang der siebziger Jahre beginnt die innere Regenerationskraft des Rock zu erlahmen. Der Rock weiß zunächst keine Antwort auf die allerdings jetzt viel eindeutigeren Tendenzen der Formierung des Geschmacks. Vielleicht beginnen die Industrien der Musikbranche und politische Kreise mit Verbindung zu ihr auch erst zu dieser Zeit zu begreifen, welche politische Bedeutung in dieser Musik steckte, welche Kräfte sie imstande war zu mobilisieren. Springers »Bild« wirbt für das Fehmarn-Festival, das als deutsches Woodstock Geschichte machen sollte — und es auch tat, als kommerzielles Anti. Es beginnt die Zeit der Instant-Super-Groups, synthetisch geplant und gezeugt und mit viel Public-Relation-Aufwand gepuscht. Es beginnt die Zeit von Yes und Genesis, von Queen, ELP und — hören wir auf, Namen zu nennen. Jene Gruppen sind gemeint, die eine Bombast-Musik machten, die nur mit größtem technischen Aufwand inszeniert werden konnte. Zwei bis drei Tieflader brauchte man allein, um den technischen Ballast zu transportieren. Es entstehen die Superstars auf der einen und die passiven Konsumenten auf der anderen Seite, die sich die Musik nur noch — zusammen mit einem joint — reinziehen können.

Diese Entwicklung zeigt, daß Rockmusik nicht per se, sondern nur unter ganz bestimmten Bedingungen als emanzipatives Element fungiert. Mit diesen musikalischen Tendenzen setzt auch ein, was ich die politische Umwertung der Rockmusik nennen möchte. Der Rock wird aus dem eindeutig linken Umfeld, in dem er bis dahin steht, herausgelöst und in ganz andere politische Zusammenhänge eingebaut. Zunächst geschieht dies nur subtil, dann immer offener. Kein geringerer als »Slowhand« Eric Clapton setzt diesen Tendenzen die Krone auf.

»Während einer Tour durch Großbritannien 1976 spielte er auch in Wolverhampton, einer Stadt mit hohem Ausländeranteil. Von der Bühne herab rief Clapton zur Wahl von Enoch Powell auf, National-Front-Führer und damals Mitglied des Parlaments von Wolverhampton, und weiter 'Stoppt Großbritannien auf dem Weg zu einer schwarzen Kolonie. Raus mit den Ausländern!' Andere Rockmusiker wie Rod Stewart und David Bowie machten ähnliche rassistische Sprüche. David Bowie, gerade aus Berlin zurückgekehrt, trat uniformiert auf und sang u.a.: 'Hitler war der erste Superstar'. Rod Stewart sprach davon, daß England übervölkert sei usw.« (Interview mit Rock against Racism, in: Zeitung der Initiative Rock gegen Rechts, Nr. 3, S. 12)

Was mit den Supergroups als Entpolitisierung des Rock begann, findet seine Fortsetzung in einer jetzt von rechts kommenden Re-Politisierung des Rock. Da klingt es wie Ironie, wenn die Supergruppen auch von linken Rockkennern gefeiert werden, weil sie dazu beigetragen haben, »avancierteres« musikalisches Material der E-Musik an den Rock her-

anzubringen und dessen Instrumentalsprache zu emanzipieren. Musikalischer »Fortschritt« in Richtung Entpolitisierung? Die musikalische »Emanzipation« auf Kosten der politischen? Allerdings hatte die Linke insgesamt kein brauchbares Konzept, diese Tendenzen in der Rockmusik aufzuhalten. Während die einen sich um die klare *politische* Linie bemühten, den Rock rechts liegen ließen und sich ansonsten auf die sechs Saiten ihrer Gitarre — für mich auf dem Baß waren's nur vier — zurückzogen, versuchten die anderen lediglich das bis dahin vorhandene — aber leider verbrauchte — musikalische Material des Rock für ihre politischen Zwecke zu nutzen, ohne sich um eine wirkliche Weiterentwicklung des Rock selbst den Kopf zu zerbrechen. Krasses Beispiel dieser Funktionalisierung des Rock für politische Zwecke, die späte Lok Kreuzberg, die 1975 mit hölzernen, leblosen Titeln klotzte: *»Arbeiter auf die Tribüne — Arbeiter ins Parlament«* — Rock als bloße musikalisch-flotte Unterlegung für übernommene offizielle Wahlkampfparolen (der SEW). Die Botschaft dieser Musik war alles andere als authentisch erlebbar, sondern intellektuell-schematisch.

Punk — Revival des Rock

»... die letzte Hoffnung« (KFC)

Erst der Punk wußte eine adäquate Antwort. Gegen den sterilen Perfektionismus und die überfrachtete Musik der Superstars setzt der Punk bewußt auf die unkomplizierte Einfachheit. Mit ihrer direkten, unrasierten Musik holen die Punks endlich die usprüngliche Authentizität wieder in den Rock zurück. Die erst Voraussetzung dafür, daß der Rock wieder als politische Kraft von unten wirksam werden kann. Dennoch werden die Punks, die sich mit Hakenkreuzen u.ä. dekorieren, von der politisch bewußten Linken zunächst eher mißtrauisch beäugt und zum Teil sogar als profaschistisch eingestuft.

Die Primitivität des Punk, seine berühmten drei Akkorde, die ausreichen, eine Band aufzumachen, sind Programm: Alle sollen wieder die Möglichkeit haben, selbst Musik zu machen. Die Punks geben sich nicht mehr zufrieden mit der ihnen zugeteilten Konsumentenrolle. Sie erobern die Möglichkeiten kultureller Selbstbetätigung für sich zurück. »Darum haben wir die Gruppe aufgemacht. Damit andere das auch machen, daß sie kommen und zuhören und dann losziehen und es selbermachen.« (Johnny Rotten von den Sex Pistols in einem Interview mit Rock against Racism, in: Ästhetik und Kommunikation, Nr. 31). Der Punk macht Schluß mit den Hippie-Träumen vom schönen Übermorgen. Was zählt, ist das Heute. An die Stelle überspannter Subjektivität tritt die Ehrlichkeit; Ironie und Skepsis ersetzen Feierlichkeit und Pathos. Rock ist kein Selbstzweck mehr, sondern hat wieder die eigenen Gefühle, das eigene Leben zum Inhalt. Das reicht zunächst aus, um das Widerstands-Feeling wieder in den Rock hereinzuholen. Auch wenn die Verhältnisse nicht mitmachen, die Punks machen, was sie wollen.

»Mach was du willst
es ist wie du bist«
(X-Ogo)

Ihren Anspruch auf kulturelle Selbstvergesellschaftung hat die Punk-Bewegung bis heute nicht aufgegeben, sondern eher ausgebaut. Supergroups hat der Punk bisher kaum hervorgebracht. Jeden Tag gibt es neue, unbekannte Gruppen. Viele lokale Szenen sind entstanden. Um sich gegen Kommerzialisierung und Vereinnahmung zu immunisieren, weigern sich die meisten schlichtweg, Verträge mit den Plattenkonzernen abzuschließen. Die Durchsetzung des Punk, das ist auch die Geburt einer Selber-mach-Kultur. Angefangen bei den Jacken aus Plastiktüten vom Supermarkt, über die fanzines — als Alternative zu

den etablierten Musikzeitschriften — bis zu den eigenen Plattenlabels, ohne die der Punk undenkbar wäre.

Ist der Punk ein Weg, die Rockmusik wieder in die Hände derer zu bringen, die sie machen, so ist die Gründung des Kommittees »Rock against Racism« (RAR) 1976 in Großbritannien ein anderer. Es ist kein Zufall, daß beides parallel geht. »1976 war auch das Geburtsjahr des Punk und mit der Punkbewegung entstand und wuchs RAR. Die meisten Gruppen, die auf RAR-gigs spielten, waren Punk- und Reggae-Gruppen. Es war eine Art Rebellenmusik.« (Interview mit RAR, a.a.O.) Wieder fungiert die musikalische Bewegung eindeutig als Vorläufer einer politischen. Wo die Punks längst machten, was sie wollten, forderte RAR noch defensiv: »Give us back our music.« Wichtig ist dies im Blick auf unserer Verhältnisse, wo die Bedeutung des Punk für das politische Revival des Rock von links meist kaum beachtet wird. (vgl. Leukert: Thema: Rock gegen Rechts). Das mag daran liegen, daß der deutsche Punk als musikalische Bewegung von unten von vornherein mit seiner eigenen Vermarktung parallel lief. Immerhin konnte sich CBS 1977 rühmen, mit den »Straßenjungs« die »erste deutsche Punkgruppe« gegründet zu haben. Als Vorgruppe für die Tour von The Clash wurden sie mit dem sexistischen »Dauerlutscher«:

»Du machst bei mir die Lust los,
wir bumsen uns bewußtlos«

ins Rennen geschickt. Andererseits hatte der originäre deutsche Punk noch kaum Tritt gefaßt. Das reichte, um die Punks beim ersten RgR-Festival 1979 in Frankfurt — anläßlich des Deutschlandtreffens der NPD — noch als Störpotential einzustufen. Die daraus resultierenden Spannungen zwischen Punks und Rock gegen Rechts sind bis heute spürbar.

Der umkämpfte Rock

»Machtspiele« (Hans-a-Plast)

Der Rock ist ein politisches Schlachtfeld, auf dem die Linien total durcheinander gehen. Welche Musik wo hingehört, und welcher Seite welcher Rock gehört, darum tobt ein ständiger Kampf. Als politisch denkende Menschen kann uns nicht gleichgültig sein, was da passiert. Sehen wir uns aber — bevor wir über Einwirkungsmöglichkeiten nachdenken — nochmal kurz die Gegner an. Auf jener Seite wirken als Hauptakteure mit das Musikestablishment, das mit der New Wave den Konsumtrend auch im Punk verankerte, sowie die übrigen Medien mit ihren Interpretationsintellektuellen. Von diesen ging etwa der zum Glück gescheiterte Versuch aus, die Punks in die Konfrontation mit den von oben gemachten, gelackten Poppers zu treiben. Zu ihren wirkungsvollen »Leistungen« zählt dagegen, den ursprünglichen Sinn des »no future« zur bloßen Resignation ver-deutet zu haben. Im Original der Sex Pistols heißt es:

»Don't be told what you want
Don't be told what you need
There's no future...
We're the future!«

Hier dominiert die Warnung: Laß dich von keinem leiten, laß dir von keinem erzählen, wo's längs geht. So hast du keine Zukunft. Wir selbst sind die Zukunft! Nur auf die eigene Stärke ist Verlaß. Aufgrund breiter publizistischer Umdeutungs-Aktivität wird selbst von den Punks das »no future« nur noch als Perspektivlosigkeit und Apokalypse begriffen. Das Musik-Magazin Sound puscht in Großbritannien die aggressive und rassistische OI-Musik. Anläßlich eines Konzerts der 4-skins, die OI-Musik machen, — zwei ihrer Mitglieder gelten als offene Sympathisanten der Neo-Nazi-Szene (vgl. zitty 18/81) — kommt es in London zu wüsten Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und asiatischen Ju-

gendlichen.

Punk ist Musik, die Widerstand zum Ausdruck bringt. Die Frage aber ist, in welcher Richtung dieser Widerstand angreift. Werden die Aggressionen im Gegeneinander von Punks und Poppers, von Skinheads und Teds wirkungslos gemacht, oder richtet sich der Widerstand gegen die Ursprünge gesellschaftlicher Unterdrückung?

Die Fronten im Kampf um den Rock haben sich zweifellos verschärft. Dazu gehört auch der Einzug von Nazi-Elementen, deren Verwendung aber nicht immer eindeutig ist. Die international geförderte D.A.F. (deutsch-amerikanische Freundschaft) soll sich mit ihrem »Tanz den Mussolini« bei rechtsradikalen Jugendlichen großer Beliebtheit erfreuen (vgl. taz vom 5.10.81). Auf der Suche nach den Mikro-Machtverhältnissen will das Berliner M.D.K. (Mekanik Destrüktiv Kommandöh) dagegen die Nazis in uns allen grüßen. Eine selbstkritische Überprüfung des je eigenen Unterdrückungsverhaltens soll herausgefordert werden. Auf der gleichen Welle schwamm schon Elvis Costello, der mit seinen »little Hitlers« den Diktator in jedem von uns attackierte. Subjektiv als Provokation gedacht, lauert hier die Gefahr einer ästhetischen Neutralisierung der Nazi-Symbolik. Das Schlimme kann alltäglich werden. Ahnungs- und absichtslos kann dies den Weg bereiten für eine politische Wiederbelebung solcher Inhalte.

Die Bedeutung von Rock gegen Rechts

»Strauß zurück und Helmut vor«? (Salinos)

In dem umkämpften Feld benennt Rock gegen Rechts einen gemeinsamen Gegner für die durch die Musik entfesselte Widerstandsgewalt. Rock gegen Rechts koppelt den Rock damit, gegen rechts zu sein, wer Rock macht und Rock hört, gehört tendentiell zur Linken. Das ist die Botschaft, die vermittelt wird. Rock gegen Rechts besetzt den Rock als Kampfmittel für die Linke. Allerdings will Rock gegen Rechts mehr sein, als die Fortsetzung der Politik mit den Mitteln der Musik. Die Initiative ist auch entstanden, »weil wir mit dem bisherigen Verhältnis Musik-Politik unzufrieden sind. Bei den herkömmlichen Politikveranstaltungen dient die Rockmusik entweder als 'kulturelles Rahmenprogramm' oder sie wird benutzt, um Jugendliche in den Saal zu locken.« (Selbstverständnis der Initiative Rock gegen Rechts, in: Zeitung der Initiative, Nr. 3, S. 2) Die Trennung von Kopf und Bauch in den traditionellen Politikformen soll überwunden werden. Jedoch sind es nicht allein die Politfreaks, die diese Trennung reproduzieren. Es gelingt den wenigsten Bands, diesen Anspruch einzulösen und »mit den inhaltlichen und emotionalen Mitteln der Musik« selbst zu politischen Aussagen zu kommen (Rock gegen Rechts Flugblatt vom 16./17.6.1979). Für die meisten ist der Rock selbst neutral, wird aber für politische Ziele eingesetzt. Durch die Identifikation mit bestimmten politischen Inhalten besteht andererseits die Möglichkeit, daß die Musiker darangehen, ihre musikalischen Ausdrucksformen zu differenzieren, um in und mit ihrer Musik politische Aussagen zu machen. Im Selbstverständnis der Initiative heißt es dazu: »Wir schreiben den Musikern nicht vor, was politische Musik ist, aber wir versuchen, die Diskussionen darüber voranzutreiben.« (a.a.O.)

Doch besser die Musik bleibt lebendig, als daß das politische Ziel alles und die Musik funktionalisiert wird. Um die Rockmusik gleichzeitig lebendig zu erhalten, wie als politische Kraft von unten nach oben zu stärken, muß das Bündnis zwischen der Rockscene und der politischen Bewegung über die konkreten, aktuellen Ziele der Politik ständig neu artikuliert werden. Viele Punk-Bands haben mit der Rock-gegen-Rechts-Initiative rein gar nichts am Hut — auch aus den genannten Gründen — sind aber trotzdem für ein aktuelles Bündnis zu gewinnen. Man muß nur wollen.

Parteiarbeitsrock

»Blaumann, ick hör dir trapsen« (es)

Politische Arbeit auf dem Gebiet des Rock, das kann nicht bedeuten, das Bündnis Rock gegen Rechts überall zu propagieren und auf dem kleinsten Dorf eine Initiative anzuleiern. Es gilt vielmehr, den Rock ständig neu in die aktuellen Ziele der politischen Bewegung mit einzubeziehen, d.h. den Rock ständig als politische Musik zu artikulieren. Sei es als Rock gegen Raketen, als Instandbesetzer-Rock, als Rock für Jobs, Rock für ein Jugendhaus, gegen AKWs usw. Dazu braucht es keine Ansprachen und kein örtliches ZK auf der Bühne, das den Musikern assistiert. Die Bedeutung von »Rock für oder gegen...« liegt darin, unter welches Motto sich die Musik stellt. »Rock für El Salvador« hieß das Motto der letzten RgR-Veranstaltung in Berlin (West). »Was hat unsere Musik denn mit El Salvador zu tun?« Diese Frage, aufgebracht von einigen Jugendlichen, die nur wegen der Musik gekommen waren, brachte immerhin den Einstieg in eine hitzige Debatte am Rande des Konzerts. Es ist etwas anderes, ob Bands in den traditionellen kommerziellen Schuppen spielen und die von ihrer Musik freigesetzte Energie wirkungslos oder in gegenseitiger Aggression verpufft, oder ob der Rock sich in einem politischen Rahmen präsentiert, der dem Widerstand eine gemeinsame Richtung zu verleihen vermag.

Rock und Politik zusammenzubringen, das geht allerdings nicht, ohne die eigenen Ausgangspositionen in Frage zu stellen. Wer mit fertigen Analysen im Kopf auf die Wirklichkeit zugeht, vernagelt der Sinnlichkeit den Weg zu sich selbst. Wer nicht bereit ist, selbst etwas dazu zu lernen, sein eigenes Präferenzsystem herausfordern zu lassen, der sollte erst gar nicht versuchen, das Bündnis mit der Rockscene herzustellen. Rock gegen Rechts fordert nicht umsonst: »Wir wollen, daß Rockmusiker den politischen Rahmen, in dem ihre Musik steht, selbst formulieren.« (Selbstverständnis der Initiative Rock gegen Rechts, a.a.O.) Wer bloß meint, den Punks fehle es vor allem am linken Eisler, der hat keine Chance. Mit Oberlehrern aus der Politscene haben die Musiker schon genügend negative Erfahrungen gemacht. Die Anliegen ihrer Zuhörer drücken die Punks oft treffender aus, als es die sauberste Politanalyse vermag. »Und dann haste da'nen Studenten, der einem Haufen kids im East End Soziologie predigt. Da hören die gar nicht zu. Die glauben einfach, das is noch'n Schwindel, noch'ne Falle. Trau keinem über den Weg. Das ist das Motto.« (J. Rotten, aus: Ästhetik und Kommunikation, Heft 31)

Politische Arbeit mit dem Rock, das muß auch heißen, gegen die Konsumgesellschaft zu arbeiten und ihre Zerstörung der Kultur. Das muß heißen, an der Dezentralisierung der Kultur mitzubauen, den Ausbau einer Kultur von unten zu fördern. Laßt tausend Blumen blühen. Konkret bedeutet das, Auftrittsmöglichkeiten für die Bands aus dem Kiez zu schaffen, anstatt einen Politrummel mit den Stars der (inter-)nationalen Szene zu veranstalten zu sozialen Preisen und mit:

»I want you all
to clap your hands
and stamp your feet —
do you feel happy?«

»In der schönen BRD
veranstaltet die SPD
— den Juso-Rock«
(Salinos)

Es gibt inzwischen die je lokale Rockszene, und oft ist diese auch Integrationsmedium für eine breite Kultur von unten, indem sie neue politisch-kulturelle Zusammenhänge herstellt. In seinem Widerstand gegen die eigene Vermarktung bezieht sich der lokale Rock

auf verschüttete Traditionslinien zurück: Man rockt im Dialekt, entdeckt die Heimat, oder spielt auf zur »Einheit der Nation«.

»Die Boomtown Rats, die Rolling Stones
die spielen doch seit Jahren schon
den Juso-Rock«?
(Salinos)

Die beste politisch-kulturelle Arbeit ist natürlich die, die selber antörnt, was heißt, die Instrumente hervorzukramen (... wenn ich den staubbedeckten Bass in der Ecke stehen sehe...) und mit anderen zusammen selber loszurocken. Zur Entwicklung einer politischen Kultur beizutragen, eigentlich bedeutet das zuerst, sich um einen eigenen kulturellen Ausdruck zu bemühen, nicht nur die politischen, sondern auch die kulturellen Dimensionen der eigenen Persönlichkeit zu entwickeln. Vielleicht gibt's ihn ja mal tatsächlich, den Juso-Rock?

Persönliches Schlußwort

Kampf um die Rockmusik, Kampf gegen ihre Vermarktung, ihre Erhaltung als Element des Kampfes von unten, für mich heißt das auch, eher zu den Konzerten der kleinen Bands hinzugehen,

»Die Nacht ist unser« (Schleichende Erben)

anstatt mir bei Großauftritten von Spitzenbands im ICC das Geld aus der Tasche ziehen zu lassen. Das heißt für mich auch, so wenig Geld wie möglich für Platten der Großkonzerne auszugeben. Man kann Käufe absprechen, Tausch organisieren und Platten überspielen. Doch besser als dem Rock zuhause im Ohrensessel zu lauschen ist allemal, ihn mit anderen zusammen als ein sinnlich-physisches Erlebnis zu genießen, sich Beine machen zu lassen.

Literaturverzeichnis:

Ästhetik und Kommunikation, Heft 31, Berlin 1978
Simon Frith: Jugendkultur und Rockmusik, Soziologie der englischen Musikszene, Reinbek 1981
Bernd Leukert (Hrsg.): Thema: Rock gegen Rechts. Musik als politisches Instrument, Frankfurt/Main 1980
Dietmar Sous: Glasdreck. Roman. Rotbuch Verlag, Berlin 1981
Zeitung der Initiative Rock gegen Rechts, Nr. 1 und Nr. 3, o.J.

Einzelheft: DM 7,—; im Abonnement: DM 6,—
Bestellungen über den Buchhandel oder direkt beim VSA-Verlag, Stresemannstraße 384a, 2000 Hamburg 50

»... wir kriegen doch den Arsch nicht hoch!«

Rundgespräch der spw-Kulturkommission über Kultur und Kulturpolitik in den *Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD.*

Vorbemerkung

Der Gegenstand der Diskussion ist alles andere als selbstverständlich: Ist die Aufgabe von Linken in der SPD nicht eine politische, der die Kultur allenfalls untergeordnet ist? Ist kulturelle Betätigung nicht der Luxus derjenigen, die im Kampf der Klassen abseits stehen oder (bzw. die gerade dadurch) in ihn auf der Seite der Herrschenden eingreifen? — Der gemeinsame Ausgangspunkt der Kommissionsmitglieder ist die Auffassung, daß das Ineinanderwirken von Kulturellem und Politischem strategische Bedeutung für gesellschaftsveränderndes Handeln besitzt. Massenkulturelle Prozesse bildeten immer Chancen und Schranken für die sozialistische Arbeiterbewegung. Auch linke Sozialdemokraten werden stärker den Aufbau einer stabilen oppositionellen Kultur ins Auge fassen müssen — aber wir (das sind acht Genossinnen und Genossen) sind durchaus im Streit über die Einschätzung bestehender Ansätze und unsere nächsten Schritte. Die Kontroversen sind nicht zufällig, ihre produktive Austragung verspricht erhöhte Handlungsfähigkeit. Die Diskussion behandelt drei Hauptfragen:

1. Was sollen wir unter »Kultur« verstehen (und was nicht)?
2. Wie herrscht die Kultur der Herrschenden?
3. Sozialdemokratische Parteikultur — und wie wir sie entwickeln können.

Angaben zu den Teilnehmern der Diskussion finden sich im Autorenverzeichnis (vgl. Seite 113).

Die Redaktion

I Was sollen wir unter Kultur verstehen (und was nicht)?

Kersten Albers: Erstes Stichwort unseres Rundgesprächs über Kultur und linke Sozialdemokratie sollte unser Begriff, unser Verständnis von Kultur sein. Kultur ist, wie die *Herforder Thesen* es formulieren, die menschliche Lebensweise im umfassenden Sinne. Das schließt sowohl die Probleme der gesellschaftlichen Basis als auch des sogenannten Überbaus ein: Kultur reicht von der eigentlichen künstlerischen Betätigung in Theater, Musik, Literatur und bildender Kunst bis zu tagtäglichen Lebensformen im Stadtteil, in der Arbeitswelt. Die *Herforder Thesen* gehen also gemeinsam mit vielen Genossen, Gewerkschaftern und linken Kulturarbeitern von einem erweiterten, neuen Kulturbegriff aus. Neu in dem Sinne, daß bisher die Lebens- und Kulturformen der unteren Klassen nicht als wertvolle, als schöpferische kulturelle Leistung verstanden wurden, sondern bestenfalls unter dem Gesichtspunkt des Nachahmens, des Reproduzierens von »Hochkultur« interessant waren.

In diesen erweiterten allgemeinen Kulturbegriff muß man jetzt Struktur hineinbringen. Die *Herforder Thesen* tun dies, indem sie von zwei Polen ausgehen: Auf der einen Seite steht die herrschende Kultur als die Kultur der Herrschenden, auf der anderen Seite die Volkskultur, die Arbeiterkultur, die Alltagskultur. Solche Zweiteilung findet sich ja nicht erst in der heutigen, in der bundesdeutschen Kulturlandschaft; so etwas hat es immer gegeben: Die einen aßen von Holztellern und aus Holzschüsseln, die anderen von silbernem Geschirr, Prozellan, mit Messer und Gabel. Für die einen der Bänkelsang, für die andern die Oper; für die einen der Schrebergarten, für die andern die Villa.

Frank Heidenreich: Kersten hat »Kultur« übersetzt mit Arbeits- und Lebensweise des Menschen. Dieser Begriff bestimmt die Diskussion im DGB zu Problemen gewerkschaftlicher Kulturarbeit. Er wendet sich damit zunächst gegen Auffassungen, die zu Kultur nur

das rechnen, was sich etwa in der Staatsoper abspielt; doch diese kritische Perspektive gegenüber der Hochkultur verdeckt nicht seinen Mangel, daß er die Spezifik des Kulturellen verfehlt und gegenüber der Alltagskultur unkritisch bleibt.

Jochen Zimmer: Diejenige Dimension oder denjenigen Aspekt menschlicher Lebenstätigkeit halte ich für sinnvoll, kulturell zu nennen, wo wir uns unsere Aktivitäten nach unseren eigenen Vorstellungen vom Sinn und Zweck des Lebens, von Genuß, Spaß oder unserer gruppenmäßigen und Klassen-Identität einrichten. Kultur wäre also nicht ein bestimmter Sachbereich innerhalb des Reproduktionsprozesses, sondern ein bestimmter Aspekt jeder Lebenstätigkeit: der Aspekt der Selbstzwecksetzung. Marx bezeichnet diesen Aspekt in den »Grundrissen« als »travail attractif« (attraktive, tendenziell nicht-entfremdete Arbeit), und wenn wir ihm in seiner Unterscheidung von »travail attractif« und »travail répulsif« (bloß notwendiger Arbeit) folgen, dann ist Kultur nicht einfach, daß wir leben und arbeiten, sondern inwieweit wir dabei lustvoll, sinnlich und befriedigend die individuelle und Klassen-Persönlichkeit entwickeln.

Wenn Williams, ja auch Gramsci, die populäre Kultur als in die bürgerliche hegemonial eingebunden beschreiben, dann hat das Konsequenzen für die Möglichkeiten einer neuen, alternativen proletarischen Kultur. Bisher bedeutete die Emanzipation von Klassenkulturen aus alter Hegemonie immer wieder Erbe, Aneignung, Übernahme. Die Entstehung des bürgerlichen Museums aus der fürstlichen Schatzkammer und dem Raritätenkabinett, die Versportlichung des adligen Duelles zum Fechten und Schlagen der bürgerlichen Studenten, der »bürgerliche« Zuckerbäckerstil der Stalinschen Architektur: Das sind Belege für kulturelle Aneignung als Demonstration neuer politischer Herrschaft: »Wir können das auch«, »es ist erreicht«. Aber auch wenn es sicher vieles gibt, was sich tatsächlich vom Bürgertum zu erben lohnt, so ist für uns strategisch wichtiger, die populäre Kultur wieder aus der bürgerlichen Hegemonie herauszulösen. Wie erobern wir Tracht, Volkslied oder Volkstanz von den Volkstrachtenerhaltungsvereinen zurück und bauen gleichzeitig mit Beethoven, B 52 und den Beatles eine demokratische populäre Musikkultur auf? Die neue Volksliedbewegung, Punk oder Merseybeat wären Beispiele für den Versuch solcher Rückeroberung.

Monika Tibbe: Für mich ist das keine Alternative: Beethoven oder das demokratische Volkslied; die Frage ist doch, was ist von beidem brauchbar? Wie Jochen sagt, ist es wichtig, die z.T. verschütteten Stränge der Volkskultur wiederzuentdecken. Wenn man sich dann aber z.B. oppositionelle Spottlieder oder Arbeiterlieder anschaut, so fällt auf, daß dem fortschrittlichen Inhalt die Wahl der Mittel häufig nicht entspricht, daß z.B. die Melodie eines Soldatenliedes einfach übernommen wird (»Auf, auf zum Kampf ...«). Das eben gehört mit zur Armut, daß die Arbeiter so schnell nicht die Fähigkeiten entwickeln konnten, selber Melodien herzustelllen, die ihren Zielen und ihrem Bewußtsein entsprachen. Da mußte dann der Eisler mit seinen aus der bürgerlichen Musik heraus entwickelten Kompositionsmethoden zur Hilfe kommen, seiner politischen Einsichten gemäß parteilich werden. Und erst aus dieser Zusammenarbeit heraus entstanden Ausdrucksformen, die dem Klassenbewußtsein adäquat waren und es darüber hinaus bereicherten. »Figaros Hochzeit« z.B. ist eine sehr klare, vielfältige, witzige, sinnliche Gesellschaftsanalyse mit deutlicher Parteilichkeit für die »kleinen Leute«. Und damit man diese Oper hören kann, müssen Musiker ausgebildet werden, ihren Lebensunterhalt verdienen usw. Das ist teuer. Ich denke aber, daß die BRD so reich ist, daß sie sich Mozart und Punk leisten könnte, man sollte nicht beides gegeneinander ausspielen. Zudem hat Nina Hagen ihre gründliche

Ausbildung, die in der DDR allen Musikern (»E«- und »Ü«) zusteht, für ihre Rotzlöffel-Lieder keineswegs geschadet. Und wenn man z.B. am Punk die Ehrlichkeit, die Direktheit des Ausdrucks u.ä. gut findet, so heißt das doch noch nicht, daß man nicht sehen bzw. hören darf, daß es sich um eine arme Musik handelt, arm an Ausdrucksmöglichkeiten, Differenzierungsmöglichkeiten.

Frank Heidenreich: Um den von Kersten anfangs geäußerten Gedanken noch einmal aufzugreifen: Wir dürfen bei der Einschätzung kultureller Prozesse nicht von den Klassen- und Herrschaftsverhältnissen absehen. In den *Herforder Thesen* finden wir zwei wichtige Überlegungen, die die Frage nach ihrem Zusammenhang aufwerfen: »Kultur ... ist nicht klassenneutral. Die kulturellen Erscheinungen haben ihren Stellenwert und ihren Hintergrund in den Klassenauseinandersetzungen der Gesellschaft. Immer hat es in diesem Sinne eine herrschende Kultur als die Kultur der Herrschenden gegeben und andererseits eine teils bewußt unterdrückte, teils nur abgedrängte Kultur des Volkes, der Unterdrückten.« (168) Es wird zunächst eine Verknüpfung zwischen Kultur und sozialökonomischen Klassen formuliert, die mehrere Interpretationen zuläßt. Die klassenreduktionistische Auffassung — die Theorie der »zwei Kulturen«: bürgerliche versus proletarische — ist ebensowenig ausgeschlossen wie eine dialektische, die sowohl mit Blick auf den Gesamtzusammenhang die Wechselbeziehungen zwischen Kultur und Klassenkampf als auch die Eigengesetzlichkeiten kultureller Tätigkeiten berücksichtigt. Im letzten Satz des Zitats wird von der Kultur des Volkes im Gegensatz zur Kultur der Herrschenden gesprochen. Die Überleitung »in diesem Sinne« bringt den Klassengegensatz mit dem Gegensatz von Herrschenden und Volk zur Deckung. Aber ist nicht Volk mehr als nur Arbeiterklasse? Die beiden Gegensätze bestehen auf den verschiedenen Ebenen von Ökonomie und Politik, und das Problem ihres Zusammenhangs wird mit der Formulierung »in diesem Sinne« eher überspielt als gelöst. Die mechanische Sicht des Zusammenhangs von Ökonomie und Politik reicht nicht aus, um die Frage zu beantworten: *Wie* eigentlich wird die Kultur der Herrschenden zur herrschenden Kultur? Gerade das ist ein Vorgang, der in gewisser Weise *quer zu den Klassen* verläuft. Anders wäre der dominierende Einfluß der Kultur der Monopole in einer demokratisch-parlamentarisch verfaßten bürgerlichen Gesellschaft nicht begreifbar. Die Monopole absorbieren fortwährend Volkskultur, um ihr die demokratischen Elemente zu nehmen und sie als kapitalistische Massenkultur durchzusetzen. Die Massen machen sich diese kulturellen Impulse von oben durchaus aktiv zu eigen, weil sie nicht nur Entmündigung, sondern auch — wenngleich in ideologische Formen eingemauerte — Lebensfähigkeit bedeuten.

Kersten Albers: Ich sehe da zunächst ganz nüchterne, materielle, ökonomische Faktoren: Nämlich die Tatsache, daß nur ganz wenige Konzerne — Springer, Bauer, Bertelsmann usw. — z.B. den gesamten Medienbereich kontrollieren. Damit hängen die kommerziellen Film-, Platten- und Showproduzenten zusammen, ebenso die Werbeindustrie. *Sie* definieren, was als »schön«, was als »gut«, was als »wertvoll« anzusehen ist.

Umgekehrt gibt es jedoch auch immer wieder Gegentrends, wo im Sinne von Eigeninitiative, von selbständiger Verarbeitung oder Weiterentwicklung hergebrachter kultureller Formen sich eine zweite, eine Alternativkultur formiert, die nicht so leicht instrumentalisiert oder fremdgesteuert werden kann. Es gibt z.B. die neuen Arbeiterchöre, die neuen Songgruppen der Gewerkschaften, der ausländischen Kollegen, es gibt den »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt«, es gibt die Kinderläden, die Jugendzentren, die Stadtteilzeitungen.

Karin Westermann: Kannst Du ein Beispiel nennen für typisch proletarische Volkskultur?

Kersten Albers: »Typisch proletarisch«, das ist natürlich immer schwierig ... aber ich denke da z.B. an das Vereinsleben der Arbeiterbewegung, soweit es nach dem Faschismus wieder aufgebaut werden konnte: Die Arbeitersportvereine, die Genossenschaften usw. Natürlich sind diese Einrichtungen heute verbürgerlicht; oft sind nicht einmal mehr die alten Namen oder Rechtsformen erhalten geblieben.

Jochen Zimmer: Am Beispiel der Arbeitervereine sollten wir uns die Mühe machen, die Mechanismen zu analysieren, wie sich bürgerliche Dominanz kulturell durchsetzt. Bürgerliche Kultur, und das heißt gerade auch die sogenannte Massenkultur und Kulturindustrie, ist eben nicht die Kultur der Herrschenden. Und deren Herrschaft beruht auch nicht auf bloßer Manipulation von Bedürfnissen, sondern auf der Integration und Unterordnung der populären Kultur, der Volkskultur, auch der proletarischen Kultur und der massenhaften kulturellen Bedürfnisse in den kleinbürgerlichen »main-stream«. Es findet keine ideologische Vergesellschaftung von oben statt, sondern die Zementierung der Trennung von sozio-kultureller Reproduktion und Arbeitswelt. Das »Ich arbeite für meine Freizeit« ist in den Köpfen bereits drin'.

Karin Westermann: Wie funktioniert denn die Unterordnung dieser Volkskultur? Ich glaube, die Vereinskulturen, die Volkskulturen enthalten viele Formen und Techniken der Selbstunterdrückung.

Paul Oehlke: In diesem Zusammenhang möchte ich auf die widersprüchliche Organisation unseres gesellschaftlichen Systems verweisen, in dem die antagonistischen Klassen dennoch wie zwei Pole aufeinander bezogen sind. Entsprechend durchdringen sich auch die unterschiedlichen Klassenkulturen, die vergleichbar dem gesellschaftlichen Funktionszusammenhang auch gemeinsame Elemente, ja sogar Grundlagen wie die Sprache haben. Eine Grundlage übrigens, die unterschiedliche Gesellschaftsformationen übergreift und auch heute noch weit zurückliegende Bewußtseins- und Kulturmomente transportiert. Dabei sollten wir auch nicht den Produktionsaspekt vernachlässigen: auch die herrschende Kultur wird größtenteils von Mitgliedern der Unterklassen produziert. Mir fällt eine Stelle in der »Ästhetik des Widerstands« ein, in der Peter Weiss darstellt, wie die Bildhauer des Pergamonaltars zwar der Obrigkeit huldigten, aber gegenüber den starren, teilnahmslosen, kalten Gesichtszügen der Göttlichen die wirklichen Ängste und Leiden der Unterdrückten hervorhoben. Hier ist in einem Zeiten überdauernden Kulturprodukt gleichsam festgemeißelt: ein widersprüchlicher Funktionszusammenhang und Austauschprozeß, der uns heute noch berührt.

Erwin Seyfried: Ich denke, daß man jedes kulturelle Ereignis auflösen muß in seine einzelnen Elemente, um es beurteilen zu können. Wenn es richtig ist, daß sich die Kulturen von herrschenden und unterdrückten Klassen gegenseitig durchdringen, ist es notwendig, zu untersuchen, wie das eigentlich im einzelnen geschieht: Da muß man Fragen stellen, wie z.B.: Was wird vergegenständlicht, was wird angeeignet? Wieweit ist Aktivität, wieweit Passivität da? Auf was zielt eine bestimmte kulturelle Erscheinung? Wird auf die individuelle Erhebung — über andere — abgezielt, oder auf ein kollektives Selbstbewußtsein? Also, was wird angesprochen und entwickelt im Menschen? Über welche Mythen und Hintergründe wird Identität vermittelt?

Nachdem man solche Fragen an die einzelnen Elemente gestellt hat, kann man erst entscheiden, wie eine bestimmte kulturelle Erscheinung einzuordnen ist. Ich glaube, daß kein kulturelles Ereignis als eindeutiger Ausdruck z.B. der herrschenden Kultur zu identifizieren sein wird. Jedes kulturelle Ereignis wird emanzipatorische und anti-emanzipatorische Elemente haben.

Auflösen in Elemente muß aber auch heißen, den gesamten Zusammenhang zu sehen, in dem ein kulturelles Ereignis steht. Nimm z.B. die Oper. Wenn du nur den Figaro siehst und nur dessen kritischen Inhalt, so wird da ein politischer Lernprozeß ermöglicht. Aber wenn man jetzt das Drumherum betrachtet, in dem dieser Vorgang stattfindet ...

Kersten Albers: Meinst Du, wenn die Leute einmal im Jahr in die Oper gehen, große Garderobe und Frisur und nachher mit ihrem alten Opel wieder nach Hause fahren?

Erwin Seyfried: Genau, dann wird der Inhalt dieses kulturellen Ereignisses umgeprägt, dann wird etwas anderes daraus.

Paul Oehlke: Du sprichst damit den Herrschaftsaspekt an, den wir von verschiedenen Seiten und Beispielen her berührt haben, ob es sich nun um Rock oder Vereinskultur handelt. Solche kulturellen Formen mögen sich zunächst relativ selbständig, schon von der Finanzierung her, entwickeln. Aber sie unterliegen dann später, wenn sich ein gewisser Erfolg oder eine breitere Aufnahme abzeichnet, einem Anpassungs- und Integrationsdruck, wenn es nicht gelingt, sie alternativ bzw. gar oppositionell zu stabilisieren. Hierzu gehört aber ein organisatorisches Skelett, das historisch von den genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und parteipolitischen Organisationsformen gebildet wird. Sie stellen gleichsam ein Scharnier zwischen den sozialen Lebensbedingungen und kulturellen Ausdrucksformen dar, die selbst wieder im Spannungsfeld der Klassenauseinandersetzungen stehen. Ein Beispiel hierfür sind etwa Eisler und Brecht in der Weimarer Republik, aber auch zahlreiche andere Künstler. Das massenwirksame Solidaritätslied etwa akzentuiert eine Praxis der Solidarität, die vielleicht das wesentliche Kulturprodukt der Arbeiterklasse in der anarchischen bürgerlichen Gesellschaft darstellt.

Monika Tibbe: Und was, wenn die Arbeiterbewegung darniederliegt?

Paul Oehlke: Natürlich kann es in diesem Fall auch kulturelle Aktivitäten geben, in denen sich schon eine neue Aktivierung der unterdrückten Klassen abzeichnet. Allerdings können die unterschiedlichen kulturellen Aktivitäten, auch verstanden als Bildungselemente eines sich formierenden Klassenbewußtseins, sehr rasch wieder zerfallen, wenn der Bewegung der Atem ausgeht und sie keinen organisatorischen Zufluchtsort hat. Das heißt, eine jede Bewegung braucht eine organisatorische Stabilisierung, auch wenn sie über diese in das herrschende System eingeflochten werden kann, um überhaupt überdauern zu können.

II. Wie herrscht die Kultur der Herrschenden?

Kersten Albers: Wir haben jetzt einige grundsätzliche Anmerkungen zum Verhältnis von Kultur und Herrschaft gemacht. Ich möchte jetzt einmal das Problem der »Bild«-Zeitung ansprechen: In Hamburg und Berlin hält der Axel-Springer-Verlag über 85% der Tageszeitungs-Auflage. Dort wird doch kulturell und politisch Meinung gebildet. Für mich gibt's da sehr konkret die Leute, die Macht ausüben und diejenigen, die manipuliert werden. Das muß nicht unbedingt im Widerspruch stehen dazu, daß die Leute »Bild« lesen und trotzdem »im Bild« sind.

Jochen Zimmer: Kaufen wir da nicht Springer oder Gruner & Jahr den sicher vorhandenen schlechten Willen zur Manipulation leichtfertig bereits als tatsächliches Erfolgsrezept ab? Die »Bild«-Zeitung existiert doch nur, weil es nach dieser Art von Bedürfnisbefriedigung eine kaufkräftige Nachfrage gibt; und nur ein Teil dieser Bedürfnisse ist von der »Bild«-Zeitung selbst geschaffen, bzw. deformiert worden. Die Kulturindustrie ist mit ihren Produkten auf das Vorhandensein massenhaft gleicher Bedürfnisse angewiesen, diese Bedürfnisse werden von ihr aber nicht erfunden.

Strategisch für unsere eigene Arbeit gewendet: Welches sind die Bedürfnisse, die »Bild« befriedigt, und wie können wir Wünsche nach befriedigenden sozialen und Partnerbeziehungen, die Lust zu Reisen, Spaß an Bewegung oder das Bedürfnis nach Harmonie mit der Umwelt, alles Gebrauchswerte, die »Bild« zu befriedigen vorgibt, in unserer Partei- und Jugendarbeit ernstnehmen und organisieren? Oder grundsätzlicher: Welche Elemente der populären Kultur bieten einen Ansatz für emanzipatorische Selbstorganisation?

Paul Oehlke: Wir sollten aber nicht den Reproduktions- und Bedürfnisaspekt überbetonen. Denn er vermittelt sich über gesellschaftliche Auseinandersetzungen, das heißt auch den ideologischen Klassenkampf. Wenn ich dieses gestaltende Moment der Praxis hervorhebe, dann stellt sich das Problem der Wirkung der »Bild«-Zeitung komplizierter. Diese ist nicht nur von der Bedürfnislage der Käufer, sondern auch von dem Manipulationsinteresse der Herrschenden zu begreifen, die durchaus Bedürfnisse verändern, umbiegen, wecken und dergleichen mehr können. Und in dem Maße, wie sich die aktuellen Widersprüche verschärfen, wird die herrschende Klasse nicht nur ihren Repressionsapparat, sondern auch die ideologischen Apparate in verstärktem Maße ausbauen. Wenn jetzt gesagt oder meinetwegen sogar nachgewiesen wird, daß die werktätige Bevölkerung keineswegs die Parolen und Wertungen der »Bild«-Zeitung übernimmt, dann ist damit keinesfalls deren desorientierende Wirkung widerlegt bzw. ausgeschlossen. Und die Herrschenden wissen das sehr genau, wie es die Auseinandersetzungen im Medienbereich, an dieser dritten Front des Klassenkampfes (neben dem ökonomischen und politischen) zeigen.

Frank Heidenreich: Kersten geht es um die strategischen Schlüsselstellung, die etwa Bertelsmann im Kampf um die kulturelle Hegemonie einnimmt. Aber die Frage ist doch die: Können wir Springer überhaupt *gegen* Millionen »Bild«-Leser verstaatlichen, demokratisieren? Ist nicht eine Voraussetzung für die erforderliche Massenzustimmung die Schaffung von Arrangements, in denen neue Bedürfnisse entstehen und Ansprüche sich von unten entwickeln, die mit der »Bild«-Zeitung beispielsweise nicht vereinbar sind?

Karin Westermann: Kersten hat vorhin ziemlich verzweifelt gefragt, wie man nun gegen die Bertelsmann, die Springer ankommen soll. Manchmal habe ich das Gefühl, daß wir uns mit falschen Fragen und Analysen selber ohnmächtig machen. Unsere Vorstellungen von Volkskultur sind wertend, wir entdecken Aspekte in ihnen, die wir pflegen und hüten wollen, nur glaube ich, stehen unsere wohlmeinenden Theorisierungen in krassem Gegensatz zur Selbstzwecksetzung der Menschen. So sagte Paul vorhin, lebendige Kultur brauche eine stabile Organisation, die in entscheidendem Maße die Arbeiterbewegung liefere. Monika entgegnete, wie ich finde zu Recht mit der provokanten Frage, liegt die Arbeiterbewegung politisch am Boden, gibt es dann keine Kultur? Ich erweitere diese Frage nochmal: heißt es, daß es dann keine Selbstzwecksetzung mehr gibt? Was ist denn mit den Millionen von Menschen, die sich morgens selbstbestimmt eine »Bild«-Zeitung kaufen, keiner zwingt sie dazu! Was ist mit den Leuten am Samstagnachmittag, wenn sie ihre Autos waschen und pflegen, Ralley-Streifen an die Seiten kleben, ist das keine

selbstbestimmte organisierte Freizeitkultur? Ich halte nichts vom Begriff der Manipulation, hinter dem sich unser Nicht-Ernstnehmen dieser menschlichen Interessen verbirgt. Ich habe in der Vergangenheit, z.B. in der SPD, bei den Jusos, als Frau oft Sachen gemacht, die ich heute ganz falsch finde. Heißt das, daß ich von anderen Menschen und Interessen manipuliert war? Nein, ich habe nur verschiedene Sachen noch nicht gewußt, meine Verhaltensweisen noch nicht anders denken gelernt, von mir übernommene Politikformen noch nicht zu kritisieren gelernt. Aber ich habe alles mit voller Überzeugung gemacht. Heißt das, daß man mich damals nicht hätte ernst nehmen müssen? Wer will sich denn hier als der Bestimmer über Wahrheit, gut und naiv aufspielen? Wir entwickeln uns doch alle weiter! Selbstzwecksetzung ist abhängig von dem, was ich weiß, wie ich meiner Umwelt begegnen will.

Paul Oehlke: Da muß ich doch noch einmal kurz einhaken. Du beschränkst Dich in deiner Formulierung auf eine sehr individualistische Sicht von Selbstzwecksetzung. Da steckt aber doch weit mehr drin: Die Selbstzwecksetzung umfaßt auch ein kollektives Moment in der solidarischen Durchsetzung der eigenen Interessen gegenüber den herrschenden Klassen. Insofern bezieht sich die Selbstzwecksetzung auf das sich vergesellschaftende Individuum.

III. Sozialdemokratische Parteikultur — und wie wir sie entwickeln können

Frank Heidenreich: Anscheinend waren wir uns trotz unterschiedlicher Herangehensweisen an einem Punkt einig: Die Volkskultur oder auch die Kultur der Arbeiterklasse ist nicht von sich aus identisch mit sozialistischer Kultur. Letztere werden die Massen in ihren Kämpfen selbst ausbilden. Wir als Sozialisten müssen uns als *Konstrukteure* einer kollektiven, demokratischen und lustvollen Weise zu leben verstehen. Unserer Diskussion drängt sich damit die neue Frage auf: Was tun wir dazu in der SPD als unserem gemeinsamen Handlungsfeld? — Die *Herforder Thesen* machen Aussagen dazu, was die Ziele einer fortschrittlichen Praxis von Spezialisten und Staatsbeamten in Verwaltungen und Kultusbürokratien wären, aber sie schweigen über die kulturellen Formen, die wir als Linke in der Sozialdemokratischen Partei vorfinden. Die Arbeit in der SPD wird von den (auch linken!) Mitgliedern in der Regel aufgefaßt als eben politische Tätigkeit. Die kulturelle Dimension der Parteiarbeit ist unterentwickelt, sie hat allenfalls ihr »Rahmenprogramm«. Wenn wir das Kulturelle in der Selbstzwecksetzung erkennen, es übersetzen mit dem Vergnügen an der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und Kooperationsfähigkeit, dann bestünde meines Erachtens unsere Aufgabe in der SPD im Wiederaufbau einer neuen demokratischen Parteikultur, die genossenschaftliche und kämpferische Haltungen und sozialistisches Selbstbewußtsein fördert.

Paul Oehlke: Dahinter steht das zentrale Problem der Sozialdemokratie als einer in das herrschende System inkorporierten Institution, die sich zum Teil noch als soziale Bewegung versteht. Und dieser Doppelcharakter bestimmt auch ihr widersprüchliches Verhältnis zu sozialen Bewegungen, die wiederum in die Partei hineinwirken. Hierfür ist unser Kulturheft ein exemplarisches Beispiel. Es reagiert auf die zahlreichen Impulse der Alternativbewegungen, deren theoretische Verarbeitung uns zu Gramsci und anderen Kritikern greifen läßt, die seit geraumer Zeit in den linkssozialistischen Zeitschriften diskutiert werden. Insofern ist unsere eigene Arbeit einerseits ein theoretischer Reflex der tatsächlichen Bewegung, andererseits kann sie eine reflektierte Praxis vorbereiten helfen.

Ich sehe die Schwierigkeiten auch im zunehmenden Verlust einer kulturellen Spezifik der Sozialdemokratie. Ich meine, daß wenig Möglichkeit besteht, da quasi aus dem Nichts etwas zu schaffen — zunächst einmal jedenfalls. Andere Bewegungen sind da sehr viel attraktiver. Allerdings glaube ich, daß trotzdem, Handlungsmöglichkeiten für Sozialdemokraten bestehen, über das hinaus, was in den *Herforder Thesen* dazu ausgeführt ist. Indem wir uns auf die jeweiligen kulturellen Felder begeben, aber neue Kooperationsbeziehungen zwischen ihnen schaffen, können wir etwas in Richtung einer Weiterentwicklung der bestehenden kulturellen Ansätze tun, z.B. wenn wir ein »Rock gegen Raketen«-Festival anleiern und so die Leute, mit denen wir in der Rockscene zu tun haben, in Kontakt bringen mit der Friedensbewegung. Mit dieser bündnisstiftenden Wirkung können wir tendenziell zu einer Stabilisierung von bestimmten Kulturen und auch zu ihrer Weiterentwicklung beitragen.

Jochen Zimmer: Fangen wir doch erst mal bei unserer eigenen Parteiarbeit an! Schließlich ist heute die Partei zwar immer noch empirisch ein gewichtiger Teil der Arbeiterkultur, aber doch leider nicht im Sinne sozialistischer Kultur, sondern im Sinne populärer, aber bürgerlich überfremdeter Kultur. Wie können wir über das hinaus, was wir gerade hier am runden Tisch machen, Teile einer proletarischen Parteikultur stabilisieren und aus der bürgerlichen Dominanz herauslösen? Der Anfang eines solchen Enteignungsprozesses wäre sicher, wenn wir dafür sorgen, daß selbst die Parteiarbeit ein Stück Sozialismus auf Erden wird, d.h., wenn Arbeitsweisen in der Partei einreißen, die listvoll und lustvoll das ganze Spektrum von uns selbst einbringen, und wenn wir endlich die Trennung von Resolution und Realisation aufheben.

Joachim Günther: Nun wird mir zuviel lamentiert: Einerseits beklagt man die verlorengegangene Identität, andererseits möchte man so eine schöne lustvolle Sozialdemokratie. Paul hat vorhin meines Erachtens richtig darauf hingewiesen, daß die Frage der Gegenkultur mit ihrer organisatorischen Verankerung steht und fällt. Nun sehe ich als jemand, der in der SPD arbeitet, diese Partei als das an, was sie in der Geschichte auch schon immer war: Ein organisatorischer Rahmen, der für sozialistische Positionen nutzbar gemacht werden muß. Da geht es mir zunächst nicht um die individuelle Entfaltung, sondern wesentlich mehr um die kollektive Identität. Anders geagt: Nicht weil in der SPD die Lust zu kurz kommt, ist die Partei in einer Krise, sondern weil das Programm fehlt, die Orientierung für die breite Masse der Arbeitnehmer, fehlt auch die Identifikation mit der politischen Arbeit, die ja, wenn's richtig läuft, die Lust beinhaltet. Als Beispiel für erheblich lustvollere Arbeitszusammenhänge kann man gegenwärtig z.B. viele Ansätze in der Friedensbewegung nennen; gerade aber die Friedensbewegung zeigt, daß die Lust nicht kommt, weil man sie sich vorgenommen hat, sondern weil man eine gemeinsame »dritte Sache« hat, für die man zusammenarbeitet.

Wenn ich dann frage, was mache ich nun eigentlich als Linker in der SPD, so bleibt mir nur, dafür zu kämpfen, daß in der Partei jene Positionen verankert werden, die wieder zu einer kollektiven Identität führen und damit zur Gegenmacht. Gegenmacht heißt, die Organisierung von kollektiv auftretenden Äußerungen, die gegen die herrschende Ideologie gerichtet sind.

Monika Tibbe: Wenn wir nun, wie Joachim meint, die Partei als einen Rahmen betrachten, der nutzbar gemacht werden muß, so möchte ich dies an einem Beispiel deutlich machen: Eine sehr wichtige Rahmenbedingung ist der auch in den *Herforder Thesen* genannte Bildungsurlaub, der ja bezeichnenderweise nur von SPD-Landesregierungen ein-

geführt wurde. Die Möglichkeit des Bildungsurlaubs ist ein wichtiger Fortschritt in Sachen Arbeiterbildung. Und dabei kann eine Dynamik entstehen, die bei dem Versuch, das Steuer wieder zurückzudrehen, Widerstand leistet. So z.B. in Bremen, wo für die Volkshochschule der inhaltlich-politische ebenso wie der finanzielle Spielraum eingeschränkt wurde und werden soll. Da melden sich aber verstärkt die Kursteilnehmer zu Wort, setzen sich u.a. mit Mitteln zur Wehr, die sie in den Bildungsurlaubsseminaren kennengelernt haben: mit Flugblättern, Foto-Dokumentationen, Theaterscenen, frechen Liedern, mit einem bunten Volksfest an der Weser, um ihren Forderungen Öffentlichkeit und Nachdruck zu geben. Diese Folgen der früheren fortschrittlichen Weiterbildungspolitik wenden sich heute gegen ihre kleinmütig gewordenen Urheber. Das ist ein sehr produktiver Widerspruch, finde ich.

Karin Westermann: So sympathisch ich ja einige Vorschläge der *Herforder Thesen* finde, so problematisch erscheinen sie mir zugleich. Wir als Sozialdemokraten sollen also bestimmte kulturelle Initiativen, Rock gegen Raketen usw. organisieren. Wir begreifen uns als Organisation, die anderen Servicefunktionen zur Verfügung stellt.

Kersten Albers: Das ist jetzt aber eine bösartige Verdrehung. Ja, ganz bösartig!

Karin Westermann: Die Organisation ist also ein Apparat, mit dem man Briefe verschicken kann, telephoniert. Hier liegt unser Problem, warum wir uns immer wieder über die »Kulturlosigkeit« unserer Organisation Gedanken machen müssen. Immer kommt diese Managerhaltung durch, das macht unsere Kulturlosigkeit, unsere Inattraktivität aus. Wir als Manager der Bewegung ...

Kersten Albers: Wenn wir das dann wenigstens wären, wenn wir damit mal ernst machen würden, wir kriegen doch den Arsch nicht hoch, das ist die Realität!

Karin Westermann: Immer diese typischen Funktionärsverhaltensweisen. Auf ganz mysteriöse Art und Weise halten wir uns als fühlendes, denkendes Individuum immer außen vor, können uns Organisation nicht vorstellen als Raum gemeinsamer Persönlichkeitsentwicklung, daß in diesem Raum bestimmte Sachen durch die Menschen durchgehen, Erfahrungen gesammelt werden, verschiedene Individualitäten ausprobiert werden.

Warum muß man immer den Theaterbesuch anderer organisieren, warum setzen wir uns nicht mal als Sozialdemokraten einer persönlichkeitsverändernden kulturellen Aktivität aus, tauschen unsere Erfahrungen und Empfindungen aus, begreifen uns als aktive, betroffene, engagierte Rezipienten? Nicht immer als Manager.

Joachim Günther: Genau so! Wir initiieren für andere, anstatt die Selbstorganisation zu fördern. Also, ich bin immer noch der Meinung, wenn wir gut initiieren, dann initiieren wir uns erst einmal selbst.

Kersten Albers: Nein, das ist so nicht richtig. Praktisch läuft das doch so, daß wir uns z.B. einen engagierten Schriftsteller einladen in den Ortsverein und mit dem diskutieren. Und dann gibt es doch viele Leute, die sind sowohl im »Werkkreis«, im Verein »Museum der Arbeit«, im Kulturladen Kaufbeuren, als auch in der Partei. Und die machen ja keine schizophrene Trennung: Hier bin ich das eine und dort bin ich das andrere, sondern sie führen beides zusammen. Als Sozialdemokraten sind sie in ihrer Kulturinitiative und als Kulturaktive sind sie in der Partei. Anders kann ich mir das überhaupt nicht vorstellen.

Joachim Günther: Ich bin noch nicht zufrieden, weil ich nicht sehe, wo wir uns da als Partei- oder Juso-Organisation wiederfinden. Alle Beispiele von Kersten sind für sich ge-

In eigener Sache

Zu den Vorgängen in der VHS Bremen

Wir, Arbeitnehmer, oder auch, wie man sagt, unterprivilegierte, einkommensschwache Bürger der Freien Hansestadt, melden uns hiermit in eigener Sache zu Wort, in der Angelegenheit VHS.

Wir sind nicht, was man gebildet nennt. Denn stets fehlte die Zeit, und zu schwer war die Arbeit, und da war auch manchmal kein Geld. Wie sollten wir da unseren Hunger nach Wissen und Bildung stillen?

Groß ist unser Nachholbedarf, an geistigen Gütern, den auch die VHS nicht decken konnte. Aber sie gab uns, mit ihren Kursen, die Zuversicht und die Hoffnung, daß es möglich sei, ein wenig aufzuholen, das Versäumte.

Und jetzt wollte ihr da oben uns noch die letzte Chance nehmen. Kein Geld sei da, sagt ihr und zeigt uns die leeren Taschen, und werbt um Verständnis für euer Tun, das nicht zu rechtfertigen ist.

Nein, wir verstehen es nicht, denn was ihr macht, ist unbegreiflich angesichts der kommenden Aufgaben, die von jedem mehr Wissen und Bildung erfordern als in allen Jahrhunderten zuvor.

Für eure Handlungsweise haben wir kein Verständnis. Aber eines ist sicher: An euch, Rotstiftbesessene, wird sich später niemand erinnern. Nur auf einer Karteikarte, in der Rubrik der Versager, werden eure Namen verzeichnet sein.

Bad Zwischenahn, 9. April 1981
(entstanden während eines Bildungsurlaubsseminars »Workshop Schreiben und Musizieren«)

nommen und für die Leute, die mitarbeiten, sicherlich attraktiv. Nur, die Sozialdemokratie hat sich dadurch noch keinen Deut geändert. Während einige — in der Regel isoliert — Kultur machen, läuft der übrige Laden weiter in seinen eingeschliffenen Politikformen.

Karin Westermann: Ich glaube, das Tote an der Sozialdemokratie, das Tote in unseren Juso-Gliederungen, das sind wir selbst. Wir laden dann einen alles zum Leben erweckenden Schriftsteller ein. Nicht, daß ich etwas gegen Schriftsteller habe, aber ich glaube, wir müssen erst einmal unsere eigenen Verhaltensweisen verstehen lernen.

Kersten Albers: Die *Herforder Thesen* haben da, glaub' ich, ein anderes Verständnis von der Wechselwirkung zwischen Kultur- und Parteiarbeit. Dazu drei Bemerkungen:

1. Wenn wir uns in der Partei stärker mit Kulturfragen, mit einzelnen Theateraufführungen und Ausstellungen befassen, dann tun wir das zum einen, um in den Kulturbetrieb neue Inhalte einzubringen: Probleme der Arbeitswelt, unsere Zukunftsvorstellungen von der Gesellschaft, Fragen der Familie und der Partnerschaft, Themen aus der Dritten Welt und aus dem Umweltschutz. Und wir tun dies zum andern, weil wir aus den Anworten und Stellungnahmen der Kulturschaffenden selbst lernen wollen. Und weil wir die Mitglieder aktivieren und neue Arbeitsansätze fördern wollen. Schließlich müssen wir mit den Funktionsabläufen und Hintergründen des Kulturbetriebs mindestens genauso vertraut werden, wie mit den kommunalpolitischen Alltagsfragen unseres Stadtteils, wenn wir dieses Gebiet neu für die Parteiarbeit der Linken entdecken wollen.

2. Wir müssen als Parteilinke die Kulturarbeit ausweiten, um alternative, kritische und selbständige Ansätze im Kulturleben zu organisieren und zu stabilisieren, indem wir z.B. die vorhandenen Apparate dafür einzuspannen versuchen. Das ist schon ein erster Schritt; denn wir haben ganz schöne Apparate, in denen wir personell vertreten sind, und auf die wir zurückgreifen können: Die Arbeiterwohlfahrt, die Arbeiterjugendorganisationen, die Gewerkschaften. Die können unterstützen, wenn es z.B. darum geht, ein Straßenfest bei der Stadtverwaltung, beim Bauamt usw. abzusichern. Das sind alles alte Organisationen, die aus der Arbeiterbewegung heraus als Selbsthilfeorganisationen entstanden sind und die heute zum Teil fürchterlich verkrustet sind, ihren ehemaligen Klassencharakter weitgehend eingebüßt haben, die wir aber wieder im alten Sinne ankurbeln können mit einer neuen Zukunftsperspektive: Es wäre ein gewaltiger Schritt vorwärts, wenn wir ein Bündnis zustande bringen könnten zwischen den alten Vorfeldorganisationen der Arbeiterbewegung mit ihren enormen historischen Erfahrungen und der neuen Alternativbewegung.

3. Es wird eingewendet, die *Herforder Thesen* beschränkten sich darauf, Forderungskataloge zu entwickeln. Ja, gut, einen Forderungskatalog zu entwickeln ist zunächst das erste! Man muß sich seiner eigenen Interessen klar werden und man muß sie in Forderungen niederlegen. Schon das ist etwas, was in weiten Teilen der Partei nicht geleistet wird. Und dann muß man unterscheiden: Wie sieht die Parteiarbeit in Sachen Kultur heute aus und wie kann sie sich entwickeln, wenn wir die *Herforder Thesen* als Leitfaden nehmen? Beispiel Literaturförderung: Da wollen wir mehr tun in Richtung »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt«, Wallraff, Industriereportagen, Literatur für ausländische Kollegen. Und mehr tun heißt nicht nur öffentliche Förderung, sondern mindestens so sehr, Diskussion in der Partei, im Ortsverein, in der SPD-Stadtteilzeitung. Wenn diese Prozesse in Gang kommen, wenn wir Kulturarbeit als neues Arbeitsfeld im Sinne der Parteireformdiskussion entdecken, dann können wir als Partei bzw. als Parteilinke mehr Identität und Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse schaffen, dann werden wir als Organisation wieder attraktiv und in schwierigen Zeiten widerstandsfähiger.

Frank Heidenreich: Ich finde es voreilig, wenn Du, Karin, in der Kooperation mit Kulturschaffenden für die Juso-AG's keinerlei Ansatzpunkte zu erkennen vermagst, um die Probleme und Krisen in der politischen Arbeit zu lösen. Wo ist es denn üblich, daß Kulturschaffende auf Mitgliederversammlungen der Partei oder der Jusos eingeladen werden und mit ihnen kulturelle Formen daraufhin geprüft werden, wie weit sie nützlich sind, die Probleme der täglichen Parteiarbeit zu verarbeiten? — Ich denke aber, daß wir als linke Sozialdemokraten zwei Ziele ansteuern müssen, die man nicht gegeneinander ausspielen darf. Neben der Formulierung von inhaltlichen Perspektiven für das kulturpolitische Handeln von Sozialdemokraten in den Staatsapparaten müssen wir sorgfältiger über die Methoden nachdenken, wie wir die kulturelle Dimension der Parteiarbeit verändern und die Eigeninitiative von Parteimitgliedern stärken. Dies ist ungeheuer schwierig angesichts der parlamentarischen und Staatsfixierung der deutschen Sozialdemokratie. Das Vertrauen auf die Funktionäre und deren Auskünfte (»Wir machen das schon«) ist selbst auf dem linken Flügel verbreitet und häufig bedingungslos. Aber es wird keine Alternative dazu bestehen, daß die Sozialdemokratie »von links unten« auch als eine kulturelle Bewegung erneuert wird, die dann in Bereichen der staatlichen Kulturpolitik gleichfalls handlungsfähiger würde. — Ein Problem zum Schluß der Diskussion: Der einseitige Akzent, den die *Herforder Thesen* auf Fragen der Kultur*politik* setzen, hängt, wie ich glaube, mit einem falschen Kulturbegriff zusammen, den wir eingangs diskutiert haben. Kultur wird in den *Herforder Thesen* als in verschiedene Sparten gegliedert gedacht. Nacheinander werden behandelt: Medien, Bildungsurlaub, Gewerkschaftliche Kulturwochen, Kulturpädagogik, Erwachsenenbildung, Demokratische Museen, Bibliotheken usw. usw. Wenn wir Kultur als den Zusammenhang verschiedener Sparten verstehen, können wir nicht nach dem kulturellen Aspekt der Parteiarbeit fragen. Das für uns handlungsrelevante Objekt »*SPD-Kultur*« wird so zum Verschwinden gebracht. Es ist kein Zufall, daß sich der einzige Hinweis auf die Parteikultur in den »Thesen« auf der letzten Seite der vier Kulturthesen (vgl.181) in einem einzigen Satz findet. Wir müssen bewußter die Haltung bekämpfen, daß die Tätigkeit in der SPD als im Gegensatz zur (unpolitischen?) Kultur stehend aufgefaßt wird, ohne in den anderen Fehler zu verfallen, Kultur instrumentalistisch vom Standpunkt der Parteipolitik zu denken. »Je schöpferischer und kommunikativer die einzelnen Menschen in der Arbeiterbewegung sein können, desto energischer und engagierter werden sie für den Sozialismus kämpfen.« *(Herforder Thesen*, 169) — Die Thesen behaupten die »umfassende strategische Perspektive« (ebd.) der kulturellen Aktivitäten linker Sozialdemokraten. Das gewichtige Argument kontrastiert scharf mit dem Aufbau: Die Kultur ist in das Abseits der 75. These ff. gedrängt, sie ist nicht eingebaut in die strategischen Grundüberlegungen des demokratischen Wegs zum Sozialismus in der BRD und zur Sozialdemokratie (Abschnitte III bis V). Erschrecken muß uns bei allen Differenzen, die wir in der Diskussion jetzt hatten, daß in keinem der Diskussionbeiträge zu den *Herforder Thesen* — etwa auf dem Bielefelder Seminar 1980 — bisher die Kultur eine Rolle gespielt hat. Ich finde, wir sollten stärker darauf achten, daß künftig der in der Perspektive der Führungsfähigkeit der Arbeiterbewegung zentrale Zusammenhang von Kultur und Politik um der Weiterentwicklung der *Herforder Thesen* willen stärker diskutiert wird.

Interviews

Interview mit dem Nürnberger Kulturdezernenten, Hermann Glaser (SPD)*

spw: Genosse Glaser, gegen welche Haltungen und Positionen habt Ihr Anfang der 70er Jahre das Konzept der sozio-kulturellen Stadtteilarbeit entwickelt? Wie sah damals die kulturelle Situation in der Stadt aus?

Glaser: Das Nürnberger sozio-kulturelle Konzept ist Teil einer allgemeinen Entwicklung gewesen, wie sie sich Anfang der 70er Jahre herausbildete. Im Mittelpunkt steht für mich die »Demokratisierung des Ästhetischen«, die dem »Frischwärts« der Warenästhetik entgegengesetzt werden muß. Als Gegengewicht zu einer den Menschen in seiner Freizeit manipulierenden Kulturindustrie hat die Förderung von Kreativität und Kommunikation zu treten. Wir haben in Nürnberg — und ich habe dies 1974 in meinem zusammen mit Karl Heinz Stahl verfaßten Buch »Die Wiedergewinnung des Ästhetischen. Perspektiven und Modelle einer neuen Soziokultur« theoretisch zu fundieren versucht — eine kulturpolitische Position bezogen, die sich nicht als »alternative« Kultur, sondern als eine der »Totalität« von Kultur verpflichtete Arbeit begreift. Der Überbau ist nicht nur das Produkt des Unterbaus. Der Überbau kann, das hat schon Karl Marx am Beispiel der griechischen Kunst gezeigt, auch den Unterbau beeinflussen. Soziokultur will nicht die Profanierung des Ästhetischen, sie will vielmehr die Wege zur Kultur jedem erschließen, eben das »Bürgerrecht auf Kultur« verwirklichen. Dazu gehört zum Beispiel Stadtteilarbeit. Die »Kulturläden« (als stadtteilbezogene kulturelle Kleinzentren) sind nicht als »Vorstufe« zu einer »höheren« Kultur zu verstehen, sondern sind in sich selbst begründet. Natürlich kann man in einem »Kulturladen« nicht in jeder Form sich kulturell oder künstlerisch betätigen; diese Einschränkung ist aber nicht substantiell begründet, sondern lediglich eine Frage der Praktikabilität (man kann eben in dem »Kulturladen« keine Oper aufführen, wohl aber eine »pocket-opera«).

Die kulturelle Situation war in Nürnberg ähnlich wie in anderen Städten; allerdings ist hier, trotz größter Zerstörung im Krieg, der Wiederaufbau so erfolgt, daß die »Wirtlichkeit der Stadt« verhältnismäßig gut erhalten blieb. Wichtig war es, neben und im Verbund mit den »klassischen« Kultureinrichtungen einen sozio-kulturellen Bereich aufzubauen. Die 80 Mitarbeiter, die sich im »Amt für kulturelle Freizeitgestaltung«, als Teil des von mir geleiteten Schul- und Kulturreferats, zusammengefunden haben (wir haben diese verhältnismäßig nichtssagende Bezeichnung gewählt, weil dem Begriff »Soziokultur« schon als Fremdwort gegenüber starke Vorbehalte vorhanden sind!), mußten neue Wege für Animation suchen. Wir sind ein gutes Stück vorangekommen. Freilich besteht die Gefahr, daß sich z.B. das Begegnungsstättenkonzept in der augenblicklichen finanziellen Misere festläuft.

spw: Für die sozio-kulturelle Stadtteilarbeit bedarf es der »ökologischen Nischen«, wie Ihr in Eurem Buch »Die Wiedergewinnung des Ästhetischen« entwickelt. Was versucht Ihr mit diesem Begriff zu fassen, was passiert in so einer »ökologischen Nische«, welchen Schwierigkeiten in der Entfaltung einer kulturellen und sozialen Kreativität wird hier entgegengetreten? Welches ist die Hauptzielgruppe?

* Die Fragen stellte für die Redaktion Karin Westermann.

Glaser: Wenn ich als topographisches Schlüsselwort für unsere kulturpolitische Arbeit gerne das Wort »Nische« verwende, so übernehme ich damit einen Begriff aus der Ökologie. Die »ökologische Nische« bedeutet »Gleichgewicht«; sie ermöglicht Symbiosen. Ist der Fluß »ökologische Nische« und nicht »umgekippt«, so beinhaltet er Leben (und Zusammenleben) in seinen vielfältigen Formen. Die »kulturökologische Nische« will besagen, daß die Menschen ein ausgewogenes Verhältnis zu ihrer Umwelt haben, daß sie nicht durch ihre Umwelt »erschlagen« werden, sondern diese Umwelt kreativ zu gestalten vermögen. Primär sind dafür natürlich Stadtplanung und Stadtentwicklung zuständig. Nachbarschaften sollten im Sinne ökologischer Nischen funktionieren. An die Stelle des Kahlschlags durch eindimensionales Effizienzdenken und -handeln sollten Kommunikationsstrukturen treten, die dem Miteinander der Menschen förderlich sind. Der Hinterhof als Parkplatz ist keine ökologische Nische; der Hinterhof als grüne »Oase« ist dagegen eine solche (wir haben dementsprechend bei einem »Kulturladen« modellartig eine solche Hinterhofsanierung durchgeführt; das Bodenrecht macht solche Versuche natürlich schwierig). Nische im kulturellen Bereich ist vor allem in einem übertragenen Sinne gemeint. Das Verhältnis der Menschen zur Kultur muß verbessert werden. Das geschieht u.a. auf dem Weg kreativer Selbstentfaltung. Es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, auch ganz »konventioneller« Art: wer z.B. in einem Keramikkurs mit Material bildnerisch umgeht, dessen Produkt mag am Ende »nichts Besonderes« sein. Die Betätigung hat jedoch etwas erbracht, was in unserer Gesellschaft immer mehr verloren geht: nämlich schöpferische Selbstbestätigung. In diesem Sinne sind die Kulturläden »Gemischtwarenläden«, d.h. das Spektrum der kulturellen »Angebote« und Anreize ist sehr groß. Ich sage bewußt »Angebote«, denn für Kulturarbeit ist »Aktion« nur die eine Seite der Medaille; es müssen auch genügend Angebote für »Reaktion« vorhanden sein: das Nach-denken, Nachfühlen, Nach-gestalten ist ebenfalls eine schöpferische Betätigung; Aktionismus verkennt häufig diese Seite von Kulturarbeit.

spw: Eine »ökologische Nische« braucht auch, wie Du schreibst, eine bestimmte architektonische Umgebung. Nicht in jeder Räumlichkeit kann sich Kreativität entfalten, vielmehr muß die Umgebung dazu auffordern, Kreativität zu entwickeln, gestalterisch in seine Umgebung einzugreifen. Die Architektur muß teilhaben an dem »spielerischen Schöpfungsprozeß«, in dem »die Idee des wahren Menschen in die Realität des Wirklichen« tritt, wie Ihr es beschreibt. In einer solchen Nische können auch sozialistische Lebensweisen antizipierbar und real gelebt werden, etwa im Verhalten der Generationen und von Mann und Frau zueinander. Dies sind Vorstellungen einer besseren, gerechteren Welt, die in der Geschichte unserer Partei eine lange Tradition haben. Wie erklärst Du Dir nun eine sozialdemokratische Politik (z.B. in Berlin), die sich noch bis Mitte der 70er Jahre unter der Stadterneuerung eine Kahlschlagsanierung vorstellte und auf dem besten Weg war, eine amerikanische tote Schlaf- und Betonstadt zu bauen, in der es keine Nischen mehr gegeben hätte? Wie könnte eine sozialdemokratische »ökologische architektonische Konzeption« der Stadterneuerung aussehen, in der weiterhin sozio-kulturelle Stadtteilarbeit möglich ist?

Glaser: Der amerikanische Soziologe John Kenneth Galbraith hat einmal gesagt, es bestehe die Gefahr, daß aus Metropolis über Profitopolis und Megalopolis Nekropolis werde, d.h., daß sich aus der Stadt, deren Kommunikationsstrukturen intakt sind und die sich als ein Mittelpunkt der Künste und kreativer Betätigung versteht, die profitorientierte Stadt, die »Riesenstadt« entwickelt — wobei am Ende die »tote Stadt« steht. Das heutige

Erscheinungsbild der amerikanischen Stadt hat solchem Alptraum vielfach Recht gegeben. Auch in der Bundesrepublik hat z.B. die »Kahlschlagsanierung« dafür gesorgt, daß »tote« Betonstädte entstanden, in denen es keine Nischen mehr gibt. Dadurch wird deutlich, daß Kulturpolitik natürlich weitgehend abhängig ist von der allgemeinen Gesellschaftspolitik. Wenn Stadtplanung gravierende Fehler macht, kann Kulturpolitik sie nicht reparieren. Man muß von einer »integrierten Konzeption« ausgehen, wobei Kulturpolitik dann das besondere Ziel hat, das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer urbanen Gesamtpolitik zu schaffen. Man kann durch Kunst in »kleinen Ausschnitten« vorführen, was »besseres Leben« bedeutet: im Sinne Ernst Blochs als Vor-schein der Idee. Man darf aber Kulturpolitik nicht überfordern; dies wäre genau so falsch wie der Vorwurf, sie würde eine Alibifunktion ausüben oder nur »kosmetische« Korrekturen bewirken.

spw: In der Formulierung »Kultur für alle« steckt eine Kritik und damit ein Anspruch. Immer noch sind die meisten Kulturinstitutionen »verschlossen« für einen Großteil der Bevölkerung, wissen viele nicht, was sie mit den verschiedenen Kunstprodukten anfangen sollen. Ursache, sagt Ihr, ist die privat-arbeitsteilige Produktion, die die gesellschaftliche Entfremdung hervorbringt. In der Arbeitszeit ist der Mensch kompetenz- und machtlos in Bezug auf die Organisation, den intellektuellen Besitz und der Kontrolle dessen, was er produziert. Diese Produktionsweise bringt die Trennung von Hand- und Kopfarbeit hervor und damit die Schicht der Intellektuellen, in deren Köpfen sich das der Allgemeinheit Zug um Zug entzogene gesellschaftliche Wissen akkumuliert. Sowohl im Ökonomischen als auch in den verschiedenen Bereichen staatlichen Handelns organisieren sie den gesellschaftlichen Zusammenhang, sind Träger eines Wissens, das auch zur Sicherung gesellschaftlicher Machtstrukturen beiträgt. Nun räumst Du gerade den Intellektuellen in Deiner Theorie eine sehr bedeutende Funktion ein. Sie sind diejenigen, die provozieren, zum Denken anregen, den Prozeß der Demokratisierung der Kultur initiieren. So sehr dies einleuchet — sie sind schließlich Träger gesellschaftlichen Wissens — so problematisch ist es doch auch, wenn hier die bisher Mächtigen von sich aus ihre Macht abbauen und auch noch die Strukturen des Machtabbaus, der Demokratisierung bestimmen sollen.

Teilst Du diese Einschätzung? Wie geht Ihr im alltäglichen Nürnberger Kulturleben mit diesem Widerspruch um?

Glaser: Früher waren die meisten Kulturinstitute allein schon aus ökonomischen Gründen dem Großteil der Bevölkerung verschlossen. Wie schwierig es war, angesichts sozialer Diskriminierung Zugang zu den »Kulturgütern« zu erhalten, zeigt die Geschichte der Arbeiter-Bildungsvereine und anderer kultureller Emanzipationsbewegungen (etwa der »Volksbühne«). Heute handelt es sich vor allem um mentale Barrieren; wer z.B. in der Schule nicht für Kultur »aufgeschlossen« wurde, der wird auch später die Chancen nicht wahrnehmen können, die in unserer Gesellschaft für kulturelle Betätigung durchaus gegeben sind. Die »technische Reproduzierbarkeit von Kunst« hat es mit sich gebracht, daß die Kulturgüter verhältnismäßig gut zugänglich sind; insofern ist also Massenkultur ohne Anführungszeichen möglich. Freilich wird die kulturelle Aneignung durch entfremdete Arbeit erschwert; doch wird auch die Sehnsucht nach nicht-entfremdeter Existenzweise im utopischen Bereich der Kunst geweckt. Die Rolle der »Intellektuellen« ist dabei nicht die von »Sinn-Verwaltern«, sondern von Animateuren. Sie müssen mit viel Ingeniosität dafür sorgen, daß trotz gegenläufiger Alltagserfahrung die latente Freude an kultureller Betätigung geweckt und ausgebaut wird. Der Widerspruch zwischen Wirklichkeit und Idee ist natürlich sehr groß; in der alltäglichen Praxis mag man oft genug die Idee gar nicht mehr

sehen; sie ist überlagert von vordergründigen Problemen und Aufgaben. Außerdem ist die »Dreckarbeit der Reform« häufig so unscheinbar, daß sie angesichts des überwölbenden Gedankenhimmels als parterre erscheint. Das ändert nichts an der Notwendigkeit, an Sternbildern sich zu orientieren, weil ohne das »Prinzip Utopie« alle Bemühungen und Bestrebungen rasch erlahmen oder sich im Kreise zu drehen beginnen.

Es ist hier nicht Platz, um Grundsätzliches über die Rolle des Intellektuellen in der demokratischen Industriegesellschaft zu sagen. Nur dies: Sie müßten beispielhaft und vorbildlich vor-leben und vor-zeigen, was das Wesen von Kultur ausmacht; daß diese nämlich der Schwerkraft des Lebens entgegengesetzt ist, Hoffnung sinnlich vorstellbar macht und zeigt, daß der Mensch ein humanes, sich fortentwerfendes, kommunikatives, soziales Wesen sein kann, wenn er es sein will. Die Ohnmacht der Intellektuellen wie der Künstler besteht darin, daß die Wirklichkeit den »Spielraum« oft nicht bietet, in dem sich der Geist über die Wirklichkeit zu erheben vermag. »Das Verzweifelte, daß die Praxis, auf die es ankäme, verstellt ist, gewährt paradox die Atempause zum Denken, die nicht zu nutzen praktischer Frevel wäre.« Ein solcher Satz von Theodor W. Adorno kann allerdings selbst denjenigen Mut geben, die oft genug an der sublimierenden Kraft des Geistes angesichts tagtäglicher Realitätserfahrung verzweifeln. Und was den »Grundwiderspruch« Kunst und Leben betrifft — er ist ein solcher; wie menschliches Leben mit seiner Grenzsituation Sterben schlechthin.

spw: Eine eventuelle Lösung wäre eine Zug um Zug institutionalisierte Betroffenen- und Bürgerkompetenz, wie Du sie auch ansprichst in dem Konzept der Wiederherstellung der Politik, die »Selbstbestimmung des Einzelnen durch Mitbestimmung in der Gemeinschaft«. Aber gleichzeitig siehst Du die eindeutige Verantwortlichkeit gefährdet und eine drohende Profanisierung der Kunst. Muß dann Partizipation nicht doch nur den Charakter von Mitsprache und nicht Mitbestimmung oder Selbstbestimmung haben? Wird nicht durch eine solche Form der Bürgerbeteiligung die Kluft zwischen der provokanten, wahren Kunst der fortschrittlichen Intellektuellen und die regressiven Tendenzen der Bürgerwünsche bis ins Ewige fortgesetzt? Ist dies nicht der Prozeß, in dem fortschrittliche Kultur »von unten« zur linken Repräsentationskultur wird?

Wie löst Ihr dieses Problem, welche Formen von Bürgerbeteiligung, Mitbestimmung usw. habt Ihr?

Glaser: Es gibt sehr differenzierte Formen der Mitwirkung, Mitsprache und Selbstbestimmung. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß zwischen politischer Selbstbestimmung und ästhetischer Selbstbestimmung ein großer Gegensatz besteht. Kultur ist immer auch »avantgardistisch«: Sie versucht, ein Stück Zukunft voraus aufzuklären. Sie erschließt Bereiche des Denkens, Fühlens, der sinnlichen Wahrnehmung und der Reflexion, die nicht gang und gäbe sind; sie provoziert, sie ist das ganz andere; sie ist das Neue, das Neuartige, das Unerwartete. Gegenüber der fortgeschrittenen Position von Kunst ist somit das allgemeine Bewußtsein notwendigerweise »rückschrittlich«; es soll, nicht zuletzt durch Kulturpädagogik, dazu gebracht werden, »aufzuschließen«, sich »anzuschließen«. Fortschrittliche Kultur kann somit nicht von einer Massenbasis ausgehen; sie muß sie durch »Sympathiewerbung« schaffen. Kulturpolitik hat sich dadurch zu legitimieren, daß sie den regressiven Tendenzen des Massengeschmacks entgegentritt und ihm zum »Fortschreiten« verhilft. Der Vorwurf mag kommen, daß es sich hier um eine elitäre Kulturauffassung handelt. Dies wäre richtig, wenn eine solche Beschreibung von »Avantgarde« nicht intensiv getragen würde von der Überzeugung, daß sich Vorab-Aufklärung nur dann

»rentiert«, wenn die Gesamtheit nachzufolgen vermag; es fehlt also völlig das hermetische Element, wie sie elitärer Kultur zu eigen ist. Auch der Vorwurf des Geschmacksdiktats ginge fehl; das Aufklärerische, Innovatorische wird als Prinzip verstanden; es ist — innerhalb humaner Axiomatik — nicht inhaltlich festgelegt; es besteht letztlich darin, daß nach dialektischem Prinzip immer wieder neue Wege in der Unendlichkeit des Geistig-Seelisch-Sinnlichen gesucht und gefunden werden.

Wir haben unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung im kulturellen Bereich entwickelt — im Theater, in der Erwachsenenbildung, in der Jugendarbeit, in der Arbeit mit Gastarbeitern etc. Man kann aber nicht sagen, daß wir dadurch den beschriebenen Widerspruch Kunst-Politik lösten; doch können bessere Verbindungen zwischen repräsentativ-demokratischer und direkt-demokratischer Verantwortung hergestellt werden.

spw: Kunst hat, wie Du sagst, die Funktion, Kommunikationsmedium zu sein, wie ein »Katalysator« zu wirken. Nun gehen aber »Katalysatoren«, zumindest bei chemischen Prozessen *unverändert* aus einem Vorgang wieder hervor. Ist Dein Konzept der Demokratisierung der Kultur zu verstehen als eine rein quantitative Veränderung, oder entwickelt sich dadurch nicht auch der Bereich Kunst weiter, etwa wie Hannes Schwenger es formuliert: »Es geht vor allem darum, den künstlerischen Ausdrucksmitteln eine Funktion für die Lebensbedürfnisse anderer sozialer Schichten zu ermöglichen; nur dann kann sie selbst auch zu deren Bedürfnis werden. Es kann nicht einfach nur der Kreis der Kenner von Kunst erweitert werden, wie man mit einem Mode gewordenen Brechtzitat zu fordern bereit ist, sondern es müssen auch andere Formen und Inhalte von Kunst entstehen, die den Bedürfnissen und dem Geschmack der Kunstkenner klassischen Zuschnitts widersprechen und von diesen — in Kritik und Kulturleben einflußreichen Persönlichkeiten — vermutlich abgelehnt werden.« (Kulturarbeit, hrsg. von Manfred Bosch, Verlag päd extra, S.159)

Glaser: Quantitative Veränderungen im Kulturbereich sind selbstverständlich aus emanzipatorischen Gründen wichtig; die Verwirklichung des Bürgerrechts auf Kultur ist zunächst ein solches quantitatives Problem. Es dürfen nicht bestimmte Teile der Bevölkerung, aus welchen Gründen auch immer, von der Möglichkeit, an Kultur teilzuhaben, ausgeschlossen sein. Hand in Hand damit geht natürlich die qualitative Veränderung. Mit meinem Hinweis, daß Kunst und Kultur qua Definition innovatorisch seien, ist diese qualitative Veränderung bereits angesprochen. Hineingesprengt werden muß Ästhetik in den Alltag, in die stereotypen Szenarien und Zwänge unseres Lebens, damit die Stunden wahrer Empfindungen häufiger schlagen, Augen-Blicke, da das »Schöne, Gute und Wahre« aufscheint, sich die Begegnung des Menschen mit der Idee vollzieht. (Das »Schöne, Gute und Wahre«: Was hat man diesen Begriffen angetan, bis sie von affirmativen Sinndeutern systemstabilisierend oktroyiert werden konnten!)

»Schönheit ist
Freyheit in der Erscheinung
deshalb geht Schönheit
der Freyheit voraus ...
Eh die Structuren der Gesellschaft
sich verändern lassen
muß der Mensch
verändert werden«,

läßt Peter Weiß in seinem Stück »Hölderlin« Schiller zu Hölderlin sagen. Und in dem gleichen Stück sagt Marx zu Hölderlin:

»Zwei Wege sind gangbar
zur Vorbereitung
grundlegender Veränderungen
Der eine Weg ist
die Analyse der konkreten
historischen Situation
Der andere Weg ist
die visionäre Formung
tiefster persönlicher Erfahrung.«

Um diesen »anderen Weg« geht es bei der »ästhetischen Erziehung des Menschen«. Man muß ihn gehen wollen, gehen können und gehen dürfen, und wenn das Gehen erschwert wird, das Gehen-dürfen durchsetzen.

spw: Was sagst Du zu Vorschlägen, wie sie etwa Alfons Spielhoff macht, die staatlichen Subventionen im Bereich von Theater, Oper und Symphonieorchester radikal zu kürzen. So begründet er in der 'Neuen' vom 21.5.81 seine Position: »In einer Stadt des Ruhrgebiets, die über Geldmangel klagt, in Dortmund, lief vor kurzem eine Musik-Show mit Weltniveau, das 'The-Wall'-Konzert von Pink Floyd. Bei Eintrittspreisen von 30 bis 60 DM sehen innerhalb von 8 Tagen gut 100.000 begeisterte junge und alte Leute dieses Musikschauspiel. Diese Veranstaltung mußte sich selbst tragen, sie war rein kommerziell aufgezogen. In der gleichen Stadt läuft zur gleichen Zeit als hochsubventioniertes Unterhaltungstheater — jeder Theaterplatz ist mit etwa 80 DM bezuschußt — ein Schmarrn wie der 'Vetter aus Dingsda'. Das ist nach meiner bescheidenen Meinung mit öffentlichen Mitteln finanzierter Unfug. Das ist ein Beitrag zur allgemeinen Verdummung und Desorientierung.« Er plädiert für die Streichung der Gelder, nicht weil das Theater als Kunstform tot ist, sondern das Theater durch die verkrusteten Strukturen des heutigen Theaterbetriebs getötet wird. Stattdessen sollen mit den gesamtbundesrepublikanisch ausgegebenen 2 Milliarden Theatersubventionen freie Gruppen finanziert werden, weil »die bei ihren Angeboten wieder die Bindung an die Zuschauer herstellen«.

Glaser: Ich halte gar nichts davon, die staatlichen Subventionen im Bereich von Theater, Oper, Symphonieorchester etc. radikal zu kürzen. Wenn, wie Herbert Marcuse es formuliert, die revolutionäre Wirkung der Kunst eben darin besteht, daß sie *Kunst* ist, so haben alle Bereiche des künstlerischen Angebots eine große Bedeutung. Sie müssen freilich immer wieder radikal von innen her sich erneuern. So kann z.B. die Oper als Gesamtkunstwerk eine durchschlagende Bewußtseinsveränderung bewirken, wenn sie sich nicht als Dakapo begreift. Leider werden in kulturellen Einrichtungen oft genug Unverbindlichkeiten nur gefällig serviert (nichts gegen »Gefälligkeit« — das »Nur« macht den großen Unterschied!). Das hat aber nichts mit dem jeweiligen Genre, das diese Institutionen vertreten, zu tun, sondern mit der nicht vorhandenen oder reduzierten künstlerischen Phantasie. Auch die Operette ist von großer Bedeutung, wenn sie »gegen den Strich« inszeniert wird, ohne daß deshalb die Operettenform aufgegeben wird. Was ich an Spielhoff kritisiere ist, daß er historische Erscheinungsformen von künstlerischen Einrichtungen (wie eine bestimmte Präsentationsform von Oper), die man in der Tat negativ beurteilen kann, dazu hernimmt, um diesen Einrichtungen selbst die Legitimation abzusprechen. Das Theater insgesamt ist als Kunstform nicht tot; es wird freilich oft im Vollzug affirmativer Kultur tot gemacht; man muß seine dialektische Wirkungsform wieder entdecken und die Institutionen entsprechend ermuntern. Außerdem verkennt Spielhoff, daß »affirmativ« jede Einrichtung sein oder werden kann. »Alternative« Kunst- und Kulturformen zeigen heute

schon solche Verkrustung; sie sind zur »Trödel-Kultur« geworden, die alles kopiert, was nur irgendwie andersartig *aussieht*, ohne daß es dies essentiell ist. »Seelenbadeanstalten« gibt es in allen »Lagern«!

Richtig ist freilich, daß die Verteilung der Mittel ungerecht ist, wenn neue Formen künstlerischer und kreativer Betätigung unterprivilegiert bleiben. Wir sind in Nürnberg auf dem Weg zu einer gewissen Gleichgewichtigkeit; diese ist freilich nicht rasch erreicht. Angesichts des geringen Prozentsatzes, der in den öffentlichen Haushalten für Kultur zur Verfügung steht, kann das Ziel nicht durch Umgruppierung der Mittel erreicht werden; in Solidarität aller »Kulturschaffenden« muß eine Ausweitung des Etats für Soziokultur bewirkt werden.

spw: Der materielle Handlungsspielraum für emanzipatorische Kultur-, Jugend-, Freizeit- oder Sozialarbeit wird in den öffentlichen Haushalten immer geringer. Willy Brandt hat einmal formuliert, daß ein gefährlicher Widerspruch darin besteht, daß die schlichte Beibehaltung der Ausgaben für die kulturelle und soziale Infrastruktur ein zunehmendes Wirtschaftswachstum verlangt, wohingegen die sozialen Folgeschäden solchen Wachstums dynamisch ansteigen. Siehst Du materielle Überlebenschancen für sozialdemokratische, emanzipatorische Kulturpolitik?

Glaser: Ich will nicht sagen, daß der Handlungsspielraum für emanzipatorische Kultur-, Jugend-, Freizeit- oder Sozialarbeit in den öffentlichen Haushalten immer geringer wird; er wird freilich zur Zeit kaum größer. Das ist schlimm genug. Auch die SPD hat noch nicht begriffen, welche gesamtgesellschaftliche Bedeutung Kulturarbeit heute hat. Das hängt teilweise damit zusammen, daß insgesamt die sozialpsychologische Reflexion fehlt, man z.B. nicht die Wechselbeziehungen zwischen Frustration, Frustrationsaggressivität und Sublimierung begreift; daß eine ausgebaute kulturelle Infrastruktur eine wichtige Möglichkeit bietet, die angesichts der Grenzen des Wachstums auf uns zukommende »Vereitelung materieller Zielvorstellungen« (eben kollektive Frustration) aufzufangen und in ein neues »Behagen in der Kultur« zu verwandeln, bleibt unbeachtet. Kultur ermöglicht pfleglichen Umgang mit den »Dingen«; sie hilft die Ehrfurcht vor den »Dingen« wecken; sie fördert das Miteinander der Menschen; sie hilft, Frieden zu stiften. Und so fort. Die von Friedrich Schiller erhobene Forderung nach der »ästhetischen Erziehung des Menschen« ist in einem Zeitalter der Warenästhetik wichtiger denn je; es besteht sonst die Gefahr eines sich in immer neue Konsumbedürfnisse flüchtenden geistig-seelischen Leerlaufs — ohne »Anmut und Würde«. Man müßte der SPD einmal (dann in einem umgangssprachlichen Sprachmuster) eine umfassende Gesellschaftsanalyse liefern, damit man dort mehr begreift, daß Kulturpolitik ein »Lebens-Mittel«, ein »Überlebens-Mittel« zu sein vermag.

spw: In Westberlin entstehen seit längerer Zeit »ökologische Nischen« in Form von selbstverwalteten Kulturzentren, Alternativprojekten usw. Mit der Instandbesetzerbewegung ist besonders deutlich geworden, daß sich diese Projekte nicht mit, sondern gegen sozialliberale Politik gründen und verstehen. Mit der Alternativen Liste ist eine linke Konkurrenz zur SPD in Sachen »Ökologische Nische« in die Rathäuser eingezogen. Wie siehst Du diese Entwicklung, welchen Rat gibst Du der SPD?

Glaubst Du, daß es gegenüber dem CDU-Senat zur Rettung der vorhandenen Ansätze emanzipatorischer Kulturpolitik einer Zusammenarbeit mit den sich selbst organisierenden Projekten und einer parlamentarischen Kooperation mit der AL bedarf?

Glaser: Es ist eine Aufgabe von Kulturpolitik, mit allen zusammenzuarbeiten, die den »Geist wehen lassen, wo er will«, die sich gegenüber »affirmativer Kultur« alternativ verhalten. Für Kultur hat die Parteiung keinen Sinn. Wenn es dennoch eine sozialdemokratische Kulturpolitik gibt, dann vor allem deshalb, weil diese Partei auch aufgrund ihrer Geschichte den Beweis erbracht hat, daß sie im politischen Bereich trotz mancher Anfechtung die Freiheit des Geistes am intensivsten vertritt und verteidigt. Abgesehen davon, daß ich nicht genügend direkten Einblick in die Berliner Situation habe, bin ich in Zweifel, ob die Alternativen jeweils alternativ im »wahren« Wortsinne sind, oder ob sich dort nicht auch das verfestigt, was insgesamt kulturfeindlich ist: nämlich Positionen zu verabsolutieren und damit zu ideologisieren; z.B. ist in der alternativen Bewegung viel zu wenig nachgedacht worden über die faschistoiden Wurzeln von Kulturpessimismus und antizivilisatorischen Strömungen; zu wenig wird auch beachtet, daß die Industriegesellschaft erst den Weg zur Chancengleichheit eröffnet hat — während in der Agrargesellschaft viele auf den Feldern malochen müssen, damit wenige in den Parks lustwandeln können. All diese Einwände ändern selbstverständlich nichts an der Tatsache, daß auch die Alternativen kulturfeindliche Erstarrung aufgebrochen haben; jede Zusammenarbeit mit Bestrebungen, die sich aleatorisch verhalten, ist für Kulturpolitik sinnvoll. Was unter Aleatorik zu verstehen ist, kann u.a. mit einem Wort von G.F. Jonke beschrieben werden (es charakterisiert insgesamt die »Beweglichkeit«, ohne die Kulturarbeit nicht möglich ist): »Man geht meistens viel eher mit der Zeit, indem man gegen die Zeit geht, in letzter Zeit ist es allerdings vielfach üblich geworden, gegen die Zeit zu gehen, so daß das Gegen-die-Zeit-Gehen zum Schluß ein Mit-der-Zeit-Gehen wieder geworden ist, deshalb gehen manche wieder mit der Zeit in des Wortes ursprünglichster Bedeutung, um so wiederum auf ihre ganz eigene Art und Weise gegen die Zeit zu gehen, eigentlich und vor allem, um dadurch wiederum viel eher mit der Zeit gehen zu können.«

Polen: Kooperation oder Konfrontation?

Interviews mit Mieczyslaw Rakowski und Lech Walesa

Die beiden Interviews sind ein Resultat von zwei gemeinsamen Reisen, die Andreas Westphal und Monty Johnstone im Juni und September dieses Jahres nach Polen unternahmen. Monty Johnstone erkundete die Lage in Polen für Marxism Today, die theoretische Monatszeitschrift der KP Großbritanniens, Andreas Westphal für *spw*. Die Veröffentlichung der Interviews in *spw* basiert auf der englischen Fassung, die von Andreas Westphal und Christiane Rix-Mackenthun ins Deutsche übersetzt wurde.

Obwohl die Interviews bereits im September geführt wurden und die Konfrontation in Polen sich in vielerlei Hinsicht weiter zugespitzt hat, halten wir sie unbedingt noch für interessant, da in ihnen grundsätzliche Herangehensweisen an den Demokratisierungsprozeß und die Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Solidarnosc deutlich werden. Die Aussagen zu Möglichkeit und Notwendigkeit eines politischen Pluralismus erhalten jetzt, nachdem auf dem zweiten Teil des Solidarnosc-Kongresses das Eintreten für freie Wahlen beschlossen worden ist, einen neuen Stellenwert. Insbesondere die klare Aussage Rakowskis, eine Oppositionspartei, wie sie etwa eine pluralistisch orientierte Arbeiterpartei darstellen würde, sei illegal und man werde sie in einer Konfrontation besiegen, läßt einiges der Härte der kommenden Auseinandersetzungen erahnen, wenn sich in Partei und Solidarnosc nicht die Kräfte durchsetzen, die an einer konsensuellen Lösung der Probleme Polens arbeiten wollen.

Die Redaktion

Interview mit Mieczyslaw Rakowski

spw: Darf ich mit der Frage beginnen, inwieweit Sie den Eindruck haben, daß der vor kurzem abgehaltene Kongreß der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei einen positiven Beitrag geliefert hat, um mit der gegenwärtigen polnischen Krise fertig zu werden? Glauben Sie, daß die Partei seit dem Kongreß ihre Unfähigkeit überwunden hat, ausreichend mutige und tiefgehende Reformen zu initiieren, was Sie selbst dort kritisiert haben?

Rakowski: Man muß die Bedingungen der Krise im Kopf behalten, unter denen der Kongreß einberufen wurde. Darüber hinaus war die Partei immer noch dabei, die Bilanz ihrer Vergangenheit aufzustellen. Dies hatte Einfluß auf den Ablauf des Kongresses selbst. In der Praxis bedeutete das, daß die programmatischen Reden für die Delegierten von geringerer Bedeutung waren. Somit veranlaßte meine Rede, obwohl sie viel Beifall erhielt und als wichtig angesehen wurde, die Delegierten nicht, eine Diskussion über diese Probleme zu beginnen. Sie konzentrierten sich nicht sehr darauf, was vor uns liegt, und zwar nicht nur im Sinne der Überwindung der Krise, sondern im Hinblick auf die Berücksichtigung demokratischer Veränderungen in der Struktur des polnischen Staates in den 80er Jahren. Der Kongreß gab jedoch einer Reihe von Parteimitgliedern ihren Glauben und ihr Selbstvertrauen zurück und machte sie glaubwürdiger in den Augen der allgemeinen Öffentlichkeit. Die Gestaltung der Zukunft im Sinne des Programms wird weiterhin das erste Problem für die Partei heute und morgen sein. Es gibt das abschließende Dokument — sehr wichtig und sehr interessant —; man könnte es Programm nennen. Dies ist aber nur der Anfang. Die führenden Komitees der Partei auf vielen Ebenen sind sozusagen durch neue Leute bevölkert, die noch zu lernen haben, wie man führt. Sie haben ihre Positionen als ein Resultat der Kritik am früheren Establishment verdient. Nun erfahren sie selbst die Kritik derjenigen Leute, die sie in diese Positionen gehoben haben. Das ist in seinem Kern eine der Garantien für die Wiederherstellung der politischen Stärke der Partei. Die Mehrheit des Zentralkomitees ist aus Arbeitern und Bauern zusammengesetzt, und die sind

nicht dabei, politische Karrieren zu machen im Sinne der Erlangung neuer Positionen. Ein Eisenbahner z.B., der zum Zentralkomitee gehört, wird in vier Jahren fortfahren, Eisenbahner zu sein. Er ist nicht auf einem Weg, der vormals zur Entstehung einer herrschenden Elite geführt hat, die den Kontakt mit der breiten Masse verloren hat, weil sie hochnäsig mit der breiten Masse umgeht. Wenn er vom Zentralkomitee zurückkommt, muß er sich seinen Kollegen verständlich machen.

spw: Das ist offensichtlich eine sehr positive Entwicklung. Aber ähnliche positive Entwicklungen haben auch nach dem Polnischen Oktober von 1956 wie nach dem Dezember 1970 stattgefunden. Sehen Sie die Lage heute unterschiedlich in dem Sinne, daß sie Gewähr bietet, daß dies nicht etwas ist, was sich für eine Periode entwickelt und dann zurückrutscht zu solch einer herrschenden Elite ohne Berührung mit den arbeitenden Menschen, wie es unter Gomulka nach 1956 und unter Gierek nach 1970 geschah?

Rakowski: Zuallererst haben die Entwicklungen 1956 in einer völlig unterschiedlichen politischen, sozialen und ökonomischen Situation stattgefunden. Erinnern Sie sich bitte, daß es nur elf Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges war. Zweieinhalb Jahrzehnte Volkspolen wurden durch die Zwischenkriegsgeneration geformt. Noch 1970 waren die Veränderungen das Werk dieser Generation. Sogar nach jenen großen Entwicklungen an der baltischen Küste 1970 war es für sie leicht, in die alten Methoden zurückzufallen, weil sie durch die alten Strukturen und Konzepte der Macht geformt waren. Sie hatten nur die Erfahrung des bis dahin bekannten realen Sozialismus zu ihrer Verfügung.

Im Jahre 1981 ist die Situation völlig anders, weil die durch die polnische Zwischenkriegs- und Kriegsgeneration begründete Epoche vorbei ist. Auf der politischen Bühne ist eine neue politische Generation erschienen, die frei von Ängsten ist, von denen meine Generation geprägt war. Eine davon befreite Generation macht jetzt eine Bewertung der Entwicklungen in Polen seit 1945. Das ist eine jener großen Garantien, damit der Prozeß der Erneuerung dieses Mal nicht in eine Sackgasse abgeleitet wird. Die jetzige Generation hat eine völlig andere Vorstellung davon, was Demokratie ist, und wie man sich an der Führung des Landes beteiligen sollte. Der aufgeklärte Teil der Partei weiß ungeachtet des Alters, daß man diesmal nicht aufhören und sich mit kosmetischen Veränderungen zufrieden geben kann. An der Wende zwischen den 70er und 80er Jahren haben sich die alten Strukturen überlebt, und jeder weiß das. Das ist eine andere Garantie. Wenn wir keine tiefgreifenden strukturellen Veränderungen durchführen, wird es eine große Katastrophe für den Sozialismus in Polen geben.

In einem Buch, das ich in den 70er Jahren schrieb, das aber erst jetzt erscheinen konnte, stellte ich fest, daß der polnische Sozialismus kluge, gut überdachte und konsequent durchgeführte Reformen benötigt. Die ökonomische Situation des Landes erforderte, daß sie von oben initiiert werden sollten. Ich verlangte eine kontrollierte evolutionäre Entwicklung, in welcher jeder Schritt vorsichtig abgewägt werden würde. Hierin hatte ich Unrecht. Gierek, der selbst zur Zwischenkriegsgeneration gehörte, war nicht in der Lage, die Notwendigkeit für solche Reformen einzusehen. Deswegen kamen die Reformen nicht von der Spitze, sondern von der Basis. Als eine Folge gibt es natürlich bessere Garantien dafür, daß sie ausgeführt werden, aber auch eine politische Situation, die voll von Gefahren ist, die wir als tiefe Krise beschreiben.

spw: Was konkret sehen sie als den Hauptpunkt der tiefgreifenden strukturellen Veränderungen an, die Sie für das politische System anstreben?

Rakowski: Zuallererst die Art und Weise, in der Macht ausgeübt wird. Das System in welchem nur eine Partei regiert, ist zusammengebrochen. Jetzt ist das prinzipielle strategische Ziel in Polen, wie ich es sehe, ein politisches System zu schaffen, in welchem die Repräsentanten einzelner sozialer Gruppen und Klassen tief überzeugt sind, wirklich an der Ausübung der Macht beteiligt zu sein. Polen ist in einer glücklichen Lage, weil es ein Mehrparteiensystem hat. Die Bauernpartei z.B. ist und bleibt eine sehr starke Partei. Da gibt es die Demokratische Partei, die stark sein könnte. Beide Parteien haben eine mächtige und sehr breite Tradition in Polen. Der Hauptpunkt ist, eine Partnerschaft oder Koalitionsvereinbarung auf der Basis dieser Parteien zu schaffen sowie mit den Laiengruppierungen der Katholiken. Ich habe die Formel einer Partnerschaft auch mit den Gewerkschaften gebraucht, aber Solidarnosc ist bisher nicht sehr entgegenkommend gewesen. Im Lichte der Erfahrung, die ich über verschiedene Monate hinweg gewonnen habe, komme ich zu dem Schluß, daß wir uns selbst mehr auf diese politischen Parteien denn auf die Gewerkschaften stützen sollten. Ich darf sagen, daß ich hierüber zum ersten Mal öffentlich spreche. Was die Parteien betrifft, sind sie bereit. Für viele Jahre sind sie unsere Verbündeten gewesen, obwohl ich zugeben muß, daß wir sie sehr oft nicht als gleiche Partner behandelt haben. Aber die objektiven Bedingungen für die Schaffung einer Situation, in welcher sie wirkliche Partner sein würden, existieren durchaus. Dies wird natürlich nicht leicht sein, da die führende Partei, die Partei, welche in der Tat in 35 Jahren allein regierte, sich für sich selbst einen psychologischen Hintergrund geschaffen hat, in welchem sie sich als die einzige Kraft wohl fühlt. Die politische und soziale Situation hat sich jedoch so sehr verändert, daß die Kommunisten einfach nicht mehr allein regieren können. Nebenbei sollten sie es auch nicht, weil aus meiner Sicht in einem Einparteiensystem weder ein Engel noch ein Erzengel davor geschützt ist, als Folge des Herrschens eingebildet zu werden und damit den ersten Schritt zu tun, der zur Krise führt. Wenn es also auch nur zum Zwecke der Selbstkontrolle wäre, eine Übereinkunft ist notwendig, unter welcher die Kommunisten die Meinungen der Anderen in Rechnung zu stellen haben, denn wir leben nicht in einer Welt, in der jeder Kommunist ist. Wir müssen eine Ordnung errichten, in der weder politische Parteien noch soziale Gruppen den Eindruck haben, von uns an die Hand genommen zu werden.

spw: Wie paßt das zu der Konzeption der führenden Rolle der Partei und besonders zu Strukturen wie der Nomenklatura[1], die in Zusammenhang gebracht werden mit rigiden Formen von Parteiherrschaft?

Rakowski: Das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer anderen Sicht von der führenden Rolle der Partei ist schon tief verwurzelt in den Auffassungen der führenden Gruppe der Partei. Aber wie soll man es wenden? Die konkrete Antwort ist noch nicht da. Es ist jedoch eine Frage der Praxis, und hierin eingebunden ist die Frage der Nomenklatura. Natürlich möchte die herrschende Partei ihre Rechte aufrechterhalten, über den prinzipiellen Nerv des politischen und sozialen Lebens zu bestimmen. Man sollte sich aber darüber einigen können, was der prinzipielle Nerv ist und was nicht.

Sicher ist es notwendig, die Nomenklatura abzuändern, die jetzt einen so schlechten Ruf hat. Soll ich die Nummern der Posten, bei denen ich das Sagen habe, vergrößern, oder sollte ich sie verkleinern? Das ist verbunden mit dem Vertrauen, das ich in Leute habe und es schließt ein, eine Art des Denkens aufzugeben, daß nur ich in der Lage sei, die Interessen des Sozialismus zu gewährleisten. Vielleicht würden andere Leute dies auch gerne machen, auch wenn sie in die Kirche gehen und beten. Wir brauchen Zeit, um den Be-

griff der führenden Rolle der Partei umzubauen. Das Drama, das Dilemma der polnischen Kommunisten besteht in der Tatsache, daß die Geschichte uns nicht mit ausreichender Zeit ausgestattet hat. Wir haben die Zeit nicht erhalten, weil die Gesellschaft die Veränderung jetzt verlangt. Das ganze Volk will, daß jene Strukturen, die in unserem Geiste noch kaum entworfen sind, schon funktionieren. Und das ist einer der Gründe für die anhaltende Krise in Polen.

spw: Als ich zuletzt im Juni hier war, las ich in der Warschauer Wochenzeitung Kulisy eine Meinungsumfrage, welche den Mangel an Vertrauen in die Partei zeigte. 32% der Bevölkerung brachten Vertrauen zum Ausdruck, 60% Mangel an Vertrauen, mit 8% Unentschiedenen. Zwei Fragen entstehen hieraus: Erstens, sehen Sie, daß diese Lage sich verändert zugunsten eines größeren Vertrauens in die Partei? Aber als Zweites die Frage, die ich gehört habe von verschiedenen Kritikern und besonders von Solidarnosc: Wenn die Partei nur die Unterstützung einer Minderheit der Bevölkerung hat, welches Recht hat sie dann, eine privilegierte Position bei der Beherrschung des Staates, der Beherrschung der Medien usw. einzunehmen?

Rakowski: Zum ersten Teil der Frage: In meiner Beurteilung begann nach dem Kongreß sich die Situation in dieser Frage zu verändern. Aber im wesentlichen kann man noch nicht von einem Durchbruch sprechen, der in der Einstellung der Gesellschaft zur Partei stattgefunden hat. Um es anders auszudrücken, die Partei hat noch einen lange andauernden Kampf vor sich, um das Vertrauen jedes Polen zurückzugewinnen. Aber es sollte hinzugefügt werden, daß ein wirklicher Wechsel stattgefunden hat. In den Vorstellungen der Menschen werden Autorität und Macht sehr häufig gleichgesetzt mit der Regierung. Autorität oder Herrschende sind der Regierung gleich, als ob die Leute vergessen würden, daß wir auch Mitglieder der Partei sind. Bis zum August letzten Jahres jedoch bedeutete die Autorität zwei Gebäude. Das eine war das Gebäude des Provinzkomitees der Partei, und das andere das Zentralkomitee in Warschau. Jetzt ist es anders, und wenn in jener Umfrage die Frage gestellt worden wäre, 'Wie ist Ihr Verhältnis zur Autorität?', nicht zur Partei, das Ergebnis wäre anders, und es wäre günstiger. In dieser Umfrage, wenn ich mich erinnere, rangierte die Armee an dritter Stelle, und was ist die Armee, ist sie nicht genauso gut eine Autorität? Soweit also hier die Einstellung zur Autorität betroffen ist, sind Veränderungen im Gange und, wie ich sie verstehe, vorteilhafte. Dies sind interessante soziale Prozesse. Auf der einen Seite sind die Menschen äußerst unzufrieden mit der ökonomischen Situation, und sie haben sich an den Gedanken gewöhnt, daß die Autorität für alles verantwortlich ist. Das ist die eine Seite der Sache. Und die zweite Seite ist, daß die Menschen in Polen so sehr ermüdet sind, so sehr erschöpft von den Streiks, Demonstrationen, daß sie sich immer regelmäßiger an uns wenden mit einem Groll auf der Grundlage einer Sehnsucht nach Ordnung. So erfahren die Stimmungen der Gesellschaft und die Meinungen der Gesellschaft Veränderungen. Dies ist ein Teil des Phänomens der Erneuerung oder der Schaffung von neuen Strukturen. Das Leben hat eine Situation geschaffen — Gott sei Dank, wenn ich das als Marxist so sagen darf — in welcher der Partei eine politische Rolle zukommt. Die Regierung in unserem Land war bis zum August letzten Jahres im wesentlichen ein formaler Verwaltungsapparat. Gewöhnlich führte sie die Entscheidungen aus, die im Gebäude des Zentralkomitees getroffen wurden. Und die Entscheidungen dort wurden nicht von den Spitzenleuten getroffen, sondern von Beamten, die in der Tat wirklich kein Mandat zum Regieren hatten. Jetzt hat die Regierung, angeführt von General Jaruzelski, solange sie tatsächlich regiert, ein Team von Leuten zu sein, die poli-

tisch denken und die unabhängig denken. Meine Funktion ist eine neue Funktion in der Regierung. Ich bin, was beschrieben wurde, als der politische stellvertretende Ministerpräsident, der beschäftigt ist mit der ganzen Sphäre des politischen Überbaus.

Allgemein glaube ich, daß, abgesehen von den Gefahren, die existieren, über die wir vielleicht ein bißchen sprechen werden, die Situation in Polen faszinierend ist für jeden, der an den Sozialismus nicht herangeht als an eine Formation, die ein für alle Mal bestimmt und beschrieben worden ist. Und ich bedaure, daß ich 55 Jahre alt bin, weil ich glaube, daß ein ganzes Jahrzehnt in Polen für die Umwandlung des politischen und ökonomischen Systems benötigt werden wird, vorausgesetzt, daß politische Kräfte nicht an Boden gewinnen, die begierig darauf sind, alles zu zerstören.

Nun komme ich zum zweiten Teil der Frage — mit welchen Recht ist die Autorität, die eine so geringe Unterstützung hat, die führende Kraft? War das nicht die Frage?

spw: Ja, das ist der Punkt, den ich von verschiedenen Seiten gehört habe, und ich wäre daran interessiert, zu wissen, wie Sie es beantworten.

Rakowski: Solch eine Frage entsteht aus der gegenwärtigen Unzufriedenheit mit der Politik der Partei — der Politik, die zu solch einer Krise geführt hat. Sehr oft ist sie nicht das Resultat eines tiefen Nachdenkens. Diese Unfreundlichkeit gegenüber der Partei ist einfach ein Ergebnis der schwierigen Lebensumstände, die die Partei als ein Ergebnis ihrer Politik geschaffen hat. Es ist nicht das Infragestellen der Partei als solcher, oder des Konzepts des Systems, das durch die Partei vertreten wird. Und deswegen bin ich der Meinung, daß diese Kritik nicht gleichgesetzt werden kann mit der Kritik der programmatischen Ziele der Partei.

Ich will versuchen den Punkt auszuführen anhand des Beispiels der Einstellungen Gierek gegenüber. Im Dezember 1970 übernahm Gierek die Leitung als erster Sekretär der Partei. Er wurde sehr positiv aufgenommen. Sein Programm war ein sehr vernünftiges Programm. Sogar noch in den späten 70er Jahren, als es den Leuten anfing, schlechter zu gehen, war er weiterhin ein Gott. Die Explosion der Unfreundlichkeit im August 1980 — ich würde sogar sagen Haß — war ein Ergebnis davon, daß man böse war mit Gierek, in Gegensatz zu ihm geriet, da er das Vertrauen der Menschen mißbraucht, sie sozusagen in die Wildnis geführt und sie getäuscht hatte. In Polen hat die Partei das Volk enttäuscht, die Partei, nicht der Sozialismus. Darum glaube ich persönlich, daß die Partei sich selbst verändern muß, so daß das Vertrauen wiedergewonnen wird. Und das kann gemacht werden.

Aber warum sind wir weiterhin so entschlossen, so hartnäckig, darauf zu bestehen, daß wir die führende Rolle im politischen Leben des Landes spielen? Weil wir überzeugt sind — und wir glauben, daß in dieser Frage viele Polen dieselbe Auffassung übernehmen —, daß es keine Alternative zum Sozialismus gibt, und soweit hat das Leben bewiesen, daß der Sozialismus nicht von einer bourgeoisen Partei gebaut werden kann. Das ist unmöglich. Ich glaube, daß alles davon abhängt, wie meine Partei über die nächsten Monate und Jahre hinweg ihre untergeordnete und dienstbare Position in Bezug auf die Gesellschaft verstehen und berücksichtigen wird. Es gibt keinen Zweifel, daß bis zum letzten August die Partei und ihre praktischen Aktivitäten von der schrecklichen Krankheit des Eingebildetseins befallen waren. Arroganz hat den Niedergang unserer Partei bestärkt. Worauf es jetzt ankommt, ist, das Volk als Ganzes davon zu überzeugen, daß wir nicht eingebildet sind.

spw: Bezüglich des Verhältnisses von Partei und Gesellschaft habe ich folgende Frage oft gehört: Wird die Partei in der Lage sein, eine Kontrolle des Volkes in Form von Wahlen zuzulassen, die sich unterscheiden werden von den Wahlen zuvor und wo die Menschen zwischen verschiedenen Parteien wählen können?

Rakowski: Das ist eine sehr wichtige Frage. Jetzt blicken wir ohne Zweifel der Situation ins Gesicht, wenn die Emotionen die Oberhand gewinnen über die öffentliche Meinung. Emotionen werden heute von bestimmten Individuen geschaffen, vom radikalen Flügel von Solidarnosc. Ein Flügel, der jetzt sehr aktiv ist. Der Flügel, der engagiert ist in einer wütenden anti-kommunistischen Kampagne. Dieses Aufpeitschen von Emotionen ist sehr einfach zustande zu bringen, besonders in der gegenwärtigen ökonomischen Situation, wenn die Leute extrem unzufrieden sind. Das heißt jetzt in Polen, wenn wir eine Wahl zum Sejm (Parlament) hätten, würde eine anti-kommunistische Front die Oberhand gewinnen. Deswegen glaube ich persönlich, daß Wahlen nur in einer Situation stattfinden können, wo eine gewisse politische Abkühlung stattgefunden hat.

spw: Und würden Sie spezifisch eine Veränderung im Wahlsystem ins Auge fassen?

Rakowski: Gewiß haben wir das Wahlsystem zu verändern. Wir sind dabei zu verändern, wir verändern eine Menge. Eine Menge von Gewohnheiten, Formen des Regierens, wir nehmen das in Angriff, es liegt noch vor uns. Das ist es, was unter der Überschrift 'Modernisierung der Strukturen' läuft, welche sich auf die politische und die ökonomische Sphäre bezieht. Darin einbegriffen ist auch das Wahlsystem, aber verstehen Sie mich richtig, es braucht alles Zeit.

spw: Die Position von Solidarnosc steht offensichtlich im Gegensatz zu dieser ganzen Perspektive. Inwieweit würden Sie die Stellungnahme akzeptieren, die Lech Walesa im Fernsehen abgegeben hat, daß Solidarnosc der Gesellschaft dienen und nicht die Macht übernehmen will?

Rakowski: Ich glaube Walesa in dieser Angelegenheit nicht. Ich würde sagen, ich weiß recht gut, was das Denken der Führer von Solidarnosc ist, und wie es sich zu dem verhält, was sie schreiben. Es gibt in Solidarnosc eine sehr starke Tendenz, die eine Machtübernahme anstrebt, darüber gibt es für mich wirklich keinen Zweifel. Das ist eine Tendenz, die während der letzten Monate aufgekommen ist — ungefähr um März, April herum. Anfangs wollten sie wirklich nur eine Gewerkschaft sein, nicht mehr. Aber der Motor, den sie in Bewegung gesetzt hatten, führte sie auf eine Spur, auf der sie heute noch sind. Walesa sagte in einem früheren Interview, daß die Gewerkschaft, Solidarnosc, jetzt an einem Scheideweg ist und zu wählen hat, entweder das Gewerkschaftskonzept oder das politische Konzept. In der Tat gibt es zahlreiche Leute in der Führungsgruppe von Solidarnosc, die wirklich nicht an Gewerkschaftsaktivitäten interessiert sind, sie sind an politischen Aktivitäten interessiert, und deswegen ist es extrem schwierig, eine Partnerschaftsvereinbarung mit ihnen zu treffen. Vielleicht ist es im Hinblick auf die überzogenen politischen Ambitionen von einigen von ihnen unerreichbar. Was Walesa gestern sagte, pflegt er fast jeden Tag zu wiederholen. Allgemein würde ich sagen, daß das Team der Führer aus politisch sehr unerfahrenen Leuten zusammengesetzt ist. Es ist so schwierig, zu einer gemeinsamen Sprache mit ihnen zu gelangen, weil sie zuerst die Behörden als etwas Hassenswertes behandeln, kommunistische Behörden natürlich, und in diesem Moment streben sie selber an, die Dinge in Polen nach ihrem eigenen Gutdünken zu regeln. Während des berühmten Treffens, das mit dem Zusammenbruch der Gespräche zwischen uns endete[2],

protestierte Walesa gegen die Kritik in den Massenmedien an ihrer Idee der Selbstverwaltung. Einer meiner Berater, ein sehr intelligenter Junge, sagte zu ihm: 'Sehr geehrter Herr, wie sollte es gemacht werden, sollte es die Zensur sein, die solche Kritik verbannt?' Walesa entgegnete: 'Ja'. Da sie also selbst so wenig kompromißbereit wären, wenn sie an die Herrschaft kommen würden, würden sie so ein totalitäres System schaffen, daß nicht nur die Kommunisten keinen Platz mehr im sozialen System hätten. Ich bin überzeugt davon. Wir stehen einem äußerst wichtigen theoretischen und praktischen Problem gegenüber: wie kann man in ein sozialistisches System eine unabhängige Kraft einpassen, die sich ihrer Grenzen bewußt sein wird? Die gegenwärtigen Führer von Solidarnosc sind sich dieser Grenzen nicht bewußt. Und wir sind selbst recht oft nicht in der Lage, sie zu streng zu definieren, weil das ganze Konzept eines Systems, das auf der Existenz solcher unabhängiger Gewerkschaften beruht, uns alle unerwartet getroffen hat, einschließlich der Aktivisten von Solidarnosc, die zwar nicht offen irgendwelche politischen Ambitionen haben, die aber dennoch begierig darauf wären, die Behörden zu beherrschen; die Regierung zu beherrschen. Für uns brauchen wir meiner Meinung nach keine westliche Bewunderung, keine Bewunderung von westlichen kommunistischen Parteien. Was wir benötigen, ist deren Verständnis dafür, daß dies eine vollständig neuartige Situation ist, und daß wir in dieser Situation auch dazu neigen, Fehler zu machen. Nicht, weil wir zur Vergangenheit zurückzugehen wünschen, sondern weil diese Konzeption der Rolle der Gewerkschaften ein Sprung ins Unbekannte ist. Es gibt keinen Zauberer oder weisen Mann, der die Frage beantworten könnte, wie die neue Ordnung funktionieren sollte.

spw: Was ist mit den konkreten Absichten, die Solidarnosc hegt bezüglich der Kooperation mit der Regierung über die ökonomische Reform und die Tatsache, daß sie z.B. die Bergarbeiter antreiben, an acht freien Samstagen zu arbeiten? Ist das nicht positiv?

Rakowski: Ja, das ist positiv. Aber meines Erachtens ist es eine taktische Position. Walesa ist sich darüber bewußt, daß Solidarnosc in den Augen der Öffentlichkeit verloren hat, weil sie ausschließlich ein 'Nein'-Programm angenommen hat. In den letzten 12 Monaten akzeptierte Solidarnosc nicht bei einer einzigen Gelegenheit die positiven Vorschläge oder Maßnahmen der Regierung. Solidarnosc ist jetzt gezwungen, die Taktik zu ändern. Daher kommt ihr Appell für die Arbeit an acht freien Samstagen. Wir begrüßen das natürlich als eine positive Wende der Ereignisse, aber wir werden sehen, was die Ergebnisse sind. Im Kohlebergbau z.B. war die Kohleförderung nach ihrem Appell, an Samstagen zu arbeiten, geringer als da, wo wir den Bergarbeitern Extrabezahlung für Arbeit an freien Samstagen angeboten hatten — jene zusätzlichen Bezahlungen, die wir wegen des Drucks von Solidarnosc zurücknehmen mußten. Man sollte sich daran erinnern, daß es in Solidarnosc auch eine ganze Menge Demagogie gibt. Ich erzählte ihnen, daß sie ganz wie der Vater sind. Sie haben Intoleranz und Sprücheklopfen von uns gelernt. Sie bleiben sogar dabei, im Namen der ganzen Nation zu sprechen. Ich habe vor einer ganzen Weile aufgehört, das zu tun.

spw: Aber wenn Ihre Einschätzung von Solidarnosc so negativ ist, wie Sie angedeutet haben, was sind die Aussichten für die Partnerschaft, die Sie so sehr unterstützen?

Rakowski: Das ist die Frage, von der alles abhängt. Es scheint, als ob es hier verschiedene Möglichkeiten gibt. Zuerst, daß die gemäßigten Elemente in Solidarnosc die Oberhand gewinnen, das ist die erste Möglichkeit, und jene Elemente mögen die Partnerschaftsvereinbarung akzeptieren, welche Kritik nicht ausschließt, sogar Spannungen nicht

ausschließt, aber gemeinsame Verantwortung für das Land einschließt. Dies ist eine Möglichkeit. Zweite Möglichkeit, der Kampf wird weitergehen, wie es jetzt ist, zwischen dem radikalen und dem gemäßigten Flügel. Das Ergebnis dieses Kampfes wird das Verschwinden radikaler Elemente aus Solidarnosc sein, weil man im Allgemeinen an extremen Positionen für vergleichsweise kurze Perioden hängt — nur während Revolutionen, während bedeutenderer Veränderungen. So könnte es geschehen, daß der radikale Flügel von Solidarnosc Solidarnosc verlassen und sich in eine provokative politische Gruppierung umwandeln wird. Sie könnte dazu übergehen, eine politische Partei zu gründen, eine politische Oppositionspartei, und dann wird ein Zusammenstoß, eine Kollision zwischen uns und den Organisatoren einer solchen Opposition entstehen.

spw: Eine Polnische Labour Party, wofür Jerzy Milewski[3] aus Gdansk eintritt?

Rakowski: Ja.

spw: Solch eine Partei würde nicht legal sein?

Rakowski: Das ist richtig. Das Resultat einer solchen Kollision ist klar. Es ist wohl bekannt, wer der Sieger sein würde. Aber in jedem Fall ist es mein Verständnis, daß die Radikalen sich nicht der Unterstützung der Mehrheit der Mitglieder von Solidarnosc erfreuen können. Hier erhalte ich täglich 30 bis 50 Briefe, die an mich addressiert sind. Jetzt schreiben mir zum ersten Mal seit dem letzten August Leute, die meinen Standpunkt unterstützen. Sie unterschreiben selbst und fügen hinzu 'Mitglied von Solidarnosc'. Und ich habe angefangen, Kopien von Briefen zu erhalten, die an Walesa addressiert waren, und die Führung von Solidarnosc des Abenteurertums beschuldigen. Diese Erscheinungen berechtigen einen natürlich nicht zu verallgemeinern, aber man kann sie nicht außer Acht lassen, da sie etwas Neues sind. Die Geduld des Volkes wird nicht nur durch die ökonomische Situation auf die Probe gestellt, sondern auch durch Solidarnosc. Und Solidarnosc' Führer haben das nicht gemerkt. Daß es eine sehr dünne Linie gibt, die leicht überschritten werden kann, und sie haben sie überschritten. Und darin besteht ihr Irrtum. Noch dazu sind die Polen von Gefühlen geleitet, so ist es von der Bewunderung zur Verurteilung nur ein Schritt.

spw: Glauben Sie, daß die Katholische Kirche, besonders die Katholische Priesterschaft, einen mäßigenden Einfluß auf Solidarnosc ausübt und eine allgemein positive Rolle spielt?

Rakowski: Das ist richtig. Die Kirche spielt eine mäßigende Rolle, aber laßt uns keine Illusionen haben. Der größte Gewinner an den Veränderungen, die in Polen stattfinden, ist die Kirche. Niemand anderes, nicht Solidarnosc. Die Kirche als ein Ergebnis solcher Veränderungen ist ein extrem wichtiger Faktor in der polnischen Politik geworden. Der neue Primas, Glemp, hat politische Ansichten, die keinen Zweifel darüber lassen, daß er die Kirche gerne als dritte politische Kraft sehen würde. Ein sehr großer Anteil des katholischen Klerus in Polen ist jedoch mit patriotischen Gefühlen durchsetzt. Sie sind keine Gegner des sozialistischen Systems. Es handelt sich um solche, die Johannes Paul II. in seiner Suche nach einem angemessenen Platz für die katholische Kirche in der sozialistischen Gesellschaft unterstützen. Sie sind nicht nur schwarze Soutanen, die man bekämpfen sollte. Man mag mit ihnen im Sinne der Weltanschauung, der Philosophie einen Dissenz haben, aber nicht vom Standpunkt des nationalen Interesses. Auch nicht vom Standpunkt des Interesses des Sozialismus. Jede hochmütige und verachtungsvolle Einstellung

ihnen gegenüber wäre die Bezeugung politischer Dummheit oder gerade deswegen von einfacher menschlicher Dummheit.

spw: Leszek Kolakowski[4], der Ihnen so gut bekannt ist wie uns, hat geschrieben: 'Marxismus ist kein Thema mehr in Polen. Die Leute diskutieren ihn kaum; er ist eine tote Sache ... Die Ideologie gibt es jetzt nur, um das Machtmonopol zu legitimieren.' Ich frage mich, ob Sie dieses Statement von Kolakowski gerne kommentieren und etwas breiter auf den Zustand des Marxismus in Polen und die Pespektiven seiner Entwicklung eingehen würden?

Rakowski: Meine Meinung von Leszek Kolakowski ist, daß er auf die andere Seite der Barrikade übergewechselt ist. Ich bedaure das sehr, da ich mit ihm an derselben Fakultät und am selben Institut studiert habe. — Soweit wie Leszek's Einschätzung geht, stimme ich mit ihm nicht überein. Es ist nicht wahr, daß der Marxismus in Polen tot ist. Ein gewisser Typ des Marxismus ist tot, richtig. Es ist absurd zu denken, daß hundert Jahre polnischen marxistischen Denkens plötzlich unterbrochen werden. Ein schematischer Marxismus ist tot, so, wie es die Begriffe sind, die aus ihm hervorgegangen sind. Aber der Marxismus als eine Ideologie, als eine Strömung von philosophischen Ideen und historischen und ökonomischen Ansichten ist wirklich nicht tot. Und in Polen werden neue Wahrheiten, neue Anhänger des Marxismus zwangsläufig auftauchen. Die Marxisten in Polen sind zum gegenwärtigen Moment in der Defensive, das ist wahr. Aber das sehe ich nicht als das Hauptunglück, wirklich nicht. Das ist einfach eine Phase, ein Stadium, das unter den Bedingungen des großen Erdbebens, das sich in Polen ideologisch abspielt, nicht vermieden werden konnte.

Aber die Zukunft des Marxismus in Polen zeichnet sich recht klar ab. Es wird ein militanter Marxismus sein müssen, und das ist es, was er sein sollte. Kein Hofmarxismus. Es war gewöhnlich so, und es ist gut, daß er ins Stolpern gekommen ist, weil er die Dinge nicht mehr vorangebracht hat. Er beschränkte sich selbst darauf, Heiligtümer zu errichten, und der Marxismus bedarf solcher Dinge nicht. Noch ist die Zukunft des polnischen Sozialismus eine vielversprechende, weil es nur in einem Prozeß des Kampfes geschieht, daß etwas Gutes geschaffen werden kann.

Anmerkungen

1 Das System, unter welchem eine große Reihe von Posten in Staat und Gesellschaft nur durch Personen besetzt werden kann, die durch die Partei gebilligt worden sind.
2 Dies bezieht sich auf den Zusammenbruch der Gespräche zwischen der Regierung und Solidarnosc Anfang August über Solidarnosc' Zugang zu den Massenmedien.
3 Wissenschaftler, der Solidarnosc berät; Autor des Entwurfs der Statuten einer Polnischen Laour Party, für deren Errichtung er öffentlich Unterstützung zu gewinnen versucht.
4 Ehemaliger Philosophieprofessor in Warschau. Seit 1970 in All Souls College Oxford. Autor von Werken über Marxismus und Philosophie.

Interview mit Lech Walesa

spw: Vor zwei Tagen verbrachte ich zweieinhalb Stunden mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski, und er gab heftige Urteile über Solidarnosc ab. Nun sind wir darauf gespannt, Ihre Seite der Geschichte zu hören.

Walesa: Was sagte er? Was sagte er?

spw: Er glaubt Ihnen nicht, wenn Sie sagen, daß sie nicht die Macht übernehmen wollen. Er hält das für eine taktische Position, die Sie einnehmen, um damit längerfristige Ziele zu verdecken. Möchten Sie das kommentieren?

Walesa: Wir streben nicht die Übernahme der Macht an, es sei denn, daß er meint, daß wir eine Macht sehen wollen, die uns befriedigt. Wir wollen nicht direkt die Macht übernehmen, aber wir wollen, daß die Behörden der Gesellschaft dienen. Und wenn Rakowski mit der Machtübernahme diese Art der Macht meint, okay, ich stimme zu. Aber wir wollen die Macht nicht personell übernehmen. Wenn die Macht und die Behörden der Nation untergeordnet werden, wäre das in der Tat eine Art der Machtübernahme, da die Macht den Interessen der Nation dienen würde. Vorher waren die Behörden unkontrolliert, aber jetzt sind sie in einer veränderten Lage.

spw: Ist Solidarnosc auf längere Sicht damit zufrieden, die Macht in den Händen der Partei zu belassen?

Walesa: Solidarnosc ist nicht überall in Polen organisiert. Es gibt keine Solidarnosc in der Armee oder in der Polizei z.B. Es muß jemand geben, der das Land als Ganzes steuern wird. So erkennen wir die führende Rolle der Partei im Staat, aber nicht in der Gewerkschaft an. Unsere große Gewerkschaft ist selbstverwaltet und unabhängig und wird nicht irgendwelchen Bündnissen beitreten. Natürlich wird die Gewerkschaft einige Korrekturen in der Politik, in unserem Land einführen, aber sie wird nicht egoistisch und blind sein. Sie wird andere Kräfte berücksichtigen. Es kann nicht zwei Staaten in einem geben — darüber gibt es Übereinstimmung zwischen uns. Aber wir werden immer sagen, was wir wollen in Bezug auf eine bessere Wirtschaft, besseren Lebensstandard und Meinungsfreiheit.

spw: Ja, aber glauben Sie nicht, daß Ihre Konzeptionen der betrieblichen und lokalen Selbstverwaltung[1] zu einer Situation führen werden, in welcher eine Art duale Machtstruktur auftritt?

Walesa: Selbst jetzt haben die Unternehmen auf sich gestellt gearbeitet, aber schlecht natürlich, so daß wir mit Schulden, Kürzungen und Ärger geendet sind. Wir wollen unseren Einfluß zur Kontrolle der Unternehmen gebrauchen, so daß sie ihre Produkte effektiver produzieren und vertreiben werden. Gleichzeitig wissen wir, daß Einschränkungen ausgeübt werden durch den Bankzins, die Art der Anleihen, durch Banknoten.

spw: Würden Sie gerne einen Wechsel im politischen System sehen? Welche Art des Sozialismus würden Sie gerne in Polen sehen?

Walesa: Ich bin kein guter Politiker. Zuallererst bin ich ein Konsument, und ich will etwas zum Konsumieren haben. Ich möchte also die Wahrheit sagen. Ich möchte mehr haben, als Sie in ihren Ländern haben. Ich möchte glücklicher sein, als Sie es sind. Ich möchte alles so einrichten, daß diese Ziele erreicht werden. Aber im selben Moment will ich keine Macht.

spw: Inwieweit sollte sich Solidarnosc Ihrer Meinung nach mit politischen Fragen beschäftigen? Da Sie jetzt Solidarnosc als eine soziale Bewegung und nicht als reine Gewerkschaftsbewegung beschreiben, hat das nicht die Behandlung politischer Fragen zur Folge?

Walesa: Es gibt keinen Katalog, der auflistet, was politisch ist und was nicht. Ich wurde vor Gericht gebracht für politisches Lachen und politisches Laufen.[2] Sie können also die Dinge nicht so leicht in politische und nicht-politische aufteilen. Es hängt von Ihrem persönlichen Standpunkt ab. Wir glauben, daß wir keine politische Gruppe sind, da wir nicht die Macht übernehmen wollen.

spw: Auf einer vor kurzem abgehaltenen Solidarnosc-Pressekonferenz in Gdansk sagten Sie, daß das Konzept der Selbstverwaltung die Haupthoffnung darstellt, um aus der Krise herauszukommen. Dieses Konzept meint aber auch, daß die lokale Selbstverwaltung entwickelt werden muß. Halten Sie es für notwendig, in den lokalen Wahlen zum Jahreswechsel unabhängige Kandidaten zu haben, die vielleicht von Solidarnosc unterstützt werden, und nicht nur die Kandidaten der Nationalen Front?

Walesa: Das ist bis jetzt nicht entschieden. Ich sehe es anders. Sie können nicht alles auf einer territorialen Basis organisieren. Zum Beispiel ein Auto, ein Fiat. Eine Warschauer Fabrikanlage produziert das Endprodukt, aber die Motoren werden hier in Gdansk gemacht, und das Metall machen sie in Krakow. Selbstverwaltung sollte also orientiert sein an der umfassenden Produktion, ungeachtet des Standorts einzelner Produkte. Industrie muß auf der Basis eines Konsortiums betrieben werden, und auf dieser Basis muß die Selbstverwaltung stattfinden. Wenn wir über Selbstverwaltung nachdenken, z.B. im Kommunikationssystem einer Stadt, dann haben Sie einen Teil dieser Selbstverwaltung als territorial zu betrachten. Es gibt also verschiedene Lösungsarten, verschiedene Verbindungen innerhalb des Gesamtsystems. Ich habe meine eigenen Lösungen, aber ich kann sie jetzt nicht entwickeln. Gegenwärtig ist es wichtig, die Selbstverwaltung am Arbeitsplatz zu erreichen und dann im weiteren Konsortium. Was sich auf die industrielle Selbstverwaltung in bestimmten Fabriken anwenden läßt, läßt sich auch auf das Funktionieren von Städten anwenden. Wir werden nur in der Lage sein, die schrecklichen Probleme zu lösen, wenn wir zur Kontrolle der Situation in den Unternehmen fähig sind. Diese weiteren Probleme werden nur entstehen, nachdem wir uns mit der Fabrikebene beschäftigt haben. Die grundlegenden Beschlüsse oder Gesetze des Parlamentes sollten jetzt verabschiedet werden, aber später sollten wir uns bewußt sein, daß wir einige Verbesserungen und Korrekturen einzuführen haben werden. Zuerst müssen die grundlegenden Probleme gelöst werden,und die Verbesserungen werden sich aus der Erfahrung des Lebens entwickeln. Den Unternehmen sollte also die Möglichkeit gegeben werden, ihre Wirtschaft auf einer getrennten Grundlage zu betreiben. Sie sollten Bankkonten und Konten ausländischer Währung bekommen. Sie sollten in der Lage sein, mit ausländischen Firmen zu handeln. Und die Praxis wird andere Elemente einführen, die für ein reibungsloses Funktionieren notwendig sind. Natürlich muß alles vorsichtig angegangen werden, aber ich glaube, daß der gesunde Menschenverstand und soziale Erfordernisse Korrekturen einführen werden.

spw: Im Juni sagten Sie, daß sich Solidarnosc darauf konzentrieren müßte, eine Gewerkschaft zu sein und daß sie Aktivitäten eines nicht-gewerkschaftlichen Typs aufgeben sollte. Warum hat Ihre gegenwärtige Position sich demgegenüber verändert? Wie sehen Sie die Rolle von Solidarnosc jetzt?

Walesa: Ich sähe es gern, wenn Solidarnosc eine Gewerkschaftsbewegung wäre. Aber das Leben führt Veränderungen ein. Wenn plötzlich das Problem der politischen Gefangenen auftaucht, oder die Schlangen für Lebensmittel werden länger und länger, und die Leute sind unzufrieden, kann ich nicht im Unternehmen bleiben, mich auf das Unternehmen beschränken und diese Probleme vergessen. Ich kann nicht darauf warten, daß der Staat Schutzhandschuhe besorgt oder das Niveau der Luftverschmutzung in einem Unternehmen reduziert. Als Gewerkschaft kann ich warten, aber als Pole würde ich sterben. So hat das Leben verschiedene Veränderungen mit sich gebracht, und ich habe z.B. die Probleme der Selbstverwaltung zu lösen gehabt, um das Abkommen mit den politischen Gefangenen zu unterstützen. Ich weiß nicht, ob das eine reine Gewerkschaftsaktivität ist. Aber natürlich sollte ich es gutheißen, eine Gewerkschaft zu sein, es wäre günstiger für uns. Ja, und ich glaube, eine Selbstverwaltungsordnung ist ein Nachteil für eine Gewerkschaft, weil wir früher oder später mit den Selbstverwaltungskörperschaften zu kämpfen haben. Aber als Pole habe ich um Unterstützung zu werben, um die Selbstverwaltung zu fördern, weil das die einzige Lösung ist, das Land wieder auf die Beine zu bekommen. Als Bürger habe ich es also mit Problemen jenseits der unmittelbaren Erfordernisse zu tun, auch wenn ich das nicht will.

Walesa: Es wird behauptet, daß Solidarnosc' Interesse in diesen Fragen dazu tendiert, Solidarnosc entweder zu einer politischen Partei zu machen oder, alternativ, die Errichtung einer separaten politischen Partei, einer Labour Party, zu unterstützen. Würden Sie dieses kommentieren wollen?

Walesa: Es läuft wirklich in dieser Weise ab. Wenn unsere Mitglieder sehen, daß es Solidarnosc gibt, daß die Schlangen aber länger werden, daß wir eine Reihe von Übereinkünften unterzeichnet haben, welche nicht durchgeführt worden sind, sucht die Gesellschaft andere Lösungen, andere Organisationen, um die bestehende Situation zu verändern. Es gibt einen Trend, politische Parteien zu gründen, weil der Staat sich selbst zu verteidigen versucht. Aber wenn wir in der Lage sind, die anderen Probleme anzugehen, werden wir es mit diesen nicht zu tun haben.

spw: Was halten Sie von der Annahme, daß es die Gefahr einer sowjetischen Intervention gibt, wenn solch eine große Veränderung im politischen System stattfinden würde?

Walesa: Es wird überhaupt keine politischen Veränderungen geben, wenn wir Zugang zu den Massenmedien bekommen, wenn ich die Chance bekomme, den Leuten alles zu erklären. Die Leute kennen die Dinge, aber sie sind ihnen nicht in einem größeren Zusammenhang vermittelt.

spw: Hat die Regierung nicht schon in der Tat einige Bereitschaft zur Kompromißbildung gezeigt, indem sie Fernsehsendezeiten zur Verfügung stellte, wie z.B. mit dem kürzlich gesendeten Programm, in dem Sie auftraten, und dem Informationsprogramm über den Solidarnosc-Kongreß, welches dem vorausging? Gibt es keine Konzessionen, die Solidarnosc machen könnte, um sich mit der Regierung in dieser Angelegenheit in der Mitte zu einigen?

Walesa: Das ist alles wahr, aber die Regierung mußte zu alledem gezwungen werden. Wenn ich regelmäßigen Zugang zum Fernsehen hätte, wäre ich in der Lage, meine Aktivitäten zu planen und alles zu richtigen Zeit zu erklären.

spw: Sie sagten kürzlich, daß, wenn Sie Zugang zu den Massenmedien hätten, Sie die Regierung und die Parteiführer nicht angreifen würden. Aber auf derselben Pressekonferenz attackierte Ihr Kollege Jurczyk Rakowski und sagte, er sollte aus der Regierung entfernt werden. Wie können Sie das miteinander vereinbaren?

Walesa: Ich stimme mit Jurczyk nicht überein. Man muß eine Menge Dinge wissen, wenn man gut oder schlecht über die Regierung reden will. Wenn er gehört hätte, wie Rakowski von anderen Leuten angegriffen worden ist, würde er das nicht sagen. Aber das liegt in der Tatsache begründet, daß wir viele Dinge nicht wissen. Ich spreche nicht über Leute, wenn ich nicht alle Tatsachen kenne. Darum habe ich mit ihm später darüber gesprochen. Er ist zu voreilig. Ich wende das Prinzip an: Richte nicht und werde nicht gerichtet. Ich habe andere Ansichten über Rakowski. Ich hätte ihn nicht so stark kritisiert. Ich weiß, daß er von der anderen Seite genauso gedrängt wird. Rakowski hat das also trotz meiner Einwände gegen ihn nicht verdient.

spw: Im Fernsehen sagte Herr Waliszewski , der mit Ihnen zusammen aufgetreten ist, daß es der größte Erfolg von Solidarnosc wäre, daß sie für ein Jahr unter einem totalitären System existiert hätte. Kann Polen heute wirklich als ein totalitäres System beschrieben werden, wenn z.B. solche Stellungnahmen ungestraft im Fernsehen abgegeben werden können?

Walesa: Dies sind junge Männer mit hitzigen Geistern und Herzen. Zur selben Zeit können wir aber nicht durch Sprüche satt werden. Wir müssen mehr tun und weniger reden. Dieses Polen ist recht verschieden von dem vor dem August (1980), wie jeder gesehen hat.

spw: Aber gibt es nicht eine Gefahr, daß solche jungen Männer und andere, das 'radikale' Element in Solidarnosc, die Perspektive der Kooperation mit der Regierung wirklich abblocken werden und an deren Stelle eine andere Politik der Konfrontation setzen? Es gab z.B. in Ihrem Nationalrat 10 Stimmen gegen seinen Appell.[4] Repräsentiert das nicht eine bedeutende Kraft in Solidarnosc, die mit dieser Perspektive nicht übereinstimmt?

Walesa: Es gibt Mißverständnisse. Ich werde dafür zu kämpfen haben, daß die Behörden mir Zugang zu regelmäßigen Auftritten im Fernsehen einräumen. Ich kann die Probleme verstehen, all die verschiedenen Varianten einer Situation, und ich könnte sie im Fernsehen erklären. Ich bin ein radikaler Mann, aber ich kann Grenzen erkennen. Ich will, daß wir gewinnen, aber ich möchte den geringsten Preis dafür zahlen. Ich kann an einem offenen Kampf teilnehmen, aber in einer einsichtigen und rücksichtsvollen Weise.

Anmerkungen

1 Unterschiedliche Vorschläge sind von der Regierung und von Solidarnosc gemacht worden für die Selbstverwaltung in der Industrie und für territoriale Selbstverwaltung. Solidarnosc verlangte unverzügliche Änderungen, die gemacht werden sollten, ohne auf die Vorbereitung der parlamentarischen Gesetzgebung zu warten. Diese schließen die Wahl des Direktors durch die Beschäftigten von Unternehmen und Veränderungen in den lokalen Regierungskörperschaften ein.

2 Walesa wurde in den 70er Jahren gerichtlich verfolgt, weil er angeblich des staatliche System durch solches Benehmen lächerlich gemacht habe.

3 Bündnis von Partei und Organisationen, geführt von der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Kandidaten bei Wahlen haben unter ihrer Schirmherrschaft zu stehen.

4. Wurde im August angenommen und fordert Arbeiterkontrolle über Produktion und Verteilung und Beteiligung an freiwilliger Samstagsarbeit in den Minen.

Außerhalb des Schwerpunktes

Monty Johnstone und Andreas B. Westphal

Polen — zwischen historischem Kompromiß und Autoritarismus

Im Sommer 1980 haben die polnischen Arbeiter in ihren Kämpfen der Regierung Zugeständnisse abgerungen, die das Gesicht Polens veränderten. Keine Kraft im Lande erwies sich als stark genug, um eine Verschlimmerung der lange schwelenden politischen und ökonomischen Krise, die durch diese Ereignisse ans Licht gebracht wurde, zu verhindern.

1. Die PVAP — Herrschaft ohne Hegemonie

Anders als in der Tschechoslowakei 1968 kam die Initiative für die lange überfälligen Reformen nicht aus der Kommunistischen Partei der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PVAP). »Es war ausschließlich der Massenprotest der Arbeiterklasse, der den Prozeß der Umwandlung ausgelöst hat«[1], wurde in den Programmvorschlägen für den 9. außerordentlichen Parteitag der PVAP festgestellt. Die Initiative und die Massenunterstützung sind die ganze Zeit seit der Bildung von Solidarnosc infolge der Streiksiege von 1980 auf ihrer Seite geblieben.

Seitdem hat die Partei Konzessionen gemacht, neue Führer gewählt und auf ihrem Parteitag ihre Zustimmung zu einem Kurs der demokratischen Erneuerung bestätigt. Die Debatten vor und während des Parteitags wurden kritisch und selbstkritisch, schonungslos und radikal demokratisch geführt. Ein neues Zentralkomitee mit 200 Mitgliedern wurde in einer freien Abstimmung gewählt, es umfaßt nur 18 frühere Mitglieder, und nur vier von 15 Mitgliedern des alten Politbüros sind wiedergewählt worden, wenngleich auch die Veränderungen im Parteiapparat weniger drastisch waren.

Hohe Erwartungen wurden in die Ergebnisse des Kongresses gesetzt, die sich aber als illusorisch erwiesen haben. Die Partei ist verwirrt und gespalten geblieben. Die konservative Minderheit in der Partei blickt erwartungsvoll auf die Sowjetunion und andere Warschauer-Pakt-Nachbarn, in der Hoffnung darauf, daß sie ihre Anstrengungen unterstützen, die führende Rolle der Partei in der alten Weise zu erzwingen ohne Berücksichtigung der Wünsche des polnischen Volkes. Sie erfreuen sich der Unterstützung der Medien bei der Veröffentlichung von Positionen, die mit der vom Parteitag bestimmten Linie nicht übereinstimmen. Die Partei-Mehrheit aber strebt eine Verständigung mit Solidarnosc, zu der ein Drittel der 3 Millionen Parteimitglieder gehören, an. Ständiger sowjetischer Druck und die Furcht vor einer möglichen militärischen Intervention wie in der Tschechoslowakei 1968 haben die polnischen Parteiführer behindert. Die Partei hat sich auf ihrem Parteitag die Aufgabe gestellt, die Unterstützung aus der Arbeiterschaft und besonders aus der Jugend zurückzugewinnen. Aber ihre Politik und Perspektiven sind so zaghaft und widersprüchlich gewesen, daß Kania drei Monate nach dem Parteitag in seiner letzten Rede als Erster Sekretär im Zentralkomitee feststellen mußte, daß »der Vertrauensschwund die Partei von innen lahmlegt, und niemand kann an eine Partei glauben, die nicht an sich selbst glaubt«.[2]

Es gibt eine weitverbreitete Empörung darüber, daß eine angeblich demokratische Partei, die ihre Unbeliebtheit feststellt, auf einem privilegierten historischen und verfassungsmäßigen »Recht« besteht, den Staat und die Medien im unterstellten Interesse der Arbeiterklasse, aber gegen ihre aktuellen Wünsche, zu beherrschen. Eine derartige Konzeption

(die sich im System der *Nomenklatura* widerspiegelt, demzufolge auf eine lange Reihe von Posten in Staat und Gesellschaft nur Personen berufen werden können, die durch Parteikomitees oder Sekretäre auf den entsprechenden Ebenen bestätigt worden sind), trägt dazu bei, den Marxismus zu diskreditieren, mit dem sie fälschlicherweise identifiziert wird.

In der angespannten, anarchischen und verwirrten Situation des heutigen Polen ist eine auf marxistischer Analyse und sozialistischer Politik fundierte Hegemonie notwendiger denn je. Die dazu erforderliche Art von Führung kann jedoch nur in einem kontinuierlichen Diskussions- und Überzeugungsprozeß erlangt werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Partei angesichts dieser komplexen nationalen und internationalen Situation Polens alle ihre Kontrollpositionen aufgeben soll. Es muß erkannt werden, daß die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei nur im Rahmen genuin pluralistischer Strukturen handeln kann: Sie muß versuchen, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, während sie sich im gleichen Moment dazu verpflichtet, sich den demokratisch geäußerten Wünschen der Gesellschaft unterzuordnen. Diese Herangehensweise hat das Mitglied des Zentralkomitees Walerian Solinski in einem Interview mit der Warschauer Jugendzeitschrift *Sztandar Mlodych* im September vorgeschlagen: »Die Partei müßte notfalls dazu bereit sein, für eine gewisse Zeit auf die Macht zu verzichten und eine Oppositionspartei zu werden.« Eine ähnliche Überlegung findet sich bei Lenin im Zusammenhang des von der Russischen Oktoberrevolution aufgebauten Mehrparteiensystems, das »... den Werktätigen die Möglichkeit (gibt, die Autoren), wenn sie mit ihrer Partei nicht zufrieden sind, andere Delegierte zu wählen, die Macht einer anderen Partei zu übertragen und die Regierung zu ändern — ohne jede Revolution«.[3]

Ein allmählicher Abbau der Strukturen, durch die die PVAP ihre führende Rolle auf dem Wege *administrativer und Zwangsmittel* ausgeübt hat, würde die Partei zu einer Neuorientierung zwingen, um an einer *politischen und ideologischen* Führung auf neuen und effektiveren Wegen zu arbeiten. Und wenn einige lieber ihren Posten aufgeben, als der zweifellos langwierigen, schweren und schmerzlichen Aufgabe ins Gesicht zu sehen, wäre das wahrscheinlich kein großer Verlust.

2. Solidarnosc — gesellschaftliche und politische Bewegung

Mit der Entwicklung von Solidarnosc ist in Polen eine Lage entstanden, in der die alten Mechanismen der Machtausübung durch die PVAP auf allen Ebenen der Gesellschaft nicht mehr funktionieren. Jede Entscheidung über die gesellschaftliche Entwicklung Polens muß in Übereinkunft mit Solidarnosc herbeigeführt werden. Hier stellt sich die Frage, wie sich Solidarnosc zu ihrer Rolle innerhalb der Gesellschaft verhält. Die PVAP wirft Solidarnosc einerseits vor, daß sie keine reine Gewerkschaft ist, sondern sich politische Funktionen anmaßt, die ihr nicht zustehen. Andererseits wirft sie Solidarnosc vor, partikularistisch bestimmte ökonomische Interessen zu vertreten, die im Gegensatz zu den gesamtgesellschaftlichen Interessen stehen. Hier wird die Ausarbeitung eines Programms der nationalen Interessen, also ein Hineingehen in die Politik verlangt. Innerhalb dieses Widerspruchs hat sich Solidarnosc in ihrem Programm als »Organisation mit doppeltem Charakter, dem einer Gewerkschaft und dem einer breiten sozialen Bewegung«[4] bezeichnet.

In der Praxis hat Solidarnosc mehr als zwei Funktionen. 1. ist Solidarnosc eine Gewerkschaft, die die unmittelbaren ökonomischen Interessen ihrer Mitglieder vertritt, z.B. eine 28%-Lohnerhöhung seit dem August 1980[5] durchgesetzt hat. Walesa sagte am 15. Juni: »Auch in Polen, auch in der heutigen Lage ist es nicht die Aufgabe einer Gewerkschaft, Programme auszuarbeiten, dafür ist die Regierung da. Wir können nur zu den von ihr

vorgeschlagenen Programmen Stellung nehmen ...«[6]. In Bezug auf die durch Rationalisierungen und Kapazitätseinschränkungen unvermeidbar werdende Arbeitslosigkeit heißt das, daß Solidarnosc lediglich von der Regierung fordert, sie müsse Konzepte entwickeln, die überzählig werdenden Arbeitskräfte umgehend woanders einzusetzen, ohne selbst anzugeben, wie das möglich sein könnte. Verallgemeinert würde das bedeuten, daß Solidarnosc nicht in der Lage wäre, ein Konzept zur Überwindung der nationalen Krise zu entwickeln, sondern nur als Vertreterin von Teilinteressen das Feld der Ausarbeitung von Entwicklungskonzepten anderen überläßt, und sich selbst auf die Intervention, den Streik usw. beschränkt. Die partikularistische Tendenz hat die Funktion, daß sie Solidarnosc trotz der vielfältigen Positionen und der unterschiedlichen Strategien zusammenhält, indem die Handlungen auf den gemeinsamen Feind, nämlich die Regierung, die nicht immer in der Lage ist, Konzepte im Interesse der von Solidarnosc Vertretenen auszuarbeiten, ausgerichtet werden.

2. ist Solidarnosc eine Bewegung mit einer faktisch sozialistischen Funktion. Die Ausarbeitung eines Selbstverwaltungskonzeptes, das die vorher unter der Verfügungsmacht des Staates stehenden Produktionsmittel unter wirkliche gesellschaftliche Kontrolle stellen will, kann nicht anders als eine Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft angesehen werden, zu der die PVAP bisher nicht fähig gewesen ist.

3. ist Solidarnosc eine politische Bewegung, indem sie für eine grundlegende Umwandlung des politischen Systems Polens eintritt. »Wir werden danach streben, sicherzustellen, daß der Sejm seine Rolle als höchste Macht im Staat wiedergewinnt und daß die abgeänderten Wahlordnungen, die es allen politischen Parteien, sozialen Organisationen und Gruppen von Bürgern ermöglichen, frei ihre Kandidaten aufzustellen, den allgemein anerkannten, repräsentativen Charakter des Sejm wiederherstellen.« (Solidarnosc-Programmresolution, These 22,2)[7] In dem Maße, in dem Solidarnosc Programme zur Veränderung des politischen Systems und politische Konzepte zu gesellschaftlichen Reformen aufstellt, tritt sie in Konkurrenz zur PVAP um die faktisch führende Rolle in der Gesellschaft. Das heißt jedoch nicht, daß sie faktisch die Rolle einer politischen Partei einnimmt, bzw. es anstrebt, sich in eine politische Partei umzuwandeln. Solidarnosc wäre aufgrund der unzähligen ideologischen Strömungen gar nicht in der Lage, eine handlungsfähige politische Partei zu gründen, die die Regierungsmacht übernehmen könnte, ohne sich dabei zu spalten. Die politische Funktion von Solidarnosc besteht daher darin, durch ihre Macht eine Veränderung des politischen Systems herbeizuführen, die das Machtmonopol der Führung einer Partei abschafft.

Diese drei Funktionen von Solidarnosc fallen ihr wegen ihrer gesellschaftlichen Stellung notwendig zu. Man verfehlt daher die Eigendynamik der gesellschaftlichen Situation, wenn man von Solidarnosc fordert, sich auf eine unpolitische Rolle zu beschränken. Das politische System der Machtkonzentration bei einer Partei kann die divergierenden politischen Strömungen, die sich in Polen entwickeln und seit dem letzten August eindeutiger formiert haben, nicht mehr integrieren. Solange es keine Möglichkeit gibt, die politischen Gegensätze offen im politischen System auszutragen, wird Solidarnosc diese Funktion der Ausgangsbasis von oppositionell zur Partei stehenden Kräften übernehmen. Die Überwindung der Krise der polnischen Gesellschaft ist nicht anders möglich als durch einen Weg des Kompromisses zwischen Partei und Solidarnosc.

Solidarnosc tritt für die Beibehaltung des gesellschaftlichen Eigentums an den größeren Betrieben und die Beibehaltung der internationalen Verträge Polens ein. Damit begibt sie sich auf ein Feld, von dem aus auch die PVAP operiert und macht es ihren äußeren und

inneren Gegnern schwer, den Kampf gegen Solidarnosc unter dem globalen Vorzeichen der Verteidigung des Sozialismus zu führen und so ein repressives Vorgehen gegen Solidarnosc zu rechtfertigen. Der Versuch, auf dem Solidarnosc-Kongreß die Passage aus dem Anhang des Statuts zu streichen, in der die Bündnisverträge Polens anerkannt werden, ist trotz mehrerer Anläufe gescheitert. Es gibt in Solidarnocs einige reaktionäre Kräfte, die neben dem Wunsch, Polen aus seinem internationalen Vertragssystem zu lösen, antisemitische und nationalistische Parolen hervorbringen, wie z.B. die illegale Partei KPN.* Ihr Einfluß in Solidarnosc ist allerdings gering. Die Behauptung, diese Kräfte in Solidarnosc würden entscheidend die Linie der Gewerkschaft bestimmen und deshalb eine Kooperation erschweren, bewirkt eine Solidarisierung mit diesen Kräften aus dem Gedanken heraus, jeden Ansatz der Spaltung von außen abwehren zu müssen.

Die Hauptfront innerhalb der Solidarnosc, die Frage, wieweit Kompromisse mit der Partei bzw. der Regierung eingegangen werden sollten, läßt sich anhand der Auseinandersetzungen auf dem 2. Teil des Solidarnosc-Kongresses über den Kompromiß in der Frage der Selbstverwaltung beobachten, den die Gewerkschaftsleitung, insbesonders auf Betreiben Walesas hin, mit der Regierung eingegangen ist (siehe Abschnitt: »Ökonomische Reform«). Rulewski, ein führender Repräsentant des radikalen Flügels, sagte dazu: »Unsere Gewerkschaft sollte keine Kompromisse machen, sondern sollte mit diesem Hammer das totalitaristische System dieses Landes zerschlagen.«[8] Diese demagogische Aussage impliziert die Strategie, daß das Aufstellen von eigenen ökonomischen und politischen Konzepten und ihre Unterstützung durch Streik und andere Kampfmaßnahmen alleine eine Veränderung des politischen Systems bewirken könnte. Es sind vor allem die Vertreter des radikalen Flügels, die die oben dargestellte partikularistische Tendenz fördern, da gerade sie die vom Standpunkt der gesamtgesellschaftlichen Interessen unerfüllbaren Forderungen den Konflikt mit der Partei vorantreiben. Zu den Vertretern des Weges des Kompromisses gehört neben Walesa die Mehrheit des KOR, das sich jetzt aufgelöst hat. Die Kirche ist, obwohl sie sich ideologisch keineswegs zu einer sozialistischen Kraft entwickelt hat, zur konsequenten Vertreterin einer evolutionären Entwicklung der polnischen Gesellschaft auf Grundlage der Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte geworden. Daher kann sich Walesa vor allem auf die an der Kirche orientierten Strömungen in Solidarnosc stützen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den radikalen und den kompromißbereiten Kräften in Solidarnosc erhalten ihre Dynamik u.a. daher, daß die Gewerkschaftsleitung sich gegen die weitaus radikaleren Regionalverbände durchsetzen muß, wenn die Ergebnisse von Verhandlungen mit der Regierung akzeptiert werden sollen. Die Tendenz zum Partikularismus, zum ausschließlichen Ausgehen von den regionalen Interessen, wie z.B. Streiks aufgrund von Konflikten mit lokalen Behörden, die gegen die Linie der Gewerkschaftsleitung geführt werden, stärkt die Positionen der radikalen Vertreter in der nationalen Leitung. Allerdings finden die unermüdlichen Anstrengungen Walesas und seiner Verbündeten, alle Streiks wegen ihrer im Augenblick ökonomisch äußerst ungünstigen Effekte zu beenden, zunehmend Zustimmung. Die Wahlen zum Vorsitzenden von Solidarnosc haben eine eindeutige Mehrheit für Walesa (55,2%) gebracht, während seine radikalen Herausforderer, Jurczyk und Rulewski, nur 24 bzw. 6% der Stimmen erhielten.

3. Ökonomische Reform

Der Verfall der polnischen Ökonomie geht voran, man kann sogar von einem exponentiel-

* (»Vereinigung für ein unabhängiges Polen«, rechtsnationalistisch)

len Wachstum der Schwierigkeiten sprechen. Die industrielle Produktion war im ersten Halbjahr 1981 12,5%[9] niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Leistungen der Bauwirtschaft fielen um mehr als 20%, des Gütertransports um mehr als 25%. Die Steinkohleförderung ging auf 78,2% der entsprechenden Vorjahresmenge zurück, wobei der Export, ein Hauptdevisenbringer, von 20 auf 8,5 Mill. t sank. Die Landwirtschaft produzierte 1980 10,7% weniger als 1979.[10] Der Export (zu festen Preisen) betrug noch 77,2% der Ausfuhren im ersten Halbjahr 1980, während der Import auf 54,5% sank. Der Gesamtwert der auf den Markt gebrachten Konsumgüter (zu festen Preisen) sank um 10%, während die durchschnittliche Steigerung des Nominallohns 26% beträgt, wobei allerdings 15% durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten absorbiert werden. Die Kapazitätsauslastung der Industrie beträgt 75% mit fallender Tendenz.[11] Enorm ist ebenfalls der Verlust an Arbeitsproduktivität (-12,4% im Zeitraum zwischen dem April 1980 und dem April 1981[12]), wobei es eine große Rolle spielt, daß Beschäftigte gezwungermaßen während der Arbeitszeit einkaufen.

Die Ursachen für diese katastrophale wirtschaftliche Entwicklung liegen in erster Linie nicht in den Streikaktivitäten des letzten Jahres, sondern in der gescheiterten wirtschaftlichen Strategie Giereks. Dieser steigerte von 1971-1975 die Löhne jährlich um 8%[13], die Industrieproduktion um 10,4%[14], die Bruttoinvestitionen aber um 13,9%[15], so daß das verteilte Bruttosozialprodukt (BSP) größer war als das erzeugte BSP, wobei die Differenz durch Kredite hauptsächlich aus dem kapitalistischen Ausland finanziert wurde. Das Ziel dabei war, mit durch diese Kredite finanzierten Investitionen (westlicher Technologie) eine so große Produktivkraftsteigerung zu erzielen, daß nach einigen Jahren durch den Export hochwertiger Industrieerzeugnisse in den Westen die Schulden wieder abgetragen werden könnten. Giereks Strategie scheiterte, die Schulden wuchsen von Jahr zu Jahr. 1980 mußten bereits 81,8% der Exporteinnahmen für Rückzahlungsverpflichtungen aufgewandt werden.[16]

Die seit 1975 negativen Wachstumsraten der Bruttoagrarproduktion (Ausnahme 1977 und 1978) eskalierten 1980 zu -10,7%.[17] Die PVAP strebte zwar ihrem Programm nach immer sowohl den Ausbau des sozialisierten Sektors der Landwirtschaft als auch die Effektivierung der privaten bäuerlichen Betriebe an, die heute noch 75% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachen, wovon die Hälfte Kleinbauern mit 0,2-3 ha gehört.[18] Die praktische Politik bestand jedoch aus einem Wechsel des Einräumens und des Abschaffens von Förderungsmaßnahmen zur Produktivitätssteigerung in den Kleinbetrieben, für die zu keinem Zeitpunkt ein langfristiger Entwicklungsplan vorgelegen hat. Maschinen, Düngemittel und Ersatzteile wurden bevorzugt an die Staatsgüter geliefert. Insgesamt entfielen auf den sozialisierten Bereich rund 2/3 der Investitionsmittel, 2/3 der Düngermenge und ein Traktor für 20 ha, während im privaten Sektor ein Traktor auf 40 ha genutzt werden konnte.[19] Die Produktivität im sozialisierten Sektor ist niedriger als im privaten, was vor allem auf die überproportionale Steigerung der Vorleistungen (Maschinen, Dünger, Reparaturabteilungen) und deren ineffektive Organisation zurückzuführen ist.

Die Ursache der Unterbrechung des Warenstroms vom Land in die Stadt ist die Tatsache, daß die Bauern in der Stadt keine landwirtschaftlichen Investitionsgüter kaufen können. Kurzfristig werden Kredite zur Modernisierung sowie die Umstellung eines Teils der Investitionsgüterindustrie auf in der privaten Landwirtschaft einsetzbare Kleintechnologie anzustreben sein, während auf längere Sicht ein Konsens über die Gründung von Teilgenossenschaften (z.B. Maschinenstationen) anzustreben wäre.

Seit dem August 1980 sind 7 verschiedene Projekte zur Wirtschaftsreform vorgestellt

worden. Die wichtigsten, weil politisch am einflußreichsten, sind die Projekte der »Partei- und Regierungskommission für ökonomische Reform«[20] vom September 1981 sowie die verschiedenen Entwürfe von Solidarnosc zur ökonomischen Reform und zum Selbstverwaltungsgesetz.[21] Die Programmatik von Solidarnosc ist entscheidend beeinflußt durch das »Netzwerk«, ein Zusammenschluß von Solidarnosc-Komitees aus den 17 größten Fabriken Polens, der einen detaillierten Gesetzentwurf zur Selbstverwaltung erarbeitete.

Die Wirtschaft soll in zwei Bereiche geteilt werden: den Bereich der sozialen Infrastruktur, Verteidigungsproduktion und Produktion zur Erfüllung von wichtigen Comecon-Abkommen, der noch einige Großinvestitionen in Schlüsselindustrien umfaßt. Dieser Bereich soll weiter unter der direkten Verwaltung der Ministerien stehen. Alle anderen Unternehmen sollen ohne direkte Anweisungen von zentralen Instanzen ihre wirtschaftliche Tätigkeit einschließlich Investitionen und Preisgebung selbst in Abhängigkeit von den Signalen des Marktes gestalten. Die Unternehmen sollen sich selbst finanzieren, d.h. die Mittel zu ihrer Reproduktion und für Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaften, sowie über hierfür notwendige Kreditaufnahme, über den Umfang und das Sortiment der Produktion, die Zusammenlegung mit anderen Betrieben, die Gründung von neuen Unternehmen und über die Diversifikation der Produktion in verschiedene Branchen entscheiden. Ihre Aktivität soll der »Befriedigung sozialer Bedürfnisse zu minimalen Kosten« dienen, sowie »Maximierung des Profits«[22] anstreben.

Das Projekt soll schrittweise eingeführt werden: Innerhalb von 3 Jahren vom Beginn von 1982 an soll das System der zentralen Anweisungen durch die ökonomische Selbständigkeit ersetzt werden. Während dieser Periode soll die zentrale Zuweisung von raren Produkten an die Betriebe aufrechterhalten werden.

Es gibt 3 entscheidende Differenzen zwischen den Reformvorstellungen der PRK und Solidarnosc:

1. Welche Kompetenzen haben die vorgesehenen Arbeiterräte? Hier fordert Solidarnosc,[23] daß der Arbeiterrat das eigentliche Leitungsgremium des Betriebes ist, das Management also seine Exekutive. Der Direktor soll vom Arbeiterrat benannt[24] und jederzeit wieder abberufen werden können, während der ursprüngliche Entwurf der Regierung zum Gesetz über die Selbstverwaltung die Benennung des Direktors durch den Staat mit dem Recht zur Stellungnahme durch den Arbeiterrat vorsah. Nach der Ablehnung des Regierungsentwurfes durch den Sejm im Mai ist von einer Parlamentskommission ein zweiter Entwurf gemacht worden, der einen weitgehenden Kompromiß mit den Vorstellungen von Solidarnosc eingeht. Im Sektor der Unternehmen, die mit Selbstfinanzierung arbeiten, wird der Direktor vom Arbeiterrat mit Vetorecht des Staats benannt, im militärisch und sozial wichtigen Sektor ist es umgekehrt. Eine gemeinsame Kommission von Staat und Arbeiterräten entscheidet darüber, welche Betriebe zu welchem Sektor gehören. Umkämpft ist nicht die Zweiteilung der Wirtschaft an sich, sondern die konkrete Einordnung der Betriebe in die beiden Bereiche. Solidarnosc befürchtet, daß über den Umweg der Einordnung aller Großbetriebe die Einführung der Selbstfinanzierung und der Selbstverwaltung auf die kleineren Betriebe beschränkt bleiben soll. Nachdem das nationale Präsidium von Solidarnosc dem Gesetzentwurf zugestimmt hat, ist er trotz starker Bedenken der Parteileitung Ende September vom Sejm angenommen worden und am 1.10.81 in Kraft getreten.

2. Wer ist Eigentümer der selbstverwalteten Betriebe? Während der Parteientwurf eindeutig den Staat als den Eigentümer der Betriebe ansieht, wobei die Selbstverwaltung nur die Verfügungsmacht vom Staat verliehen bekommt, ist dieser Punkt von Solidarnosc sehr

unklar formuliert. »Ausschließlich verfügungsberechtigt über das Vermögen des Unternehmens ist die Belegschaft ...«[25] Es gibt im Solidarnosc-Gesetzentwurf keine Passage, wo eine Einschränkung der Verfügungsgewalt durch gesamtwirtschaftliche Ziele gefordert wird, er läßt also Raum für eine Interpretation im Sinne des Gruppeneigentums. Es ist letztendlich eine Frage der Praxis der Arbeiterräte, inwieweit sich betriebsegoistische Tendenzen und damit ein faktisches Leugnen der Kompetenz der gesellschaftlichen Planungsinstanz ergeben.

3. Wie ist die Rolle der zentralen Planungsinstanz im Wirtschaftsprozeß, und wie wird diese Instanz gebildet? Einigkeit besteht darüber, daß die zentrale Planungsinstanz a) die längerfristige Entwicklungsperspektive der Wirtschaft festlegt und Abweichungen des tatsächlichen Prozesses von diesen Zielen feststellt sowie b) Maßnahmen zur Korrektur dieser Abweichungen, insbesondere von unerwünschten Resultaten des Marktmechanismus unternimmt.

Strittig ist vor allem, inwieweit die Planungsinstanz nur die Kompetenz hat, Fehlentwicklungen wie z.B. die unvermeidlich werdende Arbeitslosigkeit infolge der Rationalisierungen durch Umsetzungsmaßnahmen zu korrigieren, also defensiv auf die Entwicklung des Marktes zu reagieren, oder sie die Kompetenz zur positiven Bestimmung von Entwicklungen, wie z.B. der Proportionen zwischen Branchen, der Priorisierung bestimmter gesellschaftlich besonders notwendiger Güter hat.

Die wesentlichste Differenz liegt jedoch in der Bildung bzw. Zusammensetzung der zentralen Planungsinstanz. Die PRK will der Regierung und den Wirtschaftsministerien einen Rat zur Seite stellen, der aus Parteien der Nationalen Front, Vertretern der Kirche und anderer sozialer Organisationen sowie aller Gewerkschaften zusammengesetzt ist und in allen entscheidenden wirtschaftlichen Fragen Anhörungs- und Vorschlagsrecht, aber kein Entscheidungsrecht hat. Im Programm von Solidarnosc wird ein »Sozialer Rat für die nationale Wirtschaft« vorgeschlagen, der aus Vertretern aller gesellschaftlichen Kräfte zusammengesetzt ist, also der Solidarnosc, der PVAP, den anderen Parteien der Nationalen Front, der Kirche und anderer öffentlicher Organisationen. Der Rat soll von der Regierung unabhängig sein und sich mit der Steuerung der Wirtschaft im weitesten Sinne befassen.

Alle bisherigen Vorschläge der PVAP haben die letztendliche Entscheidungsbefugnis bei der Partei belassen. Die Mitarbeit der Mehrheit der Gesellschaft im Prozeß der zentralen Wirtschaftsplanung ist unabdingbar notwendig, da sonst eine gesellschaftlich verbindliche Durchsetzung von Beschlüssen nicht möglich ist. Doch Solidarnosc oder die Mehrheit der Selbstverwaltungsorgane können nicht bereit sein zur Mitarbeit und damit zur Mitübernahme von Verantwortung, wenn ihnen durch die letztendliche Entscheidungsbefugnis der Partei kein gleichberechtigter Status in der zentralen Planungsinstanz eingeräumt wird.

4. Reform des politischen Systems

Die Aufstände von 1980 haben genau wie die von 1956 und 1970 die Krise eines bestimmten Modells des Sozialismus zum Ausdruck gebracht. Sie brachte Änderungen in der Parteiführung, wichtige Zugeständnisse und die Anklage der Bürokratie sowie der autokratischen Praktiken des vorhergehenden Parteisekretärs. Jedesmal schlug das Pendel nach einer solchen Periode zu derselben Machtkonzentration zurück.

Die Wurzeln der Schwierigkeiten liegen in der Natur der aus der Stalinperiode geerbten Machtstruktur, in der nacheinander die Parteiführer operierten und die korrumpierenden

Früchte unkontrollierter Macht genossen. Was in Polen wie in anderen sozialistischen Ländern geschah, war die Unterordnung aller sozialen und politischen Organisationen unter eine nichtangreifbare und unbeweglich regierende kommunistische Partei. Letztere wurde im Verlauf desselben Prozesses real dem Parteibüro und manchmal noch dem 1. Sekretär und einer kleinen Gruppe um ihn herum unterstellt.

Die negativen Auswirkungen dieses Systems in Polen reflektieren sich in Willkür und wachsender Korruption, nicht nur in der politischen Sphäre, sondern auch in der ihr untergeordneten Wirtschaft. Der Mangel der Kontrolle von unten beraubte nicht nur die arbeitende Bevölkerung der demokratischen Rechte, deren volle Verwirklichung der Sozialismus ihnen verspricht, sondern bewirkte auch die Mißachtung der ökonomischen Realitäten und der Interessen der Konsumenten. Er beraubte sowohl das politische System als auch die Wirtschaft des Rückkoppelungsmechanismus, der für die Vermeidung der Anhäufung von Mißbrauch, Irrtümern und Disproportionen entscheidend ist.

Solidarnosc repräsentiert ein außergewöhnlich machtvolles pluralistisches Phänomen, das in den sozialistischen Ländern einzigartig ist. Solidarnosc weist Behauptungen zurück, die Macht übernehmen zu wollen, sie ist aber eine äußerst starke Bewegung, die auf die existierenden Machtorgane auf allen Ebenen wirkt und faktisch Elemente einer dualen Machtstruktur in das politische System einführt.

Während die Solidarnosc-Programmresolution davon spricht, die Notwendigkeit der Errichtung einer 2. Selbstverwaltungs- oder sozio-ökonomischen Kammer neben dem gegenwärtigen Ein-Kammer-Parlament zu prüfen, die die Wirtschaftspolitik kontrolliert, fordern die radikalen Strömungen in Solidarnosc eine solche 2. Kammer als Opposition zu dem von der PVAP beherrschten Sejm. In diesem Zusammenhang gesehen könnte dies der beste Weg zu verfassungsmäßigem Durcheinander und Handlungsunfähigkeit, im schlimmsten Fall ein Rezept der eskalierenden politischen Konfrontation werden.

Polen war schon immer — zumindest nominell — ein Mehrparteienstaat. Der im März 1980 gewählte Sejm umfaßt 258 PVAP-Mitglieder, 113 von der Vereinigten Bauernpartei, 38 von der Demokratischen Partei und 40 Nicht-Parteimitglieder, einschließlich dreier kleiner katholischer Gruppen. Die nicht-kommunistischen Gruppen, die die führende Rolle der PVAP, die seit 1976 in der Verfassung festgeschrieben ist, anerkennen, spielen jetzt eine zunehmend autonome Rolle, indem sie einen mehr und mehr unabhängigen Standpunkt einnehmen. Bis jetzt haben die Parlamentswahlen und die lokalen Wahlen immer auf einer einzigen Liste der »Nationalen Einheitsfront« stattgefunden, die von der PVAP geführt wurde und alle oben erwähnten Parteien und Gruppen einschloß. Heute existiert eine weitverbreitete Übereinstimmung, nicht nur in Solidarnosc, sondern unter allen Kräften außer der konservativen Minderheit in der PVAP, darüber, daß es wünschenswert wäre, dieses völlig diskreditierte Wahlsystem zu verändern. Am 8. Oktober sagt Hieronim Kubiak, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der PVAP: »Die Ausarbeitung einer neuen pluralistischen Formel für die Nationale Einheitsfront, eines neuen Wahlverfahrens und einer Reorganisation des Gesetzgebungssystems im Geist der Selbstverwaltung und der Ausweitung der bürgerlichen Freiheiten ist eine bedeutende Aufgabe. Unter keinen Umständen darf es eine Frage sein, den Zustand von vor dem August 1980 wiederherzustellen.«[26] Dennoch sollen spezifische Vorschläge bis in die Nähe des März 1984 verschoben werden, wenn die nächsten Parlamentswahlen anstehen, so daß es möglich wäre, zwischen Solidarnosc und der PVAP eine Vereinbarung über ein neues demokratisches Wahlsystem auszuhandeln.

Die Idee einer »Polnischen Arbeiter Partei (PPS)«, die von Jerzy Milewski, einem Soli-

darnoscberater in Gdansk, lanciert wurde, findet in einigen Gliederungen von Solidarnosc Unterstützung, obwohl der Kongreß sie abgelehnt hat. Inwieweit solche Projekte öffentliche Unterstützung bekommen, hängt in nicht geringem Maße davon ab, wieweit die Bauernpartei und die Demokratische Partei sich als autonome Organisationen entwickeln und als Repräsentanten der wichtigsten Strömungen der nicht-kommunistischen öffentlichen Meinung anerkannt werden. Sollte die Forderung nach einer »Arbeiterpartei« öffentliche Unterstützung erhalten, wäre es besser, ihre freie und legale Existenz zuzusichern.

5. Perspektiven

Am Abend des 4. November trafen sich Lech Walesa, Erzbischof Glemp und General Jaruzelski, um über die Bildung einer Front der nationalen Verständigung zu beraten. Ein derartiges Treffen ist ohne Vorbild in der Geschichte der sozialistischen Länder. Es könnte zur Metapher für den Willen der drei großen gesellschaftlichen Kräfte in Polen werden, gemeinsam an der Überwindung der polnischen Krise und der Demokratisierung der polnischen Gesellschaft zu arbeiten. Es wäre in der Tat ein historischer Kompromiß. Solidarnosc würde darauf verzichten, ihre Tätigkeit in der Perspektive der Verschärfung der Gegensätze zur Regierung zu organisieren. Stattdessen würde sie Konzepte zur gesellschaftlichen Reform vorlegen, die zwar mit Konzepten der PVAP konkurrieren, die Konkurrenz aber als nützlich bezüglich der Kompromißbildung aufgefaßt wird. Die katholische Kirche als eine in manchen gesellschaftspolitischen Fragen konservative Kraft würde an der Entwicklung des sozialistischen Systems mitarbeiten. Die PVAP würde darauf verzichten, ihren Anspruch auf die »Führende Rolle« durch administrative Mittel und verfassungsmäßige Vorrechte durchzusetzen. Stattdessen würde sie auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen darum kämpfen, die Bevölkerung von ihren Konzepten zu überzeugen, was die Möglichkeit in sich birgt, Machtpositionen für eine bestimmte Zeit aufgeben zu müssen. Ein derartiger historischer Kompromiß müßte eine Übereinkunft mindestens auf folgenden Ebenen enthalten:

— Die Handhabung des Kompromisses über die Selbstverwaltung müßte von den Interessen der Mehrheit der Gesellschaft ausgehen, das heißt, sowohl den Verzicht auf Betriebs- und Gruppenegoismus, als auch den auf die Herrschaftssicherung der PVAP beinhalten.
— Es müßte eine gesellschaftliche Kontrolle über die Medien geschaffen werden, die ihrem Gebrauch als Instrument zur ideologischen Herrschaftssicherung der PVAP ein Ende macht und allen den historischen Kompromiß tragenden Kräften den Zugang zu den Medien gewährt.
— Es müßte eine Möglichkeit geschaffen werden, dem entstandenen Pluralismus der polnischen Gesellschaft eine Bewegungsform auf der politischen Ebene zu geben, was nichts anderes bedeuten kann, als daß Kandidaten zu den Regional- und Nationalwahlen nicht mehr alleine auf einer einheitlichen Liste der durch die PVAP kontrollierten »Nationalen Front« aufzustellen wären. Das wäre noch nicht notwendig mit der Bildung neuer Parteien verbunden, würde aber regionalen Initiativen, katholischen Gruppen und den Solidarnosc unterstützenden Strömungen in den existierenden Parteien ermöglichen, eigene Kandidaten aufzustellen.

Nicht unwahrscheinlich ist jedoch eine zweite Entwicklung: Ein derartiger historischer Kompromiß kommt nicht zustande. Innerhalb Solidarnosc können die Strömungen sich nicht durchsetzen, die zur Kompromißbildung mit der Regierung kommen wollen. Die PVAP-Leitung, unter Druck von Moskau, ist nicht bereit, genügend Vorrechte aufzuge-

ben, um zu einer von Solidarnosc zu akzeptierenden Verständigung zu kommen. Die gegenwärtige politische und ökonomische Instabilität spitzt sich zu. In diesem Fall werden die Vertreter einer Restauration des alten Systems eine Änderung der Strategie der PVAP erzwingen: Die unentschlossenen Ansätze zur Kooperation mit Solidarnosc werden zugunsten einer autoritären Krisenlösung abgebrochen. Die PVAP macht alleine die Vorgaben zur wirtschaftlichen Reform und verhindert die weitere Diskussion über eine pluralistische Reform des politischen Systems. Eine solche Strategie könnte sich durchaus auf den Teil der Bevölkerung stützen, der durch die nun schon 1 1/2 Jahre dauernde Krise und die Unfähigkeit von Partei und Solidarnosc zu einem gemeinsamen Vorgehen müde geworden ist. Dieser Teil der Bevölkerung wäre bereit, auf eine umfassende Demokratisierung zu verzichten, wenn die PVAP es glaubhaft machen könnte, daß sie wenigstens die ökonomische Krise wirksam bekämpfen könnte. Eine derartige Lösung würde nicht von der Mehrheit der Solidarnosc akzeptiert werden, da die Verwirklichung von grundlegenden Forderungen wie Zugang zu den Medien, pluralistische Reform der Wahlordnung und demokratische Bestimmung der zentralen Wirtschaftsplanung ausgeschlossen sein würde. Solidarnosc würde also durch die Verschärfung der Konfrontationsstrategie eine Lage schaffen, in der es für die PVAP nur noch den Ausweg der repressiven Unterdrückung der Oppositionsbewegung gibt, was z.B. durch Massenverhaftungen von an Streiks Beteiligten oder der Inhaftierung einiger prominenter Vertreter der radikalen Strömung von Solidarnosc geschehen könnte. Bereits heute nimmt das Gewicht des Militärs bedeutsam zu. Zum ersten Mal in einem sozialistischen Land hat ein General den Posten des Ersten Parteisekretärs neben dem des Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers inne. Neben Jaruzelski sind drei weitere Minister Generäle. Ende Oktober haben Einsatzkommandos von etwa 2000 Soldaten die Vollmacht bekommen, in Dörfern und Kleinstädten gegen ineffektive Organisation der Wirtschaft und der Verwaltung einzuschreiten, sowie für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen. Bisher handelt es sich dabei lediglich um eine Einschränkung der Kompetenzen der lokalen Behörden, doch kann darauf eine schleichende Übernahme von Kompetenzen durch das Militär aufbauen, das als einziger wirksamer Teil des Staatsapparates auftritt.

Die dritte Möglichkeit ist die Intervention der Sowjetunion, möglicherweise auf Einladung einer von innen und außen unter Druck stehenden Regierung Polens. Zwar hat Moskau die Entwicklung in Polen weitgehender geduldet, als man es noch im Juli 1980 für möglich gehalten hätte, doch kann dies nicht bedeuten, daß es keine Grenzen gibt. Es sprechen vom Standpunkt der Sowjetunion im Wesentlichen vier Gründe gegen eine Intervention in Polen: 1. würde in Polen anders als in der CSSR mit massivem Widerstand zu rechnen sein, 2. würde die Sowjetunion durch die wirtschaftliche Lage Polens zusätzliche Schwierigkeiten für ihre eigene Wirtschaft bewältigen müssen, 3. würde gerade aufgrund der aggressiver werdenden Konzepte der US-Regierung eine Eskalation zwischen den beiden Blöcken auf militärischer Ebene, nicht in Mitteleuropa, aber wegen Polen irgendwo in der Welt zu befürchten sein und 4. würde der wachsende Erfolg der Friedensbewegung in Westeuropa mit einem Schlag zunichte gemacht werden.

Hiermit ist auch der Zusammenhang der Entwicklung in Polen mit der Entwicklung der westeuropäischen Linken angesprochen. Wenn in Polen der dargestellte historische Kompromiß erzielt werden könnte, wäre das ein bedeutender Auftrieb für die Linkskräfte, die für einen pluralistischen Sozialismus in Westeuropa eintreten. Eine autoritäre »Lösung« oder eine Intervention würde den rechten Ideologen Stoff liefern, um die prinzipielle Demokratiefeindlichkeit des Sozialismus behaupten zu können. Andersherum könnte der

Erfolg der westeuropäischen Friedensbewegung bei der Verhinderung der Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen die Toleranz der Sowjetunion gegenüber der pluralistischen Entwicklung in Polen vergrößern.

Anmerkungen

1 Programm Provisions for the 9th Extraordinary of the PUWP, Information Bulletin of CC of, Warschau 1981, S.2
2 Le Monde, Paris 18./19.10.81
3 Lenin-Werke, Berlin (DDR) 1961, S.498
4 Solidarnosc-Programmresolution, zit. n.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.10.81
5 Nuti, Domenico Mario, The Polish Crisis: Economic Factors and Constraints, in: Socialist Register 1981, London 1981, S.124
6 Walesa im Interview mit dem »Spiegel«, 15.6.81
7 Solidarnosc Programme Resolution of First National Congress, in: BBC, Summary of World Broadcasts, London 30.10.81
8 Sunday Times, London 4.10.81
9 Halbjahresbericht des polnischen Hauptamtes für Statistik, 1/81, zit.n.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.7.81
10 Nuti, a.a.O., S.127
11 Ebd., S.130
12 Ebd., S.127
13 Ebd., S.108
14 Ebd., S.108
15 Wlodzimierz Brus, Methoden und politische Determinanten der Wirtschaftspolitik Polens, Köln 1978
16 Nuti, a.a.O., S.108
17 Ebd., S.106
18 SOST, Landwirtschaft und Opposition der Kleinbauern, in: Polen, Sozialismus extra 3, Hamburg, August 1981, S.16
19 Neue Zürcher Zeitung vom 11.6.81
20 Regierungs- und Parteikommission für ökonomische Reform (Komisia Partyjno-Rzadowa do spraw Reformy Gospodarczej), Warschau 1981
21 Netzwerk (siec), Projekt ustawy o przedaiebiorstwie spolecznym, Warschau 1981 — Solidarnosc-Gesetzentwurf über selbstverwaltete Unternehmen, in: Forum, Wien, September/Oktober 1981, S.46-50 — Solidarnosc-Programmresolution, a.a.O
22 Regierungs- und Parteikommission, a.a.O. S.32
23 Solidarnosc-Gesetzentwurf über selbstverwaltete Unternehmen, a.a.O.
24 Ebd., S.50
25 Ebd., S.46
26 Le Monde, Paris 10.10.81

Klaus Peter Kisker und Axel Zerdick

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung — eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Gegen alle ökonomische Vernunft, so als habe es nie eine Brüningsche Sparpolitik mit ihren verhängnisvollen Folgen gegeben, so als habe es nie einen Keynes mit seinen Vorschlägen zur Minderung der Krisenfolgen gegeben, versucht die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung durch einschneidende Sparmaßnahmen die Staatsverschuldung zu mindern. Daß dies nicht notwendig ist, hat Michael Ernst-Pörksen in *spw 12* gezeigt. Wir werden im folgenden darlegen, daß die Sparmaßnahmen im Endeffekt zu einer Vergrößerung der Haushaltsdefizite führen müssen. Besonders zu kritisieren ist, daß die Sparmaßnahmen in krassem Gegensatz zu den beschäftigungspolitischen Erfordernissen stehen und einen Akt der sozialen Demontage darstellen. Werden die Sparmaßnahmen unangefochten durchgesetzt, verliert die SPD ein wesentliches Stück Glaubwürdigkeit.

I. Leistungskürzungen für die Armen — Steuergeschenke für die Reichen

In einer ersten Stellungnahme hat der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes scharfe Kritik an den Sparbeschlüssen geübt. Er stellte fest: »Die Verhandlungsergebnisse der Regierungskoalition sind sozial unausgewogen und beschäftigungspolitisch negativ. Sie stehen damit in einem grundsätzlichen Widerspruch zu dem Spar- und Beschäftigungskonzept, das der DGB ... vorgeschlagen hat.« Noch schärfer kritisierte die IG-Metall die Sparbeschlüsse. Nach Ansicht des geschäftsführenden Vorstandmitgliedes, *Karl-Heinz Janzen,* gibt es zwischen den Sozialdemokraten in der Bundesregierung und der IG-Metall keine Gemeinsamkeiten mehr. Die Koalition ist seiner Auffassung nach »mit einem Mähdrescher« über die sozialen Leistungsgesetze hinweggefahren. *Heinz-Oskar Vetter* gar schloß in einem Interview des Saarländischen Rundfunks Arbeitskampfmaßnahmen wegen der Eingriffe in die Substanz der sozialen Sicherung nicht aus. Die von den Gewerkschaften wie auch von Teilen der SPD hart kritisierten Entscheidungen der Bundesregierung, die als Sparmaßbeschlüsse bezeichnet werden, setzen sich aus einer im Detail kaum überschaubaren Fülle von Einzelmaßnahmen zusammen. Sie bestehen aus: Steuererhöhungen, Steuererleichterungen, Abbau von Sozialleistungen, Beitragserhöhungen und Stellenstreichungen.

Versuchen wir, die wichtigsten Sparmaßnahmen kurz zu skizzieren: *Steuererhöhungen* soll es ab April bzw. Juni 1982 bei Tabakwaren, Sekt und Alkohol geben. Die Zigarette wird mit ca. 2,7 Pfg., das Päckchen Feinschnitt mit DM 1,-, die Flasche Sekt mit DM 0,50 und die Flasche Schnaps mit ca. DM 0,76 mehr besteuert. Indirekte Steuererhöhungen ergeben sich durch den *Abbau einiger Steuervergünstigungen.* Arbeitslosengeld, Kurzarbeitsgeld, Schlechtwetterzulage und Arbeitslosenhilfe sollen künftig voll als Einkommen berücksichtigt werden. Damit werden diejenigen, die einen Teil des Jahres nicht oder nicht voll beschäftigt waren, höher besteuert. Die Pensionsrückstellungen von Betrieben für eine Altersversorgung der Betriebsangehörigen wird ebenso wie das Sparen künftig steuerlich weniger begünstigt als bisher. Bei Betriebs-PKW soll es künftig keinen Vorsteuerabzug mehr geben, d.h. z.B., daß ein Taxi-Unternehmen die für einen PKW gezahlte Umsatzsteuer nicht mehr mit der für die Beförderungsleistungen zu zahlenden Umsatzsteuer verrechnen kann. Dies führt zu einer Mehrbelastung kleiner und mittlerer Betriebe, in denen PKW einen wesentlichen Teil des Anlagevermögens darstellen, und ihrer Kunden.

Steuererleichterungen wird es vor allem für Unternehmen geben. Mit der Anhebung der degressiven Abschreibung wird faktisch die Gewinnsteuer der gut verdienenden Unternehmen gesenkt. Hinzu kommt die Möglichkeit, durch die Verdoppelung des Verlustrücktrages Verluste in einem Jahr mit Gewinnen anderer Jahre steuermindernd zu verrechnen. Bezieher hoher Einkommen werden insbesondere durch die höheren Abschreibungssätze beim Wohnungsbau (Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen) steuerlich begünstigt.

Beim *Abbau von Sozialleistungen* fällt neben der Verminderung der Sparförderung die Senkung des Kindergeldes (für das zweite und dritte Kind) und des Wohngeldes ins Auge. Schwerwiegendere Auswirkungen auf die abhängig Beschäftigten haben die drastischen Einschränkungen beim Arbeitsförderungsgesetz. Leistungen für berufliche Bildung und Rehabilitation werden rigoros gekürzt; der Druck auf Arbeitslose wird durch die Verschärfung der Zumutbarkeitsklausel und die Voraussetzungen, Arbeitslosengeld zu beanspruchen, erheblich erhöht. Der Abbau von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird die katastrophale Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen. Die Bezüge von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst sollen um 1% des Anfangsgrundgehaltes und des Ortszuschlages gekürzt werden. Die Besoldungsanpassung für Beamte soll 1982 um drei Monate verzögert werden. Diese Sonderlasten für den öffentlichen Dienst sind deshalb hervorzuheben, weil sie einen ersten schweren Eingriff in die Tarifautonomie darstellen. Gelingt es, diese »Besoldungs- bzw. Lohnpause« für den öffentlichen Dienst durchzusetzen, ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß in anderen Bereichen ähnliches versucht wird. *Beitragserhöhungen* soll es bei der Arbeitslosenversicherung geben. Außerdem werden Kranke durch höhere Rezeptblattgebühren und höhere Eigenbeteiligung bei Zahnersatz zur Kasse gebeten. Die Kürzung von Zuschüssen an die Allgemeinen Ortskrankenkassen müssen zu zusätzlichen Beitragserhöhungen bei den Versicherten führen. Damit werden sie doppelt belastet — durch Kürzung der Leistungen und höhere Abgaben.

Schließlich will die Bundesregierung in den nächsten zwei Jahren 6000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst einsparen, eine Maßnahme, die nicht nur die Arbeitslosigkeit erhöht, sondern auch eine Mehrbelastung für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten und einen Verlust an öffentlichen Dienstleistungen für wesentliche Teile der Bevölkerung mit sich bringt. Kritisch durchleuchtet, erweist sich das Paket der sogenannten Sparmaßnahmen als massiver Versuch, die Einkommen zu Lasten der sozial Schwachen umzuverteilen. Mit den Abschreibungserleichterungen werden Milliardenbeträge den Unternehmern zur Verfügung gestellt, die den Beziehern niedriger Einkommen, den von Arbeitslosigkeit und Krankheit Betroffenen weggenommen werden. Auch die scheinbar alle Einkommensgruppen gleichermaßen belastenden Maßnahmen passen in dieses Schema. Die Erhöhung der Verbrauchssteuern wird kaum zu einer Verminderung des Tabak- und Alkoholkonsums führen, belastet aber die unteren Einkommensbezieher erheblich stärker als die relativ Wohlhabenden. Das gleiche gilt für die Verminderung des Kindergeldes.

Um die vollen Auswirkungen der Sparmaßnahmen beurteilen zu können, darf man sie nicht isoliert betrachten, sondern muß sie vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung sehen. Der Hauch eines Beschäftigungsprogramms, der mit den Abschreibungserleichterungen und den öffentlichen Investitionshilfen in dem Paket enthalten sein soll, wird sich wie ähnliche — größere (!) — Maßnahmen kaum positiv auf dem Arbeitsmarkt auswirken.

Die Steuererhöhungen wie die sonstigen Mehrbelastungen der abhängig Beschäftigten schwächen die kaufkräftige Nachfrage und erhöhen die Zahl der Arbeitslosen, d.h. die Sparmaßnahmen führen — ähnlich wie die Brüningsche Finanzpolitik in den 30er Jahren

— zu einer weiteren Verschlechterung der Konjunktur. Es ist abzusehen, daß die Sparmaßnahmen über die sinkenden Einkommen zu einer Senkung der Steuereinnahmen führen und daß die sich weiter verschlechternde konjunkturelle Entwicklung über steigende Arbeitslosigkeit zu einer Erhöhung der Staatsausgaben zwingt. Das heißt, die sogenannten Sparbeschlüsse können das propagierte Ziel, die öffentliche Verschuldung schrittweise zu vermindern, nicht erreichen. Im Gegenteil: Sparen in der Krise heißt, das öffentliche Defizit zu vergrößern. Was bleibt, ist eine drastische Verstärkung der Umverteilung zu Lasten der sozial Schwachen.

II. Kapitulation der Wirtschaftspolitik

Der Hintergrund, vor dem sich die andauernde Auseinandersetzung um das neue Sparprogramm und die Verteilung der daraus entstehenden Lasten abspielt, enthält jedoch noch weitere düstere Farben. Das entscheidende Problem ist die mit diesem Programm eingeleitete Abkehr von der Vorstellung einer auf soziale Gerechtigkeit verpflichteten und zur behutsamen Steuerung der Wirtschaft berechtigten sozialliberalen Regierung.

Obwohl sich die wirtschaftliche Situation nicht wesentlich geändert hat und obwohl nach wie vor verschiedene Konzepte zur Lösung der Probleme unvereinbart gegenüberstehen, wird jetzt die Sicherung der Vollbeschäftigung nicht mehr als primäre staatliche Aufgabe angesehen, sondern von der privaten Wirtschaft erwartet. Die Aufgabe des Staates wird deshalb verlagert auf die Sicherung der optimalen Bedingungen zur Entfaltung der privaten Wirtschaft, von der man sich die Durchsetzung wirtschaftspolitischer Erfolge verspricht. Damit scheint das Vollbeschäftigungsziel nicht aufgegeben, scheinbar handelt es sich nur um die Wahl anderer Mittel zur Erreichung desselben Zieles — in Wirklichkeit bedeutet dieser Schwenk eine weitere Kapitulation vor den Interessen des privaten Kapitals.

Die Logik hinter dieser Politik ist weder neu noch erfolgversprechend. Die Mißerfolge dieser Politik in Chile, in Großbritannien und die sich abzeichnenden Schwierigkeiten in den USA sind ein Beleg dafür. Man braucht nicht Ökonom zu sein, um die simplen Ideen zu verstehen, die alles Heil in der Wirtschaft ausschließlich dem möglichst unbeschränkten Walten privater Investoren zuschreiben. Zunächst wird behauptet, die bisherige Politik der staatlichen Nachfragesteuerung sei erfolglos gewesen. Im zweiten Schritt wird die Binsenwahrheit verbreitet, daß es ja schließlich die Unternehmen seien, die über ihre Einstellungen und Entlassungen die Arbeitslosigkeit maßgebend beeinflussen. Dann — so der dritte Schritt — braucht man nur die Investitionen der Unternehmen zu fördern, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Wenn aber investiert werden soll, müssen die Unternehmen zunächst einmal ausreichende (d.h. immer: höhere) Gewinne bekommen; und wenn der Markt die nicht hergibt, dann muß der Staat eben nachhelfen.

Noch im Wahlkampf wurde zutreffend darauf hingewiesen, daß die gegen den Widerstand der CDU durchgeführte defizitäre Haushaltspolitik die Arbeitslosigkeit zwar nicht beseitigt, aber in einer Größenordnung von rund einer Million Arbeitsplätzen in den letzten fünf Jahren vermindert hat. Warum wird dies jetzt vergessen? Weiß die Regierung nicht, daß zusätzliche Gewinne wegen der hohen Zinsen zu einem großen Teil in Finanzinvestitionen verschwinden werden? Es ist für viele Unternehmen sinnvoller, verfügbares Geld zu sicheren hohen Zinsen zu verleihen, als damit unsichere Investitionen zu finanzieren. Die Gelder fließen ins Ausland oder an den Staat, der damit u.a. genau die Subventionen finanziert, die ihm jetzt zu hohen Zinsen wieder zur Verfügung gestellt werden. Weiß die Regierung nicht, daß Investitionen — wenn sie denn schon vorgenommen wer-

Weiß die Regierung nicht, daß Investitionen — wenn sie denn schon vorgenommen werden — vorrangig Rationalisierungsinvestitionen sein werden? Das weiß sie, und es wird gezielt gefördert.

Gestützt auf z.T. positive Erfahrungen der Vergangenheit mit anderen ökonomischen und technischen Rahmenbedingungen geht man davon aus, daß Rationalisierungsinvestitionen sozusagen in drei Wellen wirken. Zuerst wird die Beschäftigung im Maschinenbau belebt, der mit der Herstellung der neuen Anlagen zu tun hat. In der zweiten Welle entstehen bei den Anwendern die erwarteten Rationalisierungseffekte, die Arbeitslosigkeit wird also steigen. In einer dritten Welle werden sich aber sowohl die Maschinenbauer als auch die jetzt mit günstigeren Kosten arbeitenden Anwender im internationalen Wettbewerb besser durchsetzen; das Ergebnis ist, daß zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Der Haken bei diesem Mechanismus: Nur die zweite Welle ist wirklich sicher, denn man kann sich darauf verlassen, daß die Anwendung von Rationalisierungstechniken auch die erwünschten Ergebnisse in den Unternehmen haben wird. Ob es bei den Herstellern im Maschinenbau tatsächlich zu höherer Beschäftigung kommt, hängt dagegen davon ab, inwieweit die Anlagen selbst schon unter Anwendung arbeits- und kapitalsparender Techniken hergestellt werden. Die Büro- und Steuerungselektronik einschließlich der neuen Kommunikationstechnik liefert jedenfalls Beispiele dafür, daß auch bei der Herstellung der neuen Geräte selbst Arbeitsplätze eingespart werden. Die dritte Welle schließlich ist vollends unsicher: Ihr Effekt hängt davon ab, daß im internationalen Bereich alles beim alten bleibt, daß die anderen Unternehmen nicht ebenfalls rationalisieren und daß nicht andere Staaten aus Sorge um ihre eigenen Arbeitsplätze die Spielregeln des internationalen Wettbewerbs zu ihren Gunsten verändern. Die Konsequenz: Das Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit besteht hier in der Bundesrepublik, und hier muß es auch gelöst werden. Der Verzicht auf arbeitsplatzsichernde Maßnahmen hier kann nicht mit der mehr als vagen Hoffnung auf den Export unserer Arbeitslosigkeit begründet werden.

Wir haben vorher erläutert, warum nach unserer Auffassung nicht wirklich gespart, sondern im wesentlichen nur umverteilt werden wird; zusammen mit der sichtbar gewordenen Wende in der öffentlich vertretenen Wirtschaftspolitik stellt sich das »Sparprogramm« jetzt noch schärfer dar: Es ist aus dieser Sicht der politische Rauchvorhang, hinter dem sich eine radikale Umverteilung und eine verstärkte Inanspruchnahme des Staates durch privatkapitalistische Interessen anbahnt.

III. Koalition oder sozialdemokratische Glaubwürdigkeit

Helmut Schmidt hat die sog. Sparmaßnahmen mit den Worten begründet: »... unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung werden die notwendigen Sparmaßnahmen sozial ausgewogen und auf alle Gruppen der Bevölkerung verteilt sein.« Die Reaktion der Gewerkschaften wie unsere Analyse zeigen, daß von sozial ausgewogenen Maßnahmen bei dem vorgeschlagenen Paket nicht die Rede sein kann. Dieses und die Tatsache, daß dieses Programm konjunkturpolitisch falsch ist und statt Einsparungen nur Umverteilungen bringen wird, hat schwerwiegende Folgen für die SPD.

Kurzfristig hat bereits die Ankündigung des »Sparprogramms« zu schweren Spannungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften geführt. Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen die Politik einer sozialdemokratisch geführten Regierung wie am 7.11. in Stuttgart markieren eine Wende für die deutsche Nachkriegsgeschichte.

Das traditionell gute Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD droht zu zerbrechen. Dies hieße, daß die SPD nicht mehr auf die Unterstützung durch die Gewerkschaf-

ten rechnen kann und daß ein Teil der Mitglieder wie der Wähler verlorenzugehen droht. Fehlende Übereinstimmung zwischen SPD und Gewerkschaften macht diese Partei darüber hinaus für viele bürgerliche Wähler uninteressant. Denn wenn die SPD nicht in der Lage ist, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften den sozialen Frieden zu sichern, bleibt aus dieser Sicht nur eine schlechte Kopie bürgerlich-konservativer Parteien mit gewissen Risiken, die besser durch das Original ersetzt wird. Kurzfristig ist jedoch nicht nur zu befürchten, daß gewerkschaftlich orientierte Mitglieder und Wähler dieser Partei den Rücken kehren werden, sondern daß alle diejenigen, die von Arbeitslosigkeit betroffen werden bzw. die Einschränkung von Sozialleistungen erleben, enttäuscht in andere Lager oder in die politische Passivität abwandern. Dies ist keine Spekulation. Die letzten Wahlen bzw. Wahlanalysen zeigen, daß sich die Jungwähler von der SPD weg zu anderen Parteien orientieren und daß ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten aus Enttäuschung über die Politik »ihrer« Partei bei den Wahlen zu Hause bleibt. Die sogenannten Sparmaßnahmen werden diesen Trend verstärken.

Längerfristig bedeutet dies nicht nur den Verlust der Regierungsfähigkeit, sondern auch einen Vertrauensschwund, der wenig Hoffnung für ein Wiedererstarken der SPD bietet. Wenn sich herausstellt, daß das Sparprogramm weder zur Verringerung der Verschuldung noch zur Lösung der konjunkturellen Schwierigkeiten geführt, sondern ausschließlich eine Umverteilung bewirkt hat, werden Mitglieder und Wähler der SPD Unfähigkeit, wenn nicht gar Betrug an den abhängig Beschäftigten vorwerfen.

Es ist schwer zu begreifen, warum die Sozialdemokraten um Helmut Schmidt diese Risiken eingehen. Selbst wenn man das gebrochene Verhältnis führender Sozialdemokraten zur kritischen Intelligenz berücksichtigt, ist nicht anzunehmen, daß sie alle kritischen Stimmen und konstruktiven Gegenvorschläge überhören oder nicht wissen, was sie mit dieser Politik anrichten. Diese einseitig an den Interessen des Großkapitals orientierte Wirtschaftspolitik ist auch nicht mehr, als den Weg des »kleineren Übels« zu legitimieren, denn er unterscheidet sich nicht von dem, den eine CDU-Regierung heute gehen würde. Diese Politik ist nur als der Versuch zu erklären, bewußt oder unbewußt auf Kosten der Glaubwürdigkeit der Partei an der Regierung zu bleiben. Helmut Schmidt und seine Freunde müssen erkennen, daß die der FDP angehörenden Regierungsmitglieder einen wahltaktischen Schwenk in Richtung auf eine CDU-Koalition vollzogen haben. Um den Bruch mit der FDP hinauszuschieben, vollziehen die sozialdemokratischen Minister die wirtschaftspolitische Tendenzwende mit.

Was ist angesichts dieser Lage zu tun? Obwohl wenig Hoffnung besteht, daß die sogenannten Sparmaßnahmen im Parlament noch entscheidend geändert werden, muß eine breitere Diskussion in der SPD, zwischen der SPD und den Gewerkschaften sowie zwischen SPD und Bevölkerung anfangen, die zeigt, daß die Regierungspolitik hier nicht dem Selbstverständnis und den Zielen der SPD entspricht. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, in dieser Situation aus Rücksicht auf den Bestand der Koalition Fraktions- und Regierungsdisziplin zu üben. SPD-Mitglieder und insbesondere die SPD-Parlamentarier stehen vor der Alternative, die Regierungskoalition noch für eine gewisse Zeit zu stabilisieren und damit die Glaubwürdigkeit der SPD zu zerstören oder unabhängig von Koalitionsrücksichten das Vertrauen der abhängig Beschäftigten in die SPD zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Es muß verhindert werden, daß die sozialliberale Regierungskoalition die SPD auf Dauer zerstört.

Berichte

Christiane Rix-Mackenthun

Der 80. Parteitag der britischen Labour Party

Der Kampf zwischen Denis Healey und Tony Benn um den Posten des stellvertretenden Parteivorsitzenden prägte die diesjährige Konferenz der Labour Party. So jedenfalls ist der Eindruck, den man aus den Medien gewinnen mußte. Interessanter ist jedoch die Frage, wer und was sich hinter diesem Personenkampf verbirgt. Die platte Trennung in rechten und linken Labour-Flügel, der erstere für Healey, der letztere für Benn, erklärt jedenfalls die Vorgänge auf dem Parteitag insgesamt nicht mehr.

Die Änderung des Verhältnisses der drei Parteiteile zueinander (Gewerkschaften, Abgeordnete und Wahlkreisorganisationen), bei der Bestimmung der Parteiprogrammatik und ihrer Umsetzung auf parlamentarischer Ebene haben u.a. innerparteilich zu erheblichen Differenzierungen der politischen Flügel geführt. Seit dem außerordentlichen Parteitag im Januar 1981 müssen sich die Abgeordneten vor jeder Wahl der Neunominierung durch ihre Wahlkreisorganisationen stellen. Außerdem können sie nicht mehr allein über den Posten des Parteivorsitzenden bestimmen. Die Konferenz wählt ihn und seinen Stellvertreter nunmehr in einem Verhältnis von 40:30:30, wobei die Gewerkschaften den größten Anteil erhalten haben. Politisch bleibt der Stellvertetende Parteivorsitzende relativ belanglos. Sein Einfluß auf die Politik und Programmatik der Partei ist minimal. Gegen den Vorsitzenden und/oder den 29-köpfigen Parteivorstand, das Nationale Exekutivkomittee (NEC), kann er nichts durchsetzen.

Die Auseinandersetzungen um den stellvertretenden Parteivorsitzenden

Seit Mitte der 70er Jahre machte die Labour Party eine Linkswende, die sich in der Zusammensetzung des NEC, in den Wahlkreisorganisationen und in Teilen der korporativ an die Partei angeschlossenen Gewerkschaften niederschlug. Die Selbständigkeit der Parlamentsfraktion (PLP) von der Partei erschwerte jedoch die Ausübung von politischem Druck durch die Parteibasis und die Gewerkschaften.

Diese Abkoppelung der Parlamentspartei von der Partei insgesamt wurde auf den Parteitagen 1980 und Januar 1981 aufgehoben. Die Mobilisierungsarbeit für diese Reformen leistete vor allem die Campaign for Labour Democracy, die von Basismitgliedern getragen und ganz wesentlich von Tony Benn angeführt wurde. Die Mitglieder der Tribune Group, ein Zusammenschluß linker Parlamentarier, setzten sich ebenfalls für diese Demokratisierung der Strukturen ein, obwohl sie auch für sie bedeuteten, sich vor jeder Wahl in ihren Wahlkreisorganisationen neu nominieren lassen zu müssen, also nicht mehr automatisch Kandidat ihrer Partei zu bleiben.

So waren es nicht nur die konservativen Abgeordneten der Labour Party, die sich seit Frühjahr dieses Jahres vor ihren Basisorganisationen zum ersten Mal seit ihrer ersten Kandidatur zu verantworten hatten, deren bisherige Politik unter die Lupe genommen und denen unbequeme Fragen gestellt wurden. Die Furcht vor dem Verlust des Postens blieb auch den Mitgliedern der Tribune Group nicht erspart.

Die Diskussionen um die Statutenreformen brachen nach den Entscheidungen der Parteitage nicht ab. Es wurde versucht, die Neunominierung in den Wahlkreisorganisationen durch formale Tricks zu unterlaufen und zudem die im Januar 1981 entschiedene Wahl-

modusreform für den Vorsitzenden als undemokratisch abzuqualifizieren, um so eine neuerliche Abstimmung darüber zu legitimieren. Die Bemühungen, die Statutenreformen auf verschiedenste Weise infrage zu stellen, gingen nicht nur vom rechten Labour-Flügel aus. Auch einige linke Abgeordnete sprachen sich dafür aus, die Entscheidungen neu zu überdenken. Dies war der erste Ansatz für eine Zersplitterung innerhalb des linken Flügels zumindest der Fraktion.

Gleichzeitig kündigte Tony Benn im April ohne Absprache mit der Mehrheit der Tribune Group, der er zum damaligen Zeitpunkt noch nicht angehörte, seine Kandidatur zum stellvertretenden Parteivorsitzenden an. Tatsächlich hatte Benn nur mit seinen engsten Vertrauten diesen Schritt besprochen und sammelte lediglich die erforderliche Mindestanzahl an Unterstützungsunterschriften in der Fraktion. Die Mehrheit der Tribune-Group-Mitglieder erfuhr die Entscheidung aus der Presse. Für viele war Benns Kandidatur keineswegs nur ein Problem der Form, in der sie bekanntgegeben worden war. In ihm stand ein Politiker für den stellvertretenden Parteivorsitzenden, der sich erstens deutlicher als jeder andere von den Positionen des konservativen Healey (und damit der traditionellen Mehrheitsmeinung der Parlamentspartei) abhob und zweitens kompromißloser als jeder andere für die konsequente Durchsetzung von Parteitagsbeschlüssen in der Parlaments- und ggf. Regierungspolitik eintrat. Die Polarisierung zwischen der rechten Labour-Linie im Parlament und der linken Parteimehrheit nahm plötzlich die konkrete Form der Personalisierung an, der man sich nicht mehr entziehen konnte.

Genau dies fiel der Mehrheit der Tribune-Group-Mitglieder schwer. Ihn zu unterstützen, hätte bedeutet, sich in der Zukunft in seinem politischen Schlepptau zu bewegen, d.h., den letzten Rest parlamentarischer Unabhängigkeit zu verlieren. Dabei ging und geht es weniger um inhaltliche Differenzen. Die politische Programmatik, für die Benn eintritt, findet auch in der Tribune Group eine Mehrheit. Hinter ihr steht sogar — wie die Beschlüsse auch auf dem diesjährigen Parteitag bewiesen haben — die eindeutige Mehrheit der Partei. Die Furcht vor der Person Benn innerhalb der Tribune Group resultiert vielmehr aus seiner mangelnden politischen Verankerung in der Fraktion bei gleichzeitiger starker Verankerung in der Parteibasis. Es ist nicht nur in der britischen Parlamentsgeschichte, sondern auch in der Geschichte der Labour Party ein einmaliger Vorgang, daß sich ein führender Politiker nicht darum kümmert, was die honorige Versammlung seiner Parlamentskollegen meint, sondern es versteht, die Parteibasis in nie gekannter Weise zu mobilisieren und zu mehr Einflußnahme auf die PLP aufzurufen. Vor dem Hintergrund der bereits durchgesetzten Parteistatutenreformen und der angelaufenen Neunominierungen durch eben diese Parteibasis sahen sich auch die linken Abgeordneten einem bisher nicht gekannten Druck ausgesetzt, gegen den sie sich auflehnten. Die Bemühungen, einen Mittelweg bei der Entscheidung zu finden und den »gemäßigt linken« John Silkin als ihren Kandidaten zu verkaufen, war aufgrund dessen Profillosigkeit von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Die Entscheidung auf dem Parteitag fiel zwischen Healey und Benn, zwischen einer politischen Konzeption, die bei den Linken als gescheitert und schädlich anerkannt, und einem Bewerber, der mit allen parlamentarischen Tabus zu brechen bereit ist.

50 von ca. 70 Tribune-Group-Mitgliedern enthielten sich deshalb im zweiten entscheidenden Wahlgang entweder der Stimme oder waren bei der Abstimmung nicht anwesend. Sie kosteten Benn den Sieg über Healey. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, daß die politische Richtung, die Healey verkörperte, in der Partei keine Mehrheit hat. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, daß die größten und wichtigsten Gewerkschaften für die Inhalte

eintreten, für die auch Benn kämpft und die Healey ablehnt: alternatives Wirtschaftsprogramm, nukleare Abrüstung, EG-Austritt. Ebenso eindeutig ist, daß die beispiellose Rufmordkampagne, die in den Medien gegen Benn lief, an der Gewerkschaftsbasis nicht spurlos vorübergegangen ist. So entschieden sich die Mitglieder der Gewerkschaft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in einer Umfrage gegen Benn, was den Vorstand zu einer Änderung seines ursprünglich geplanten Abstimmungsverhaltens zwang. Die größte Gewerkschaft, die Transportarbeiter, hatten ebenfalls eine Mitgliederumfrage gemacht, bei der — im Gegensatz zu den Presseberichten — Healey und Benn etwa gleich abschnitten. Daraufhin entschieden sich 17 der Delegierten für Enthaltung, 17 für Benn. Angeblich stimmten im 2. Wahlgang dann doch alle Delegierten für Benn. Trotzdem fehlten ihm 0,8%.

Eine Spaltung mitten durch die Partei?

Einen größeren Einblick in die Kräfteverhältnisse auf dem diesjährigen Parteitag liefert die Zusammensetzung des Parteivorstandes, des NEC. Zum ersten Mal seit 1976 verlor die Labour-Linke ihre Mehrheit im NEC. Angeblich war dieses Ergebnis (15:14 für Rechts) dem geschickten Taktieren konservativer Gewerkschaftler zu verdanken. Wie das im einzelnen geschehen konnte, darüber gibt es unterschiedliche Versionen. Fest steht jedoch, daß die Umsetzung von Parteitagsbeschlüssen in die Parlamentsarbeit, die Verstärkung des Einflusses der Gesamtpartei auf die Fraktion ganz wesentlich von den Vorgaben des NEC abhängt. Sind dort in Zukunft fortschrittliche Positionen nicht mehr durchzusetzen, ist der Erfolg der bisherigen Arbeit des linken Flügels in Frage gestellt. Auf der anderen Seite bleibt die Tatsache bestehen, daß die Mehrheit der Partei nach wie vor hinter der sozialistischen Programmatik steht. Bleibt zu fragen, welche Rolle eigentlich Michael Foot spielt.

Die einst so zentrale Figur des Parteivorsitzenden schien in den Auseinandersetzungen der vergangenen Monate eine geringfügige Rolle zu spielen. Foots Bestreben war es seit seiner Wahl vor einem Jahr, die auseinanderstrebenden Flügel in der Partei zu einigen, über vorhandene, tiefgreifende politische Kontroversen das Mäntelchen der Parteisolidarität zu decken. In dieses Bild paßt Tony Benn nicht. Zwar trägt Foot die wesentlichen programmatischen Aussagen der Parteimehrheit wie alternatives Wirtschaftsprogramm, EG-Austritt und nukleare Abrüstung inhaltlich voll mit, dennoch versuchte er, die sich an diesem Punkt festmachende Polarisierung der Partei zu verhindern, indem er dem rechten Flügel entgegenzukommen bemüht war. So sprach er sich beispielsweise gegen ein neues Wahlverfahren aus, das den mehrheitlich konservativen Abgeordneten ihre Dominanz gegenüber der Partei nahm — eine für die Linke substantielle Voraussetzung für die Durchsetzung ihrer Inhalte. Dies wie seine manchmal wenig offensive Haltung gegenüber der Thatcher-Regierung, insbesondere in der Frage der Behandlung der nord-irischen Häftlinge, kostete ihn bei den Linken Vertrauen und Unterstützung, ohne ihm genau dies bei den Rechten einzubringen. Michael Foot, der einst so respektierte »aufrechte« Sozialist der Labour Party, hat an Profil und Einfluß eingebüßt.

Wenn es nicht gelingt, die Auseinandersetzungen in der Labour Party weniger personen- als mehr sachbezogen zu gestalten — und darin liegt die Stärke dieser Partei gegenüber allen anderen in Großbritannien —, werden die Unkenrufe der konservativen Presse über die Selbstzerfleischung vielleicht an Substanz gewinnen. Genau darauf aber lauern die Liberalen und die neue Social Democratic Party bei den nächsten Wahlen.

Hannes Schwenger und Jochen Zimmer

Arbeiter — Kultur — Heute

Arbeitstagung der Kulturpolitischen Gesellschaft vom 11.-13. Juni 1981 im Ruhrfestspielhaus Recklinghausen

Mit der Devise »Kultur für alle« — den vielzitierten Buchtitel hat Hilmar Hoffmann 1979 veröffentlicht — ist die »Kulturpolitische Gesellschaft« 1976 angetreten. Hilmar Hoffmann gehörte ebenso zu ihren Gründungsmitgliedern wie seine Amtskollegen in den Kulturdezernaten anderer Städte, zum Beispiel Hermann Glaser (SPD) in Nürnberg, Siegfried Hummel (FDP) in Osnabrück oder Bernd Dieckmann (CDU) in Düsseldorf. Gründer und Vorsitzender der Gesellschaft ist das sozialdemokratische Mitglied des Europäischen Parlaments Olaf Schwencke, der den Boden für diese Gründung bereits seit Jahren durch seine kulturpolitischen Tagungen in der Evangelischen Akademie Loccum bereitet hatte. 1974 erschienen seine »Plädoyers für eine neue Kulturpolitik« (Hanser Verlag), ein Sammelband mit Beiträgen zu verschiedenen damals aktuellen Ansätzen einer neuen Kulturpolitik: Zum Aufruf des deutschen Städtetags für eine menschliche Stadt, zum Konzept des Europarats über »Kulturelle Demokratie«, zur Bewegung der Kultur- und Kommunikationszentren, zu den subkulturellen und alternativen Initiativen aller Schattierungen. »Alternativ« war hier schon das Stichwort, bevor es die Grünen und Ökologen für sich beanspruchten. Die bunte Gründungskoalition der »Kulturpolitischen Gesellschaft« umfaßte Kulturpolitiker wie Hoffmann und Glaser, Sprecher und Interpreten der alternativen Kulturszene wie Rolf Schwendter oder Robert Jungk und deren Praktiker wie den Gründer der Hamburger »Fabrik«, Horst Dietrich. Sie hat im Lauf der Jahre immerhin über 600 Mitglieder für ihr Ziel zusammengebracht, »kultur- und gesellschaftspolitische Defizite abzuschaffen«.

Da lag es auf der Hand, daß die Gesellschaft trotz aller allgemeinen Bekenntnisse zur »Kultur für alle« und zu einem möglichst weiten Kulturbegriff auch einmal auf so konkrete Probleme wie das der Arbeiterkultur stoßen würde, an dem der überparteiliche Konsens fürs »Alternative« ins Wanken geraten könnte. Und prompt stellten sich die Verlegenheiten ein, als die Kulturpolitische Gesellschaft 1980 das Thema »Arbeiterkultur heute« aufs Programm ihrer Tagung während der Ruhrfestspiele 1981 setzen wollte. Ob man auf Integration oder Gegenkultur setzen soll, ob angesichts sozialer Veränderungen in der Arbeiterschaft überhaupt noch sinnvoll von Arbeiterkultur gesprochen werden kann, ob damit die Lebensweise der Arbeiter oder die Kampf- und Feiertagskultur der Arbeiterbewegung gemeint sein soll: Die kontroversen Fragen häuften sich bei der Vorbereitung derart, daß die Tagung in einen theoretischen und politischen Kulturkampf zu versinken drohte. So half man sich (auch unter dem sanften Druck von an einer Dezentralisierung der kommunalen Kulturangebote interessierten Gewerkschaftern, Arbeitervertretern und Kulturarbeitern) mit zwei Gedankenstrichen aus der Verlegenheit und erweiterte das Thema *Arbeiterkultur heute* zu »Arbeiter — Kultur — Heute«: »Im Mittelpunkt dieser Tagung steht die Frage, inwieweit die Kulturinteressen von Arbeitnehmern in den unterschiedlichen Feldern der öffentlichen Kulturarbeit adäquat berücksichtigt werden.« In sechs Arbeitsgruppen (Was erwarten Arbeiter von sozio-kultureller Stadtteilarbeit?; Kulturarbeit und Betrieb; Die Kunst dem Volke!? — Zwischen Volkstümelei und Qualität; Kulturelle Zusammenarbeit mit Gewerkschaften; Arbeitnehmer im Verein — Kultur »von unten«; Elitärer Kulturbetrieb contra alternative Kulturarbeit — Warum ist es so schwer, Kulturarbeit von,

mit und für Arbeitnehmer zu machen?) wurden Erfahrungsberichte aus Bürgerinitiativen, gewerkschaftlicher und kommunaler Kulturarbeit eingeholt: Aus Stadtteilarbeit, Kulturarbeit im Betrieb, aus der Arbeit in und mit Vereinen, aus dem Spannungsfeld zwischen »Kulturbetrieb« und »alternativer Kulturarbeit«.

Da gibt es freilich, wie die Berichte zeigten, nicht nur *einen* Grund und nicht nur eine Antwort: Nicht nur die vielzitierte »Schwellenangst« vor den Kulturpalästen, auch so handfeste Hinderungsgründe wie die reale Abnahme der freien Zeit, die Überbelastung durch monotone Handarbeit oder die Zeitprobleme von Schichtarbeitern, die auch dann nicht verschwinden, wenn die Kultur die Schwelle der Musentempel überwindet und aus den Stadtzentren in die Bezirke geht. Außerdem: Wer nicht in Schule oder Elternhaus kulturell motiviert wurde, tut sich später mit Kunst und Kultur doppelt schwer, selbst wenn dabei — wie jetzt in Österreich — die Gewerkschaft durch Kulturbeaufragte in den Betrieben nachhilft. Und schließlich mögen es die Betroffenen gar nicht immer besonders, wenn die öffentliche Kultur- oder Jugendförderung mit inhaltlichen Auflagen verbunden ist. Gerade Falken und Naturfreunde konnten in Recklinghausen ein Lied von Mittelstreichungen für Unbotmäßigkeit singen. Auch wenn den anwesenden Soziokultur-Machern aller emanzipatorischer und auch linker guter Wille zugebilligt wurde, so zweifelten die Arbeitervereinsleute doch die demokratische Legitimation von inhaltlichen Vorgaben an.

Eine ganze Handvoll Gründe also, warum Kultur für Arbeitnehmer selbst oft eher ein Stück Arbeit bedeutet — nicht nur für die Kulturarbeiter, die sie dazu anregen und darin bestärken möchten. Volkstümelei ist dabei unnötig, denn das Volk — nur ein anderes Wort für »die da unten« — hat durchaus eigene kulturelle Interessen und Traditionen, bei denen eine unterstützende Kulturarbeit ansetzen kann. Längst sind sich Kulturwissenschaftler darin einig, daß auch Sport, Taubenzucht, Schrebergärten oder Gesang zur Kultur und gerade zur Kultur der Arbeitnehmer gehören. Und warum sollten Menschen, die sich ihre soziale Umgebung aneignen, indem sie aus ihrem Leben erzählen, Briefe und Tagebücher schreiben können, nicht auch Erzählungen und Romane verfassen lernen, über die sie ihre Erfahrungen kommunizieren oder »vergesellschaften« können? Der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt hat diese Frage längst positiv erledigt — was nicht bedeutet, daß sich nicht mehr tun ließe. In ihrer »Recklinghauser Erklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft zur Arbeiter-Kultur« hat die Tagung dazu einige Vorschläge gemacht: Sie fordert eine engere — auch institutionelle — Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Kommunen in der Kulturarbeit, bessere kulturelle Bildung in den Schulen, Förderung kultureller Selbsttätigkeit in Vereinen und Bürgerinitiativen, mehr und vor allem selbstbestimmte betriebliche Kulturarbeit — auch in Kooperation mit professionellen Künstlern. Der Staat soll solche Aktivitäten nicht nur in Modellversuchen — zum Beispiel »Künstler in der Schule« — fördern, sondern als eine dauernde Pflichtaufgabe akzeptieren.

Denn auch das zeigte der Erfahrungsaustausch von Recklinghausen: Ohne Kontinuität ist beim Aufholen kultureller Defizite auf die Dauer kein Land zu gewinnen. »Hier mal ein Straßentheater, da mal ein Stadtteilfest — das bringt gar nichts«, meinte ein ernüchterter Veteran der alternativen Kulturarbeit unter dem Beifall seiner Kollegen. Niemand weiß das besser als die Kulturpolitische Gesellschaft, die sich daran nun schon über fünf Jahre abarbeitet: Hier eine Tagung, da eine Revolution — das bringt in der Kulturpolitik genauso wenig. Und auch auf ein weiteres zentrales Dilemma weist die Kulturpolitische Gesellschaft in der Abschlußerklärung ihrer Tagung hin: Die Sparbeschlüsse und die dadurch verschärfte öffentliche Armut sowie insbesondere die forcierte Rüstungspolitik gefährden jede Demokratisierung und Verbesserung der kulturellen Infrastruktur.

Lars Vikström

Die diesjährigen Konferenzen der schwedischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften*

Jedes fünfzehnte Jahr halten der schwedische Gewerkschaftsbund »Landesorganisation« (LO) und die sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) ihre Kongresse gleichzeitig ab. Das zeitliche Zusammentreffen in diesem Jahr bot die einzigartige Gelegenheit, die Bewegung für einen Start zur Rückeroberung der Regierungsmacht 1982 zu mobilisieren, sie bot aber auch eine Möglichkeit zur Sammlung und Vereinheitlichung zwischen der LO und der SAP in der Frage der Arbeitnehmerfonds.

Die Kongresse fanden besondere Beachtung im Hinblick auf die zwei aufeinanderfolgenden Wahlniederlagen der SAP sowie das aktuelle Streben zur Wiedererlangung der Regierungsmacht. Für den reformistischen Zweig der Arbeiterbewegung begann der Wahlkampf. Die Grundlage für eine Politik sollte festgelegt werden, welche die politische Debatte während des nächsten Jahrzehnts prägen wird. Jetzt sollte eine der Fragen, die die schwedische Debatte am meisten geprägt hat, ihrer Lösung entgegengehen — die Arbeitnehmerfonds. Letztlich würde sich zeigen, ob die Forderung nach »dem notwendigen Aufbruch« durchschlagend ist. Dies zur Charakterisierung der Situation, in der die Kongresse stattfanden.

Die Geschichte der Arbeitnehmerfonds

Ganz selbstverständlich rückten die Arbeitnehmerfonds in das Zentrum der Kongreßdiskussionen — eine Frage, welche die Sozialdemokratie während der letzten beiden Wahlen verfolgte und die wahrscheinlich eine der Ursachen für beide Wahlniederlagen wurde. Im klaren Bewußtsein, daß die Fonds wieder im Zentrum des Wahlkampfs stehen würden, war man gezwungen, sich erneut auf einen praktischen Vorschlag zur Durchführung zu einigen. Es war mit Rücksicht auf viele frühere Beschlüsse auch deshalb nicht möglich, die Frage zur Seite zu schieben, weil sie mit dem Programm zur Krisenbekämpfung und mit der Überzeugung der Mitglieder von der Notwendigkeit dieses Krisenprogramms verknüpft ist. Viel politisches Prestige wäre verloren gegangen. Der jetzt vorliegende Vorschlag ist ein Resultat des Kampfes innerhalb der LO und der SAP, aber auch einer Verschiebung der Klassenkampflinie in der Gesellschaft in dieser Frage nach rechts.

Die jetzigen schwedischen Arbeitnehmerfonds sind auf dem Gewerkschaftskongreß 1971 auf Antrag der Metallarbeitergewerkschaft ins Leben gerufen worden. Danach wurde Rudolf Meidner beauftragt, einen Vorschlag auszuarbeiten, der auf dem Gewerkschaftskongress des Jahres 1976 vorgelegt werden sollte. Gleichzeitig wurde das sozialdemokratische Parteiprogramm auf dem Parteitag 1975 revidiert und die Frage gestellt, ob man nicht — nach der politischen Demokratie und der sozialen Sicherheit — den »dritten Schritt« zur Wirtschaftsdemokratie machen sollte. Der Gewerkschaftskongreß 1976 schloß sich in den Grundprinzipien dem Meidner-Bericht an.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1978 wurde ergänzt, daß man das kollektive Sparen für produktive Investitionen der Industrie anregen wolle. Gleichzeitig erhielt der Parteivorstand den Auftrag, die Frage zusammen mit dem Gewerkschaftsbund bis zu den Kongressen dieses Jahres zu klären. Der gemeinsame Bericht, der erarbeitet wurde, war somit das Ergebnis dieser Bemühungen.

* Die deutsche Übersetzung besorgten Joachim Unger und Frank Heidenreich.

Was beinhalten die Fonds?

Zunächst sollte man betonen, daß in dem Vorschlag manches Problem offen gelassen wurde. Kjelle-Olof Feldt (der zweite Mann der mittleren Generation nach Palme in der sozialdemokratischen Partei) drückte dies so aus: »Die Kongresse sollten der sozialdemokratischen Parteiführung in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung in Bezug auf die Durchführung eines Vorschlags für die Arbeitnehmerfonds einen bedeutenden Handlungsspielraum lassen.«

Die Finanzierung

Das Geld kommt auf doppelte Weise herein, zum einen durch eine Erhöhung der ATP-Beiträge (Pensionsabgaben ähnlich der BFA in Deutschland), zum anderen durch einen Teil der Unternehmensgewinne. Die Pensionsbeiträge (ATP) sollen um ein Prozent erhöht werden (gegenwärtig 12%). Die Fonds sollen demnach teilweise über die Pensionsbeiträge finanziert werden. Die Gewinnteilung geht so vor sich, daß die Profitrate ein bestimmtes Gewinniveau (etwa zwischen 15 und 20% des risikotragenden Kapitals) überschreiten muß, bevor ein Teil des Gewinnes als Gewinnteilungsabgabe bezahlt wird. Sollte der Gewinn dieses Niveau übersteigen, so wird eine Gewinnteilungsabgabe dem überschießenden Teil des Gewinnes entnommen. Die Gewinnteilung soll alle Aktiongesellschaften betreffen.

Die Kapitalanlage

Die Gelder sollen als Eigentümerkapital in die Wirtschaft eingebracht werden. Nach Vorausberechnungen soll es sich um 2 bis 3 Milliarden im Jahr für Investitionszwecke handeln. Die Fonds haben das uneingeschränkte Recht, Aktien aller Art von Gesellschaften zu kaufen. Sie sind nicht an die Aktienbörsen gewisser Regionen gebunden und auch nicht an bestimmte Sektoren der Wirtschaft.

Organisation und Einfluß

Arbeitnehmerfonds sollen in jeder Provinz errichtet werden. Ihr Einfluß ist gewährleistet durch die Möglichkeit, Kapital einzubringen und den Eigentümerstandpunkt im Unternehmen zur Geltung zu bringen. Das Stimmrecht für erworbene Aktienpakete soll zu 50% dem Fond zufallen, der die Aktien erworben hat, und zu 50% den Arbeitnehmern im Betrieb, in dem die Aktien erworben worden sind. Dies geschieht, bis jeder der erwähnten Partner 20% des Stimmrechts erhalten hat. Beim Kauf weiterer Anteile über 40% des Aktienkapitals hinaus fällt das Stimmrecht allein dem Fond zu. Der Einfluß, der von den Arbeitnehmern in dem entsprechenden Unternehmen ausgeübt wird, ist eine Frage, welche die gewerkschaftlichen Organisationen zu entscheiden haben werden. Für die Art, in der der Einfluß durch die Fonds ausgeübt werden kann, gibt es zwei Alternativen.

Die *erste* Alternative beinhaltet, daß eine Vertrauensleuteversammlung gewählt wird, in der die erhaltenen Pensionsanteile belegen, daß man an der Produktion teilgenommen hat und zum Stimmrecht berechtigt ist.

Die *zweite* Alternative beinhaltet, daß die Vertreter der Arbeitnehmer, die eine klare Majorität ausmachen sollen, auf Vorschlag der Gewerkschaftsorganisation benannt werden. Die Leitungen des Fonds sollen auch Repräsentanten der Provinzkammern und Gemeinden in der entsprechenden Provinz umfassen. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter soll in diesem Fall den gewerkschaftlichen Organisationen überlassen werden. In einer Übergangsphase sollen die Gewerkschaften die Majorität in die Leitungen der Fonds er-

nennen können, später sollen allgemeine und direkte Wahlen entscheiden.

Die Debatten auf den beiden Kongressen waren zum größten Teil geprägt von einer Zustimmung zu dem vorliegenden Vorschlag. Die Unschärfe, die in dem Vorschlag gelassen wurde, und seine Annahme konnten schon als sicher gelten, bevor der Kongreß auch nur begonnen hatte, u.a. auch in Anbetracht der Gleichzeitigkeit der Kongresse. Von Seiten des Gewerkschaftsbundes würde man sich nicht an irgendetwas binden, was die sozialdemokratische Partei nicht glaubte durchführen zu können, ebenso wie die Sozialdemokraten nicht gegen irgendetwas angehen würden, hinter das sich die Gewerkschaften gestellt haben.

Einige kritische Überlegungen

Aufgrund des Widerstands, auf den die Fonds teils innerhalb der eigenen Organisationen, aber vor allem in der übrigen Gesellschaft stießen, ist die Frage nach dem faktischen Besitz und Einfluß mehr in den Hintergrund getreten, während die Frage der Kapitalbeschaffung in den Vordergrund der Diskussion kam.

Das Neue ist, daß die Fonds in Anspruch genommen werden, um risikobereites Kapital in die Unternehmen einzubringen, eine Idee, die im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise entstand. Diese Frage hat eine etwas schiefe Betrachtungsweise erfahren, weil es ja kaum Mangel an Kapital als solchem gibt, sondern eher Mangel an zweckmäßigen Methoden, um das Kapital für Investitionen zu steuern. Jetzt hat man nun daran gedacht, daß die Arbeitnehmer die Verantwortung durch eine Erhöhung der Pensionsbeiträge im Rahmen des Lohnvolumens übernehmen sollten, wenn die Kapitalbesitzer zu Risikoinvestitionen nicht bereit sind. Der andere Teil, der Kapital zuschießen soll — die Übergewinne —, wirkt sich nämlich nur in einer kleinen Anzahl von Unternehmen aus, in denen die Gewinnspanne entsprechend hoch ist. Durch die Fonds komme man demnach nicht an das Kapital heran, daß eigentlich in die Produktion überführt werden sollte, nämlich jenes, das in unproduktiven Sektoren der Wirtschaft angelegt ist, z.B. die inflationsgeschützten Spekulationen in Immobilien, Kunst, Edelsteine und ähnlichem. Hinzu kommt die Kapitalflucht; gerade auf diesen Gebieten sind zwingende Maßnahmen erforderlich, um die Investitionen in produktive, gesellschaftsnotwendige, schwedische Branchen zu steuern.

Obgleich sich in dem LO-SAB-Vorschlag gewisse Vorstellungen finden, wie die gesellschaftlich nützlichen Branchen begünstigt werden können, passen diese aber nicht recht mit der Gestaltung der Fonds zusammen. Die regionalen Fonds sind nämlich in keiner Weise daran gebunden, Aktien in den eigenen Regionen zu kaufen. Es steht ihnen völlig frei, Aktien irgendwo im Lande zu kaufen. Diese Freiheit ist daran gekoppelt, daß sich die Direktionskontore oft in ganz anderen Regionen befinden. Natürlich haben die Fonds ein gewisses Interesse daran, sich für ihre eigenen Regionen einzusetzen, aber in dem Fondsvorschlag gibt es auch Gesichtspunkte, die dafür sprechen, dies nicht zu tun. Die Fonds sollen nämlich jährlich einen gewissen Überschuß ihres Kapitals an die Pensionsfonds abliefern, vor allem Gewinne aus Aktien. Jährlich wird ein »Normalniveau« für die Gewinnabgabe am Aktienmarkt festgelegt. Sollten die Fonds dieses Niveau nicht erreichen, so werden sie gezwungen, diese dem eigenen Kapital zu entnehmen. Dies zeigt deutlich, in welche Richtung die Aktienkäufe gehen werden: nicht in Richtung der Erhaltung der Arbeitsplätze. Es werden kaum die Unternehmen sein, die eine nützliche Produktion haben, aber finanziell schwach sind.

Es ist ferner sehr zweifelhaft, ob Unternehmen mit weniger als 500 Arbeitnehmern in größerem Umfang durch den Vorschlag berücksichtigt werden. In diesen Unternehmen ist

das Kapital oft an einen oder eine kleine Anzahl von Besitzern, oft eine Familie, gebunden. Die Aktien dieser Unternehmen sind in vielen Fällen nicht an der Börse notiert, und sie haben oft auch keine Ausschüttung. Für diese Unternehmen soll es auch kein Initiavrecht der lokalen Gewerkschaftsorganisation für die Neuvergabe von Aktien geben. Die Frage lautet also: Was sollen die Fonds dort kaufen oder wie sollen sie es dort kaufen können? Die Art, in der die Fonds Aktien kaufen sollen, wird in dem Vorschlag auf folgende Weise ausgedrückt: »Die Fonds sollen *Aktien kaufen* und einen *guten Überschuß* von ihrem Kapitalbesitz anstreben.« Natürlich wäre es töricht, das Gegenteil zu fordern, aber was unterscheidet diese Zielsetzung von derjenigen, die Aktienkäufer im allgemeinen haben, und wo tritt die gesamtgesellschaftliche Verantwortung in Erscheinung? Eines der Motive für die Fonds geht davon aus, daß sie eine solidarische Lohnpolitik retten sollen. Die Übergewinne sollen nicht von den Lohnforderungen der Arbeiter in Anspruch genommen, sondern statt dessen den Fonds zugeführt werden. Hinzu kommt, daß das »projektierte Lohnvolumen« weiter dadurch eingeschränkt wird, daß die Pensionsabgaben erhöht werden. Die Gewerkschaften werden außerdem in eine Doppelrolle hineingezwungen, einerseits Arbeitervertretung, andererseits Kapitalverwalter. Diese Rolle kann in einem Anfangsstadium von den Besitzern der Unternehmen dazu benutzt werden, die Gewerkschaften in ihrer Eigenschaft als Eigentümer gegen ihre Forderung als Arbeiter auszuspielen.

Viel fehlt, und viel kann an dem Vorschlag kritisiert werden, aber die hauptsächliche Kritik muß darauf abzielen, daß die Frage der tatsächlichen Macht und des Eigentums an den Unternehmen nicht das Hauptelement des Vorschlages darstellt und daß eine weit vorausschauende Planung der Produktion fehlt.

Das letze Wort in der Fondsfrage ist noch nicht gesprochen. Weiterhin ist vieles offen, was geklärt werden muß, und der Manövrierungsspielraum für die SAP und die LO ist groß. Trotz der Bereitschaft der SAP zum Dialog mit der Wirtschaft hat der schwedische Arbeitgeberverband (SAF) schon sehr auf die Pauke geschlagen und ist dabei, eine Kampagne im Volk gegen die Arbeitnehmerfonds zu organisieren. Der Verlag des schwedischen Industrieverbandes hatte ein Buch mit dem Titel »Neunmal nein zu den Arbeitnehmerfonds« herausgebracht, in dem prominente Generaldirektoren und der Verband schwedischer Unternehmer die Kongreßdelegierten per Brief an ihre gesellschaftliche Verantwortung erinnerten und sie aufforderten, gegen die Fonds mit Nein zu stimmen. Die schwedische konservative Partei und die übrigen bürgerlichen Parteien haben gleichfalls ihre Kräfte zu einer Kampagne gegen die Fonds vereint. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Linkspartei — Kommunisten in ein Dilemma geraten, weil sie sich gezwungen sehen, den Fondsgedanken zu unterstützen, obwohl sie ihm kritisch gegenüberstehen.

»Zukunft für Schweden«?

»Die Zukunft für Schweden — Vorschlag für die Handlungslinien, um Schweden aus der Krise zu führen« war das zweite Hauptdokument überschrieben, das auf dem sozialdemokratischen Parteitag diskutiert wurde. Mit diesem Programm sollen die Wähler davon überzeugt werden, daß der Weg aus der Krise gefunden ist, und daß dieses Programm bei einem eventuellen Wahlsieg der SAP das sozialdemokratische Regierungsprogramm werden würde. Es lohnt sich, einen Abschnitt dieses Krisenprogramms näher zu untersuchen, um den Grundtenor zu erkennen:

> »Eine ungleiche Gesellschaft ist eine ungerechte Gesellschaft. Eine ungerechte Gesellschaft ist immer instabil, weil ständig Konflikte zwischen Einwohnern geschaffen werden, ökonomische,

politische und soziale. Die Ungleichheit schafft immer derartige Konflikte in der Gesellschaft, aber die Spannungen sind am gefährlichsten in Perioden des ökonomischen Niedergangs. Wenn die wirtschaftlichen Kräfte eines Landes kontinuierlich wachsen, können alle einen höheren Lebensstandard bekommen. Wenn alle auf diese Weise der Verbesserungen teilhaftig werden, kann dies die Spannungen dämpfen in Verhältnissen, in denen die Menschen immer noch einen verschiedenartigen ökonomischen Lebensstandard haben; diejenigen, die etwas weniger haben, können damit rechnen, es in einigen Jahren etwas besser zu bekommen; diejenigen, die etwas mehr haben, brauchen sich in ihren Positionen nicht bedroht zu fühlen dadurch, daß andere Gruppen jetzt auch auf einem guten Lebensstandard leben.« (Framtied för Sverige, S.25)

Die wirkliche Ursache der Krise muß der SAP zufolge vor allem als ein internationales Phänomen in einer Lage gesehen werden, die durch die Ölkrise 1973-74 entstand und den allgemein dämpfenden Effekt erzeugte, den die Preiserhöhung auf die ganze Wirtschaft ausgeübt hat. Eine andere Ursache sei die deutliche Erhöhung der Inflation seit dem Ende der 60er Jahre, die ihrerseits daraus resultiere, daß die Regierungen beginnen, eine restriktive Ausgabenpolitik zu betreiben, um die Nachfrage und damit auch die Preiserhöhungen zu dämpfen. Eine andere der Ursachen für die Inflation sei der Zusammenbruch des internationalen Valutasystems, der von den Ölpreiserhöhungen noch verstärkt würde. Die Unruhe auf dem Valutamarkt trüge ihrerseits dazu bei, das Zinsniveau in die Höhe zu treiben. Diese Ursachen führten dazu, daß sowohl für die schwedische Wirtschaft als auch für die Wirtschaft der Industrieländer im allgemeinen die Bremse gezogen würde.

Die Ausgangspunkte für das Krisenprogramm sind, das ökonomische Wachstum zu erhöhen und für eine gerechte Verteilung, die auf der Mitwirkung des ganzen Volkes aufbaut, zu bürgen. Hier eine kurze Zusammenfassung:

Das Haushaltsdefizit muß bekämpft werden. Dies geschieht durch eine kräftige Straffung der öffentlichen Ausgaben. Für den Staat ergibt das einen Refomstop, und auf der Einkommensseite wird dies ergänzt durch Maßnahmen gegen Steuerbetrug und Steuerflucht sowie durch Steuererhöhungen. Die Inflation soll bekämpft werden. Dies soll durch harte Preiskontrollen geschehen. Eine Steuerpolitik, welche die Spekulation benachteiligt und eine aktive Valutapolitik, um der importierten Inflation entgegenzuwirken. Hinzu kommen Forderungen nach maßvollen Lohnabschlüssen, die wiederum mit den Arbeitnehmerfonds motiviert werden sollen. Die Investitionen der Industrie müssen wieder stimuliert werden. Die Voraussetzungen dafür sind die Bekämpfung der Inflation und erhöhte Kapitalbildung, in der die Arbeitnehmerfonds wiederum ins Bild kommen, um — wie es heißt — die Gewinne zu beschränken.

Der Streit um die Marktwirtschaft

Der bürgerliche Abmagerungsgürtel soll demnach gegen einen reformistischen ersetzt werden. In seiner Anfangsphase würde die Durchführung des sozialdemokratischen Programms relativ harte Anforderungen an das schwedische Volk stellen: Verminderter Konsum, Reform-Stop, Einschränkung bei öffentlichen Bauvorhaben, Steuererhöhungen sowie Zurückhaltung bei Lohn- und Gehaltsansprüchen. Die Ursachen der Krise können im kapitalistischen System gesehen werden, das Rezept ist eine neokeynesianische Lösung. Das Neue an dem sozialdemokratischen Vorschlag ist jedoch, daß er mit den Arbeitnehmerfonds zusammengekoppelt wurde und daß man dadurch wiederum die Lohnansprüche zurückhalten will, um die Inflation zu bekämpfen. Gleichzeitig sollen höhere Profite für die Expansion zugelassen werden. Diese Lösung baut größtenteils darauf, daß es glückt, irgendeine Form der Gemeinsamkeit mit dem Kapital zu finden. Dazu sind vier

Begegnungen während des Monats November geplant, einige haben bereits stattgefunden.

Hinter dem Vorschlag steht — nach den Reaktionen des Parteitags zu urteilen — eine relativ einige Sozialdemokratie. Der Kompromiß zwischen den mehr monetär geprägten Fürsprechern einer härteren Linie auf der einen Seite und den traditionellen Keynesianern auf der anderen Seite scheint geglückt zu sein. Trotzdem gab es einige Delegierte auf dem Parteitag, die hervorhoben, daß das Krisenprogramm eine kurzsichtige Lösung darstelle und die Ursachen der Krise im kapitalistischen System gefunden werden müßten.

Nach dem Parteitag haben wir beobachten können, wie die alten Waffen hervorgeholt wurden. Die Konservativen wollen mit dem Sozialismus und der Planwirtschaft erschrecken und scheuen sich nicht davor, Schweden mit der Sowjetunion gleichzustellen in der Absicht, den sozialdemokratischen Weg finster auszumalen.

Die Sozialdemokraten haben ihrerseits eine Verteidigung aufgebaut, in der sie Parallelen zwischen den Arbeitnehmerfonds und den Pensionsfonds ziehen. Soweit es sich um die Marktwirtschaft handelt, sind sie doch in ein Dilemma geraten. Auf der einen Seite wollen sie Marktwirtschaft, so wie sie sich z.B. in Großbritannien darstellt, angreifen, auf der anderen Seite wollen sie klar hervorheben, daß die Arbeitnehmerfonds die Grundlagen der Marktwirtschaft keineswegs angreifen. Dieser Widerspruch wird auf folgende Weise gelöst: Es ist die »rohe, kalte Marktwirtschaft«, die angegriffen werden soll, und es ist die »solidarische«, die verteidigt werden soll. Das alles erinnert an die alten Thesen über die gemischte Wirtschaft. Olof Palme, der sozialdemokratische Parteivorsitzende, drückte dies in seiner Begrüßungsansprache auf dem LO-Kongreß so aus:

> »Was haben die alte neue Linke und die neue alte Rechte außer dem Unwillen gegenüber der demokratischen Arbeiterbewegung gemeinsam? Ja, die haben auch die Verachtung für die Mischwirtschaft gemeinsam, die im hohen Maße ein Kennzeichen der Sozialdemokratie ist. Weder Planbürokratie des Sozialismus noch Marktdschungel des Kapitalismus, haben wir gesagt! Mischwirtschaft haben wir das genannt.«

Am Sonntag, dem 13. September 1981, antwortete Palme in einem Interview der sozialdemokratischen Parteizeitung Aftonbladet auf die Frage, ob die Fonds eine Bedrohung für die Marktwirtschaft darstellen:

> »Diese ganze Debatte ist ja intellektuell unhaltbar. Man schafft den Markt nicht ab. Wir verändern dagegen die Vermögensverteilung und den Einfluß in der Marktwirtschaft.«

Wohin geht die SAP?

Die sozialdemokratische Strategie ist heute im wesentlichen von dem Versuch geprägt, die Wahl 1982 zu gewinnen. Weitsichtige Ziele müssen deshalb warten. Zwei Wahlniederlagen waren zuviel, und die Schlußfolgerung ist, daß eine weitere Wahlniederlage den Verlust der Führung des Landes bedeuten würde — oder wie Gunnar Nilsson, der Gewerkschaftsvorsitzende, es auf dem LO-Kongreß ausdrückte: »Wir können vielleicht erst jetzt, nach fünfjähriger Erfahrung mit den bürgerlichen Regierungen, verstehen, was es bedeutet, eine zusammenarbeitswillige Regierung zu haben.«

Das Krisenprogramm ist eines der Mittel, mit dem die Wähler gelockt werden sollen, um das Ziel zu erreichen. Dieses hat Chancen, sicherlich Gehör zu finden, da viele sich an den Gedanken gewöhnt haben, den Abmagerungsgürtel zu akzeptieren, ohne in Frage zu stellen, daß auch jemand anderes dies tun könnte — weil wir ja den Profit brauchen, um — wie es so schön heißt — das Land zu retten. Die Sicht auf die Klassengesellschaft ist mehr ein Ausdruck für Gefühle geworden. Die Marktwirtschaft soll verteidigt werden, ob auch das kapitalistische System verteidigt werden soll, ist weiterhin unausgesprochen.

Besprechungen

Monika Tibbe, Manfred Bonson: Folk, Folklore, Volkslied. Stuttgar 1981 (J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung). 184 Seiten, 21,— DM

Was keine Vergangenheit hat, hat auch keine Zukunft. Lange galt bei uns die Volksmusik und insbesondere das, wozu sie die Unterhaltungsindustrie verhunzt hatte, die »volkstümliche Weise«, als eine Musikform der Vergangenheit. Die neuen Formen der populären Musik, die aus Wien und Berlin oder später über den großen Teich zu uns herüberkamen (Operette, Schlager oder Rock'n Roll) hatten keinen nachvollziehbaren Bezug mehr zu den ehemals populären Traditionen der Gebrauchs- und Tanzmusik bei uns. Die bürgerliche Jugendbewegung, die sich mit dem »Zupfgeigenhansel« im Rucksack und Vaterland und Innerlichkeit im Herzen auf die Flucht vor der Welt ihrer Eltern machte, suchte im Volkslied eine heile, natürliche Welt und bestimmte bis heute unsere Schul-Liederbücher und unser Bild vom deutschen Volkslied.

Ein anderes Herangehen an populäre Sing- und Tanztraditionen kam erst in den 50er Jahren aus Britannien zu uns. Dort hatte die einheimische Folklore innerhalb verschiedener jugendlicher Subkulturen einen Revival, der als musikalische Massenbewegung später die Basis für Skiffle- und Beatbewegung schuf. Dennoch dauerte es bei uns von den 50ern bis zur Mitte der 70er Jahre, bis über die Rezeption ausländischer Folklore, die Burg-Waldeck-Treffen, das Aufkommen deutscher Liedermacher und den Lernprozeß einer entstehenden politischen Musikkultur (vom Ostermarsch-Skiffle bis zu Rock gegen Rechts) zunächst zaghafte, dann massenhafte Versuche gemacht wurden, die aufmüpfigen und emanzipatorischen, sinnlichen und realistischen Traditionen der Gebrauchsmusik der nicht-herrschenden Klassen (Arbeiterlied, demokratisches Volkslied, Bauernlied) aufzugreifen und in die Kultur der außerparlamentarischen Kämpfe einzubringen.

Das Buch von Monika Tibbe und Manfred Bonson zeichnet die (Wirkungs-)Geschichte der einheimischen und ausländischen Folklore in der Bundesrepublik nach. Es beschreibt die Musikentwicklung im Widerspruch von herrschaftlicher und kapitalistischer Ausbeutung und Aneignung (vom Nazilied bis Heino)und autonomem Selbstausdruck des Volkes (vom Bauernkrieg bis Whyl). Neben dieser Sozialgeschichte der populären Musikkultur in Deutschland und in der Bundesrepublik stehen knappe Darstellungen der politischen Funktion von Folklore im Widerstand in den USA, in Chile und Griechenland sowie soziologische und politologische Daten zur Musikindustrie in der BRD.

Ein Literatur-, Zeitschriften- und Plattenverzeichnis sind der eine Teil der Handlichkeit des Buches, der andere ist die lesbare Sprache und die übersichtliche Gliederung in für die Gruppenarbeit oder den Schulunterricht direkt übernehmbare Stoffeinheiten. Die im Text verwandten Musikbeispiele sind bei Metzler auch als Doppelalbum zu bekommen.

Was im oft vielleicht zu sehr auf den Paukerbedarf für die Sekundarstufe II zugeschnittenen Text fehlt, ist eine Problematisierung der einschränkenden Musikerfahrungen Jugendlicher. Für die Frage, wir wir in Rocker- oder Punkergruppen über Musikkonsum und -reproduktion die eigene Sinnlichkeit erfahrbar und als von der sozialen Umwelt abhängig durchschaubar machen, wie die Welt als ihre Welt und als veränderbar deutlich wird, dafür müssen wir uns auch weiter noch eigene Gedanken machen. Die können aber anknüpfen an das viele gute Material zur Wirkungsgeschichte der textlichen Sinngehalte und zur Funktionsweise des demokratischen Singens, das von Tibbe/Bonson aufgearbeitet wurde.

Jochen Zimmer (Duisburg)

»Das sind unsere Lieder«

Noch zu Zeiten der Studentenbewegung saß uns das deutsche Volkslied wie ein Kloß im Hals: Was wir an deutschen Liedern gelernt hatten, mochten wir nicht singen, und was wir inhaltlich vertreten konnten, war anscheinend nur durch Lieder anderer Völker artikulierbar. Das hat sich geändert: Inzwischen sind Lieder wiederentdeckt und neue entstanden, die sich in ihrem Inhalt nicht auf Lindenbäume und Wiesengründe beschränken. Dementsprechend gibt es immer mehr Liedsammlungen, die auf das wachsende Interesse eingehen und es verbreitern. In den neuen Liederbüchern sind mindestens Quellenangaben, häufig aber auch Informationen über den gesellschaftli-

chen Kontext der Lieder enthalten. Das spiegelt ein Interesse wider, nicht nur irgendetwas zu singen (»wo man singt, da laß' dich ruhig niederschlagen, deutsche Sänger dulden keine Zwischenfragen«), sondern zu wissen und zu vertreten, was man singt.

Die Grundlage auf diesem Gebiet, eine wichtige Quelle für fast alle nachfolgenden Sammlungen ist:

Wolfgang Steinitz, Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten (Berlin/DDR 1955 und 1962, Sonderausgabe für Zweitausendeins 1979),

ein gründliches, wissenschaftlich exaktes Buch von über tausend Seiten; es enthält allerdings nur Lieder bis 1945. Ebenfalls ein grundlegendes Werk — wenn auch nur ein Taschenbuch — ist eingegrenzt auf das Gebiet des Arbeiterliedes (bis 1945):

Inge Lammel, Das Arbeiterlied (Frankfurt a.M. 1974),

mit einem kurzen Abriß seiner Geschichte sowie Quellenangaben und Kurzkommentaren zu den einzelnen Liedern. Politische Lieder — deutsch und international — aus fünf Jahrhunderten (bis zum Anfang der 70er Jahre) enthält die im Asso-Verlag erschienene Sammlung

Lieder gegen den Tritt, hg. v. Annemarie Stern (Oberhausen 1972).

Ergänzend dazu, von derselben Autorin:

Lieder aus dem Schlaraffenland (Oberhausen 1976)

mit politischen Liedern der 50er bis 70er Jahre aus der Bundesrepublik; den Kapiteln vorausgeschickt sind »Stichworte zur Geschichte«. Die Mehrzahl der Lieder sind eher für den (Einzel-)Vortrag als zum Mitsingen geeignet, mehr Chanson als Volkslied.

Bei der Büchergilde Gutenberg sind mittlerweile zwei Liedsammlungen erschienen, die deutsche und ausländische (politische) Volkslieder enthalten.

Hein & Oss Kröher (Hrsg.), Das sind unsere Lieder (Frankfurt a.M. 1977),

von eher bibliophilem als wissenschaftlichem oder praktischem Gebrauchswert, platzaufwendig gedruckt mit schönen Bildern und Zeichnungen von Gertrude Degenhardt. Im Gegensatz bzw. als Ergänzung dazu:

Karl Adamek, Lieder der Arbeiterbewegung (Frankfurt a.M. 1981),

ein »LiederBilderLeseBuch« mit einer Spielanleitung für Gitarre von Kalle Pohl, sehr informativ und reichhaltig, mit Bild- und Textdokumenten aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Dazu sind — als Hilfe für »Nichtnotenleser« — zwei Musikkassetten erhältlich. In der »rotfuchs«-Reihe (rororo) gibt es das **Volksliederbuch, hg.v. Andreas Kettel (Reinbek b. Hamburg 1979).**

Neben politischen sind hier auch Liebes-, Tanz- und Wanderlieder enthalten.

Eine Auswahl politischer Volkslieder hat Michael Thaut (Gruppe »Fiedel Michel«) für den DVK-Verlag zusammengestellt:

Die Welt ist unser trotz alledem (Postfach 1231, 1000 Berlin 47, 1981).

Trotz breiter Anlage werden zwei Schwerpunkte deutlich: Lieder aus sozialdemokratischen Liederbüchern des 19. Jhdts und Lieder aus dem antifaschistischen Widerstand. Die neuesten Liedsammlungen spezialisieren sich immer häufiger auf bestimmte Themen oder Gebiete. Der Fischer-Taschenbuch-Verlag hat einige davon herausgegeben, so z.B.

Inge Latz, Frauen-Lieder (Frankfurt a.M. 1979)

Während hier vor allem Lieder der Frauenbewegung aus dem letzten Jahrzehnt zu finden sind, geht das

Frauenliederbuch, hg.v. Ellinor Lau und Barbara Brasse (Frauenbuchverlag mbH München 1979)

bis ins 17. Jh. zurück. Zusammen mit Bildern, Fotos, Zeichnungen und Kommentaren liefert es Material für eine Frauen-Sozialgeschichte.

Längst nicht alle Liederbücher sind damit genannt, vor allem diejenigen nicht, die sich Gruppen wie z.B. Bürgerinitiativen für den eigenen Bedarf und zur Veröffentlichung ihrer Forderungen zusammengestellt haben. Der Boden, auf dem Volkslieder entstehen und leben, hat sich regeneriert. Lieder singt man bei Streiks, Besetzungen, Demonstrationen, Festen; sie wandern von Whyl nach Gorleben und werden dabei verändert oder ergänzt. Monika Tibbe (Hannover)

Autorenverzeichnis

Albers, Kersten, geb. 1956; Student in der einstufigen Juristenausbildung an der Universität Hamburg. Mitverfasser der *Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD (1980).* Mitglied der GEW und SPD-Deputierter der Kulturbehörden der Freien und Hansestadt Hamburg

Bittner, Eva-Margarete, geb. 1950; Universitätsangestellte. Mitglied in ÖTV, Arbeiterwohlfahrt (AWO) und SPD, stellv. Vorsitzende der Jungsozialisten in Berlin-Wilmersdorf sowie Mitglied der »Berliner Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit« (BIFIAS)

Frei, Alfred Georg, geb. 1954; Staatsexamen in Geschichte und Politikwissenschaft. Veröffentlichung: *Antonio Gramsci — Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus (1978).* Mitarbeiter beim Projekt Regionale Sozialgeschichte an der Universität Konstanz. Mitglied in ÖTV und SPD sowie der Grundsatzkommission der *spw*

Glaser, Hermann; Kulturreferent der Stadt Nürnberg. Veröffentlichungen u.a.: *Jenseits von Parkinson (1972), zus. mit K.H. Stahl: Die Wiedergewinnung des Ästhetischen (1974).* Mitglied der SPD

Günther, Joachim, geb. 1951; Studienreferendar. Mitglied der SPD seit 1969, 1978 bis 1980 stellv. Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten. Mitglied der GEW

Häupl, Michael, geb. 1949; Biologe. Veröffentlichungen zu Ökologie, Austromarxismus und marxistischer Philosophie. Stellv. Landesvorsitzender der Jungen Generation (JG) in der SPÖ Wien und Bundesvorstandsmitglied der JG

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Studium der Geschichte und der Politik an der Freien Universität Berlin. Mitglied in der GEW, SJD-Falken und SPD. Mitglied der *spw*-Redaktion

Johnstone, Monty; Historiker. Zwei Monographien in Arbeit: *Parties and Power in Socialist Societies* und *The Political Ideas of Leon Trotsky: A Marxist Critique.* Mitglied der KP Großbritanniens, der Kommission für Theorie und Ideologie und der Kommission für das Studium der europäischen sozialistischen Länder beim Zentralkomitee

Kisker, Klaus Peter, geb. 1931; Hochschullehrer am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der FU Berlin. Veröffentlichungen zur nationalen und internationalen Konzentration, Wirtschaftsentwicklung in der BRD, Gewerkschafts- und Energiepolitik und zur Entwicklung der SPD. Mitglied der GEW und Landesparteitagsdelegierter der SPD Berlin, Mitherausgeber der *spw*

Matzka, Manfred, geb. 1950; Jurist. Veröffentlichungen zur Staats- und Rechtstheorie der Sozialdemokratie. Mitglied des Wiener Landesvorstandes und des Bundesvorstandes der Jungen Generation (JG) in der SPÖ

Neumann, Kurt, geb. 1945; Rechtsanwalt. Mitverfasser der *Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD (1980).* Mitglied in ÖTV und SPD, 1974 bis 1976 Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten, seit 1978 Ortsvereinsvorsitzender in Berlin-Steglitz

Oehlke, Paul, geb. 1943; Mitarbeiter an einem Forschungsprojekt zur Humanisierung der Arbeitswelt. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte und Theorie der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Mitglied der ÖTV und Betriebsratsmitglied

Priester, Karin, geb. 1941; Hochschullehrerin am Institut für Soziologie der Universität Münster. Mitglied in GEW und SPD

Rakowski, Mieczyslaw, geb. 1926; Schriftsteller und Chefredakteur. Seit 1964 Mitglied des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, seit Februar 1981 stellv. Ministerpräsident der VR Polen

Rix-Mackenthun, Christiane, geb. 1953; Dipl.-Politologin, wiss. Mitarbeiterin am Institut für internationale Politik und Regionalstudien des Fachbereichs Politische Wissenschaften an der FU Berlin. Mitglied in GEW, BdWi und SPD, 1976 bis 1978 Mitglied im Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten sowie Mitglied der *spw*-Redaktion

Seyfried, Erwin, geb. 1950; Dipl.-Psychologe, Lehrbeauftragter am Psychologischen Institut der FU Berlin. E-Bassist und Mitglied der SPD

Schwenger, Hannes, geb. 1941; Sekretär der Gewerkschaft Kunst im DGB. Veröffentlichungen: *Schriftsteller und Gewerkschaft (1974), Literaturproduktion — Zwischen Selbstverwirklichung und Vergesellschaftung (1980).* Mitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft und der SPD

Tibbe, Monika, geb. 1944; Musikwissenschaftlerin mit Arbeitsschwerpunkt Volksmusik, Politisches Lied und Kulturarbeit. Hochschullehrerin am Fachbereich Sozialwesen der Ev. Fachhochschule Hannover. Mitglied in ÖTV und SPD

Vikström, Lars, geb. 1955; Politikwissenschaftler. Sekretär des Zentrums für Marxistische Gesellschaftsstudien (CMS) in Stockholm und Redakteur von *Socialistisk Debatt,* der theoretischen Zeitschrift der schwedischen Linkspartei-Kommunisten (Vänsterpartiet kommunisterna — VPK)

Walesa, Lech, geb. 1943; ehemaliger Elektriker auf der Lenin-Werft in Gdansk. Wiedergewählter Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes »Solidarität«, Verhandlungsführer mit der Regierung

Westermann, Karin, geb. 1955; Studium der Politologie und Chemie an der FU Berlin. Arbeitsgebiete: sozialliberale Kulturpolitik und Kulturtheorie. Mitglied der SPD

Westphal, Andreas: geb. 1958; Studium der Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin. Mitglied der SPD, ÖTV und der *spw*-Redaktion

Zerdick, Axel, geb. 1941; Hochschullehrer am Fachbereich Kommunikationswissenschaften der FU Berlin. Veröffentlichungen zu betriebswissenschaftlichen, wirtschaftspolitischen und medienökonomischen Themen. Mitglied in GEW und SPD

Zimmer, Jochen, geb. 1947; Hochschullehrer am integrierten Studiengang Sozialwissenschaften der Gesamthochschule Duisburg. Letzte Veröffentlichung: *Rock-Soziologie (1981).* Mitglied der SPD, bis 1980 Mitglied im Landesvorstand der baden-württembergischen Jungsozialisten und Sekretär der Naturfreunde-Internationale

Internationale Sozialismus-Diskussion 1

Selbstverwaltung

(AS 61:
ISBN 3-88619-014-5)
190 S. 15,50 DM
(f. Stud. 12,80 DM)

»Selbstverwaltung« ist für Frauenbewegung, Alternativkultur, Instandbesetzer, neue Jugendbewegung und Bürgerinitiativen heute nicht mehr nur Ziel, sondern eine Form des Kampfes. Das gilt umso mehr für die nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Ein Einblick in den internationalen Stand der Selbstverwaltungsbestrebungen ist daher lohnend.

Der Band enthält Beiträge der internationalen Konferenz »Sozialismus — in der Welt« (Catvat, Jugoslawien 1980) zum Thema: Partizipation, Selbstverwaltung, Sozialismus. Im Zentrum steht die Frage, wie Selbstverwaltung der Umklammerung und Abtötung durch Geld und staatliche Macht entgehen kann.

— Zur Theorie der Selbstverwaltung
— Partizipation und Selbstverwaltung im Kapitalismus
— Zur Funktionsweise sozialistischer Selbstverwaltung in Jugoslawien
— Autonomie und Selbstverwaltung in der Dritten Welt

Zur Entstehung der Arbeiterbewegung

Mit Beiträgen von F. Deppe, H.-J. Ruckhäberle, H. Zwahr u.a.
Redaktion: Lars Lambrecht

**(AS 63:
ISBN 3-88619-019-6)
ca. 216 S.: 15,50 DM
(f. Stud. 12,80)**

Der Band ist eine Werkstatt. Er zeigt Sozialwissenschaftler bei der Arbeit, bringt ihre Materialien und Diskussionen zur sozialstrukturellen Methodenkonzeption und Forschung über die Konstituierung des Proletariats und seine frühe Bewußtseinsbildung.

Es geht dabei um Fragen der Weitling'schen Wissenschaftskonzeptionen, um den »Streik« als Konstitutionsmoment der Gewerkschaftsbewegung, um die politische Spaltung und Einheit der Arbeiterbewegung generell sowie um das Verhältnis der französischen Arbeiterbewegung zum Staat in der Auseinandersetzung um die Kriegskreditbewilligung 1914.

Im wissenschaftlichen Rückgriff auf die »Entstehung der Arbeiterbewegung« trägt dieser Band dazu bei, soziale Prozesse und Bewegungen der Gegenwart zu analysieren. Gleichzeitig möchten die Autoren zu weiteren kontroversen Diskussionen und materialbezogenen Forschungen anregen, die gerade im Hinblick auf unsere heutigen Fragestellungen noch lange nicht abgeschlossen sind.

Der vorliegende Band konzentriert sich auf theoretische Entwürfe und praktische Erfahrungen, die das Konzept einer auf die Emanzipation der Menschen gerichteten Umweltpolitik im Auge haben.

Insbesondere eingegangen wird auf:

– aktuelle Positionen zur Umweltpolitik
– das Verhältnis von Produktivkraftentwicklung, Produktionsverhältnissen und Umweltpolitik
– Grundfragen natur- und arbeitsorientierter Technologie
– Probleme einer alternativen, vernünftig-gesellschaftlichen Bewirtschaftungsweise der natürlichen Umwelt.

ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061